

Inhaltsverzeichnis

Albert Scharenberg (Hg.):

Berlin: Global City oder Konkursmasse?

Eine Zwischenbilanz zehn Jahre nach dem Mauerfall

Einleitung des Herausgebers (Albert Scharenberg)

I. Berlin im Kontext internationaler Stadtentwicklung und –politik

Saskia Sassen: Ausgrabungen in der „Global City“

Peter Marcuse: Die „geteilte Stadt“

Roger Keil: Urbanismus nach dem Mauerfall: Berlin im Kontext eines Jahrzehnts städtischen Wandels

II. Perspektiven und Kritik der Berliner Stadtentwicklung

Hans G. Helms: Geschichte der industriellen Entwicklung Berlins und deren Perspektiven. Ein stark geraffter Überblick

Carl Wechselberg: Transformation und Peripherisierung – Die alte und neue Ökonomie Berlins

Katrin Lompscher: Stadtidee Dienstleistungen. Zum Zusammenhang von Stadtentwicklungsdiskurs und Dienstleistungsentwicklung in Berlin seit 1990

Ute Lehrer: Zitadelle Innenstadt: Bilderproduktion und Potsdamer Platz

Simone Hain: Urbanistik und Architektur beim neoliberalen Ausbau der Zitadelle Berlin. Ein Fall revanchistischer Stadtentwicklungspolitik

Uwe Rada: Der barbarische Osten

Klaus Brake: Metropolenpolitik Berlin: Anregungen aus der BerlinStudie

Harald Wolf: Zur Kritik der Berliner Metropolenpolitik

Verzeichnis der AutorInnen

Einleitung

Die dialektische Interdependenz von Zitadelle und Getto

Kaum eine Stadt war in den 90er Jahren derart grundlegenden Veränderungen unterworfen wie Berlin, und an keinem Ort sind die widersprüchlichen Ergebnisse der Stadtentwicklung sichtbarer als vom Dach der Info-Box am Potsdamer Platz.

Im Zuge der Teilung der Stadt war der ehemals verkehrsreichste Platz Europas durch seine Randlage schlagartig zum Niemandsland geworden und jahrzehntelang zur städtebaulichen Leerstelle verwaist. Mit dem Fall der Mauer änderte sich die Geografie des Ortes praktisch über Nacht: Der Potsdamer Platz lag auf einmal wieder mitten im Zentrum der sich vereinigenden Großstadt. In hektischen Transaktionen wurde das Bauland binnen kürzester Frist noch von der Westberliner rot-grünen Koalition der Wendezeit zu hoch subventionierten Preisen an Großinvestoren veräußert. Umgehend begannen daraufhin die Bauarbeiten an den Milliarden schweren „Zitadellen“ der Macht.

Vom Dach der bezeichnenderweise transitorischen, in ein grelles Rot gekleideten Info-Box können die Ergebnisse der stadtentwicklungspolitischen Umgestaltung Berlins wie unter einem Brennglas beobachtet (oder doch erahnt) werden: die Insignien des Regierungsumzuges wie „Reichstag“, Regierung und Kanzleramt im Nordwesten, die Berliner Legislative im „preußischen Landtag“ und das ehemalige Gebäude der Treuhand in der früheren Otto-Grotewohl-Straße (jetzt: Wilhelmstraße) im Osten, bedeutende kulturelle Institutionen wie Kulturforum, Staatsbibliothek und Philharmonie (und die hinter ihnen verborgene Gedenkstätte deutscher Widerstand) im Westen sowie die inzwischen fertig gestellten Bauwerke großkapitalistischer Investoren wie Daimler und Sony direkt neben der Info-Box, im Herzen des Platzes. Nur einen Steinwurf von diesen imposanten Objekten entfernt erstreckt sich im Südosten Kreuzberg, der ärmste und zunehmend stigmatisierte Bezirk der Stadt. Wohl nur an wenigen anderen Orten ist die in der wissenschaftlichen Stadtforschung viel diskutierte „dialektische Interdependenz von Zitadelle und Getto“ durch bloßes Drehen des Kopfes empirisch belegbar.

Am Potsdamer Platz hat sich der oft als „nachholend“ und alternativlos verklärte Umbau Berlins wie im Zeitraffer vollzogen. Die Errichtung von Shopping Malls wie den „Arkaden“, das Wachstum der die Ankunft in der Dienstleistungsgesellschaft verheißenden Bürotürme (z.B. von Debis), der Aufbau kulturindustrieller Unterhaltungszentren (Sony) verkünden die vermeintlichen Sonnenseiten der wirtschaftlichen Transformation der Stadt. Der Blick auf diese Tempel des Warenfetisches verstellt dabei die Einsicht, dass auch der Abbau von Arbeitsplätzen, wachsende Armut und soziale wie sozialräumliche Polarisierung die Morgenröte einer neuen Produktionsära bezeichnen. Diese idyllischen Verhältnisse sind Hauptmomente des postfordistischen Akkumulationsregimes.

Global City oder Konkursmasse?

Um einige der wesentlichen ökonomischen und politischen Veränderungen zu erfassen, denen Berlin in der vergangenen Dekade ausgesetzt war, veranstaltete die Rosa Luxemburg Stiftung am 2. Oktober 1999 an diesem bizarren Ort eine internationale Konferenz, an der über 100 Interessierte aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft teilnahmen. Aus dieser Konferenz ist auch die vorliegende, im Wesentlichen von den ReferentInnen erarbeitete Publikation hervorgegangen. Die widersprüchlichen Erscheinungen der Berliner Stadtentwicklung werden dabei schon durch den Titel: „Global City oder Konkursmasse?“ ins Zentrum der Diskussion gestellt. Diese zugegebenermaßen zugespitzte Gegenüberstellung reflektiert die Unwägbarkeiten und Unsicherheiten, die sich auch in der wissenschaftlichen Diskussion wiederfinden.

Zunächst waren die Prognosen für Berlin, gerade in der vereinigungsbedingten Euphorie bis 1994, von einer beispiellosen Welle des Optimismus getragen. Was alles im Zuge der hektischen, auf kurzfristige Erfolge ausgerichteten Betriebsamkeit der „unternehmerischen Stadt“ erdacht, erwogen, diskutiert, entworfen, geplant, beantragt, genehmigt und gebaut wurde, ist auch heute noch kaum überschaubar. Vor dem Hintergrund des kurzfristigen Baubooms in dieser Zeit wurde Berlin daher oft überschwänglich als Metropole auf dem Weg zur Weltstadt, zur „Global City“ vorgestellt. Obwohl diese Imaginationen spätestens seit Mitte der 90er Jahre eine harte Landung in der ernüchternden Realität erlebten, werden die Wunschbilder bis heute und insbesondere wieder seit dem Regierungsumzug ernst genommen und fortgeschrieben, wenn auch weniger in der wissenschaftlichen

Diskussion als in Politik und Öffentlichkeit. Während die regierungsoffizielle Ideologieproduktion weiterhin unnachgiebig auf den fantastischen Projektionen des eigenen hemdsärmeligen Größenwahns beharrt, verliert auch die Medienindustrie jedwede Bodenhaftung. So titelt bspw. der „Spiegel“ in seiner Ausgabe vom 6. September 1999: „New Berlin - Aufbruch zur Weltstadt“. Wohlgermerkt *ohne* Fragezeichen. In der „Hausmitteilung“ dieser Ausgabe heißt es gar:

„New York (warb) im vergangenen Jahr für die amerikanische ‚Hauptstadt der Welt‘... Nun bekommt New York Konkurrenz: ‚New Berlin‘. Die Anlehnung ist gewollt, hat die deutsche Kapitale doch im 21. Jahrhundert alle Chancen, für Europa das zu werden, was New York für die Neue Welt im ausgehenden Millennium war...“

Derartigen von einer Gier nach verkaufsträchtigen Superlativen verblendeten Vorhersagen zum Trotz sind heute die immensen Probleme unübersehbar, die das Ende der auf beiden Seiten subventionierten Teilung der Stadt erzeugt hat und immer noch erzeugt. Die These der „Global City“ hat daher in den letzten Jahren auch ihre eigene Antithese hervorgebracht. Anlass zur Skepsis über die Folgen bestehender wirtschaftlicher, sozialer und politischer Probleme geben insbesondere die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, das niedrige Steueraufkommen und die Milliarden schweren Haushaltslöcher, die rigide Sparpolitik in Bund, Land und Kommunen, die unzureichenden Neuinvestitionen sowie die gescheiterten Großprojekte (wie die Olympia-Bewerbung oder die Länderfusion mit Brandenburg). Insofern bezieht sich die Auffassung, Berlin sei eine „Konkursmasse“, in erster Linie auf die periodisch wiederkehrenden pessimistischen Prognosen über die mangelnden wirtschaftlichen und finanziellen Ressourcen der Stadt.

Die Debatte über die wirtschaftlichen Strukturveränderungen und die Herausbildung von Global Cities, die die internationale wissenschaftliche Diskussion der Stadtentwicklung in den 90er Jahren dominiert hat, bildet daher den ersten Referenzpunkt dieser Aufsatzsammlung. Um die Frage zu beantworten, ob Berlin über die Voraussetzungen verfügt, in den Rang einer europäischen Metropole oder gar Global City aufzusteigen, werden die räumlich-funktionale Arbeitsteilung und die Verortung Berlins im internationalen Städtenetzwerk wie auch verschiedene Facetten der postfordistischen Transformation erkundet. Dabei steht die Vermittlung von ökonomischen Basisveränderungen und gesellschaftlichen Kämpfen um deren konkrete, funktionale Ausgestaltung im Mittelpunkt. Damit wird zugleich dem vom Neoliberalismus behaupteten „Ende der Geschichte“ und „Abschied von der Politik“ widersprochen und das Diktum der vermeintlichen Alternativlosigkeit wirtschafts- und stadtentwicklungspolitischer Entscheidungen als interessengeleitete Instrumentalisierung der Politik vorgeführt: Die vorherrschende Ordnung bzw. „Regulation“ der gesellschaftlichen Verhältnisse ist nicht unvermeidbar; sie unterliegt der konfliktuellen Aushandlung widerstreitender Interessen.

West Goes East, East Meets West

Der zweite Referenzpunkt für die hier vorgenommenen Untersuchungen ist die einzigartige Situation Berlins nach der Wiedervereinigung der beiden Stadthälften. Da die Geschichte und Gegenwart der Teilung nirgendwo so große Bedeutung besitzen wie in der neuen alten Hauptstadt, zielt die im Untertitel formulierte Aufgabenstellung einer „Zwischenbilanz zehn Jahre nach dem Mauerfall“ auf das zweifellos bedeutsamste Berlin-spezifische Element. Was ist seit dem Mauerfall passiert? Wie hat sich das Verhältnis zwischen den beiden Stadthälften entwickelt? Hat sich durch die Vereinigung eine neue Kultur Berliner Urbanität herausgebildet? Ohne noch einmal en detail auf Aspekte wie die verheerende Politik der Treuhänder oder politische Fehler der Verantwortlichen einzugehen, steht die Frage nach dem aktuellen Zustand der wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Teilungen Berlins im Zentrum der Aufmerksamkeit. Sie kann auch als Spiegel der über Berlin hinausreichenden, übergreifenden Probleme und Chancen der Wiedervereinigung gelesen werden.

Der Gegenstand dieses Buches, dessen Beiträge von einem breiten Spektrum von AutorInnen aus Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit bestritten werden, ist also die Diskussion der Berlin-spezifischen Perspektiven zehn Jahre nach dem Mauerfall. Da sich die städtischen Veränderungen im Kontext übergreifender Tendenzen vollziehen, wird die Berliner Situation im ersten Abschnitt zunächst in den Zusammenhang der neueren internationalen Stadtentwicklung und –politik gestellt. Diese Einordnung wird von WissenschaftlerInnen aus Nordamerika vorgenommen. Vor diesem Hintergrund werden dann im zweiten Teil verschiedene Aspekte der Berlin-spezifischen Entwicklung reflektiert. Die Beiträge für diesen Abschnitt stammen überwiegend von Berliner AutorInnen aus Wissenschaft und Politik.

Zunächst präsentiert Saskia Sassen, Professorin für Soziologie an der University of Chicago, in der überarbeiteten Fassung ihres auf Englisch gehaltenen Vortrages auf der Konferenz (Übersetzung: Albert Scharenberg und Ernst-Uwe Voshage) zentrale Ergebnisse aus ihrer Forschung über Global Cities. Im Kontext der ökonomischen Globalisierung, die auch als eine neue Stufe kapitalistischer Vergesellschaftung gelesen werden kann, habe sich ein hierarchisch verfasstes Netzwerk von Global Cities herausgebildet, das Sassen als „Gerüst der organisatorischen Seite des globalen ökonomischen Systems“ definiert. Da Berlin nicht über die für derartige Städte charakteristischen ökonomischen Steuerungs- und Kontrollfunktionen verfüge, sei die Stadt auch nicht Teil dieses globalen Städtenetzwerkes und daher, trotz einer gewissen Relevanz im Bereich der „neuen Inhaltsindustrien“, keine Global City. Diese These ist inzwischen durch eine neue Studie empirisch untermauert worden.¹ Sassen diskutiert auch die neuen politischen Chancen in der Stadtpolitik, die der ambivalente Prozess der Globalisierung und Denationalisierung hervorgebracht hat, und plädiert für die analytische Sichtbarmachung der „anderen“, in den offiziellen Leitbildern marginalisierten AkteurInnen.

Peter Marcuse, Professor für Stadtplanung an der Columbia University in New York City, stellt anschließend in seiner überarbeiteten Konferenz-Präsentation die inneren Teilungen und sozialräumlichen Spaltungen in den Mittelpunkt, die die Herausbildung des neuen Akkumulationsregimes begleitet haben. Ausgehend von den technologischen Veränderungen und den neuen Strukturen der kapitalistisch verfassten Machtverhältnisse beschreibt Marcuse die sozialräumliche Polarisierung als „viergeteilte Stadt“ („quartered city“), in der Reichtum und Armut, Globalisierung und Konkurs untrennbar miteinander verbunden seien. Marcuse plädiert daher für einen Abschied von der „Global-City-Sucht“ und fordert ein auf die lokalen und sozialen Verhältnisse orientiertes Umdenken in der Stadtentwicklung.

Roger Keil, Associate Professor am Institut für Umweltforschung der York University in Toronto, stellt schließlich die Berliner Stadtentwicklung in den Zusammenhang des internationalen städtischen Wandels der 90er Jahre. Er untersucht die Ursachen für das Aufkommen und die Durchsetzung rechter, neokonservativer Stadtregimes. Die „Entdeckung der Stadt“ durch den Neokonservatismus und die Entwicklung rechter Stadt-Utopien korrespondiere mit der Krise der urbanistischen Linken. Im Ergebnis habe sich in der vergangenen Dekade ein Übergang „vom universalen zum segregierten Urbanismus“ vollzogen. Keil diskutiert in diesem Zusammenhang auch die Rolle der „neuen Mittelklassen“ und plädiert für ein „Projekt eines linksgerichteten Dritten Weges“, das, anders als die Blair-Schröder-Modelle, auf einem „verhandelten Universalismus der Demokratisierung, der sozialen Gerechtigkeit und der städtischen Ökologie“ beruhen solle.

Im Anschluss an die Einordnung der Berliner Situation in den Zusammenhang der internationalen Stadtentwicklung und –politik wird die Berlin-spezifische Entwicklung diskutiert. Zunächst gibt Hans G. Helms, Mitarbeiter bei Rundfunk, Fernsehen und Presse aus Köln, einen Überblick über die Geschichte der industriellen Entwicklung Berlins. Er entfaltet dabei ein Panorama, das vom Beginn der Industrialisierung Berlins in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts über die industrielle Monopolisierung seit 1900 und die spezifische Situation der Teilung der Stadt nach 1945 bis in die von einer umfassenden Deindustrialisierung gekennzeichnete Gegenwart reicht. Dabei kritisiert Helms u.a. die politisch indizierten Folgekosten der „unparitätischen Vereinigung“ nach 1990 und fordert eine wirtschaftliche Reorganisation der Stadt als Wissens- und Industriestandort.

Die Entwicklung des Dienstleistungssektors wird allgemein als wichtiger ökonomischer Indikator dafür angesehen, wie sich regionale und lokale Wirtschaftsräume an die neuen, veränderten Strukturbedingungen anpassen können. Carl Wechselberg, wissenschaftlicher Mitarbeiter für Haushalt und Finanzen bei der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, erörtert die postfordistische „Transformation und Peripherisierung“ der Berliner Ökonomie seit dem Mauerfall. Ausgehend von den spezifischen Bedingungen, denen die Wirtschaftsstrukturen in beiden Stadthälften in der Zeit der Teilung unterworfen waren, untersucht er die Entwicklung des Berliner Dienstleistungssektors nach 1990. Wechselberg plädiert dabei angesichts der in Berlin nur schwach entwickelten hochwertigen Dienstleistungen und der weiterhin mangelnden Perspektive als „Ost-West-Drehscheibe“ für einen nüchternen, „aufgeklärten Realismus“ der städtischen Wirtschaftspolitik.

Hieran anknüpfend dekonstruiert Katrin Lompscher, wissenschaftliche Mitarbeiterin für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, die „Stadtidee Dienstleistungen“ und die damit verbundenen Leitbilder und räumlichen Planungsszenarien

¹ Vgl. Stefan Krätke/Renate Borst: Berlin: Metropole zwischen Boom und Krise, Opladen 2000.

der Berliner Regierungspolitik der 90er Jahre. Sie stellt diesen Konzepten Elemente einer alternativen politischen Konzeption entgegen, in der „die lokalen und regionalen Bedingungen und Gegebenheiten“ Berlins im Zentrum stehen.

Im Anschluss stehen die kulturellen Repräsentationen Berlins im Zentrum. Ute Lehrer, Assistenz-Professorin an der State University New York (SUNY) in Buffalo, und Simone Hain, freie Planungshistorikerin mit Schwerpunkt DDR-Geschichte, fragen dabei sowohl nach den dominanten und regierungsoffiziellen Repräsentationen wie auch nach der Entwicklung und Artikulation gegenkultureller Bewegungen. Ausgehend von neueren theoretischen Ansätzen, die die (auch ökonomisch) gewachsene Bedeutung der Produktion von Stadt-Bildern zum Gegenstand haben, lenkt Lehrer das Augenmerk auf die mit dem Zitadellenbau am Potsdamer Platz beabsichtigte Selbstdarstellung und „Umschreibung der Geschichte“ durch die Bauherren. Dabei zeigt Lehrer auch, wie im Falle des Potsdamer Platzes der Bauprozess selbst Teil der „Spektakularisierung“ der Bilderproduktion geworden ist. Die Dominanz dieser kulturellen Repräsentationen habe gegenkulturelle Bewegungen und deren alternative Bilder seit dem Mauerfall zunehmend marginalisiert.

Simone Hain diskutiert die Entwicklung von Urbanistik und Architektur im Berlin der 90er Jahre. Im Mittelpunkt ihres Beitrages steht der Zusammenhang zwischen geopolitischer Neuorientierung nach dem Fall des „eisernen Vorhangs“, der Wiederentdeckung der strategischen Bedeutung des Raumes wie des Geschichtsdiskurses und den konkreten „revanchistischen Stadtentwicklungspolitiken“ vor Ort. Am Beispiel „Planwerk Innenstadt“ analysiert Hain den regressiven Gehalt der dominanten Planungsstrategien und architektonischen Konzepte und zeigt, wie sich im Identitätsdiskurs Allianzen zwischen Alt-Westberliner Expertenmilieus, kleinbürgerlichen ModernisierungskritikerInnen und offenem Revanchismus gebildet haben. Hain untersucht dabei auch die Gründe für das Scheitern des gegen die „Landnahme“ gerichteten Widerstands „von unten“.

Taz-Redakteur Uwe Rada verortet danach in seinem Essay die Zukunft der „Grenzstadt“ Berlin im „wildem, barbarischen Osten“ Europas. Im Kontext der (auch international) wachsenden Verräumlichung von Differenz sieht er die Stadt als einen „umkämpften Raum im Spannungsfeld der sich in ihren Wohlstandinseln einbunkernden ‚Zivilgesellschaft‘ und der zum Aufbruch entschlossenen ‚fröhlichen Barbarei‘“. Warum, fragt Rada, sollen die „neuen Barbaren“ nicht ebenso zum „Neuen Berlin“ gehören wie die „neue Mitte“?

Abschließend steht die aktuelle politische Dimension der Stadtentwicklung und damit auch die Frage nach den politischen Handlungsoptionen der Gegenwart im Mittelpunkt. Klaus Brake, Professor für Stadt- und Regionalplanung an der Universität Oldenburg, präsentiert die wichtigsten Ergebnisse der von ihm geleiteten „BerlinStudie“, die im Auftrag von EU und Berliner Senat erstellt und in diesem Sommer veröffentlicht wird. Ausgehend vom Leitbild einer europäischen Metropole eruiert Brake die spezifischen Berliner Potenziale und entwickelt - unter Rekurs auf die „neuen Inhaltsindustrien“, aber auch auf „peripherisierte“ Tätigkeiten - ein Entwicklungsprofil als „Initiativstadt“.

Die Zielsetzungen und Ergebnisse der Metropolenpolitik des Berliner Senates wie auch mögliche Alternativen für die Zukunft diskutiert Harald Wolf, Fraktionsvorsitzender der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Wolf sieht in dem Versuch einer künstlich forcierten Entwicklung Berlins zur Dienstleistungsmetropole eine falsche Prioritätensetzung. Über die Fokussierung auf Großprojekte als Katalysatoren der Stadtentwicklung sei die öffentliche Investitionspolitik in den 90er Jahren fehlgeleitet worden. In der Folge hätte sich nicht nur die soziale und sozialräumliche Polarisierung der Stadt verschärft, sondern auch die Verschuldung der öffentlichen Hand um ein Mehrfaches erhöht. Wolf kritisiert die aktuelle Privatisierungspolitik des Senates und zeigt schließlich an den Beispielen Verkehrspolitik und Stadtsanierung mögliche alternative Konzepte für die Gegenwart auf.

Ich möchte mich abschließend bei allen bedanken, die am Zustandekommen der Konferenz wie auch dieser Publikation mitgewirkt haben. Besonderer Dank gilt, neben den ReferentInnen und AutorInnen, den ModeratorInnen der Arbeitsgruppen und den beteiligten MitarbeiterInnen der Rosa Luxemburg Stiftung.

Berlin, im Mai 2000

Albert Scharenberg

Ausgrabungen in der „Global City“

Ich möchte in diesem Beitrag die Frage nach den Möglichkeiten und Chancen stellen, die durch die Globalisierung eröffnet werden. Dies ist eine ambivalente Fragestellung; es bedarf noch einer Menge Arbeit, um nicht nur die derzeit viel diskutierten Gefahren, sondern auch die neu entstehenden Möglichkeiten zu erkennen.

Einerseits sind zweifellos viele der Ergebnisse, die sich im Kontext der Globalisierung herausgebildet haben, problematisch. Mein Ausgangspunkt ist deshalb, dass wir eine Menge verloren haben. Wir leben in einer Zeit, in der es benachteiligte und arbeitende Menschen wie auch viele verschiedene Projekte ausgesprochen schwer haben. Aber andererseits war auch die Vergangenheit, der wir gerade entwachsen, kein Idealzustand. Es ist zwar richtig, dass der Verlust nationalstaatlicher Funktionen auch die Handlungsmöglichkeiten für soziale und demokratische Projekte einengt; aber der klassische Nationalstaat hat, insbesondere in den USA, ebenfalls viele Menschen von seinen sozialen, demokratischen Projekten ausgeschlossen. Ich halte es deshalb für falsch, sich nach der Vergangenheit zu sehnen. Ich bin oft in London, und alle Linken und SozialistInnen, die mir dort begegnen, sehnen sich nach der Vergangenheit, hängen an diesem Bild des Nationalstaates, der das Instrument einer „richtigen“ Labour Party sein soll; offensichtlich nicht derjenigen, die sie jetzt haben. Ich habe einen anderen, praktischen Ansatzpunkt. Vielleicht hat das damit zu tun, dass ich eine Frau bin, vielleicht auch damit, dass ich in den USA eine Einwandererin bin. Mein Umgang mit der Entwicklung ist: Hier stehe ich, dies ist eine schlimme Zeit; aber ich will meine theoretischen wie politischen Anstrengungen nicht an den Versuch verschwenden, dorthin zu gelangen, wo wir gerade herkommen; ein Bestreben, wie es in den Äußerungen dieser englischen SozialistInnen anklingt. Diesen Ansatz teile ich nicht.

Ich möchte deshalb im Folgenden sowohl die Risiken, Gefahren, VerliererInnen und Kosten als auch die Möglichkeiten der Globalisierung thematisieren. Dabei möchte ich zugleich der Frage nachgehen, was getan werden muss, um ein anderes politisches und ein anderes ökonomisches Projekt im Kontext der Global City zu entwickeln und umzusetzen.

Die „Global City“

Die Global City ist ein ambivalenter Ort. Sie ist zweifellos ein Ort großer Machtkonzentration. Aber sie ist ebenso ein Ort, wo diejenigen, die wenig oder keine Macht haben, die benachteiligt sind, im politischen Sinne etwas gewinnen können. Auch diese Menschen können eine bestimmte Art der Präsenz herstellen, und dies ist möglicherweise der Anfang einer anderen Politik. Es ist nicht meine Aufgabe zu entscheiden, was für eine Art Politik das sein sollte. Aber ich möchte betonen, dass die Global City ein ambivalenter Raum ist; sie ist weder nur gut noch nur schlecht, sondern anders.

Akademisch gesprochen ist die Global City ein analytisches Konstrukt. Es erfasst nicht die gesamte Materialität, die Spezifika oder die Vielfalt der Urbanitäten, die jede der Städte kennzeichnet, auf die ich meine Forschung konzentriert habe, und beschränkt sich nicht auf die drei führenden Global Cities, also New York City, London und Tokio. Wir haben es stattdessen mit einem Netzwerk von Global Cities zu tun, das eine Art Gerüst der organisatorischen Seite des globalen ökonomischen Systems darstellt. Dieses Netzwerk besteht aus etwa 30 bis 35 derartigen Städten und ist extrem hierarchisch organisiert. Meine Analyse der Global City als analytisches

Konstrukt ermöglicht es, die materielle Infrastruktur und die immateriellen Strukturen zu verstehen, die für den Betrieb, die Organisation, Ausführung und Gestaltung des globalen ökonomischen Systems erforderlich sind.

Hierin liegt der grundlegende analytische Schwerpunkt meiner Arbeiten über Global Cities. Dies ist auch der Grund, warum ich den Begriff Global City verwende und nicht den der „Weltstadt“. Goethes Begriff der „Weltstadt“ ist wesentlich breiter gefasst, und auch Fernand Braudels Verständnis der „superville“ ist weit umfassender gedacht. Beide sind viel stärker kulturell ausgerichtet. Die Global City dagegen repräsentiert ein wesentlich engeres Konstrukt als „Weltstadt“, ein Fenster zum inneren Gerüst des globalen ökonomischen Systems. Es gibt keine allein stehende Global City. Als Braudel über seine „Superville“ sprach, dachte er in Wirklichkeit auch an eine ganze Reihe von ihnen. Dies gilt im Besonderen für die Global City. Die Global City ist funktionaler Ausdruck eines Netzwerkes, und dieses Netzwerk liegt quer zur alten ökonomischen Nord-Süd-Spaltung. Die Global City konstituiert dadurch eine neue Geografie der Zentralität. Sie beinhaltet das korporative Herz, die korporativen Eliten usw. von Städten wie Sao Paulo, Bombay oder Taipeh; sie werden alle zu Teilen des Raumes für das Management und die Bedienung des globalen ökonomischen Systems, das grundlegend ist für die Formierung eines transnationalen städtischen Systems von Global Cities.

Aber keine dieser Städte erschöpft sich hierin. Jede dieser Städte beinhaltet viele andere Welten. Indem wir über die Möglichkeiten und Chancen der Globalisierung sprechen, tritt zugleich dieser Zusammenhang ins Blickfeld: was sind die anderen Präsenzen, wer sind die anderen AkteurInnen, die hier ebenfalls vorhanden sind?

Es gibt eine sehr große Hierarchie in diesem Netzwerk von Global Cities. Um diese Hierarchie zu verstehen, habe ich zahlreiche Daten ausgewertet. Die Arbeit mit Statistiken ist zwar oft sehr langweilig, aber sie kann helfen, bestimmte Dinge auf der Basis von Annäherungen zu verstehen. Alle Daten, die ich im Detail an anderer Stelle dargestellt habe,¹ enthüllen, dass die Hierarchie wirklich überwältigend ist. Während die Intensität der Transaktionen zwischen diesen Städten, insbesondere über die Finanzmärkte und in den Bereichen Dienstleistungen und Investitionen, dramatisch angestiegen ist, hat sich zugleich die Ungleichheit in Bezug auf die Konzentration strategischer Ressourcen und Aktivitäten zwischen diesen Städten verstärkt. Neben diesen Orten der neuen globalen und regionalen Städte-Hierarchie gibt es außerdem ein riesiges Territorium, einschließlich vieler alter industrieller Zentren, das zunehmend zur Peripherie geworden und in wachsendem Maße von den bedeutendsten ökonomischen Prozessen abgekoppelt ist, die das wirtschaftliche Wachstum in der neuen globalen Ökonomie fördern. Die neuen Wachstumssektoren, die neuen organisatorischen Kapazitäten der Firmen und die neuen Technologien tragen dazu bei, nicht nur eine neue Geografie der Zentralität, sondern auch eine neue Geografie der Marginalität zu erzeugen; dies ist wiederum eine weitere Auswirkung der ökonomischen Globalisierung. Die Erfahrungen aus den Vereinigten Staaten, Westeuropa und Japan legen nahe, dass die Regierungen handeln müssen, um die neuen Formen räumlicher und sozialer Ungleichheit einzuschränken.

Die organisatorische Seite der globalen Ökonomie

Richten wir unseren Blick auf die Frage, wie das globale ökonomische System, mit dem wir es zu tun haben, hinsichtlich seiner organisatorischen Seite expandiert. Es expandiert z.T. durch eine ausgedehnte Integration einer Vielzahl neuer Städte. Diese Ausdehnung bedeutet, dass die nationalen Ökonomien, die die Spielregeln befolgen, eine bestimmte Politik implementieren: Sie deregulieren, privatisieren, liberalisieren ihre Märkte. Nachdem sie

diese Politiken umgesetzt haben, werden in der Regel ihre wichtigsten Geschäftszentren zu den „Artikulatoren“ des globalen ökonomischen Systems; sie repräsentieren dessen wichtigste organisatorische Seite. In diesem Sinne ist die Global City ein Ort von Macht, und das grenzüberschreitende Netzwerk, das sich weiter ausdehnt, ist ein Indikator für die Expansion dieses Systems.

Die globale Ökonomie besteht im Wesentlichen aus zwei großen Bereichen. Einer ist der Konsumentenmarkt, und der andere ist die besagte organisatorische Seite. Die Konsumentenmärkte sind derzeit hauptsächlich darauf ausgerichtet, Geschmack und Bedarf zu homogenisieren und zu universalisieren: Je mehr ChinesInnen Coca Cola trinken, desto besser ist dies für Coca Cola; schließlich geht es um eine Milliarde potenzieller KonsumentInnen. Ich habe in letzter Zeit an vielen Diskussionen teilgenommen, und viele der gegenwärtigen Stellungnahmen über das globale ökonomische System konzentrieren sich auf die Konsumentenseite, auf Marktplätze. Deshalb ist die augenblickliche Debatte auf Homogenisierung, die Eliminierung lokaler Kulturen usw. fokussiert. Dies ist ein wichtiger Aspekt, aber er ist nur ein Teil des Gesamtprozesses.

Die organisatorische Seite des Systems ist ganz anders. Sie ist ein viel engeres System. Sie ist strategisch und nur auf die Teilhabe von kleinen Gruppen, von strategischen Minderheiten ausgerichtet: Minderheiten von Firmen, Minderheiten von Orten, Minderheiten von Menschen. Auch dieses System hat offensichtlich enorme „Schatteneffekte“, wie schon der Fordismus, der ja auch einen wesentlich größeren Radius beeinflusste als seine Zentren.

Der tatsächliche Apparat, durch den dieses System gestaltet, implementiert, kontrolliert, ausgedehnt und betrieben wird, ist im Vergleich mit den Konsumentenmärkten ein ziemlich kompaktes System, und die organisatorische Seite des ökonomischen Systems hat ihre eigene interne Version der Homogenisierung. Es gibt heute eine riesige Anzahl internationaler Standards, sowohl in der Produktion als auch bspw. in der Buchhaltung. Diese Standards sind Teil der „Rüstung“ des globalen ökonomischen Systems, denn wenn jemand Geschäfte machen will, benötigt er/sie eine bestimmte Konvergenz der Standards. Darum dreht sich eine Menge der so genannten ökonomischen Liberalisierung.

Ist Berlin eine Global City?

Ich werde oft gefragt: Ist Berlin eine Global City? Aus dieser Perspektive betrachtet, wenn wir von dieser engeren Definition von Global City ausgehen anstatt einfach zu sagen, dass es sich um eine internationale Stadt handelt, würde ich sagen, dass Berlin kein Teil des Raumes für das Management, den Betrieb etc. des globalen ökonomischen Systems ist in dem Sinne wie es Sao Paulo oder Bombay sind. Bombay erfüllt diese Funktion für den indischen Subkontinent; Bombay, nicht Kalkutta, nicht Neu Delhi: die Hauptstadt Neu Delhi ist in dieser Hinsicht nicht bestimmend. Dasselbe gilt für Brasilien. Sao Paulo ist nicht die Hauptstadt, sondern der Ort, an dem die Arbeit gemacht wird, wo die Inkorporation Brasiliens in das globale ökonomische System organisiert wird und der Eintritt der globalen Akteure in den brasilianischen Wirtschaftsraum stattfindet. In dieser Hinsicht ist Berlin keine Global City. Diese Funktion fällt in Deutschland Frankfurt zu; die Stadt am Main ist das Eintrittstor und der Umschlagplatz für die deutsche Wirtschaft. Teilweise gilt dies auch für München, denn dort werden zahlreiche Transaktionen mit einer Vielzahl von internationalen Akteuren getätigt. Berlin liegt nicht vollständig abseits von

¹ Vgl. u.a. Saskia Sassen: *The Global City*, Princeton 1991 (neue, überarb. Auflage erscheint 2000); *Metropolen des Weltmarkts*, Frankfurt/M. 1996; *Machtbeben. Wohin führt die Globalisierung?* Stuttgart 2000; *Cities in a World Economy*, Thousand Oaks/London/Delhi 1994.

dieser Art Management. Es gibt Ausnahmen, den Potsdamer Platz z.B., aber eine derart massive Konzentration wie in Frankfurt oder München existiert nicht. Insgesamt liegt Berlin eindeutig am Rand.

Die „neuen Inhaltsindustrien“

Aber Berlin ist Teil eines andersartigen Netzwerkes, das mehr mit kulturellen Aspekten zusammenhängt. Wir alle kennen Berlin als einen stark internationalisierten Ort. Die Stadt war eine Zufluchtsstätte für viele KünstlerInnen, und viele derjenigen, die heute in den Vereinigten Staaten Berühmtheit erlangt haben, sind von hier, haben ihre Karrieren hier begonnen. In Berlin wurden viele innovative Kulturprojekte ins Leben gerufen, z.B. in den Bereichen Tanz und Theater. Die Stadt war ein Ort der kulturellen Avantgarde.

Das heutige Berlin ist offensichtlich eine andere Stadt. Aber Berlin hat immer noch einen Reiz. Die Stadt war früher extrem internationalisiert und ist es auch heute noch. Ich würde sie als einen zumindest teilweise denationalisierten Raum bezeichnen. Der Begriff der Denationalisierung soll die Dynamik ausdrücken, die daraus entsteht, dass das Nationale im Kontext der Globalisierung eine Transformation erfährt. Sie erfasst nicht die gesamte Stadt, ist aber eine umfassende Dynamik. Viele der ehemals nationalisierten Sphären erleben gegenwärtig einen derartigen Prozess zunehmender Denationalisierung. Dies gilt u.a. auch für viele Global Cities, z.B. New York und London, aber eben auch z.T. für Berlin.

In dieser Hinsicht ist Berlin Teil eines anderen Netzwerkes, über das Klaus Kunzmann einen interessanten Aufsatz geschrieben hat.² Er bezieht sich auf die grenzüberschreitenden Netzwerke, an denen Berlin beteiligt ist. Kunzmann zeigt deutlich, dass Berlin einen besonderen Platz in einem größeren System einnimmt. Aus meiner Perspektive ist dieser Zusammenhang ein Schlüssel dafür, eine Stadt zu verstehen; es geht nicht nur darum, ob es ausländische Investitionen und Firmen gibt, sondern auch, ob eine Stadt ein Ort für verschiedene Arten grenzüberschreitender Transaktionen ist.

In meiner Forschung habe ich mich auf die organisatorische Seite des globalen ökonomischen Systems konzentriert. In dieser Hinsicht verfügt Berlin nicht über die Voraussetzungen, eine Global City zu werden. Aber Berlin ist Teil einer anderen Art von Netzwerk, das mehr mit Kultur und den so genannten „neuen Inhaltsindustrien“ („new content industries“) zu tun hat. Der Begriff „Inhaltsindustrie“ soll einen bestimmten Wirtschaftssektor bezeichnen, der Multimedia, Software, Computerspiele und Ähnliches beinhaltet. Teile der globalen Unterhaltungsindustrie, wie auch bestimmte Arten der Werbung, gehören zum Bereich der Inhaltsindustrie. Der Begriff wird dazu verwendet, die Verbindung von neuen, insbesondere digitalen Technologien und Kultur (in ihren verschiedenen Formen) zu erfassen. In dieser Hinsicht wird auch von „Silicon Alleys“ gesprochen. Hierbei handelt es sich um einen ausgesprochen urbanen Sektor. Silicon Valley gilt als die Hochzeit von Hochtechnologie und Wissenschaft; Silicon Alleys bezeichnen die Verbindung von Hochtechnologie und Kultur. Kultur wird hier sehr weit gefasst; sie beinhaltet sowohl die so genannte Avantgarde-Kultur als auch den Bereich der globalen Unterhaltungsindustrie. Das Interessante an diesen Silicon Alleys ist, dass ein Großteil des Arbeitsprozesses im digitalen Raum stattfindet. Die Menschen, die in diesem Bereich arbeiten, sind überwiegend jung und sozusagen total verdrahtet.

Die augenblicklich bekanntesten Silicon Alleys befinden sich in New York, Los Angeles, London und San Francisco. Aber Berlin könnte, wenngleich in geringerem Ausmaß, ebenfalls zu einem solchen Ort werden. In

² Klaus Kunzmann: Berlin im Zentrum europäischer Städtenetze, in: Werner Süß (Hg.): Hauptstadt Berlin. Band 1: Nationale Hauptstadt, Europäische Metropole, Berlin 1994, S. 233-246.

dieser Hinsicht scheint Berlin über die Voraussetzungen zu verfügen, zu einem Bestandteil des entstehenden globalen Netzwerkes der internationalen Inhaltsindustrien werden zu können. Global bedeutet nicht universal, und es bedeutet schon gar nicht, dass alle Menschen davon betroffen bzw. darin einbezogen sind. Global bezeichnet hier eine eher strategische Reihe von Brücken, die bestimmte Räume und bestimmte Arten von Subkulturen verbinden. In der neuen Welt der Inhaltsindustrien ist offensichtlich alles, was mit Kultur zu tun hat, ein Beitrag bzw. Input. Der Umstand, dass es sich hierbei um einen zutiefst urbanen Sektor handelt, beinhaltet eine gewisse Ironie, denn die Beschäftigten arbeiten überwiegend im digitalen Raum und ihr Produkt ist weitgehend ein digitales. Der Körper ist sozusagen „heruntergeladen“. Es liegt nahe zu denken, dass Raum und Ort in dieser Art Umgebung nicht mehr von Bedeutung sind, aber diese Branche ist gleichwohl ausgesprochen städtisch geprägt. In diesem Sinne ist es gewissermaßen eine neue Idee des Städtischen, der Urbanität, die entsteht; es ist nicht länger die „Café-Gesellschaft“, sondern eine andere Form von Gesellschaft. Berlin scheint über die Voraussetzungen zu verfügen, sich zu einem derartigen Zentrum zu entwickeln. Dies könnte bedeutend werden, da es sich hier nicht nur um Kultur, sondern um *Inhaltsindustrien* handelt, obwohl auch gesagt werden muss, dass die wachsende internationale Inhaltsindustrie, wie der Dienstleistungssektor im Allgemeinen, zwar offensichtlich einige sehr attraktive, aber eben auch subalterne Teile und Beschäftigungsprofile beinhaltet.

Wenn ich in Berlin leben würde, wäre dies einer der Bereiche, den ich würde erforschen wollen. Wird die Stadt zu einem Ort für die internationale Inhaltsindustrie werden? Ich würde hypothetisch sagen, dass Berlin zurzeit in der Schwebelage hängt. Wie wird sich die Stadt in der Zukunft entwickeln? Wenn ich in Berlin ein Forschungsprojekt begönne, würde ich außerdem versuchen, den Bereich der spezialisierten Dienstleistungen durch das Zusammentragen sehr detaillierter Informationen zu verstehen. Was geht hier vor sich, für wen wird produziert, an wen wird verkauft? Beinhaltet der Dienstleistungsbereich der Stadt nur herkömmliche Dienstleistungen oder existieren hier auch Schnittstellen (z.B. Werbung), die auf eine größere mitteleuropäische Zone ausgerichtet sind?

Die Dekonstruktion der Leitbilder und Images

Der zentrale Punkt ist, dass, wenn man etwas tun will – sei es politisch, theoretisch oder administrativ –, man die Wirtschaftsstrukturen einer Stadt wirklich gut kennen muss. Beim Studium dieser ökonomischen Strukturen kann es passieren, dass sich die Leitbilder als täuschend erweisen, denn sie sind oft falsch und oberflächlich. Meine besten Beispiele sind aus New York City, ganz einfach deshalb, weil ich dort lebe, und weil ich denke, dass man selbst in einer Stadt leben muss, sie richtig gut kennen muss, um sie zu verstehen.

In New York, in der Mitte von Manhattan, auf teuerstem Bauland also, gibt es ein berühmtes, als industriell ausgewiesenes Gewerbegebiet. Dieser Industriebezirk liegt direkt in der West Side. In den 80er Jahren, als unser letzter großer Immobilienboom begann, entstand das Leitbild, demzufolge sich die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt auf die fortgeschrittene Dienstleistungsökonomie und den Finanzsektor konzentrieren sollte; diese Bereiche waren angeblich typisch für New York. Unser Bürgermeister, Ed Koch (1977-1989), meinte: „Okay, lasst uns diesen Industriebezirk loswerden, denn in einer Stadt wie Manhattan gibt es keinen Platz für die Industrie. Das sollten alles Bürogebäude sein.“ Aber zu aller Überraschung war eine der Gruppen, die dagegen protestierten und sich für den Erhalt des Industriebezirks aussprachen, Wall Street. Es gab auch andere: Den Broadway; die Theater brauchten diesen Bezirk ebenfalls. Um die Gründe hierfür herauszufinden, haben wir ein Planungsbüro an der Columbia University eingerichtet. Wir sind mit unseren StudentInnen von Gebäude zu Gebäude gelaufen, um zu verstehen, welche Arten von Firmen sich wo niedergelassen haben. Es zeigte sich, dass es dort eine eigene Welt

industrieller Dienstleistungen gibt, dass dieser Bezirk total voll ist von industriellen Dienstleistungen. Gastronomie und Catering für die Hotels, Restaurants, für Broadway. Die Theater benötigen auch viel Lagerraum, Handwerk usw. Alles schien mit irgendeiner Art von Industrie verbunden zu sein, und dies mitten in einer Gegend, wo die am höchsten spezialisierte, fortgeschrittene, metropolitane Dienstleistungsökonomie angesiedelt ist. Aber im Leitbild der Stadt war dieser Zusammenhang weitgehend unsichtbar.

In meiner Forschung über den Finanzsektor in New York City verwende ich das Konzept der „spatial circuits“ („konzentrische Kreise“). Der Begriff soll die räumliche Verteilung und Anordnung aller Abläufe bezeichnen, die eine Industrie ausmachen. Diese Untersuchung beinhaltete, auch all diejenigen ArbeiterInnen und Firmen sowie eine Art des urbanen Raums und der urbanen Umwelt einzubeziehen, die nicht dem Image des Finanzsektors entsprechen. Der Finanzsektor wird gewöhnlich als sehr mobil, sogar hyper-mobil dargestellt, als unglaublich spezialisiert und randvoll mit technischem und humanem Kapital. Aber was findet man, wenn man diese Branche dekonstruiert und sich all die Arbeitsabläufe ansieht, die zu ihrem Betrieb notwendig sind? Man entdeckt die LKW-Fahrer; sie sind erforderlich für die Lieferung aller möglichen Waren, von Software über Tische bis Glühbirnen. Dann sehen wir die Lagerhäuser für alle möglichen Erzeugnisse. Wir entdecken die „blue collar“
WartungsarbeiterInnen, die Reinigungskräfte, die Sekretärinnen. Und diese Fahrer, ArbeiterInnen, Reinigungskräfte und Sekretärinnen müssen wiederum irgendwo wohnen. Hierin liegt das Spannende: Selbst wenn man die am meisten globalisierte, am weitesten digitalisierte und dematerialisierte Branche auswählt, d.h. den Finanzsektor, und ihn herunterholt auf eine Ebene, die es einem ermöglicht, den Raum der Stadt, also in diesem Falle von New York City, durch die Brille meiner „spatial circuits“ wieder zu entdecken, führt eine diese Untersuchung in die Stadtteile der EinwandererInnen, z.B. nach Queens, einen der Stadtbezirke New Yorks außerhalb von Manhattan. Dort gibt es Gegenden, die teilweise so aussehen, als würden sie einer anderen Epoche angehören und nichts mit dem reichen, korporativen Manhattan zu tun haben. Aber hier leben viele der Sekretärinnen, die an der Wall Street oder im zentralen Manhattan arbeiten.

Man muss also unbedingt verstehen, was das Besondere an der eigenen Stadt ist, wie sie funktioniert. Dazu reicht es nicht aus, nur gesammelte Makro-Daten auszuwerten oder die Finanzmärkte zu untersuchen. Diese Arbeit ist zweifellos wichtig und notwendig, aber sie ist nur ein Teil der Forschung. Zusätzlich brauchen wir viel lokale Feldforschung über das globale Finanzwesen, um wirklich zu verstehen, was in dieser Branche vor sich geht. Ich arbeite mit vielen Leuten überall auf der Welt zusammen, die diese Art Feldforschung betreiben. Ein Teil dessen, worüber sie forschen, sind die tatsächlichen, konkreten Orte der Finanzmärkte, d.h. die Börsenparkette. Eines der Ergebnisse unserer gemeinsamen Arbeit ist, dass wir die Bedeutung von Vertrauenszusammenhänge erkannt haben. In diesen besonderen Finanzmarkt-Plätzen ist es fast egal, wie elektronisch sie betrieben werden, denn bei der Geschwindigkeit, in der die Transaktionen laufen, wo die Leute sagen: „ich kaufe eine halbe Million, ich verkaufe zwei Millionen“, gibt etwas anderes den Ausschlag. Es hat mit einem bestimmten Vertrauen und einer Kenntnis des anderen zu tun. Deshalb braucht jede/r, und zwar unabhängig davon, wie globalisiert das Finanzwesen ist oder wie viele strategische Allianzen zwischen Märkten stattfinden, die vertraute Gemeinschaft von Insidern (nicht: inside traders), die jeder dieser Finanzmärkte ist. Daher ist auch das so genannte „virtuelle Büro“ eine wesentlich begrenztere Option als eine rein technische Analyse nahe legt. Bestimmte ökonomische Aktivitäten können von einem virtuellen Büro aus betrieben werden, aber für Arbeitsprozesse, die eine vielschichtige, spezialisierte und direkte Interaktion mit anderen Firmen oder SpezialistInnen erfordern, bleibt der örtliche Faktor ein Schlüssel. Außerdem benötigt der Produktionsprozess im Bereich der fortgeschrittenen, korporativen Dienstleistungen die Nähe anderer spezialisierter Dienstleistungen, insbesondere in den führenden und innovativsten Sparten dieser

Branchen. Komplexität und Innovation erfordern oft die hoch spezialisierte Beteiligung mehrerer Branchen. Die Produktion von Finanzdienstleistungen bspw. benötigt Beiträge u.a. aus den Bereichen Buchhaltung, Werbung, rechtlicher Sachverstand, Unternehmensberatung, Öffentlichkeitsarbeit sowie GrafikerInnen und DruckerInnen. Die besonderen Eigenschaften der Produktion dieser Dienstleistungen, vor allem wenn sie komplexe und innovative Arbeitsprozesse beinhalten, erklären ihre ausgesprochen hohe Konzentration in großen Metropolen. Trotz der Tatsache, dass Digitalisierung, Dezentralisierung und Denationalisierung die Art und Weise, in der Geschäfte getätigt werden, grundlegend verändert haben, braucht man immer noch eine zentrale Basis, nicht nur eine Adresse, um finanzielle Operationen auszuführen. Die Ironie des heutigen elektronischen Zeitalters ist, dass das ältere Verständnis von Region und eine ältere Form der Infrastruktur sich als für ökonomische Schlüsselbereiche bedeutsam erweisen.

Dies ist für mich von Bedeutung, weil ich schon immer daran interessiert war, die Rolle und Funktion des Ortes, gerade in den am meisten globalisierten, digitalisierten und dematerialisierten Umgebungen, wiederzuentdecken. Indem wir den Ort wiederentdecken, eine logische Verbindung zu einer globalen Industrie erzeugen, können wir mit „Ausgrabungen“ an diesem Ort beginnen. Dann betreten wir die „spatial circuits“: Wer sind die anderen, „vergessenen“ ArbeiterInnen etc. Für mich als Wissenschaftlerin war es ein entscheidender und notwendiger Schritt, diese Verbindung zwischen dem „großen System“, das da draußen irgendwo ist, teilweise im digitalen Raum, und einem besonderen lokalen Ort herzustellen. Dies ist der Nexus meiner Arbeit über die Global City: Sie ist der Versuch, das globale ökonomische System an konkreten Orten zu lokalisieren.

Ich vermute, dass jeder Schlüsselsektor wahrscheinlich ähnlich funktioniert; dies müsste weiter erforscht werden. Natürlich sind im Falle Berlins die ökonomischen Schlüsselsektoren ausgesprochen verschieden von denjenigen in z.B. New York. Aber jeder Schlüsselsektor wird wahrscheinlich Firmen, ArbeiterInnen und Angestellte sowie Arbeitskulturen beinhalten, die nicht dem Bild entsprechen, durch den dieser Schlüsselsektor repräsentiert wird. Dasselbe gilt auch für die Art der Lokalität in der Stadt und der urbanen Räume, sowohl hinsichtlich der Produktion wie auch der sozialen Reproduktion. Dieses Missverhältnis zwischen dem Image und der Realität ist der Grund, warum ich zunehmend denke, dass wir „Ausgrabungen“ beginnen sollten. Wir sind in eine neue ökonomische Epoche eingetreten. Sie ist randvoll mit wesentlichen neuen Präsenzen, von denen viele zu den Leitbildern und Images werden, durch die wir diese neue Ära verstehen. Sie haben zu tun mit Technologie, Telekommunikation, „Telematics“ (d.h. fortschrittliche integrierte Kommunikations- und Computernetzwerke wie das Internet, Fax-Maschinen, Telekonferenzen, Stimmen- und Datentransfer, et al.), usw., und ihr Image ist das eines steuerlosen, globalen ökonomischen Systems. Ich halte dieses Bild nicht für richtig, aber es ist augenblicklich von großer Bedeutung. Es kann allerdings dekonstruiert werden, weil die gegenwärtige Situation kein Zufallsprodukt ist, sondern teilweise bewusst erzeugt wurde und bestimmt nicht unvermeidlich war. Es handelt sich hierbei also zugleich um einen Fall der Abhängigkeit von der Vergangenheit: Es gibt bestimmte Möglichkeiten, die vorhanden sind, und andere, die nicht länger zur Verfügung stehen. Das neue globale ökonomische System gibt es jetzt seit vielleicht zwanzig Jahren, und dieses System hat seinen eigenen „natürlichen“ Wege erzeugt, um für die Wirtschaft, teilweise auch für die Politik, zu funktionieren. In Verlauf dieses Prozesses werden bestimmte Möglichkeiten eliminiert. Anstatt sich nach der Vergangenheit zu sehnen, sollten wir herausfinden, welche die gegenwärtig verfügbaren Optionen sind, um das heutige System zu beeinflussen und zu verändern.

Eine der wichtigsten Aufgaben für die weitere Forschung ist herauszufinden, wie das globale ökonomische System lokal konkret wird. Dieser Zusammenhang sollte in den Mittelpunkt rücken. Was bedeutet Globalisierung für Berlin, wie wirkt sie sich konkret aus? Zweitens müssen wir dabei all die „anderen“ AkteurInnen und Orte der

Globalisierung sichtbar machen, die anderen Firmen, die anderen urbanen Räume, ArbeiterInnen und Angestellten, Arbeitskulturen usw. Z.B. gibt es in Berlin, wie auch in anderen Städten, industrielle Sektoren, die globalisiert sind, aber auch sie werden vorrangig über ihren Status als Schlüsselsektoren repräsentiert. Wir sollten dem gegenüber zeigen, dass die führenden industriellen Branchen auch ganz andere ArbeiterInnen und Angestellte benötigen, an die man auf Grund trügerischer Leitbilder normalerweise nicht denkt; diese anderen AkteurInnen sollten sichtbar gemacht werden. Vielleicht ist das eine etwas naive Lesart, aber der Beginn eines Prozesses der Neubewertung - einer Neubewertung von bestimmten Tätigkeiten, ArbeiterInnen, Arbeitskulturen, Unternehmen, die augenblicklich im Kontext von Hochtechnologie, Telekommunikation usw. so sehr entwertet worden sind, dass viele denken, sie würden nicht benötigt, sie interessierten nicht -, könnte auch ein neues Denken über Globalisierung einleiten.

Globalisierung und Denationalisierung

Jede Situation, in der Macht eine Rolle spielt, erzeugt Widersprüchlichkeiten und deshalb eine bestimmte dialektische Dynamik. In meiner Forschung, bspw. über das internationale Finanzwesen, versuche ich, das deutlich zu machen: Dass es nicht nur um die gut verdienenden Fachleute und all ihren digitalen Raum geht, sondern auch um ganz andere Welten. Dasselbe gilt auch für die Frage der Entwicklung des Verhältnisses zwischen globaler Ökonomie und nationalen Staaten und damit für den oben erwähnten Prozess der Denationalisierung, über den ich seit einigen Jahren forsche. Zum Abschluss möchte ich kurz einige der vorläufigen Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus dieser Arbeit vorstellen.

Ausgehend von der dialektischen Dynamik bin ich davon überzeugt, dass es nicht genügen kann, den Staat einfach nur als ein Opfer der Globalisierung zu sehen. Große Teile der gegenwärtigen Literatur gehen davon aus, dass es sich irgendwie um zwei sich gegenseitig ausschließende Apparate handelt: den Nationalstaat und die globale Ökonomie. Eine Implikation dessen ist, dass viele Menschen sich das Verhältnis als ein Nullsummenspiel vorstellen: Was der eine gewinnt, verliert der andere, und umgekehrt. Es ist diese Ausschließlichkeit, die ich ablehne.

Zunächst gilt es fest zu halten, dass der Nationalstaat historisch als national konstruiert wurde, sowohl in seiner territorialen als auch administrativen und rechtlichen Dimension. Er wird definiert als exklusive Souveränität und Autorität des Nationalstaats über ein bestimmtes Territorium, einen administrativen Apparat und in Bezug auf Zugehörigkeit, d.h. citizenship. Meine Arbeiten über die Global City implizieren, dass das Globale tief im Nationalen verwurzelt ist. Daher muss man sich die Wege ansehen, in denen sich dieser Prozess vollzieht, denn das Nationale, das sich in ausgesprochen spezifischen institutionellen Rahmen oder Ordnungen ausdrückt, ist kein universelles, sondern ein sehr spezifisches Arrangement. Die Globalisierung ist nicht vom Himmel gefallen. Das System von Regeln, das den Aufstieg der Globalisierung ermöglicht bzw. befördert hat, was wir Deregulierung, Liberalisierung, Privatisierung nennen, wurde gemacht, erzeugt, und der Staat hat an diesem Prozess aktiv teilgenommen.

Da ich den Staat gewissermaßen „von außen“ betrete, anstatt seine historische Genese zu untersuchen, kann ich mich auf die Grenzgebiete konzentrieren, die den institutionellen Rahmen determinieren. Eines dieser Grenzgebiete liegt unzweifelhaft im Finanzministerium, ein anderes in den Großbanken; weitere liegen im Wirtschaftsministerium, in bestimmten Aspekten des Gerichtswesens und der Legislative. Die Frage, wer dazu beitrug, die neuen Instrumente zu erzeugen – oft kleine, scheinbar unbedeutende Aspekte wie Einfuhrzölle für

einzelne Waren, die für das globale ökonomische System notwendig sind – ist eine Mikrogeschichte, die zum großen Teil unsichtbar ist, weil wir uns den Staat normalerweise als Produzenten von nationaler Geschichte, nationalen Gesetzen und Verordnungen usw. vorstellen und nicht als Erzeuger des globalen ökonomischen Systems. Aber der entscheidende Punkt ist, dass der Staat an diesem Prozess der Herstellung des globalen ökonomischen Systems aktiv teilgenommen hat, mit größerer oder geringerer Bereitschaft und Anpassung, mit größerem oder geringerem Widerstand etc.

Indem man in diese „Grenzgebiete“ eintritt, gibt es zwei wichtige Zusammenhänge zu entdecken. Erstens die besonderen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern, d.h. wie sie diese Verbindung des Nationalen und des Globalen im Kontext des Nationalen gehandhabt haben. Und zweitens, was die Möglichkeiten sind, die Spielräume, die Möglichkeiten des Widerstands, für andere Arten der Gesetzgebung, für mehr Forderungen an die globalen Akteure, für größere oder geringere Anpassung. Dies ist ein sehr umkämpftes Terrain, oder präziser gesagt: eine Reihe umkämpfter Mikro-Räume. Ein ähnlicher Prozess wirkt auch in den Städten, z.B. in der Frage der Gentrifizierung; der einzige Unterschied ist, dass es sich hierbei um eine stärker institutionelle Form der Grenze handelt.

Ein bedeutendes Image ist das Verständnis, dass wir es mit einer neuen Form staatlicher Politik zu tun haben. Das konventionelle Verständnis besagt, dass Staaten nationale Gesetze erlassen; aber indem sie das tun, erzeugen sie auch Teile des Netzwerkes der globalen Ökonomie. Dies beinhaltet, dass eines der Ergebnisse dieses Engagements ein Prozess der teilweisen Denationalisierung bestimmter institutioneller Ordnungen des Staates ist, wie z.B. bestimmte Aspekte der Zentralbanken und Finanzministerien. D.h. der Staat ist jetzt auch an der Erzeugung von denationalisierten, globalen Projekten beteiligt.

Teil der Transformation des nationalen Staates ist, dass in bestimmten Institutionen, in denen die exklusive Autorität des Souveräns beim Staat lag, jetzt eine bestimmte Lücke, eine institutionelle Leerstelle entsteht. In dieser Leerstelle erscheinen andere Subjekte. Einige von ihnen sind multinationale Unternehmen und Finanzmärkte. Aber der Widerspruch, die Dialektik, die hierdurch erzeugt wird, ist, dass es zugleich auch befreiende Kräfte gibt. Ein Beispiel hierfür ist die wachsende Bedeutung der Nichtregierungsorganisationen (auch wenn es bekanntlich sehr problematische NGOs gibt). Entscheidend ist, dass es eine Reihe anderer AkteurInnen gibt. Die EinwandererInnen, Flüchtlinge, Frauen erscheinen jetzt als Subjekte in internationalen Gesetzen und Beziehungen, wie auch die UreinwohnerInnen; dies gilt auch für einige Umweltfragen. Es gibt eine institutionelle Öffnung, die es anderen AkteurInnen ermöglicht, außerhalb des Staates aufzutreten. Dies ist von großer Bedeutung für die Politik: dass es in der partiellen Dekonstruktion des Nationalstaates, die sich vollzieht, auch ein befreiendes Potenzial gibt.

Denationalisierung und Stadtpolitik

Wenn man diese politische Frage auf den städtischen Raum bezieht, lassen sich drei wesentliche Implikationen festhalten. Eine ist, dass die Frage des Staates angesichts der verschiedenen Ebenen der Globalisierung in Bezug darauf analysiert werden muss, wie der Staat daran aktiv teilgenommen hat, und wie wir mit diesem Staat arbeiten können. Man muss dabei im Auge behalten, dass dieses System nicht vom Himmel gefallen ist, sondern dass es erzeugt, gemacht, konstruiert, gestaltet, verändert wurde. Dies bedeutet, dass es auch Spielräume für Eingriffe gibt, dass Forderungen an den Staat gerichtet werden können. Dass der Staat durch die eine oder andere seiner Instanzen an diesem Prozess teilnimmt beinhaltet, dass wir, als Bürgerinnen und Bürger, ebenfalls an diesem Prozess der Implementierung eines globalen ökonomischen Systems teilhaben. Da wir hinsichtlich der Ausübung unserer

Macht als BürgerInnen auf die nationalen Institutionen begrenzt sind, sind wir notwendig TeilnehmerInnen, wenn auch manchmal unbedeutende und unterdrückte, und diese Teilnahme des Staates, so begrenzt sie auch ist, repräsentiert unsere institutionelle Brücke zu einer neuen Art der Politik; einer Politik, die von den globalen Akteuren Verantwortlichkeit einfordert. Diese Art der Politik wird natürlich nicht zufällig stattfinden. Sie muss gemacht werden, in ähnlicher Art und Weise, wie sich auch das globale Kapital als Kategorie selbst konstruieren musste. Im Verlauf der letzten Jahre hat sich eine Bewegung in diese Richtung vollzogen, insbesondere in den Vereinigten Staaten. Sie basiert auf der Anerkennung, dass die Art und Weise, in der das Politische in den letzten zwanzig Jahren im Angesicht der Globalisierung gehandhabt worden ist, problematisch ist; dass der Staat mehr Verantwortung und Macht besitzt, vor allem weil bestimmte Teile des Nationalstaates durch die Globalisierung keine Macht verloren, sondern gewonnen haben, z.B. die Finanzministerien. Sie benutzen diese neue Macht für bestimmte Programme. Die Frage ist: Wie können wir mit dieser Art Bewusstsein andere Programme in anderen Teilen des Staates einleiten?

Auf der Ebene der Regulationen hat dies sehr verschiedene Bedeutungen. Aber wir müssen herausfinden – und dies ist die zweite Implikation für die Politik –, ob es bestimmte strategische Streitfragen und Bereiche gibt, in denen diese neue Art und Weise der Politik, die von den globalen Akteuren Verantwortlichkeit einfordert, eingeleitet werden kann. Wir haben gesehen, warum globale Akteure bestimmte Orte benötigen; sie brauchen Städte wie Frankfurt a.M. oder New York City. Ich bin mir nicht sicher, ob sie auch eine Stadt wie Berlin benötigen, aber es bestehen jedenfalls auch an solchen Orten Spielräume für Aushandlungen. Dies bedeutet, dass das strategische Verhältnis nicht einfach der traditionelle Dualismus von Nationalstaat und globaler Ökonomie ist. Es ist stattdessen ein Dreieck von Nationalstaat, globaler Ökonomie und strategischen Orten – gewöhnlich die wichtigsten Zentren des internationalen Finanzwesens und der internationalen Wirtschaft. Eines der Charakteristika der gegenwärtigen Phase der Weltwirtschaft ist die Entstehung supra-nationaler Einheiten, seien es Global Cities oder Regionen wie Silicon Valley in Kalifornien. Die räumlichen und organisatorischen Formen, die angesichts der Globalisierung angenommen bzw. neu geformt werden, wie bspw. die Welthandelsorganisation (WTO), erscheinen als Akteure auf der globalen Szenerie. Gleichzeitig wird die Bedeutung strategischer, sub-nationaler Einheiten bestätigt. Die räumlichen und organisatorischen Formen, die sich im Kontext der Globalisierung herausgebildet haben, und die tatsächliche Tätigkeit transnationaler Unternehmen haben diese Global Cities und bedeutsamen Regionen zu strategischen Orten der globalen Ökonomie gemacht und dadurch deren möglichen Einfluss erweitert. Diejenigen Städte z.B., die als internationale Geschäfts- und Finanzzentren dienen, sind Orte direkter Transaktionen mit dem Weltmarkt, die ohne die Kontrolle der Regierungen stattfinden; sie vermitteln zwischen Weltwirtschaft und Nationalstaaten und zwischen den einzelnen Nationalstaaten. Dieser Bereich war traditionell die ausschließliche Domäne des Nationalstaates. Wir können deshalb schlussfolgern, dass sich die Bedeutung der städtischen Politik gegenüber der nationalen insgesamt in bestimmter Hinsicht vergrößert hat.

Das dritte Element ist das Verständnis davon, dass die einsetzende Denationalisierung die Möglichkeit einer Art und Weise der Politik signalisiert, die sich durch mindestens zwei Unterschiede von der herkömmlichen Politik unterscheidet. Der eine liegt im grenzüberschreitenden, internationalen Aktivismus. In diesem Zusammenhang kann man die Entstehung einer neuen Form der Politik beobachten, für die u.a. das Internet außerordentlich bedeutsam ist. Es handelt sich um eine Politik des Globalen, die durch viele Lokalitäten konstituiert wird. Sie ist nicht global im Sinne der Vereinten Nationen, sondern dessen exaktes Gegenteil. Es handelt sich um lokale Politiken, die sich im lokalen Rahmen und mit lokalen Zielen konstituieren, aber Teil eines globalen Netzwerkes derartiger lokaler Politiken sind. Der Protest gegen die WTO in Seattle 1999 ist hierfür ein gutes Beispiel. Die

Politik des Lokalen kann das Globale beeinflussen, solange es dieses Bewusstsein gibt, dass man in Kontakt mit anderen steht.

Und der andere Unterschied hinsichtlich der Politik ist die Möglichkeit anderer politischer AkteurInnen und der Entstehung von etwas, das entweder das Globale und das Nationale oder das Globale und das Lokale verbinden kann, aber nicht nur ein Ausdruck des Staates ist. Man ist geneigt, hierbei gleich an „Zivilgesellschaft“ zu denken, aber es gibt auch andere Möglichkeiten. Z.B. im Falle einer internationalen Stadt mit vielen EinwandererInnen ist das, was sich gegenwärtig im Prozess der Globalisierung - deren eigentlicher Kern die Re-Territorialisierung von Menschen, ökonomischen Praktiken und Kulturen ist -, vollzieht, der Umstand, dass sich die Communities der EinwandererInnen und die nachbarschaftlich organisierten Teil-Ökonomien auch in Richtung der Formierung transnationaler Verbindungen und Gemeinschaften verändern. Tatsächlich beginnen die EinwandererInnen zunehmend, sich selbst als transnationale AkteurInnen zu verstehen. Dieses Verständnis unterscheidet sich grundlegend von der traditionellen Einwanderung; hier handelt es sich um Transmigration. Die Formierung von transnationalen Verbindungen und Gemeinschaften durch Einwanderung eröffnet viele neue Fragen über die Verlagerung verschiedener politischer Funktionen vom Bereich internationaler Beziehungen zwischen Nationalstaaten zu den privatisierten Bereichen von Individuen, Haushalten und Communities. Dies ist nur ein Beispiel für eine andere Art des politischen Denkens: dass man in Anbetracht des Globalen eine Politik initiieren kann, die in lokalen Zusammenhängen verankert ist und über lokale Wege ausgeübt wird, aber mit dem Unterschied, dass es auch andere Menschen überall auf der Welt gibt, die in ähnlichen lokalen Aktivitäten engagiert sind.

Globalisierung hat zu einer Rekonfigurierung von Territorialität und Souveränität geführt. Diese Rekonfigurierung ist begrenzt, hochgradig selektiv und vor allem strategisch. Die Transformationen in Schlüsselsektoren des modernen Staates und dem zwischenstaatlichen System signalisieren gleichermaßen die Entstehung von neuen Gefahren wie auch von neuen Möglichkeiten und Chancen. Wir wissen, dass die Globalisierung eine Anzahl sehr problematischer Bedingungen mit sich gebracht hat. Aber ich möchte hervorheben, dass hierdurch auch neue Möglichkeiten erzeugt worden sind, die unterschiedliche Formen annehmen, verschiedene AkteurInnen einbeziehen und andere Arten politischer Projekte ermöglichen. Wir müssen diese Chancen erkennen, ernst nehmen und nutzen, wenn wir uns den vor uns liegenden Herausforderungen stellen wollen.

Peter Marcuse

Die „geteilte Stadt“

Ich möchte damit anfangen, die Fragestellung, ob Berlin „Global City oder Konkursmasse“ ist, zu hinterfragen. Ich denke, dass dieses Begriffspaar keine Alternativen bezeichnet und würde stattdessen vorschlagen, dass es vielleicht Global City *und* Konkursmasse heißen und die Alternative daher weder das eine noch das andere sein sollte.

Der Begriff Global City bezieht sich ja nicht auf eine einheitliche Stadt. Wie Saskia Sassen gezeigt hat, ist das, was in einer Stadt global ist, nur ein Teil jeder Stadt. Das Globale betrifft die verschiedenen Stadtteile äußerst unterschiedlich. Im Besonderen ist es wichtig, sich darüber bewusst zu sein, dass die Herausbildung von Global Cities Vorteile für einige BewohnerInnen der Städte und Nachteile für andere bedeutet, ja sogar zum Konkurs Letzterer führen kann. Ich möchte diesen Prozess der sozialräumlichen Spaltungen im Folgenden nicht als eine abstrakte, theoretische Möglichkeit diskutieren, sondern als realgeschichtliche Tatsache beschreiben. Meine Ausführungen beziehen sich dabei nicht direkt auf Berlin, sondern – etwas allgemeiner - auf Städte wie Berlin. Ich möchte das Argument begründen, dass das Begriffspaar Global City und Konkursmasse das Programm beschreibt, in dem sich die gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen abbilden, und dass dieses Programm nicht alternativlos ist, sondern dass es einen anderen Weg gibt.

Die Herausstellung des dialektischen Zusammenhanges von Global City und Konkurs beinhaltet zugleich eine Abgrenzung von der aktuellen Debatte über den „Dritten Weg“, die gegenwärtig in Europa und Nordamerika geführt wird. Wenn wir von Global City *oder* Konkursmasse sprechen, dann werden wir nach einem „Dritten Weg“ suchen, von dem ich glaube, dass es ihn nicht gibt. Es gibt einen zweiten, nicht einen dritten Weg: Der erste Weg ist Global City *und* Konkurs, und der zweite Weg ist dann die Alternative.

Neue Technologien und Machtverhältnisse

Was ist denn die Globalisierung, über die wir so viel diskutieren? In Anthony Giddens' neuem Buch über den „Dritten Weg“¹ wird suggeriert, dass der Prozess der Globalisierung zur Herausbildung einer neuen Richtung führt, einer dritten Richtung. Ich möchte mich von seinem Ansatz unterscheiden und verdeutlichen, warum dieser These m.E. ein falsches Verständnis der allgemeinen Entwicklung zu Grunde liegt. Für Giddens bedeutet die Globalisierung eine umfassende wirtschaftliche und gesellschaftliche Revolution. Ich meine dem gegenüber, dass viele der Prozesse, die mit der Globalisierung verbunden sind, lediglich eine Weiterentwicklung und Fortsetzung von Tendenzen darstellen, die schon über Jahrzehnte und zum Teil sogar Jahrhunderte gelaufen sind.² Globalisierung ist deshalb in meinem Verständnis keine Fortschreiten zu etwas grundsätzlich Neuem, keine Revolution.

Gleichwohl gibt es neue Entwicklungen, die der eigentliche Inhalt der real existierenden Globalisierung sind, oder doch zumindest neue Entwicklungsstufen, insbesondere in zwei Bereichen: Technologie und Machtverhältnisse. Das Verständnis dieser beiden Aspekte ist m.E. zentral, um die aktuelle Diskussion über Globalisierung nachvollziehen zu können. Der erste Bereich, die technologische Entwicklung, ist zweideutig. Ich will mich hier nicht in die Diskussion, ob Technologie neutral ist, einmischen. Man kann zwischen Technologie und Technik unterscheiden: Technologie als der philosophische und auch ideologische Teil der Entwicklung, und Technik als der materielle, als rein technischer, nicht ideologischer Teil. Ich denke, dass die Richtung, in der sich die Technik entwickelt, nicht von der Technik allein bestimmt wird, gewissermaßen aus sich selbst heraus entsteht, sondern dass auch andere Kräfte auf diese Richtung einwirken, insbesondere die bestehenden wirtschaftlichen Machtverhältnisse. Und dieser zweite, auf Machtverhältnisse bezogene Aspekt hat sich ebenfalls verändert.

In diesem Zusammenhang gibt es wesentliche Unterschiede in der Stadtentwicklung. Wenn man sich

¹ Anthony Giddens: *The Third Way: The Renewal of Social Democracy*, Cambridge/GB 1998.

² Am Beispiel New York entwickelte Argumente hierzu bei: Janet Abu-Lughod: *New York, Chicago, Los Angeles. America's Global Cities*, Minneapolis/London 1999.

die Geschichte der Städte anschaut, konnte man traditionell die Faktoren benennen, die für die Zukunft einer Stadt bestimmend sind. Ich würde in diesem Kontext fünf Faktoren hervorheben. Erstens die Lage der Stadt, ihre Anbindung an Transportwege, ob sie Hafenstadt ist usw. Zweitens die natürlichen Ressourcen der Stadt, und drittens die Energieversorgung, ob eigene Energiequellen zur Verfügung stehen etc. Viertens die Frage, wie ist ihre Verteidigungsfähigkeit im Kriegsfall. Und fünftens schließlich, über welche besonderen Attraktionen verfügt die Stadt.

Von diesen fünf bestimmenden Faktoren sind in der gegenwärtigen Entwicklungsphase die ersten vier nicht länger von besonderer Bedeutung. Was heute die Zukunft einer Stadt bestimmt, ist nicht mehr ihre Lage. Diese ganze Diskussion über Berlin als Drehscheibe hat sich m.E. als falsch erwiesen. Ich war in den letzten Monaten in Istanbul und Prag und habe mir dort die „Masterplans“ für diese Städte angeschaut. Istanbuls Masterplan beginnt mit einer Karte. Auf dieser Karte liegt Istanbul genau in der Mitte, und von der Stadt gehen dann Pfeile in alle Richtungen; Istanbul soll Drehscheibe sein zwischen Europa und Asien, zwischen West und Ost, Nord und Süd. Der Masterplan von Prag fängt genau so an, ebenfalls mit einer Karte, auf der Prag im Mittelpunkt steht, von dem aus dann ein Pfeil nach Brüssel geht, einer nach Warschau, einer nach Moskau, einer nach Mailand usw. In Berlin war die Vorstellung ebenfalls genau dieselbe: eine Linie nach Moskau, eine nach Paris, eine nach Stockholm und eine nach Rom. Diese kartographierte Darstellung ist für alle drei Städte unsinnig, weil die physische Lage heute nicht mehr über die wirtschaftlichen Möglichkeiten und Perspektiven einer Stadt entscheidet. Die Transport- und Kommunikationsmöglichkeiten haben sich technisch so grundlegend geändert, dass diese physischen Verhältnisse nicht mehr so wichtig sind.

Was hingegen für die jüngere Entwicklung wichtig und sogar bestimmend bleibt, ist der zweite Aspekt der Globalisierung, die Konzentration und Zentralisation von Macht und Machtverhältnissen. Dieser Aspekt hat ganz konkrete Auswirkungen auf die Stadtentwicklung, die nicht nur in New York oder Chicago, sondern in jeder Großstadt in den entwickelten kapitalistischen Ländern (und z.T. darüber hinaus) ausgemacht werden können, auch in Berlin. Es ist ja gerade ein Kennzeichen der Globalisierung, dass sich diese Entwicklungen verstärken, und dass die Tendenzen ähnlich verlaufen, auch wenn sie in New York, oder in den Vereinigten Staaten allgemein, am weitesten entwickelt sind.

Die „viergeteilte Stadt“

Die Stadtentwicklung wird von den Veränderungen der Machtverhältnisse, die sich im Zusammenwirken mit der technologischen Entwicklung unter dem Namen Globalisierung herausgebildet haben, wesentlich beeinflusst. Insbesondere hat sich die Rolle und Zusammensetzung von sozialen Schichten, von Klassen, substanziell verändert. Vergewärtigen wir uns nun diese gesellschaftlichen Veränderungen, die neuen Klassenverhältnisse, und die räumliche Spiegelung derselben in der städtischen Struktur. In dieser Spiegelung werden Trennungslinien, soziale Spaltungen und wachsende Segregation in der Stadt sichtbar. Die sozialen Spaltungen in dieser Phase der Globalisierung lassen sich m.E. am Besten mit dem Bild der „viergeteilten“ Stadt (quartered city) illustrieren.

Viergeteilt bedeutet erstens: geteilt, d.h., es ist keine einheitliche Stadt, keine Stadt, deren Zukunft für alle gleich ist, sondern vielmehr eine Stadt, in der manche Teile wachsen können, während andere schrumpfen, wo es einigen Menschen gut geht und anderen sehr schlecht. Zweitens, es ist keine einfache Zweiteilung. Es ist auch keine „Zweidrittel-Gesellschaft“. Der Begriff der Zweidrittel-Gesellschaft behauptet zunächst, dass es dem Großteil der Bevölkerung gut und nur einer Minderheit schlecht geht. Aber selbst unabhängig davon, welche Gruppe denn nun in der Mehrheit sein mag, bleibt auch dieser Begriff im Kern beim Bild einer gesellschaftlichen Zweiteilung stehen. In Wirklichkeit jedoch besteht die globalisierte Stadt aus mehr als zwei Teilen, und wir müssen von einem Modell der vielschichtigen Spaltung der Stadt ausgehen, in der mehrere verschiedene Teile unterschiedliche Interessen haben.

Drittens, viergeteilt bedeutet auch etwas anderes als vierteilig, denn die Teilung der Stadt ist nichts, was von Natur kommt, sondern etwas, das Menschen, Gruppen, Klassen miteinander machen. Es ist eine Teilung, die nicht natürlich oder unvermeidbar ist.

Schließlich viergeteilt auch im Sinne des Wortspiels: Bis ins 18. Jahrhundert war die „Vierteilung“ eine Hinrichtungsmethode. Dabei wurden die Arme und Beine des Delinquenten jeweils an Pferde angebunden, in alle vier Himmelsrichtungen. Indem man die Pferde antrieb, wurde das Opfer auseinander gezogen und schließlich buchstäblich in Stücke gerissen, „gevierteilt“. In diesem Sinn

verweist der Begriff auch auf die Prozesse wachsender sozialräumlicher Polarisierung (und manchmal sogar Hinrichtung) der Städte im Zuge der Globalisierung.

Sehen wir uns jetzt die Teile an, aus denen die viergeteilte Stadt besteht.

Die aufgewertete Stadt des Luxus

Es gibt zunächst die Luxusstadt. Sie ist nicht unbedingt ein räumlich fest gefügter Teil der Stadt. Ihre Lage variiert, ist manchmal fast beliebig, aber die Luxusstadt manifestiert sich in ganz unterschiedlichen Teilen der städtischen Raumstruktur. Die Menschen an der gesellschaftlichen Spitze, die in der Luxusstadt wohnen, sind nicht räumlich gebunden an irgendeinen Ort, nicht in der Stadt und noch nicht einmal an eine bestimmte Stadt. Sie haben oft mehrere Wohnungen, verschiedene Niederlassungen. Aus ihrer Sicht ist eine konkrete Stadt ersetzbar, kann daher nach Bedarf weggeworfen werden, wenn sie nicht mehr nützlich ist; dann geht man eben irgendwo anders hin oder investiert anderswo. Die Stadt erfüllt die Rolle einer Profitmaschine, nicht so sehr die des Wohnortes. Wohnorte und Wohnungen können ihre EinwohnerInnen überall haben. Also: Die Luxusstadt ist kein bestimmter, fest umrissener Stadtteil, aber sie kann überall sein.

Die „Gentrified City“, zu deutsch: aufgewertete Stadt, ist aber ein fester Bestandteil der Stadt, wenn auch mit beweglichen Grenzen. In diesem Teil der Stadt, der im Zeitalter der Globalisierung wächst, wohnt in erster Linie die „Professional and Managerial Class“ (PMC). Zur PMC gehören bspw. TechnikerInnen, die zum Teil besser verdienenden AkademikerInnen, die IngenieurInnen, die sich mit Computertechnik beschäftigen, usw. Diese Bevölkerungsgruppe unterscheidet sich auch in ihrer demografischen Zusammensetzung von anderen sozialen Schichten: Es sind eher jüngere Leute, es gibt weniger Familien und mehr allein Stehende. Diese Gruppe übernimmt oft die Teile der Stadt, in denen die Bodenwerte steigen und ein soziales Umfeld aufgebaut wird, das sich von den anderen Teilen der Stadt sichtbar abhebt. Man kann das auch in Berlin beobachten. Wohnungsneubauten, die an der Spree gelegen sind z.B., oder in anderen attraktiven Lagen, wo es viele Einrichtungen innerhalb der „aufgewerteten Stadt“ gibt, so dass ihre BewohnerInnen gar nicht mehr in andere Teile der Stadt gehen müssen. Diese Gegenden sind zugleich die abgesperrten, verteidigten und gesicherten Teile der Stadt.

Zitadellen und Enklaven

Man kann diesen beiden Stadtteilen, Luxusstadt und aufgewertete Stadt, auch eine besondere räumliche Gestaltung zuordnen. Für die Luxusstadt ist der Begriff der Zitadelle bereits seit längerem in der Diskussion. Zitadellen waren früher Festungen, besondere Befestigungen innerhalb einer Stadt, die selbst von den übrigen Befestigungswerken durch Gräben und ein Schussfeld geschützt waren. Derartige Festungsbauten kann man auch in Berlin erkennen. Neben den besagten Quartieren der „aufgewerteten Stadt“ wäre hier insbesondere der Ausbau des Regierungsviertels zu nennen.

Und hier, in der Infobox am Potsdamer Platz, können wir die Zitadellen ja auch direkt aus dem Fenster sehen. Wie der Begriff der Zitadelle bereits anzeigt, ist an diesen Orten der Ausbau von Sicherheitsmaßnahmen ganz wesentlich. Ich war gestern dort unten am Potsdamer Platz, am Eingang dieser großen, von Glasarchitektur und Lichtdurchflutung geprägten Einkaufspassage. Die Verwaltung bezeichnet diese Passage gerne als Straße; dadurch wird die Öffentlichkeit des Ortes suggeriert. Aber eigentlich ist das keine Straße in der Innenstadt, sondern einfach ein Shopping-Mall, ein Einkaufszentrum. Am Eingang ist ein Schild angebracht, auf dem die Regeln dafür stehen, wie sich die BesucherInnen zu benehmen haben. Hier kann man ganz deutlich den Unterschied zwischen Straße und Mall erkennen. Die eine Einrichtung ist öffentlich und unterliegt keinen besonderen, zusätzlichen Regelungen, die andere ist privat beherrscht und mit zusätzlichen Verhaltensregeln versehen. Der letzte Punkt auf dem besagten Schild besagt dementsprechend, dass Leute, die sich nicht an die Benimm-Regeln halten, unerwünscht sind und ggf. von privaten Sicherheitskräften ausgeschlossen, entfernt werden. Diese Art von Sicherheitsmaßnahmen und der Privatisierung des öffentlichen Raumes sind für die Zitadellen der Macht ganz wesentlich.

Für die aufgewertete Stadt möchte ich als räumliche Gestaltung den Begriff der Enklave vorschlagen. Im Zeitalter des Imperialismus bezeichnete der Begriff Enklave die kolonisierenden Teile der Kolonien. Es handelte sich um den Stadtteil der Kolonialherren, also nicht um eine Enklave von EmigrantInnen oder von Menschen, die gerne miteinander leben möchten, sondern um eine Enklave

derjenigen, die an der Spitze der kolonialen Macht oder doch zumindest in deren Nähe standen, die sich materiell, kulturell, auch polizeilich-militärisch und räumlich von der sie umgebenden Stadt und ihren BewohnerInnen abgrenzten, die ein eigenes Viertel aufbauen wollten, von der aus sie das Territorium kontrollieren und beherrschen konnten. Bspw. die englische Enklave in Schanghai. Und diese Rolle und Funktion wird heute in der globalisierten Stadt von den „aufgewerteten“ Gegenden ausgeübt.

Der Funktionswandel der Vorstädte

Die Vorstädte und die vorstädtischen Areale konstituieren den zweiten Teil der viergeteilten Stadt. Großstädte erleben in dieser Hinsicht derzeit eine Weiterentwicklung von Tendenzen der Suburbanisierung, die sich über Jahrhunderte herausgebildet haben. Der hier bekanntermaßen vorherrschende Siedlungsstil sind Einfamilienhäuser. In der amerikanischen Diskussion wird gegenwärtig von den „edge cities“ gesprochen, d.h. es sind Vororte, die zwar wirtschaftlich noch an die zentrale Stadt gebunden sind, sich aber weitgehend unabhängig von ihr entwickeln. Sie haben eine regionale räumliche Anbindung an die zentrale Stadt, entwickeln sich aber im alltäglichen Leben eigenständig. Das gilt für die Arbeitsplätze, die mehr und mehr außerhalb der Stadt angesiedelt sind, aber auch für den Konsum, z.B. fürs Einkaufen, das auch dort stattfindet. Diese Entwicklungen sind auch in der Region Berlin-Brandenburg deutlich zu erkennen.

Anders als noch vor wenigen Jahrzehnten werden heute in den Vorstädten auch Arbeitsplätze geschaffen. Das quantitative Verhältnis zwischen der Zahl der Arbeitsplätze und der Zahl der EinwohnerInnen hat sich grundlegend verändert. Wenn jetzt die Mehrheit der EinwohnerInnen innerhalb der Vororte ihre Arbeitsplätze finden, dann ist das schon eine neue Entwicklung. Vororte waren früher die Wohnorte von PendlerInnen; das ist heute nicht mehr überall der Fall.

Auch in den Vororten sind Sicherheitssysteme von großer Bedeutung. Eingemauerte und eingezäunte Siedlungen kann man in den Vereinigten Staaten überall sehen. Aber derartige Siedlungen werden jetzt auch in den Vorstädten Istanbuls und Moskaus errichtet. Auch hier gibt es eigene Sicherheitsbehörden mit eigener Polizei. Die so geschützten Gebiete werden vor der unkontrollierten Stadt gesichert und verteidigt.

Die Mieterstadt

Der dritte Teil der viergeteilten Stadt ist die alte Stadt der Mietshäuser, der Quartiere der industriellen Arbeiterklasse. Dieser Teil der Bevölkerung wird durch die Deindustrialisierung seit Jahrzehnten kleiner. Hier kommt es mehr und mehr zur Ausbreitung prekärer, schlecht bezahlter Beschäftigungsverhältnisse. Das hat auch zum Wachstum der so genannten „working poor“ geführt, d.h. von Menschen, die Vollzeit arbeiten, aber trotzdem nicht in der Lage sind, die wachsenden Kosten ihres Lebensunterhaltes zu bestreiten. Dieser Prozess der Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen gilt nicht nur im Bereich der „blue collar“-Arbeit (Industriearbeit), sondern auch für viele „white collar“-Tätigkeiten (Büro, Verwaltung, Dienstleistungen).

Die Stadt der Mietshäuser, der Arbeiterviertel, besteht noch. Sie ist aber immer mehr zur Stadt der neuen EinwandererInnen geworden. Früher waren es in New York die deutschen, irischen, italienischen und jüdischen Viertel, heute sind es vor allem koreanische und dominikanische Stadtteile. Sie sind weniger gut gesichert, ihre Demografie ist permanent im Fluss. Es sind Viertel, die zumeist nicht lange bestehen bleiben, wo Menschen reinkommen und weiterziehen, nach vielleicht zehn oder zwanzig Jahren. Die jüdischen Quartiere in New York z. B. waren derartige Orte, in die laufend neue Emigranten kamen, die für eine bestimmte Zeit dort blieben und dann in neue Quartiere weiterzogen.

Die verlassene Stadt: Gettoisierung

Schließlich, am untersten Ende der hierarchisch strukturierten, viergeteilten Stadt, steht die ausgegrenzte, verlassene Stadt. Hier kann man wirklich von Konkurs reden, denn es handelt sich um eine Stadt, die für andere Teile der Stadt nicht mehr nötig ist. In den Vereinigten Staaten ist das Getto die typische Form der verlassenen und ausgegrenzten Stadt. Hier muss man differenzieren, denn obwohl es diese Formen der Gettoisierung auch in Europa gibt, sind die Tendenzen hier bisher nicht

so stark ausgeprägt wie in den USA.

Gettos hat es schon für mehrere Jahrhunderte gegeben, vielleicht angefangen mit dem jüdischen Getto in Venedig. Das ist gut beschrieben in den Büchern von Richard Sennet.³ Das waren Gettos, die nachts abgeschlossen waren. Das gab es auch in deutschen Städten, wo Gettos außerhalb der Stadtmauern lagen und nachts regelrecht abgeschlossen wurden. Das Gitter ging abends runter und morgens wieder hoch. Und es ging morgens wieder hoch, weil die EinwohnerInnen des Gettos für die Wirtschaft der Stadt benötigt wurden. Und genau dies ist heute für viele Gettos nicht mehr der Fall. Die Gettos und ihre BewohnerInnen sind von der Wirtschaft ausgeschlossen, nicht nur von der formellen, sondern zum großen Teil auch von der informellen Wirtschaft, die die formelle bedient und deshalb überwiegend in anderen Stadtteilen angesiedelt ist und dort gehalten wird. Auch diese weit gehende Ausgrenzung von den Möglichkeiten, Arbeit außerhalb des Gettos zu finden, ist eine vergleichsweise neue Entwicklung.

Die BewohnerInnen dieser Gettos haben immer weniger Zugang zu den anderen Stadtteilen. In den USA hat die Politik gegenwärtig das Ergebnis, diese Viertel immer stärker vom Rest der Stadt abzutrennen, anstatt sie in die wirtschaftlichen Strukturen der Stadt einzubinden. Das geht bis in die Bildung und Ausbildung. Die Jugendlichen in Harlem werden nicht ausgebildet, um an der Wall Street zu arbeiten, sondern sie werden ausgebildet, um Verkaufsstellen innerhalb des Gettos zu bedienen.

Der Determinismus der Macht

Die hier skizzierten Prozesse beschreiben die Tendenz, die Richtung, in der sich die globalisierten Städte entwickeln. Zusammengenommen bezeichnen sie die erste der beiden Entwicklungsrichtungen, von denen ich oben gesprochen habe. Aber es handelt sich nicht um einen technologischen Determinismus, denn diese Orientierung ist nicht von der Technik vorherbestimmt. Sie ist vielmehr von Machtverhältnissen determiniert. Die neuen technischen Entwicklungen werden benutzt, um diese Tendenzen weiterzuführen und zu intensivieren.

Man kann an jedem einzelnen dieser Stadtteile sehen, dass die Rolle von Bildung und Ausbildung, die Rolle der Technologie im Allgemeinen und der Naturwissenschaften im Besonderen steigt, und dass die Zahl derjenigen, die gut ausgebildet sind, also der Angehörigen der Professional and Managerial Class, laufend steigt. Das ist angesichts der technologischen Entwicklung notwendig.

Es ist aber nicht notwendig, dass diese Menschen in einem hierarchischen Verhältnis zu anderen sozialen Gruppen stehen. Es gab ja, zumindest in der marxistischen Literatur, die Vorstellung, dass diejenigen, die z.B. bei der Müllabfuhr arbeiten, höhere Löhne erhalten sollten als bspw. WissenschaftlerInnen, weil auch ihre Arbeit unangenehmer ist. Das gilt m.E. auch heute. Es ist doch nicht notwendig, weder technologisch noch gesellschaftlich, dass die Professional and Managerial Class, die PMC, besser bezahlt wird oder eine gesellschaftlich entscheidende Rolle einnehmen soll. Dies gilt umgekehrt auch für die traditionelle Arbeiterklasse. Es ist wohl in der technologischen Entwicklung angelegt, dass die Bedeutung der manuellen Arbeit heute eine geringere Rolle spielt als vor einigen Jahrzehnten. Aber es ist nicht von der Technologie bestimmt, dass deswegen die Arbeiterklasse eine geringere Rolle in der Politik und den Entscheidungsstrukturen spielen sollte, zumal ihre Funktion nach wie vor wesentlich zur Entwicklung der Gesellschaft beiträgt. Die Gesellschaft kann nicht weiter existieren ohne die Arbeiterklasse, und die Fragen, wo die Arbeiterklasse ist, wer sie ausmacht, und wo die Arbeit getan wird, sind auch nicht technologisch determiniert. Diese Fragen werden durch Machtverhältnisse entschieden. Die technologische Entwicklung führt dazu, dass die wirtschaftliche Bedeutung derjenigen, die keine Ausbildung, keinen Anschluss an die neuen Technologien haben, schrumpfen wird. Aber es ist nicht von der Technologie vorgegeben, dass sie von der Gesellschaft ausgegrenzt, in Armut gehalten oder gettoisiert werden sollen. Dies ist wieder von den Machtverhältnissen und nicht von einem vermeintlichen technologischen Determinismus abhängig.

Die Entwicklung im Kommunikationsbereich ändert zweifellos die Art und Weise, wie Menschen miteinander umgehen, miteinander kommunizieren, aber man kann die neuen Technologien für ganz unterschiedliche Zwecke benutzen. Man kann sie für eine wirtschaftliche Konzentration und Zentralisation einsetzen und z.B. das Internet dazu verwenden, Dateien mit Arbeitsanweisungen aus New York ohne Verzögerung an die Arbeitsstellen in Sao Paulo zu senden und so die Kontrolle

³ Vgl. bspw. Richard Sennet: *Flesh and Stone: the body and the city in Western civilization*, New York 1994.

auszuweiten und zu effektivieren. Andererseits kann man aber das Internet auch bspw. dazu nutzen, Entscheidungsverfahren zu demokratisieren. Die konkrete Anwendung und Nutzung des Internet wird also nicht durch das Internet selbst bestimmt, sondern wird durch die Gruppen festgelegt, die das Internet ausbauen, nutzen und kontrollieren.

In diesem Sinn bestimmt auch nicht irgendeine Technologie, dass die unterschiedlichen Klassen, Gruppen, sozialen Schichten getrennt voneinander wohnen. Als die Technologien, insbesondere die Verkehrsmittel, noch nicht so weit entwickelt waren, gab es in den Städten und Stadtteilen eine soziale Mischung, die daher rührte, dass die ArbeiterInnen und Hausbediensteten zur Arbeit laufen und deshalb in der Nähe ihrer Arbeitsstellen wohnen mussten. Diese soziale Mischung ist heute selten geworden. Wenn man sich heutzutage die Dienstleistungszentralen in New York anschaut, das World Trade Center bspw., wird man zwar nach wie vor sehen, dass es erstens die Börsenmakler und zweitens die Putzfrauen gibt. Aber heute kommen sie zu unterschiedlichen Tageszeiten ins World Trade Center, aus ganz unterschiedlichen Himmelsrichtungen. Sie müssen ja nicht mehr zur Arbeit laufen und deswegen nahe beieinander wohnen. Jetzt wohnen sie in verschiedenen, voneinander getrennten Stadtteilen, und diese Trennung ist nicht mehr abhängig vom Arbeitsort, sie ist sozial determiniert. Bei der Untersuchung der städtischen Raumstruktur im Zeitalter der Globalisierung muss deshalb berücksichtigt werden, dass die soziale Struktur der Stadtteile nicht von technologischen oder räumlichen Entwicklungen abhängt, sondern von den sozialen Verhältnissen: die Oberschicht wohnt, wo es sicher ist, die Unterschicht wohnt, wo die Gettos sind, wo es gefährlich ist, usw. Dieses Bild der gegenwärtigen Entwicklungsrichtung, das ich zu malen versucht habe, gilt, bei Unterschieden im Detail, auch für Berlin.

Die Alternative: der zweite Weg

Die gegenwärtige Entwicklungsrichtung ist aber nicht die einzige Möglichkeit. Es gibt eine zweite. Und auch die ist nicht einfach von der technologischen Entwicklung abhängig, sondern ebenfalls von den Machtverhältnissen, von einer Veränderung der Machtverhältnisse. Es wird oft behauptet, die Politik mache keinen Unterschied mehr, es gäbe keine Alternative zur aktuellen Politik. Ich meine, es ist ganz offensichtlich, dass die Politik einen unheimlich großen Unterschied macht, dass das, was hier in Berlin am Alexanderplatz, aber auch in der nationalen Wirtschaft geschieht, immer noch das Ergebnis politischer Prämissen ist, die vom lokalen bzw. nationalen Staat bestimmt werden.

Darin liegt m.E. gegenwärtig die größte Gefahr: dass man sich täuscht, indem man sich vorstellt, dass es nur eine Möglichkeit gäbe und dass diese Möglichkeit auch noch von der Technologie bestimmt und vorgezeichnet sei. Um das zu übersetzen in die Begrifflichkeiten der Stadtplanung und Stadtentwicklung: die falsche Annahme, dass die einzige Möglichkeit für die Wohlfahrt der EinwohnerInnen Berlin darin liege, dass Berlin zur Global City würde. Also entweder Global City oder Konkurs. Ich finde, das ist genau der Fehler, und die Gefahr, die wir vor uns haben, ist, dass man das als die einzige Alternative sieht.

Ich meine dem gegenüber, die Alternativen sind viel mehr. Zum Beispiel, dass man nicht in dem Bestreben, eine Global City zu werden, sein Hauptziel erkennt, sondern dass man sich anschaut, welche Strukturen und Verhältnisse der Bevölkerung am besten dienen können, wohlgerichtet der Mehrheit der Bevölkerung und nicht nur einem kleinen Teil derselben.

Ein weiteres Beispiel: Anstatt dass jede Stadt ein Holiday Inn, McDonalds usw. hat, dass überall dieselben Architekten arbeiten und dieselben Gebäude errichtet werden und es nicht mehr so wichtig erscheint, dass eine Stadt sich von der anderen unterscheidet, sollten wir eine lokalisierende Tendenz befördern, die die widersprüchliche Geschichte der Stadt für uns ausbaut. Gerade nicht, dass Berlin versucht, im Rausch, eine Weltstadt zu sein oder zu werden, alles zu glätten, sondern dass die unterschiedliche Geschichte, z.B. der beiden Stadthälften, weiter entwickelt wird, ohne dass man versucht, einen Teil zu unterdrücken und den anderen als das einzige Mögliche darzustellen.

M.E. sollten die sozialen Verhältnisse als Kernpunkt der Stadtentwicklung angesehen werden, die Arbeitsverhältnisse, die Förderung von Bildung und Universitäten, dass für bezahlbare Mieten gesorgt wird. Schließlich hat das Wachstum einer Stadt ja auch etwas mit Innovationen und Kreativität zu tun. Letztere findet man kaum in der Arbeit an der Börse oder auch in vielen anderen Tätigkeiten der PMC. Da ist wenig Kreativität, und deswegen wird auch der Konsum immer wichtiger; weil man keine Zufriedenheit in der Arbeit findet, sucht man die Zufriedenheit in immer mehr Konsum. Auch in Umwelt schützenden Programmen ist eine ganz andere Entwicklungsrichtung angelegt als der

Wunsch, Global City zu werden.

Also es gibt in diesem Sinne Alternative, Alternativen zur Global City-Sucht, die ja auch schnell bedeuten kann, dass man sich erhängt oder eben vierteilt bei dem Versuch, eine Global City zu werden. Stattdessen sollten wir uns vergegenwärtigen, was ein derartiger Prozess für die unterschiedlichen Teile der Stadt eigentlich in Wirklichkeit bedeuten würde. Und was für echte Alternativen sich dem gegenüber entfalten, wenn man sich auch mit den Machtverhältnissen beschäftigt.

Roger Keil

Urbanismus nach dem Mauerfall: Berlin im Kontext eines Jahrzehnts städtischen Wandels

Um die Jahrtausendwende redet die westliche Welt vom Dritten Weg. Sozialdemokratische (in Europa) und liberale (in Amerika) Regierungen lösten ihre konservativen Vorgänger aus den 1980er Jahren ab. Mit an die Macht brachte diese nationalen Regierungen unter Blair, Schröder/Fischer und Clinton/Gore ein Reformpaket, das die neoliberale Dynamik der Zeit in Aikido-Manier aufnahm und in ein neues soziales Projekt der gesellschaftlichen Mitte umleitete. Unabhängig davon, wie diese Wende politisch einzuschätzen ist, steht zu fragen, warum der Dritte Weg bisher fast völlig an den Städten vorbeiführte. Im Gegenteil: Während viele westliche Nationen nach links schwenkten, bewegten sich viele westliche Großstädte politisch stramm nach rechts. In Frankfurt, Berlin und Hamburg, Chicago, Los Angeles und New York, Toronto und Montreal sowie an vielen anderen Orten zogen neoliberale und sozial konservative Bürgermeister in die Rathäuser ein. Mit ihnen änderten sich die stadtpolitischen Prioritäten und Programmatiken drastisch und widersprachen den (oder komplementierten die?) progressiveren (aber nicht immer progressiven) Politiken der nationalen Regierungen der "Neuen Mitte". In all diesen Städten hatten noch vor wenigen Jahren linkslastige Regierungen die Geschicke bestimmt. Was hat sich verschoben? Ist dies ein allgemeiner Trend? Wie passt die jüngere Berliner Geschichte ins Bild?

Prolog als Rückblick

Zur Beantwortung dieser Fragen zunächst ein Blick zurück. Als im November 1989 die Berliner Mauer fiel, war der Normbegriff der Urbanität noch ein einheitlicher. Die Erwartung musste folglich sein, dass die beiden ungleichen Hälften der Stadt sich bald als relativ unauffällige Teile eines städtischen Ganzen zusammenfinden würden. Der Begriff der einheitlichen Urbanität war umfassend und Politik bestimmend. Nehmen wir ein Beispiel: Zurzeit des Berliner Mauerfalls fand in San Francisco eine Konferenz über Planung und Stadtentwicklung in Frankfurt und San Francisco statt. Im Goethe-Institut der Stadt trafen sich "Experten des Städtischen" aus Politik, Wissenschaft und Praxis, um vergleichend über Tendenzen der Stadtentwicklung in beiden Städten nachzudenken. Die lebhaften Debatten während der beiden Tage konzentrierten sich u.a. auf den neuen Innenstadtplan in San Francisco und die neuen exurbanen Entwicklungen in der Bucht von San Francisco und Silicon Valley. Aus Frankfurter Sicht wurde die neue rot-grüne Regierung der Stadt nach zwölf Jahren konservativer Herrschaft im Römer unter die Lupe genommen.

Globalisierung, Hochtechnologie, Ausbau von “Superstrukturen” wie Messe und Flughafen sowie Wagniskapital-getriebene Urbanisierung hatten beide Metropolen während der 80er Jahre stark transformiert. Beide Regionen hatten zumindest teilweise Finanzmetropolen- und sogar “Global City”-Status erreicht, der auf der regionalen Stärke der Dienstleistungs- und Fertigungsindustrien beruhte. In Frankfurt Chemie, Elektronik, und Automobil; in San Francisco das explodierende Silicon Valley. Die neuen globalisierten Urbanisierungsdynamiken waren bemerkenswert, weil sie generelle Wirkungsgesetze des Kapitals in neue städtische Bahnen lenkten, die vorher so nicht existiert hatten. In vielen westlichen Städten begann man von der Entstehung von “Zitadellen” und “Gettos” zu reden: Aus der Ideologie der ausgeglichenen, “nivellierten” Mittelstandsgesellschaft wuchs eine neue Realität der sozialen Polarisierung und der wirtschaftlichen Widersprüche.

Dieser Rückblick illustriert die Verschiebungen in den Themen der Stadtdiskussion, die im letzten Jahrzehnt stattgefunden haben. Was hat sich seitdem verändert? Damals wurde die Existenz und Zunahme von sozialräumlichen Widersprüchen, oft im Ton moralischer Empörung, als deviante Verletzung eines städtischen Universalanspruches thematisiert. Die durch “Internationalisierung” hervorgerufenen und von städtischen Regierungen oft politisch geduldeten oder gar betriebenen Spaltungen wurden von den meisten Beobachtern als zu behebende Schäden der Modernisierung und nicht als zu akzeptierende Dauerfolgen oder etwa Voraussetzungen des Urbanismus betrachtet. Der sozialdemokratischen Vorstellung einer ausgeglichenen Mittelstandsgesellschaft entsprach das Bild der sozial-räumlich vereinheitlichten Chancengleichheit in der Stadt: urbaner Universalismus.

Selbst konservative oder liberale Modernisierer wie Walter Wallmann in Frankfurt oder Thomas Bradley in Los Angeles formulierten in ihren Politiken immer einen Anspruch auf die ganze Stadt und riefen üblicherweise in populistischer Manier die Universalität des Städtischen an. In Frankfurt hatte diese Appellation freilich nationalistische und bisweilen rassistische Untertöne, wenn sich der Universalismus explizit gegen die MigrantInnen der Stadt richtete.

Als die Mauer in Berlin fiel, wurden die Möglichkeit einer geeinten Stadt auch schnell zur Metapher politischer Aspirationen über die Grenzen von Berlin hinaus. Mike Davis z.B., der 1990 seine bahnbrechende Analyse der Zerissenheit von Los Angeles publizierte¹, lenkte die Aufmerksamkeit der LeserInnen der Stadtzeitung “L.A. Weekly” 1990 auf die Berliner Erfahrung als Referenzpunkt für seine eigene Stadt. Auch hier funktionierte die Appellation an städtische Einheit noch, trotz der von Davis und anderen konstatierten tiefen Gräben, die Los Angeles kennzeichneten, und die spätestens im Jahr 1992 durch den städtischen Aufstand eine ähnliche welthistorisch-symbolische Bedeutung erlangten wie der Fall der Mauer selbst.

¹ Mike Davis: City of Quartz. Excavating the the Future in Los Angeles, London/New York 1990.

Ein Jahrzehnt später ist Berlin vereint, wenn auch nicht ge-eint, doch unsere Bezugspunkte für städtische Einheit haben sich dramatisch verschoben. Während das Ende des Kalten Krieges in der Metapher des Mauerfalls suggerierte, dass systemische Ungerechtigkeiten und strukturelle Ungleichheiten ebenso beseitigt werden könnten wie politische Spaltungen, so zwang uns die Erfahrung von 1992 in Los Angeles, städtische Widersprüche von sozialer Lage und politischer Macht von nun an als "natürlich" und unabwendbar wahrzunehmen.

Sozialräumliche Polarisierung und soziale Bewegungen: Vom universalen zum segregierten Urbanismus

Mit dem Glauben an den städtischen Universalismus kamen auch jene städtischen sozialen Bewegungen in die Krise, die sich dem sozialen Projekt der Reform verschrieben hatten und sich etwa um Belange wie die kollektive Konsumtion kümmerten. Heute besteht in den Städten des Westens ein nur indirekt artikuliertes Verhältnis zwischen der sozialen Frage und sozialer Bewegung. Es scheint sogar so, dass in vielfacher Hinsicht heute soziale und politisch emanzipatorische Belange vom globalisierten Wachstums- und Stadtentwicklungsprozess dissoziiert sind. Städtisches Wirtschaftswachstum als alleiniges Ziel von Stadtentwicklung wird zwar ständig von widerständigen Aktivitäten herausgefordert, doch in der globalisierten Realität der 90er Jahre wurden soziale und auch ökologische Fragestellungen faktisch und systematisch von den Belangen städtischer Entwicklungspolitik getrennt und als Sekundärbereiche städtischer Governance rekonstruiert. Diese Dissoziation ist materiell und diskursiv. In diesem Prozess werden die Entscheidungen über die bauliche Umwelt und wirtschaftliche *governance* der demokratischen Kontrolle entzogen.

Damit geht einher, dass städtisches *citizenship*, ein auf typisch städtischen Rechten und Pflichten beruhender Begriff territorialer Privilegien des souveränen Subjekts, in die Diskussion gerät. Einerseits streben städtische soziale Bewegungen nach einer Ausdehnung des Rechtekanons der StadtbürgerInnen; andererseits wird die Zugehörigkeit zur städtischen politischen und sozialen Gemeinschaft immer mehr über die Marktfähigkeit der Subjekte bestimmt. Aus den StadtbürgerInnen werden KonsumentInnen.

Was in diesem Prozess mit der sozialen Frage passiert, lässt sich daraus ableiten, dass Städte heute wichtiger denn je für die ortsgenaue Abstimmung der allgemeinen sozialen Reproduktion des Kapitals sind. Im Zeitalter der Globalisierung zeigt sich zugleich, dass in den Städten - vor allem in denen der Kategorie "Global Cities", aber auch anderswo² - die "Drecksarbeit" der Globalisierung gemacht wird. In diesem Kontext wird die soziale Frage zu großen Teilen als Aufgabe polizeilicher Kontrolle reetabliert.³ Während die offiziellen Bilder der festivalisierten Stadt über die Existenz von sozialen Problemen

² Peter Marcuse/Ronald van Kempen (eds.): *Globalizing Cities*, Oxford 2000.

³ Vgl. Loic J.D. Wacquant: *Die Armen bekämpfen*, in: *Le Monde Diplomatique*, 12.04.1999; Klaus Ronneberger/Stephan Lanz/Walther Jahn: *Die Stadt als Beute*, Bonn 1999.

bisweilen hinwegzutäuschen vermögen, kann kein Zweifel bestehen, dass städtische Regierungen die Aufgabe ernst nehmen, diesen Bildern insofern gerecht zu werden, als sie die städtischen Plätze, Straßen, Verkehrsmittel und Einkaufszentren von denen frei halten, die nicht in dieses Bild passen. Ein Arsenal von diskursiven and handfesten Kontrollmechanismen dient der zunehmenden Wehrbereitschaft des lokalen Staates gegen die undefinierte Bedrohung durch die mittellosen, andersartigen und aufsässigen Gruppen der städtischen Gesellschaft. Armut wird vom gesellschaftlichen Problem in einen Mythos uminterpretiert; Obdachlosigkeit erscheint nicht als Funktion eines unzureichenden Wohnungsmarktes, sondern als persönliches Laster. Die Begrifflichkeiten der *”broken windows”*, *”three strikes you’re out”*, oder des *”aggressiven Bettelns”* haben längst den Sprung vom soziologischen Speziallexikon über die Dienstanweisungen der Polizei und den Gesetzestext in den umgangssprachlichen Gebrauch gefunden. Letzteres ist vor allem der oft *”gleichgeschalteten”* Presse zu verdanken, die die Hysterie des Vorgehens gegen die Armen und Schwachen willentlich oder unwillentlich dadurch unterstützt, dass sie die neuen Kontrollmechanismen als erfolgreiche Maßnahmen feiert, die ergriffen werden müssen, wenn sich *”normale”* StädterInnen (sprich LeserInnen) verunsichert fühlen.

Was ist hier also passiert? Ein aus dem fordistischen Gesellschaftsmodell der nivellierten Mittelstandsgesellschaft entworfener universaler Anspruch des *”Rechts auf die Stadt”*⁴ wurde in den letzten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts durch den Globalisierungsprozess korrumpiert und aufgekündigt. An die Stelle des universalen Urbanismus der Jahrzehnte nach dem 2. Weltkrieg trat nun ein hierarchisch fragmentierter und sozialräumlich segregierter Urbanismus. Das Projekt der Emanzipation durch Urbanität wurde durch ein Projekt der Differenz durch Urbanisierung ersetzt. Eingeschlossen in diese Verschiebung ist die Umdeutung von Urbanität als Projekt der gesellschaftlichen Emanzipation in ein Projekt der Bestandssicherung der Privilegierten. Freilich findet diese Umdeutung just zu dem Zeitpunkt statt, in dem die Globalisierung alles Bestehende verdampft. Denn die Veränderungen im städtischen Diskurs gründen sich auf den realen sozialräumlichen Umstrukturierungen, denen Städte in den letzten Jahrzehnten unterworfen waren. Globalisierung spielt seit Mitte der 80er Jahren eine wesentliche Rolle in diesem Prozess. Dazu gehören:

- räumliche Verschiebungen von Industrie, Gewerbe, Konsum und Bevölkerung aus dem Zentrum in die Peripherien von Stadtregionen;
- die Gentrifizierung und Yuppifizierung von Innenstadtteilen bei gleichzeitiger Marginalisierung von Armutsbevölkerungen;
- die Monostrukturierung des städtischen Raumes in Konsum- oder Arbeitswelten bei Verdrängung kultureller Nischen und *”marktschwacher”* StadtbewohnerInnen;

⁴ Henri Lefebvre: *Le droit a la ville*, Paris 1968.

- der Austausch politischer und sozialer Programmatiken des städtischen Projektes;
- die Einmischung des globalen Kapitals in lokale Belange, wodurch die Frage des Maßstabs städtischer Politiken neu gestellt wurde;
- die Umsetzung globaler neoliberaler Programmatiken in lokale Politiken, meist durch konservative politische Eliten, deren Politiken und Ideologien von Deregulierung, Steuerkürzungen, fiskalischen Einschränkungen, sozialer Kontrolle etc. perfekt mit den Vorstellungen der globalen Konzerne harmonieren, Stellenabbau, schlanke Unternehmenskultur und ökonomische Globalisierung durchzusetzen.

Die harte Realität der rechten Regimes

Zentral für dieses Projekt ist die aktive Einmischung konservativer Politik. Während der 90er Jahre bewegten sich der städtische Diskurs und die städtische Praxis nach rechts. In vielen Städten erlebten wir eine politische Verschiebung hin zu den Parteien, Persönlichkeiten und Themen rechter Politik. Während Städte und Stadtforschung lange Domänen der linken Praxis und Fantasie waren, hat sich die neoliberale Rechte nun einen großen Teil dieses Territoriums erobert. War die Dekade einerseits von der Rhetorik der runden Tische, von Basisdemokratie und Zivilgesellschaft erfüllt, so marschierte andererseits eine neue Generation rechter Politiker - oft aus dem Umfeld neuer Mittelklassen, oft aus den Speckgürtel-Vorstädten - durch die Institutionen der Kommunen an die politische Macht. Der Schwung nach Rechts ergriff auch die wenigen lokalen Großstadtregerungen, die noch in der Hand von linken und grünen Koalitionen blieben. Das Klima verschärfte sich auch dort. Politische Eliten lernten es, von demokratischer Regierungsführung zu reden und harten Dezisionismus zu praktizieren.

Die Stadt wurde das Territorium der politischen Rechten. In den USA bspw. stellt Robert Beauregard fest, seien "viele Konservative pro-städtisch geworden. Sie haben einen Weg gefunden, ihre moralische Ablehnung der Armen und Minderheiten, auf denen ihr anfänglicher Antiurbanismus beruhte sowie ihr andauerndes Interesse an Wirtschaftswachstum mit einer neuen Hochschätzung für das Stadtleben zu vereinbaren"⁵. Die sensationelle Umkehr der Konservativen in ihrem Bezug zur Stadt ist nach Beauregard Teil einer umfassenden politischen Repositionierung des politischen Terrains der Stadt. Konservative Bürgermeister sind jetzt durchaus verbreitet. Die bekanntesten sind Rudy Giuliani (New York City), John Q. Norquist (Milwaukee), Stephen Norquist (Indianapolis), Susan Golding (San Diego), Bret Schundler (Jersey City, NJ), Richard M. Daley (Chicago) und Richard Riordan (Los Angeles).

Los Angeles stand in den 90er Jahren vor einer Entscheidung zwischen "urbaner Republik" oder "republikanischem Urbanismus"; letzterer behielt dabei die Oberhand. Die durch den städtischen Aufstand

von 1992 induzierte Verschiebung von der liberalen Koalition des Demokraten Tom Bradley zum paradoxen "populistischen Elitismus" des Republikaners Richard Riordan 1993 markierte eine grundlegende Umkehr der städtischen Politik. Während das 20-jährige Regime von Bradley aus einem instabilen Spagat von Aktivismus an der städtischen Basis und globalem Kapital getragen wurde, kann Riordan hinter seiner populistischen Maske kaum seine Herkunft aus dem Millionärsklub verbergen. Die Verwandlung der städtischen Verwaltung in eine Organisation, die eher einem privatem Unternehmen gleicht, ist das Ziel vieler Stadtregierungen, doch in Richard Riordan ist dieses Anliegen personifiziert. In den ausgehenden Jahren seiner zweiten Amtszeit besteht kein Zweifel, dass Riordan vieles von dem, was man "das Politische" in der Stadtpolitik nennen kann, der Macht seiner Wahlkampffonds übertragen hat. In allen jüngeren politischen Auseinandersetzungen in der Stadt - vom Kampf für eine neue Charta der Stadt bis zur Verhinderung des vorstädtischen Sezessionismus und der Bestimmung der lokalen Schulpolitik - bestand eine Interferenz des großen Geldes (und seiner Inhalte) mit den Angelegenheiten der demokratischen Entscheidungsfindung.⁶

Die amerikanische Erfahrung mit republikanischen Bürgermeistern und liberalen Demokraten, die deren Politiken nachäffen, wird von der europäischen Entwicklung deutlich bestätigt. Bereits im Jahr 1977 katapultierte z.B. der Christdemokrat Walter Wallmann die Stadt Frankfurt am Main aus ihrem krisenhaften Nachkriegsstatus als der Nation hässliches Entlein in den Rang eines Trendsetters für postmoderne Urbanität konservativer Prägung. Die CDU wurde 1989 u.a. deshalb aus dem Amt geworfen, weil die WählerInnen der Partei nicht in die Niederungen eines stumpfen und dumpfen Rassismus folgen wollten, der aus deren Wahlprogramm sprach. Die damals gewählte Koalition aus Sozialdemokratie und Grünen begann mit einem schwachen Koalitionsabkommen, das der Stadt erlaubte, ihr Weltstadt-Wachstum fortzusetzen und einige der Krümen, die vom Tisch fielen, den traditionellen linken Domänen von Ökologie und Sozialem zuzuschancen. Im Laufe der 90er Jahre wurde die rot-grüne Regierung in Frankfurt zum Musterbeispiel der Demontage eines progressiven stadtpolitischen Projekts, das zudem ein klares Ende fand, als die Christdemokratin Petra Roth 1995 zur Bürgermeisterin gewählt wurde. Der kurzen Zeit der reformistischen Euphorie folgte in Frankfurt eine Periode des konservativen Kommunalismus.⁷ Die rot-grünen Koalitionen in Hamburg und Berlin gingen einen ähnlichen Weg.

In Toronto, um ein kanadisches Beispiel zu erwähnen, wurde der klassische liberale Reformismus der 70er Jahre während des letzten Jahrzehnts ausgehöhlt. Dieser Reformismus hatte seine Basis in einer Koalition von sozialstaatlich orientierten Konservativen, UmweltschützerInnen, GewerkschaftsaktivistInnen und SozialdemokratInnen. An seine Stelle trat zuerst eine Periode

⁵ Robert A. Beauregard: The politics of urbanism: Mike Davis and the neo-conservatives, in: Capitalism, Nature, Socialism 39, 10/3, 1999, S. 40-41.

⁶ Vgl. Roger Keil: Los Angeles: Globalization, Urbanization and Social Struggles, Chichester 1998.

⁷ Vgl. Roger Keil/Klaus Ronneberger: The globalization of Frankfurt am Main: core, periphery and social conflict, in: Marcuse/van Kempen (eds.), a.a.O.

visionslosen, aber mächtigen Global City-Wachstums unter markliberaler Ägide, schmuckloses Krisenmanagement Anfang der 90er Jahre und schließlich das Regime von Mel Lastman. Unterbrochen wurde diese jüngste Aufeinanderfolge Mitte-Rechts-gerichteter Regimes lediglich vom Intermezzo der Sozialdemokratin Barbara Hall (1994-1997) als Bürgermeisterin. Ihr Nachfolger Mel Lastman, ein früherer Elektrogeräteverkäufer und später langjähriges Stadtoberhaupt der Torontoer Vorstadt North York, führte suburbane politische Standards in die Großstadtpolitik der Metropole ein. Lastmans marktschreierische Art, Toronto als "größartigste Stadt der Welt" zu verkaufen, ist inzwischen zum Markenzeichen eines städtischen Konservatismus geworden, in dem Kritik an den Folgen ungebremsten Wachstums - wie das in der Bewerbung für die Olympiade von 2008 vorgesehene - zum effektiven Ausschluss aus der politischen Arena führt.⁸

Die Linke und die Stadt: Verschwindende Basis und Verlust der Vision

Die Erfolge der Rechten koinzidieren mit dem Scheitern linker urbaner Projekte. Die Krise der Neuen Sozialen Bewegungen und ihrer Inhalte wird vor allem im Kollaps der urbanen Alternative der 70er und 80er Jahre sichtbar. Diese Krise ist auch eine Krise der urbanistischen Vision der Linken.⁹ Sie hat zwei Dimensionen: eine theoretisch-akademische und eine praktisch-politische. Beginnen wir mit der ersten Dimension: Ein oder zwei Generationen von progressiven StadtforscherInnen waren damit groß geworden, die städtische Frage als zentral für Gesellschaftstheorie und politisches Handeln im kapitalistischen Westen anzusehen. Die "Urbanisierung" des Marxismus war in den 60er und 70er Jahren von den bahnbrechenden Arbeiten von Manuel Castells und David Harvey (beide in eigener Weise von Henri Lefebvre beeinflusst) vorangetrieben worden. Obwohl sie sich unterschiedlicher Herangehensweisen bedienten, teilten diese Autoren ein gemeinsames Interesse an der "wildten Stadt" (Castells), die der sichtbarste Ort der wirtschaftlichen Nachkriegsentwicklung (Fordismus) war. Der Ausbruch städtischer Revolten, Mietstreiks, Fahrpreiskämpfe, städtische soziale Bewegungen und gegenkulturelle Experimente charakterisierten die Städte der westlichen Welt in dieser Zeit. Diese Bewegungen und Ereignisse lieferten den Stoff für eine radikale Stadttheorie und Praxis, die die Stadt generell zum Terrain progressiver Aktivitäten zu machen schien.

Als die "Krise der Stadt" sich während des Aufschwungs der 80er Jahre in "Regeneration" verwandelte, entstanden zwei Diskurse. Erstens verdrängte ein kulturalistischer Diskurs von Bildern und Zeichen große

⁸ Vgl. Roger Keil: Governance Restructuring in Los Angeles and Toronto: Amalgamation or Secession? In: International Journal for Urban and Regional Research, im Erscheinen; Stefan Kipfer/Roger Keil: Still planning to be different? Toronto at the turn of the millenium, in: DISP (Dokumente und Informationen zur schweizerischen Orts-, Regional- und Landesplanung) Nr. 140, 36.Jg., Heft 1, 2000, S. 28-36.

Teile der Artikulation von sozialen und politischen Betroffenheiten, die früher im Zentrum des radikalen Urbanismus gestanden hatten. Zweitens ersetzte eine wirtschaftsgeografische Debatte, hauptsächlich genährt von der “realistischen”, “*medium-range*” Theorie der Regulationsschule, den Topos einer *revolution urbaine* durch Paradigmen von regionaler Kapazitätssteigerung, städtischer *governance* und Reflexivität. Während die Welt der Stadtforschung damit beschäftigt war, die Mythen der Aufmöbelung von Wasserkanten, Malls und Kulturpalästen durch Diskursanalyse und semiotische Übungen zu dekonstruieren, und während linke AkademikerInnen ihre Verbindungen zu hegemonialen Projekten mit Ideen von “endogenem” regionalem Wirtschaftswachstum und städtischer Renaissance wieder herzustellen bestrebt waren, traf Mike Davis mit seinem *City of Quartz* ins Zentrum der Debatte. Dieses Buch erlaubte der Stadtforschung neue Kategorien zu entwickeln, aber in der Tradition zu bleiben, die von neomarxistischen und neweberianischen Ansätzen seit den 60er Jahren vorangetrieben worden waren. Davis’ Beitrag war ein Befreiungsschlag im Denken und in der Praxis, denn er berührte die Hauptthemen der 90er: Kerkerstädte, Stadtökologie, rechter Populismus, Umweltpolitik der Mittelklassen und Umweltgerechtigkeit, globale Urbanisierung, die Einwanderungsstadt, städtische Geschichte(n), Großprojekte, etc.

City of Quartz war Stadtforschung als grundlegende Gesellschaftskritik. Als Davis fast zehn Jahre später den zweiten Band einer zu erwartenden Los Angeles Trilogie unter dem Titel *The Ecology of Fear*¹⁰ vorlegte, hatte sich das Bild völlig verändert. Davis, der jahrelang auf Bestsellerlisten gestanden hatte, zur Pflichtlektüre in Universitätsseminaren avanciert war und Gesprächsstoff für bürgerliche Tischkonversationen lieferte, sah sich plötzlich einer Welle von Angriffen ausgesetzt.¹¹ Diese Angriffe (auf das Buch, seinen Autor und dessen Privatleben) trafen ins Herz der Legimität der fundamentalen städtischen Kritik, die *City of Quartz* für Los Angeles und anderswo vorgestellt hatte. Radikale städtische Praxis, die über die Co-Management-Philosophien und runden Tische der 90er hinausgeht, wird nun ebenso delegitimiert wie etwa Rap-Musik, die in der Presse zum Inbegriff von städtischer Gewalt und sozio-ethischem Zerfall wurde. Die Bedeutung des Angriffs auf Davis’ fundamentale städtische Kritik liegt in seiner Kontextualisierung der Verschiebung vom sozialdemokratischen zum (neo)liberalen Modell städtischer *governance*: Der “Fall Mike Davis” betrifft die kritische Stadtforschung insgesamt, indem er das Recht von Wissenschaft und Praxis in Frage stellt, “ihre” Stadt oder andere Städte einer fundamentalen Kritik auszusetzen.

⁹ Vgl. Beauregard, a.a.O.; Warren Magnusson: Metropolitan change and political disruption: The New Left, the New Right, and the postwar orthodoxy, in: Frances Frisken (ed.): *The Changing Canadian Metropolis: A Public Policy Perspective*, Vol. 2, 1994, S. 541-560.

¹⁰ Mike Davis: *Ecology of Fear: Los Angeles and the Imagination of Disaster*, New York 1998.

¹¹ Zu dieser Kontroverse vgl. die Debatte in: *Capitalism, Nature, Socialism* (ed. by Roger Keil/Ute Lehrer): *Review Symposium on Mike Davis, The Ecology of Fear*, 9/1999.

Während das Projekt der akademischen Rechten mit Volldampf vorausfährt, engagiert sich die Linke meist in Nachhutgefechten, um ihr traditionelles Mantra der progressiven Urbanität zu retten. Beauregard hat dies folgendermaßen charakterisiert:

“Liberale und progressive KritikerInnen der Stadt haben traditionellerweise schnelles Wachstum, Spekulation und profitgetriebene Bodenentwicklung verdammt, während sie eine plurale, tolerante und stimulierende städtische Lebensweise feierten. Ihr Urbanismus war verankert im Lob einer industriellen Arbeiterklasse, der Unterstützung der Armen und der Geißelung der Mittelklassen, denen man vorwarf, in die Vorstädte zu entfliehen. Nun schließt dieser linke Urbanismus auch Verachtung für die ‘neue’ städtische Mittelklasse ein.”¹²

AkademikerInnen, die sozioökonomisch oft der Gruppe der GentrifiziererInnen und InnenstadtbewohnerInnen und der relativ wohlhabenden Baby-Boom-Generation angehören, haben Schwierigkeiten, mit den Widersprüchen umzugehen, die diese Position für sie bereit hält. Unter der Gefahr der Vereinfachung möchte ich die These wagen, dass es heute grundsätzlich zwei Gruppen in progressiven stadtintellektuellen und akademischen Kreisen gibt. Während sie vom Habitus recht klar getrennt sind, sind sie nicht völlig gegeneinander abgeschottet und beeinflussen und verstärken sich oft gegenseitig. Ein Lager ist das der “KritikerInnen”, das andere das der “VerändererInnen”. Die Gruppe der “KritikerInnen” schließt vor allem prominente RepräsentantInnen der neomarxistischen Revolution ein, die unser Verständnis von Stadt vor 30 Jahren ins Wanken brachten. Dabei hat diese kritische Schule in verschiedenen Ländern unterschiedliche Ausprägungen. In Deutschland hat eine sehr starke radikale Strömung den Raum besetzt, den die hier stark wahrgenommenen Publikationen von Mike Davis geschaffen haben. Intellektuelle des Spacelab-Projektes und städtische Trendsetter in der Innenstadtaktion, die Poplinke generell und andere kritische Kräfte sind die sichtbarsten VertreterInnen der neuen städtischen Kritik.

Die “VerändererInnen” betonen dem gegenüber die Möglichkeiten, die das Städtische für soziale Befreiung bietet. Diese alternative Strömung ist eine mehr handlungs- und politikorientierte Gruppe von Intellektuellen, die mit Begriffen von Demokratisierung, Zivilgesellschaft, sozialer und ökologischer Gerechtigkeit usw. operieren. Hierzu gehören vor allem neue Lokalstaatstheorien, die das Potenzial städtischer Politik an ihrem spezifischen Ort zwischen Staat und Zivilgesellschaft erforschen. Doch auch im Kontext der planungskritischen städtischen Reform in der Tradition von Jane Jacobs gibt es lebendige intellektuelle Debatten von “VerändererInnen”. Ebenso hat Henri Lefebvres Ruf nach dem Recht auf die Stadt und die von radikalen PlanerInnen wie Leonie Sandercock¹³ vorgetragene Theorie der vielfältigen Praxen städtischer Kämpfe neue Aktivitäten in dieser Gruppe hervorgerufen¹⁴.

¹² Beauregard, a.a.O., S. 43.

¹³ Vgl. Leonie Sandercock: *Towards Cosmopolis* Chichester, Sussex 1998; Mike Douglass/John Friedman (eds.): *Cities for Citizens*, Chichester 1998.

¹⁴ Vgl. INURA (ed.): *Possible Urban Worlds: Urban Strategies at the End of the 20th Century*, Basel/Boston/Berlin 1998.

Vielleicht ist die sichtbarste und wirkungsvollste Figur, die diese beiden Strömungen international zusammenbringt, David Harvey, der sich für einen lebendigen Utopismus des Prozesses und die Schaffung von "möglichen städtischen Welten" einsetzt. Während er einer radikalen urbanen Kritik treu bleibt, erweitert Harvey seine Argumente hin zur positiven Stärkung von existierenden städtischen Kämpfen.¹⁵

Insgesamt jedoch signalisierte der Angriff auf Mike Davis, wie marginalisiert die linke theoretische Vision und Praxis geworden ist, erstaunlicherweise, wie Harvey nicht müde wird herauszudeuten, gerade zu dem Zeitpunkt, wo die wichtigsten Erkenntnisse dieser linken Tradition sich als relevant und wahr herausstellen: Nie seit der Mitte des letzten Jahrhunderts waren unsere Städte so sozial gespalten wie jetzt, nie waren die ökologischen Probleme größer und nie war die Notwendigkeit der Nutzung des städtischen Terrains als Basis einer emanzipatorischen Praxis größer.

Mit der zweiten, praktisch-politischen Dimension verhält es sich ganz ähnlich. Die Linke hat historisch einen Großteil ihrer Identität und gesellschaftlichen Bedeutung auf dem Kampf städtischer Bevölkerungen für wirtschaftliche Gerechtigkeit und politische Demokratie aufgebaut. Auch können die Kämpfe für ökologische, feministische, antirassistische, schwule und lesbische und andere "neue" soziale Bewegungsformen ("nicht immer links aber immer vorne dran") als städtische Ereignisse verortet werden. Die Stadt war "natürlicherweise" der Ort für linke und emanzipatorische Politik; sie war der Ort der Linken. Von den sozialdemokratischen Politiken (inklusive radikaler Munizipalsozialismus und eher reformistische Praktiken) bis hin zu revolutionären Bewegungen und städtischer Rebellion, Generalstreiks und bewaffnetem Aufstand haben diverse Praktiken die Geschichte des linken Urbanismus definiert. Vor allem die Neue Linke hat seit den 60er Jahren viele ihrer Leitbilder und Mythen über städtische Kämpfe aller Art entworfen. Der Kampf für den People's Park in Berkeley in den frühen 60ern, der Pariser Mai und die Demonstrationen zum Kongress der Demokratischen Partei in Chicago im Jahr 1968, Fahrpreiskämpfe und Häuserkampf in Frankfurt in den 70ern, Hausbesetzungen in West-Berlin und Jugendrevolte in Zürich sowie die Mobilisierung um den Greater London Council in den 80er Jahren, der Generalstreik in Toronto von 1996 und die Proteste gegen die WTO in Seattle 1999 sind nur einige Beispiele für diese linke Tradition.

Nicht zufällig war die Linke oft eine lokale politische Kraft, bevor sie in nationaler oder regionaler Politik Einfluss hatte. Das galt für die deutsche Sozialdemokratie des 19. Jahrhunderts ebenso wie für die italienische Kommunistische Partei des 20. Jahrhunderts oder die Grünen überall in Europa in den letzten beiden Jahrzehnten. Santa Monica in Kalifornien oder Burlington in Vermont sind Beispiele "progressiver" Städte in den USA, von denen wichtige Impulse für überlokale Bewegungen und Politiken ausgingen. Bologna war jahrelang ein Symbol linker Macht in den Kommunen. In jüngster Zeit sind die

¹⁵ David Harvey: Justice, Nature, and the Geography of Difference, Cambridge/USA & Oxford/GB 1996.

fortschrittlichen Politiken von Städten wie Porto Alegre und Curitiba in Brasilien zu weithin wahrgenommenen Beispielen linker Erfolge geworden.

Zu den Ursprungsmythen des linken Urbanismus gehört seit 1871 ganz zentral die "Pariser Kommune". Auf sich alleine gestellt verteidigte die Arbeiterklasse von Paris die Stadt gegen die Deutschen und sich selbst gegen ihre eigene Bourgeoisie. Während die Kommune heute sicher ein "chaotischer Begriff" ist, ist es doch bemerkenswert, dass es möglich erscheint, so verschiedene Städte wie Berlin (1953/89), Paris (1871/1968), Los Angeles (1965/92), oder gar Toronto (1992/96) über diesen Begriff in Beziehung zueinander zu setzen. Die mit den Jahreszahlen hier angedeuteten historischen Ereignisse können als "Kommunen" ihrer eigenen Art verstanden werden, die teilweise oder ganz in den linken Kanon des Urbanismus übernommen wurden. Die Beziehung der Linken zu so unterschiedlichen Geschehnissen wie städtische Aufstände oder demokratische Revolutionen war nie eindeutig, und es können hier keine linearen Traditionen evoziert werden. Doch es ist notwendig herauszudeuten, dass diese Ereignisse zumindest teilweise die Visionen und Mythen nährten, durch die die Linke ihr Programm geschaffen hat. All das scheint jetzt Vorgeschichte zu sein. Die Linke der 90er Jahre hat keine urbane Vision, während die liberale Mitte sich in bürgerlichen Utopien aller Art selbst bespiegelt und die Rechte Vision und Macht verbindet und in eine neue urbane Realität überführt.

Der Abwesenheit linker Stadtvisionen entspricht schließlich die Schwäche progressiver städtischer sozialer Bewegungen. Diese waren als primärer Lokus der Politik der Neuen Linken angesehen worden, seit Manuel Castells und andere herausgearbeitet hatten, dass die Stadt aus Räumen der kollektiven Konsumtion besteht. Die Privatisierung von kollektiven Diensten und öffentlichem Wohnungsbestand und Wohnungsbau, die Auflösung von Klassenidentitäten im Kontext der Deindustrialisierung, die Dekollektivisierung der Lebensstile in der Risikogesellschaft und andere Faktoren führten zu einer Zersetzung der Bedingungen, unter denen städtische soziale Bewegungen florieren konnten. Zudem haben viele konservative Gruppen das Terrain besetzt, wo diese meist progressiven Bewegungen früher zu finden waren. Diese Entwicklung ist vor allem im explosiven Wachstum von Bewegungen nach dem St. Florians-Prinzip festzustellen, hat aber auch zu regionalen Bestrebungen geführt, etwa wohlhabendere Stadtteile von der Gesamtstadt abzutrennen, wie das zurzeit in Los Angeles passiert.

Vielleicht am Deutlichsten tritt nun eine Art von sozialer Bewegung hervor, die weder leicht als rechts noch als links zu klassifizieren ist. In vieler Hinsicht handelt es sich dabei um Bestandssicherung von Privilegien, die die Generation der Baby-Boomer besitzt, die nun sowohl die Innenstadt als auch die Vorstädte majorisiert. Als Gruppe stehen die visionslosen Linken und Liberalen der Baby-Boomer-Generation, deren andauernde Präsenz in der politischen Arena von lokalen Bewegungskulturen getragen wird, der Rechten und der Erneuerung der Linken gleichermaßen im Weg: Die Verjüngung einer radikalen oder progressiven städtischen Vision scheint durch die eingefleischten städtischen Interessen der Reformlinken unmöglich; zugleich bieten diese Interessen kein genügendes Schutzschild gegen die

aggressiven Avancen der urbanen Rechten. Dies ist vor allem an bestimmten “wunden Punkten” des linksliberalen Weltbildes wie der Sicherheits- oder Schulpolitik nachzuvollziehen.

Die neuen Mittelklassen sind seit den 80er Jahren die SöldnerInnen einer kulturellen Urbanität und UnterstützerInnen eines politischen Projektes geworden, das es den neuen städtischen Konservativen erlaubt, sich selektiv und, wenn es erwünscht ist, *gegen* eine Rolle des Staates in der Stadt auszusprechen (etwa wenn es um die Privatisierung von Dienstleistungen und die Kürzung von Sozialprogrammen geht), und sich *für* eine Rolle des Staates auszusprechen, wenn es um die “öffentliche Ordnung” und die Kontrolle der Marginalisierten geht. Daher wird Stadtpolitik in den Händen der neuen Mittelklassen oft Klassenpolitik im krudesten Sinne, wenn sie sich konzentriert “auf eine wohlhabende Mittelklasse, die tief mit dem wachsenden Konzern- und Finanzsektor, mit gehobenem Konsum und Unterhaltung, Innenstadtleben und robusten Wohnimmobilienmärkten verbunden ist.” Beaugregard schließt, dass Linksliberale und Progressive auf Grund ihrer traditionellen Verpflichtungen und politischen Prioritäten nun mit einer Urbanität vorlieb nehmen müssen, “die Gruppen privilegiert, die im Verschwinden begriffen oder moralisch problematisch sind, während sie Gruppen marginalisiert, die politisch mächtig und im Aufsteigen sind.”¹⁶

Das Versprechen von 1989

Warum sind diese Entwicklungen für Berlin besonders relevant? Zum einen, weil sie den Kontext für die Möglichkeiten von städtischer Theorie und Praxis darstellen, die es in Berlin seit dem Mauerfall gegeben hat. Zum anderen, weil diese allgemeinen Entwicklungen mit den spezifischen Berliner “Versprechen” von 1989 zu kontrastieren scheinen. Der erste Punkt wurde bereits ausgeleuchtet; auch in Berlin wurde der politische Gegenwind für soziale und ökologische Reform stärker, trotz - oder gerade wegen - der starken Präsenz einer grünalternativen Klientel im Westen und einer linkssozialdemokratischen Klientel im Osten. Die eigenartige, durch die Teilung der Stadt hervorgerufene politische Spaltung der Stadt in einen christdemokratischen Westen und einen PDS-orientierten Osten hat zur Folge, dass die oben beschriebenen Tendenzen der rechten Urbanität versus der linken Machtlosigkeit besonders klar und politisch akzentuiert zum Ausdruck kommen. Gleichzeitig erfährt Berlin im Zeitraffer die Umstrukturierungseffekte, die andere (westliche) Städte seit den 70er Jahren bereits durchgemacht haben. In Berlin noch stärker als anderswo brachten die 90er Jahre eine Art Stadtentwicklung hervor, die städtebauliche Projekte mit Ewigkeitsanspruch (Potsdamer Platz, Mitte, Regierungsviertel, Holocaust-Mahnmal) mit der politökonomischen Semiotik des Vergänglichen paart (Infobox, Love Parade, Millennium-Feiern etc.).

¹⁶ Beaugregard, a.a.O., S. 42, 43.

Im Berliner Kontext erscheint der zweite Punkt relevanter. Städte waren 1989 der Schauplatz des liberal-demokratischen Aufbegehrens. Berlin, Leipzig, Prag, Budapest, Beijing standen in der Tradition der demokratischen Revolutionen des 19. Jahrhunderts und der städtischen Aufstände in der Tradition der Kommune. Beide Traditionen gehören zweifellos zum wichtigen historischen Bestand des modernen Urbanismus. Zum Teil waren diese Revolten, die nationale Systeme real oder fast zum Stürzen und ein globales Hegemonialregime ins Wanken brachten, eben auch *städtische* Revolten in der Tradition der Kommune.

Vom offiziellen Westen gefeiert als das “Ende der Geschichte” und Sieg seines Systems über das “Reich des Bösen” beinhalten die demokratischen urbanen Revolten jedoch einen Funken weiter gehender Emanzipation, der schließlich auch auf den Westen selbst übersprang. Einerseits signalisierte vor allem der Aufstand von Los Angeles im Jahr 1992, dass auch im angeblich befreiten Westen noch Gründe zur gesellschaftlichen Korrektur bestanden. Zwei Dinge sind hier bemerkenswert: Los Angeles war zur paradigmatischen Musterstadt des ausgehenden 20. Jahrhunderts stilisiert worden. Die Revolte dort war ein Symbol für das Scheitern eines bestimmten Typus von postfordistischem globalem Kapitalismus. Die Komplexität der Gründe, die in Los Angeles zum Aufstand führten und ihm seine spezifische Form gaben, ist bemerkenswert. Zum Teil waren es die unhaltbaren sozialen Zustände der extremen sozioökonomischen Polarisierung bei gleichzeitiger Fragmentierung der Stadtgesellschaft, die den Ausschlag gaben. Zm großen Teil jedoch spielten andere, nicht im direkten Sinne materielle Gründe eine herausragende Rolle. Immerhin handelte es sich bei dem Aufstand um eine Reaktion auf eine bürgerrechtliche Frage: die rassistische Justiz, die zum Freispruch der Polizisten geführt hatte, denen Brutalität gegen den Afroamerikaner Rodney King zur Last gelegt worden war. In diesem Sinne war der Freiheitstaumel des Westens zwischen Berlin und Los Angeles in nur drei kurzen Jahren da wieder angekommen, wo er begonnen hatte: bei der Thematisierung der städtischen Themen von sozialer Gerechtigkeit und Emanzipation.

Andererseits etablierte die zivilgesellschaftliche Revolte im Osten (wie auch zuvor in Lateinamerika) nun auch im Westen einen Ort für legitime zivilgesellschaftliche Transformation. Ob man den Begriff “Zivilgesellschaft” emphatisch verteidigt oder mit Vorsicht genießt, es bleibt unbestritten, dass ihm während der 90er Jahre in städtischen Kämpfen eine strategische Bedeutung zukam. Dies hatte damit zu tun, dass es offenbar wurde, dass der lokale Staat ein Ort des Zusammentreffens von Staat, Zivilgesellschaft und globaler Ökonomie ist. Es handelte sich hier vornehmlich um die Behauptung der Gestaltungsfähigkeit lokaler Politik. Von Manchen wurde in diesem Zusammenhang allerdings betont, dass die mangelnde Souveränität des lokalen Staates als Modell der Politik insgesamt gesehen werden kann und dass das Städtische Ausdruck des ständigen Versprechens von Politik ist, sich über Grenzen

hinwegzusetzen.¹⁷ Beide Charakteristika des lokalen Staates treten besonders unter dem Druck des Globalisierungsprozesses in klarem Profil hervor.

1989 symbolisierte daher auch das Ende der post-westfälischen Illusion eines Staatensystems, das auf angeblich versiegelten souveränen Nationalterritorien beruhte. Die Globalisierung als verallgemeinerter Prozess und die Urbanisierung als konkreter materieller Prozess der Globalisierung testeten die Integrationsfähigkeit des nationalstaatlichen politischen Systems; u.a. aus diesem Grund sind in vielen Städten Grenzkonflikte (in realem und metaphorischem Sinne) zu vordringlichen Konflikten geworden. Diese Konflikte sehen im Einzelnen ganz unterschiedlich aus: In Toronto führte die Problematik zu einer dekretierten "Amalgamierung" mehrerer selbständiger Städte in eine große regionale Gebietskörperschaft. In Los Angeles bemühen sich mehrere Vorstädte, eine Sezession von der Stadt durchzusetzen. In Berlin stand die Integration der vorher geteilten Stadt in ein einheitliches politisches System an. Gleichzeitig erlebte die Region einen äußeren Grenzkonflikt (über die von den Eliten vorangetriebene, aber gescheiterte Integration der Stadt mit dem Land Brandenburg) und einen inneren Grenzkonflikt (über die Restrukturierung der Bezirke und damit der alten Ost-West-Teilung der Stadt).

Der Dritte Weg der Stadt

Machen wir noch ein Mal die Klammer auf zwischen der Zeit des Mauerfalls und der Gegenwart. Ein Jahr vor der Öffnung der Ost-West-Grenzen beschäftigte eine bizarre Folge von Ereignissen in der Mitte der Welt die internationale Presse. In einem Stück Niemandsland am Lenne-Dreieck in der Nähe des Potsdamer Platzes besetzten am 25. Mai 1988 UmweltschützerInnen und andere politische AktivistInnen ein Stück Boden und hielten es bis zum darauf folgenden Juli in ihrer Gewalt. Als sie von der Westberliner Polizei vertrieben und ihr Hüttendorf zerstört wurde, kletterten etliche BesetzerInnen über die Mauer gen Osten, wo sie, der lokalen (und globalen) Folklore zu Folge, von den östlichen Sicherheitskräften mit Frühstück bedacht und anschließend in den Westen zurückgeschickt wurden. Die wunderbare politische Absurdität dieser Aktion und die fantastisch anarchistische Architektur des Hüttendorfs mit ihren utopischen Anrufungen steht in krassem Kontrast zur späteren Entwicklung dieses zentralen Teils von Berlin. Heute türmen sich dort die Bürohochhäuser und Unterhaltungsetablissemments des Potsdamer Platzes, bis vor Kurzem noch vorausgeahnt von der Infobox in ihrer Nähe. Symbolisch liegt in diesem Jahrzehnt eine ganze Welt von Veränderungen an diesem Ort begraben: die Vorherrschaft des neoliberalen, spektakulären, globalen Urbanismus über die herausfordenden, aktionistischen, demokratischen Urbanismen der Bewegung.

¹⁷ Vgl. Warren Magnusson: *The Search for Political Space*, Toronto 1996.

Doch wäre es zu einfach, die geschichtlichen Möglichkeiten bei dieser Dualität stehen zu lassen. Der rechte, neoliberale Urbanismus der Tat und die linken, progressiven Urbanismen der Möglichkeit sind nur der Rahmen für einen Dritten Weg der Urbanität, der sich nun in vielen Städten herauszubilden beginnt. Es ist anzunehmen, dass auch in Berlin die Ost-West- und Links-Rechts-Spaltungen mittelfristig teilweise aufgehoben und in ein Netzwerk von Dritten Wegen hinübergeleitet werden.

Das Resultat des Kampfes um die Bedeutung der Stadt wird hauptsächlich davon abhängen, ob die Mittelklassen versucht sein werden, den neoliberalen und erzkonservativen Demagogen wie Rudy Giuliani oder Richard Riordan zu folgen, oder ob sie bereit sind und von radikalen UrbanistInnen dazu gezwungen werden können, neue Koalitionen mit den HerausfordererInnen des neoliberalen Urbanismus einzugehen. Eine mögliche städtische Version des Dritten Weges muss sich daher auf eine Entscheidung zwischen mehreren Optionen einstellen.

Das neoliberale Projekt ist von zwei Arten von Politik gekennzeichnet: die neoliberalen ökonomischen Programme von Deregulierung, Defizitbekämpfung und Kürzungen in der Stadtregierung; und die Anwendung von Polizeimaßnahmen zur sozialen Kontrolle, oft unterstützt von neokonservativen gesellschaftlichen Programmatiken (Angriffe auf ArbeitnehmerInnen und ihre Gewerkschaften, Einschränkung der Rechte von Frauen, rassistische Politiken; homophobe Gesetze usw.). Das neoliberale Projekt verbindet die Befreiung städtischer Ökonomien zu ihrer Eingliederung in den Weltmarkt mit den konservativsten sozialen und oft gegen marginalisierte Gruppen wie MigrantInnen gerichteten Politiken. Dieses Projekt wirkt sich auf lokale Wirtschaftszusammenhänge zerstörerisch aus und konserviert andererseits hierarchische, patriarchalische und ausbeuterische Strukturen. Neoliberale stellen sich eine Stadt vor mit einem kommerzialisierten und in Malls gezähmten Straßenleben, schlanker Stadtregierung, Hauseigentum, niedrigen Grundsteuern, privater anstelle kollektiver Konsumtion, Recht und Ordnung, unsichtbarer (mythologisierter) Armut und Obdachlosigkeit, kontrollierten öffentlichen Räumen und kontrollierter Segregation auf verschiedenen Ebenen.

Die Rechte entwirft unter dem Mantel konservativer Gesellschafts- und Politikvorstellungen - gepaart mit einem aggressiven Neoliberalismus - eine Serie von städtischen Utopien, die sich zur klassischen Vorstellung der Kommune so verhalten wie eine Privatklinik zur öffentlichen Gesundheitsfürsorge. Es lassen sich hier grob fünf rechte urbane Szenarien ausmachen:

- PRIVATTOPIAS: *gated communities*, abgeschlossene Wohnviertel, Eigentumswohntürme;
- COMMUNITOPIAS: *New Urbanism*, die suburbane Lösung;
- MILITARITOPIAS: die Überwachungsstadt;
- DOLLARTOPIAS: die Konsumstadt;
- ENVIROTOPIAS: die nachhaltige Stadt der konservativen UmweltmodernisiererInnen.

Das neoliberale Projekt	Das progressive Projekt	The Third Way project
<ul style="list-style-type: none"> • law and order city • keine Obdachlosen • kommerzialisiertes Straßenleben • Suburbanisierung der Innenstadt • Schlanke Stadtregierung • Kontrollierter öffentlicher Raum • Segregation als Politik 	<ul style="list-style-type: none"> • living wage und neue Stärke der Gewerkschaften • Umweltgerechtigkeit • Bürgerrechtskämpfe • Identität als Befreiung • Stadt <i>und</i> Vorstadt • Metropolenstreik 	<ul style="list-style-type: none"> • Ökologische Modernisierung • Städtebau als soziale Lösung (Zwischenstadt) • Identität als Konservatismus • Sezession von gesamtstädtischer Verantwortung • Unternehmerstadt • Spektakularisierung, Festivalisierung

Das progressive Projekt ist in gewisser Hinsicht das Gegenbild des neoliberalen. Von der aggressiven neoliberalen Programmatik der letzten 15 Jahre in die Defensive getrieben, offerieren städtische Progressive selten eine zusammenhängende Vision für die Zukunft der Stadt. Eine Ausnahme ist hier vielleicht das ökologische Projekt der nachhaltigen Stadt, das auf der Linken viele ParteigängerInnen hat. Ansonsten scheinen städtische AktivistInnen und Intellektuelle auf der Linken dem Versuch, eine übergreifende Vision zu erstellen, direkt feindlich gegenüberzustehen. Diese Ablehnung rührt vor allem von dem Verdacht her, dass Blaupausenplanung und Generalpläne in der Vergangenheit meist im Prozess undemokratisch und im Ergebnis ungerecht waren. In seinem Buch *The Progressive City* sah Pierre Clavel Angriffe auf die Legitimität von bestimmten Auswüchsen privaten Eigentums und mangelnde politische Repräsentation in Stadträten und -verwaltungen als die wesentlichen Züge progressiver Politik in Städten an.¹⁸ Wie er in seiner Untersuchung von fünf US-amerikanischen Städten in den 80er Jahren feststellte, wurden auf Grund dieser Angriffe Programme eingerichtet, die die öffentliche Planung als eine Alternative zu privater Macht betonten und die Beteiligung der Basis als Alternative zu Stadtratsdominierter Vertretung einklagten. In den meisten Fällen führten diese neuen Programme zu einer Flut institutioneller Erneuerungen.

Progressive Stadtpolitik zeichnete sich dadurch aus, dass sie der rasanten Privatisierung gegensteuerte, die seit den 80er Jahren überall betrieben wurde und dass substanzorientierte Regierungen ins Amt gewählt wurden. Während im Laufe der 80er Jahre Regierungen nach rechts rückten, verteidigten progressive Stadtregierungen ArbeitnehmerInnen und Arme in ihrer Bevölkerung. Stadtplanung wurde als Verbindung

¹⁸ Pierre Clavel: *The Progressive City: Planning and Participation 1969-1984*, New Brunswick 1987.

zwischen lebendigen Basisbewegungen und dem Verlangen progressiver PolitikerInnen nach Durchsetzung von redistributiven Politiken interpretiert. In den USA war diese Politik direkt an den Niedergang der Nachkriegs-Wachstumspolitik geknüpft. Auch in Europa setzten sich wachstumskritische und ökologische Tendenzen an der Seite linkssozialdemokratischer Kräfte auf der Basis von neuen sozialen Bewegungen durch. Zur gleichen Zeit entstanden auch in anderen Ländern, wie etwa in Brasilien, starke sozialistische und radikaldemokratische urbane Alternativen.¹⁹

Wenig von dieser Dynamik ist heute noch zu verspüren, obwohl weiterhin viele Städte in Europa und Amerika von progressiven Regimes regiert werden. Die Dynamik des progressiven Urbanismus ist vielmehr wieder in den Bereich der zivilgesellschaftlichen Organisation und der inoffiziellen Politikarenen zurückverwiesen worden. Die soziale Basis des progressiven Projektes sind in Amerika die innerstädtischen Gemeinden, die neuen Gewerkschaftsorganisationen in den Dienstleistungsindustrien, alte und neue Bürgerrechtsgruppen usw.; in Europa gibt es noch Nachbeben der urbanistischen Projekte der letzten Jahrzehnte (wie die kontinentale Hausbesetzerbewegung), aber auch neue, unabhängige städtische Protestkulturen (z.B. Innenstadtaktion) sowie antirassistische Kampagnen und schließlich die sich unter dem grünalternativen oder Regenbogen-Banner Versammelnden. Unter den greifbaren Zügen des progressiven städtischen Projektes sind die Kampagnen für *“living wage”* und neue gewerkschaftliche Organisationsformen in Nordamerika, die entschieden lokal und urban sind. Darunter befinden sich auch die demokratischen Prozesse zur Erstellung des Stadthaushaltes, die in Brasilien von der Arbeiterpartei eingeführt wurden. In Europa und Amerika gleichermaßen gibt es noch spürbare Kampagnen für Umweltgerechtigkeit, Bürgerrechte, progressive Identitätspolitik, demokratische Politik, Stadtteilentwicklungspolitik, neue Umgangsformen mit der Spaltung von Vor- und Innenstädten sowie *“Anwaltpolitik”* für Obdachlose und Arme. Doch selten werden diese einzelnen Kampagnen und Programme von progressiven Akteuren in ein gemeinsames Bild einer alternativen Stadt zusammengefasst. Selbst die Linke scheint das Projekt des universalen Urbanismus aufgegeben und sich in rein defensive Maßnahmen in Bezug auf einzelne Problemlagen gerettet zu haben.

Führt der Dritte Weg an der Stadt vorbei?

Kehren wir also zum Ausgang zurück und fragen, ob der Dritte Weg an der Stadt vorbeiführt oder ob es hier Ansätze zu einer Bewegung weg vom rechten Zentrum in die linke Mitte gibt. Der Schlüssel für die Beantwortung dieser Frage liegt freilich bei den urbanen Mittelklassen, die sich in den letzten Jahren zunehmend gegen linke politische und sozial marginale Gruppen im städtischen Spektrum abgeschottet haben. Meine These hier ist jedoch, dass es reale und imaginierte Kollaborationen zwischen dem

¹⁹ Vgl. ebd.; Rebecca Abers: Learning democratic practice: Distributing government resources through popular

progressiven (und oft sozial *und* politisch marginalisierten) und dem bürgerlich-liberalen Lager in den Städten gibt, die zu neuen territorialen und politischen Kompromissen in den Städten führen können. Nur durch eine solche Zusammenarbeit scheint es daher möglich, die gegenwärtige globale neoliberale Dominanz durch eine neue städtische, progressive Hegemonie zu ersetzen. Die Folgen für Städte wie Berlin, Los Angeles oder Toronto wären deutlich und von großem Vorteil für diese Städte. Ein Projekt des Dritten Weges in den Städten wäre sowohl ein Produkt einer unabhängigen, sozialdemokratischen und liberalen sowie moderat ökologischen Politik als auch ein umstrittenes Terrain zwischen den beiden Polen des neoliberalen und progressiven Projektes. Es ist ein Kompromiss zwischen der Wachstumsmaschine und alternativen urbanen Konzepten. Am prominentesten unter diesen Kompromissen sind die verschiedenartigen städtischen Projekte der ökologischen Modernisierung (Nachhaltigkeit, “Smart Growth”), Unternehmertum, kulturelle Modernisierung, moderate Frauenpolitik. In vielen Fällen wird die weit gehende soziale Programmatik des Progressiven mit den ästhetischen und ökonomischen Vorstellungen der urbanen Mittelklassen vereinbart. Städtebau spielt dabei eine wesentliche Rolle. New Urbanism in den Vorstädten und die Ver-Mall-ung der Innenstädte sind nachvollziehbare Resultate dieses Trends.

Während es nicht so konservativ ist wie das neoliberale (und neokonservative) Lager, so benutzen die Denker- und MacherInnen des Dritten Weges, des Neourbanismus und der ökologischen Modernisierung meist recht konservative städtische Identitäten als Ausgangspunkt ihrer politischen Mobilisierung. Der Unterschied ist nun, dass der Dritte Weg soziale Differenz akzeptiert und in seine Vision des *social engineering* durch Städtebau integriert. Ökologische Modernisierung, Nachhaltigkeit und Neourbanismus sind die Traumschlösser der Baby-Boom-Mittelklassen (von den Realo-Grünen in Deutschland bis zu den kalifornischen liberalen Demokraten). Sie akzeptieren gleichsam die Suburbanisierung oder Entschärfung der Stadt im Stile des Potsdamer Platzes, des Times Square in New York und der Third Street Promenade in Santa Monica. Das Projekt des städtischen Dritten Weges setzt ebenso auf den Markt als alleinigen Regulator der städtischen Geschäfte, doch im Gegensatz zu den Neoliberalen soll es sich hier um einen “eingebetteten” und von zivilgesellschaftlichen - selten auch staatlichen - Instanzen moderierten und kontrollierten Markt handeln. Auch verschiebt das Projekt des Dritten Weges die Sicht des Stadtbürgertums von einer Logik des *citoyen* zu einer Logik des *bourgeois*, von der Kollektivität des Städtischen zur Individualität der StadtbewohnerInnen, und von der Offenheit des städtischen politischen Subjektes zur Engstirnigkeit der suburbanen KonsumentInnen.

Was lässt sich hieraus für Berlin schließen? Wenn die letzte Dekade einen sukzessiven städtischen Rechtsruck, Marktorientierung und Individualisierung einerseits sowie eine zunehmende Irrelevanz progressiver und universalistischer städtischer Projekte andererseits gebracht hat, ist es dann möglich, auf

participation in Porto Alegre, Brazil, in: Douglass/Friedmann (eds.), a.a.O., S. 29-65.

dem Terrain eines realen und imaginierten Dritten Weges eine neue Koalition des progressiven Urbanismus anzusiedeln? Die Frage hat in Berlin mehr Brisanz als anderswo, weil die geopolitischen Verwerfungen auf der städtischen Ebene dort eine besondere *Polity* geschaffen haben. In der Berliner Situation können die Herausforderungen der globalisierenden Stadt nur mit völlig innovativen politisch-territorialen Kompromissen²⁰ gemeistert werden. Nur ein effektives progressives Aufbrechen der Fronten zwischen Ost und West, alten und neuen Linken, gesamtstädtisch und kiezorientierten Kräften wie auch Deutschen und MigrantInnen kann die Stadt in der gegenwärtigen Periode aus der Stasis der großkoalitionären Logik befreien. Lässt sich das möglicherweise politisch mehrheitsfähige Projekt eines linksgerichteten (und sich daher von den Blair-Schröder-Modellen unterscheidenden) Dritten Weges auf einen “verhandelten Universalismus” der Demokratisierung, der sozialen Gerechtigkeit und der städtischen Ökologie verpflichten, dann gibt es auch wieder Hoffnung auf einen urbanen (d.h. pragmatischen) Utopismus jenseits des globalisierenden Neoliberalismus.

²⁰ Christian Schmid: Urbane Region und Territorialverhältnis – Zur Regulation des Urbanisierungsprozesses, in: Michael Bruch/Hans-Peter Krebs (Hg.): Unternehmen Globus: Facetten nachfordistischer Regulation, Münster 1996, S. 224-254.

Geschichte der industriellen Entwicklung Berlins und deren Perspektiven. Ein stark geraffter Überblick

Die zur Zeit gängigen Schlagworte Globalisierung oder *global cities* rufen den kraß irreführenden Eindruck hervor, Metropolen wie Mexico City, Sao Paulo, Shanghai, Honolulu, London oder Berlin existierten gleichsam in einem virtuellen Raum der *post histoire* und unterlägen komparablen, wenn nicht gar identischen politökonomischen Rahmenbedingungen. Solche Fiktionen sind blanker Unsinn. Die Globalisierung der Kapitalflüsse und gewisser Produktionszusammenhänge kraft internationaler Arbeitsteilung hat keine Metropole aus ihrer Abhängigkeit von ihrer realen und einmaligen ökonomischen Geschichte befreit. Ihre spezifische urbane Entwicklung wird nach wie vor davon definiert, ob es gelingt, auf der historisch entstandenen ökonomischen Basis trotz radikal veränderter politökonomischer Rahmenbedingungen unter Nutzung des technologischen Fortschritts eine ökonomische und soziale Perspektive zu entfalten und konkret umzusetzen.

Das gilt in besonderem Maß für Berlin, das seit Beginn der Industrialisierung nie bloß die Hauptstadt und Kaserne Preußens und später des Deutschen Reichs, sondern stets auch und mit größter politökonomischer Relevanz bis 1945 die mit Abstand bedeutendste Industriemetropole Europas gewesen ist. Dieser historische Hintergrund legt die Vermutung nahe, innerhalb des herrschenden neoliberalen kapitalistischen Systems werde Berlins urbane Zukunft auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht von seiner Funktion als Regierungssitz, vielmehr im wesentlichen davon abhängen, ob es gelingt, eine tragfähige moderne Industrie zu reetablieren. Sie bedarf einer Konzentration wissenschaftlichen und technologischen *know hows*, der Akkumulation und Zentralisation ortsgebundener großer Kapitalien und einer intensiven, aus steigenden Steuereinnahmen finanzierten Förderung junger Wachstumsindustrien durch Land und Kommune. Doch gerade daran mangelt's. Die industrielle und wissenschaftliche Basis ist mit der Übernahme der DDR durch die BRD weitgehend vernichtet worden. Berlin ist total überschuldet, nahezu pleite, es veräußert gerade seine letzten rentablen Besitztümer und ist zu einer zielgerichteten, sozial sinnvollen Industrieförderungspolitik nicht imstande. Das große Kapital tummelt sich in Frankfurt, London, New York, Tokio und flottiert von diesen exterritorialen Stützpunkten in Sekundenschnelle rund um den Globus, fixiert allein auf spekulative Profitmaximierung bei kürzest möglichem Einsatz.

Die Frühphase der Industrialisierung Berlins

Anm. d. Hg.: Auf ausdrücklichen Wunsch des Autors wurde der Text weder redaktionell bearbeitet noch orthographisch an die neuen Rechtschreibregeln angepasst.

Für den Beginn der Industrialisierung galten andere Kriterien, denen Berlin nicht entsprach. Notwendig war das Vorhandensein von Rohstoffen, Energiequellen und Wasser, wobei Wasser sowohl als Energiespender als auch als Produktionsmittel genutzt wurde. Ferner bedurfte es technischen Wissens, der Privatinitiative und einer relativ bescheidenen Kapitalisierung. Ein Musterbeispiel war das Wuppertal in der Preußischen Rheinprovinz. Aus dem südlich gelegenen Siegerland wurde Eisenerz mit Pferdefuhrwerken herbeigeschafft, von den nördlichen Talhöhen (dem Südrand des späteren Ruhrgebiets) kam die Kohle. Die textilen Rohstoffe gediehen im Bergischen Land. Das Wasser der Wupper trieb erst über Mühlräder, bald kraft Dampfmaschinen Spinn- und Webmaschinen ebenso an wie Hammerwerke, aus denen die eisenverarbeitende Industrie und der Maschinenbau hervorgingen. Die am Rheinhandel reich gewordenen Kölner Privatbankiers stellten Kapital zur Verfügung. Parallelen zum Wuppertal entwickelten sich im Raum Aachen, im preußischen Schlesien und im konkurrierenden Sachsen: in Leipzig und rund um Chemnitz und Zwickau.

Der militaristische preußische Staat hatte in seiner Hauptstadt zwar bereits staatliche Waffen- und Pulverfabriken anlegen lassen, so 1805 in der Oranienburger Vorstadt die *Königliche Eisengießerei* als industriellen Musterbetrieb. Um Berlin wuchsen textile Rohstoffe in üppigem Reichtum: Hanf, Schafwolle, Seide aus der unter Friedrich II. importierten Seidenraupenzucht. Doch die Industrialisierung wollte nicht in Gang kommen: Erze und Kohle mußten auf dem Wasserweg aus Schlesien herbeitransportiert werden. Das Handelskapital sah darin keine Rendite, und das Handwerk hatte es versäumt, sich in England über die Erfordernisse und Profitmargen der Industrialisierung zu informieren.

Der Wandel kam mit der Berufung Peter Christian Wilhelm Beuths im Jahr 1818 zum Abteilungsleiter für Handel und Gewerbe im preußischen Finanzministerium. Der Freund Alexander von Humboldts und Karl Friedrich Schinkels begriff den Staat - um es mit Engels auszudrücken - als „ideellen Gesamtkapitalisten“, dessen Aufgabe es war, mit legislativen und finanziellen Mitteln der Privatinitiative auf die Sprünge zu helfen. Schon 1815, vor seinem Amtsantritt, hatte Beuth die Brüder Cockerill nach Berlin gelockt: nach den Vorbildern ihrer Betriebe bei Verviers (Belgien) errichteten sie - zu einem erheblichen Teil auf Kosten des Staats - in Berlin eine Wollspinnerei und eine Maschinenbauanstalt als Musterbetriebe. Beuth schickte begabte Ingenieure und Techniker nach England, um die modernsten Maschinen und Betriebsorganisationen zu studieren, u.a. Franz Anton Egells. 1819 gründete Beuth eine Technische Schule, 1826 ein Gewerbe-Institut, beide Urzellen der heutigen Technischen Universität. 1820 trieben in Berlin bereits acht Dampfmaschinen Textil- und Werkzeugmaschinen an. 1821 gründete Egells mit staatlichen Zuschüssen eine moderne Eisengießerei und Maschinenbauanstalt.

1822 veranlaßte Beuth die erste Gewerbe-Ausstellung in Berlin. Sie verdeutlichte, daß die kapitalistische Produktionsweise im Begriff war, das Handwerkertum und Manufakturwesen zu verdrängen; sie ließ aber auch erkennen, wie rückständig Berliner Erzeugnisse im Vergleich zu

englischen Produkten noch waren. Die Gewerbe-Ausstellung gab den Anstoß zur umfassenden Industrialisierung der in Berlin ansässigen Branchen und zur Begründung neuer. Dampf-, Textil- und Werkzeugmaschinen steigerten Produktqualität und Arbeitsproduktivität und schufen ein schnell wachsendes Proletariat. Mit Hilfe des Staats, der *Königlichen Seehandlung*, und der Berliner Privatbanken *Mendelssohn*, *Gebrüder Schickler* und *Veith* etablierten sich im „Feuerland“ vor dem Oranienburger Tor, wo sich die Firma *F.A. Egelis* schon etabliert hatte, die Maschinenbauanstalten *Friedrich Wöhlert*, *Carl Hoppe*, *F.A. Pflug*, *August Borsig* und *Louis Schwartzkopff*. Ob der drangvollen Enge an der Chausseestraße verlagerte *Borsig* Teile seiner Produktion ans Spreeufer in Moabit.

Als die Maschinenbauanstalten imstande waren, gegenüber den englischen Modellen verbesserte Dampf-, Werkzeug- und Textilmaschinen zu produzieren, stieg die Textilbranche schnell zur ersten Großindustrie Berlins auf. Sie fabrizierte Garne, Wollstoffe, Seidenwaren, bedruckte Kattune etc. und ging frühzeitig zur Konfektion über. Dabei mag der enorme Uniformbedarf der preußischen Armee als ebenso mächtiger Stimulus gewirkt haben wie deren Waffenbedarf auf die Werkzeugmaschinenfertigung. Beide Branchen führten zur Ausbildung eines sich mehr und mehr spezialisierenden und ausdehnenden Instrumenten- und Apparatebaus. Ähnlich wie im Wuppertal rief der Bedarf der Textilindustrie nach neuen und dauerhaften Farben eine rapide wachsende chemische Industrie hervor. Auch die Genußmittelproduktion profitierte vom Maschinenbau wie von der chemischen Industrie.

Als um 1840 das Eisenbahnwesen Berlin erreichte, scheute das Finanzkapital vor den zum Bahnbau erforderlichen großen Investitionen zurück, zumal ein nicht unbeträchtlicher Mangel an flüssigem Kapital herrschte. Auf Betreiben Beuths griff der Staat wiederum als „ideeller Gesamtkapitalist“ ein. Anders als in Baden und Braunschweig, wo Staatsbahnen gebaut wurden, verzichtete der preußische Staat darauf, Bahnen auf Staatskosten zu errichten. Stattdessen gewährte er den frühen Eisenbahngesellschaften staatliche Zinsgarantien. Sie sicherten die Aktionäre gegen Risiken ab, versprachen einen kalkulierbaren Profit, lockten folglich Kapital an und provozierten eine stürmische Spekulation in Eisenbahnpapieren. Beuth förderte den Eisenbahnbau, weil er voraussah, daß Eisenbahnen die gesamte Industrialisierung auf ein breiteres Fundament stellen würden: zum Einen dank des Eigenbedarfs der Bahngesellschaften, zum Anderen kraft Öffnung entfernter Märkte und leichteren Zugangs zu Rohstofflagerstätten. Die Berliner Gewerbe-Ausstellung von 1844 bestätigte Beuths Prognose. Die Exposition wurde von der Berliner Industrie dominiert, ihr Glanzstück war die auf den Namen *Beuth* getaufte *Borsig*-Lokomotive mit der Werknummer 24. Die Mehrzahl der Berliner Maschinenbauanstalten hatte sich entweder dem Lokomotivbau oder der Fabrikation von Waggons und sonstigem Eisenbahnbedarf zugewandt.

Die Berliner Elektroindustrie, die Berlin um die Jahrhundertwende den Spitznamen *Elektropolis* eintrug, hatte ihre Anfänge im Telekommunikationswesen. Bereits im Vormärz hatte das Militär eine optische Telegraphenlinie aus dem Berliner Zentrum bis nach Koblenz einrichten lassen. Noch heute

erinnert der Telegraphenberg in Potsdam an diese durch widriges Wetter höchst störanfällige Installation. Das Militär, eine auf erweiterten Märkten operierende Industrie und mit Aktien und Optionen spekulierende Börsianer drängten auf ein zuverlässiges und schnelles Telekommunikationsmittel: den elektrischen Telegraphen, dessen Kabel und Gerätschaften die ersten Massenprodukte der Elektroindustrie darstellten. Schwerfällige Dampfmaschinen ablösende Elektromotore, Kerzen, Öllampen und Gasbeleuchtung ersetzendes elektrisches Licht, das mit Hilfe von Straßenbahnen verbreitet wurde, und das Telephon rundeten die Palette der Anwendungsgebiete der Elektrizität bis zur Jahrhundertwende ab und führten bis 1911 zur Monopolisierung der Branche durch die beiden Berliner Konzerne *Siemens* und *AEG*.

Berlin im Zeitalter der Monopolisierung

Um 1900 hatten die Berliner Industrien Größenordnungen und Raumbedürfnisse erreicht, die ein weiteres Wachstum innerhalb der Grenzen von Deutschlands und Europas bedeutendster Industriestadt ausschlossen. Die Großbetriebe zogen an den Stadtrand oder gleich in Nachbargemeinden. *Borsig* wanderte nach Tegel ab und gründete dort sein *Borsigwalde*. *Siemens* emigrierte ins Gartenfeld und ließ gleich neben den Werkshallen eine gewaltige Werksiedlung für die unverzichtbaren Meister und Facharbeiter erbauen, die *Siemensstadt*. Die *AEG* besetzte umfängliche Areale am Spreeufer in Schöneweide, *Orenstein & Koppel* ließ sich an der Anhalter Bahn in Nowawes (heute Babelsberg), *Schwartzkopff* an der Cottbuser Bahn in Wildau nieder. Da dieser Industrieexodus rein vom Utilitäts- und Profitmotiv der Konzerne geleitet wurde und nicht von einer Regionalplanungsbehörde mit nachhaltigem politischem Durchsetzungsvermögen, resultierte der Auszug der Großbetriebe in einen graduell fortschreitenden Zerfall der ökonomischen, räumlichen und urbanen Einheit der Metropole, in eine agglomerative Aufweichung der Stadt und in einen bis heute währenden Konkurrenzkampf zwischen Berlin und dem umgebenden Brandenburg.

Als sich Berlin kraft des Deutsch-Französischen Kriegs 1871 zur Reichshauptstadt hochkämpfte, veranlaßte die zentralisierte politische Macht die führenden Finanzinstitute, sich in Berlin zu versammeln. *Discontogesellschaft*, *Deutsche Bank*, *Dresdner Bank*, *Commerzbank*, *Darmstädter und Nationalbank (Danat-Bank)*, *Berliner Handelsgesellschaft* okkupierten die den Ministerien nächstgelegenen Flächen im Berliner Zentrum zwischen Wilhelmstraße und Spree, Unter den Linden und Leipziger Straße. Lediglich eine Großbank, der *Schaafhausensche Bankverein*, der Hauptfinanzier der Montanindustrie im Ruhrgebiet, zog es vor, in der Nähe seiner Kunden am angestammten Standort Köln auszuharren. Die Großbanken und die in Berlin ansässigen Industriekonzerne erhoben die Reichshauptstadt zu einer *Headquarters-City* mit einer vereinten Kapitalmacht, die in Europa ohnegleichen war und allenfalls von New York City übertroffen wurde. Zusätzliche Wachstumsimpulse empfing Berlin aus den Bedürfnissen sowohl der staatlichen als auch der privatwirtschaftlichen Verwaltungen und der Presse nach gehobenen Dienstleistungen: nach

Anwaltskanzleien, Beratungs- und Werbefirmen. Außerdem entstand eine umfangreiche Papier- und Druckindustrie und im letzten Drittel des Jahrhunderts der Bedarf nach Büromaschinen. Schreib-, Rechenmaschinen und Registrierkassen wurden massenhaft fabriziert.

1913 eröffnete der spätere Primus unter den Computerkonzernen, die Firma *IBM*, seine erste Auslandsfiliale in Berlin unter dem Namen *Deutsche Hollerith GmbH (Dehomag)*. Sie ging zurück auf Herman Hollerith, den Erfinder des ersten mit Lochkarten gefütterten elektromechanischen Rechners, des Vorläufers des Computers. Hollerith-Maschinen ermöglichten eine akkurate Volkszählung nach Geschlecht, Alter, Religionszugehörigkeit, Beruf und Wohnort. Im Ersten Weltkrieg benutzten sämtliche kriegführenden Staaten Hollerith-Maschinen zur Mobilmachung, zum logistischen Management der Truppen-, Waffen- und Munitionstransporte, der Versorgung von Front und Heimatfront, des Arbeitskräfteeinsatzes, der Ressourcen- und Produktionsplanung, aber auch zur Berechnung von Geschosßbahnen bei wechselnden Wetterlagen und Windrichtungen. Die von der *Dehomag* gelieferten Geräte waren herrliche Spielzeuge für die Mörder in Uniform in der hochgradig militarisierten Deutschen Reichshauptstadt. Die Nazis verwendeten Hollerith-Rechner außerdem zur „Erfassung“ der Juden und zur Distribution der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus den KZs und den eroberten Ländern auf jene Industrie-, Staats-, Kommunalbetriebe und Bauernhöfe, die Zwangsarbeitskräfte anforderten und heute in der Regel gern behaupten, sie wären ihnen aufgezwungen worden.

Während der Nazi-Ära wurde die mittlerweile durch Eingemeindungen zu Großberlin aufgeblähte Reichshauptstadt einem destruktiven Prozeß unterworfen. Ein erheblicher Teil der Rüstungsproduktion - insbesondere der Flugzeug- und Militärfahrzeugbau - wurde im erweiterten Brandenburger Umland aus dem Boden gestampft. Mit Beginn der alliierten Bombardements wurden komplette Berliner Betriebe oder Teile von ihnen ebenfalls ausgelagert. Das erweiterte Stadttinnere wurde in Vorbereitung des großen Stadtumbaus und Achsenkreuzes der geplanten Weltmetropole *Germania* bereits vor Beginn der alliierten Bombardierungen auf Befehl des Generalbauinspektors Albert Speer mit Abrißgebieten durchlöchert. Hier am Potsdamer Platz befinden wir uns auf einer von zahlreichen Speer'schen Kahlschlagflächen, die der Westberliner Senat nach Kriegsende als Vorhalteflächen brach liegen ließ, um sie zum geeigneten Zeitpunkt der Immobilienspekulation zu überantworten. Wie Susanne Willems in ihrem grundlegenden Werk nachgewiesen hat, organisierte Speer die „Entsiedelung“ und Deportation der Berliner Juden, um arische Mieter, Firmen und Parteibonzen aus den Abrißgebieten in arisierte Wohnungen und Gebäude umsetzen zu können.¹

Die beiden Berlins, 1945-1990

¹ Susanne Willems: „Der entsiedelte Jude“ – Wohnungsmarktpolitik für den Berliner Hauptstadtbau 1937-1943, Berlin (im Erscheinen).

Zwischen dem Kriegsende 1945 und der „Wende“ von 1990 wurden die beiden Berlins der geteilten Stadt auf sehr verschiedenartige Weise wiederaufgebaut und genutzt. Zwar wurden auch in Ostberlin ein paar Auto- und Aufmarschschneisen durch die Stadt geschlagen, aber Berlin-Mitte wurde im Wesentlichen als Wohnstadt mit großen Grünflächen neu gestaltet. Die Regierungsgebäude hatten weit weniger Flächenbedarf als ihre Pendants in Bonn. Repräsentative Konzernsitze wurden nicht benötigt. Was von der Berliner Mittel- und Großindustrie im Osten lag, wurde wiederhergerichtet und Zug um Zug erweitert, sodaß Berlin neben Dresden, Leipzig, Halle, Chemnitz, Zwickau, Hof und Magdeburg als einer der zentralen Industriestandorte der DDR reetabliert wurde. In einigen Branchen wie der Pharmaindustrie (Berlin und Dresden), der Textilindustrie (u.a. Hof), dem Waggon- und Maschinenbau erreichte die DDR Weltniveau. Lokomotiven (aus Hennigsdorf), Eisenbahnwaggons (aus Görlitz, Niesky, Bautzen, Dessau und Halle), Druckmaschinen (aus Hof), Großturbinen (aus Dresden) oder Abbausysteme für den Braun- und Steinkohlentagebau (aus Magdeburg, Leipzig, Grimma) wurden nicht bloß in die sozialistische, sondern auch in die kapitalistische Welt verkauft. Berliner Betriebe der Elektroindustrie und des Apparatebaus lieferten vielfältige Komponenten zu solchen Exportgütern.

Mit besonderem Nachdruck wurde in Ostberlin die Wissenschaft gefördert. In und um Berlin forschten Tausende Wissenschaftler in Instituten der *Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW)*. In den Geisteswissenschaften erarbeiteten sie qualifizierte Forschungsergebnisse, insbesondere in den Wirtschaftswissenschaften, den Literaturwissenschaften, in der Geschichts- und Faschismusforschung, in den Naturwissenschaften u.a. in der Agro- und Plasmachemie. Die Industrialisierung des Bauwesens mit vorfabrizierten Elementen erreichte einen hohen Standard. Als sich die BRD 1990 die DDR einverleibte, sahen westdeutsche Wissenschaftsfunktionäre deshalb ihre vordringlichste Aufgabe darin, die konkurrierenden und teils überlegenen ostdeutschen Institute mitsamt den in ihnen tätigen Kolleginnen und Kollegen - von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen - per „Evaluation“ in Bausch und Bogen abzuwickeln.

Westberlin wurde nach 1945 in partieller Ausführung der vom Wiederaufbaustab Speers vorbereiteten Pläne in eine „autogerechte“ Stadt umgewandelt, wenngleich weniger radikal als beispielsweise Hannover, Köln, Düsseldorf oder Hamburg. Straßenbahnen wurden Autoschneisen geopfert, die S-Bahn größtenteils stillgelegt. Das unter größtem finanziellen Aufwand ausgebaute U-Bahn-System war auf die Westberliner Stadtviertel orientiert und ließ eine mögliche Vereinigung beider Berlins völlig außer Betracht, sodaß nun einige Strecken am Bedarf vorbeifahren.

Westberlin wurde radikal dekapitalisiert und deindustrialisiert. Die Berliner Finanzinstitute, deren Hauptverwaltungen im Ostberliner Zentrum gelegen waren, hatten sich noch rechtzeitig vor der Einnahme Berlins durch die Rote Armee mitsamt ihren gehorteten Kapitalien nach Westen abgesetzt. Die Großbanken konzentrierten sich in Frankfurt und Düsseldorf, die Versicherungskonzerne in München, Köln und Hamburg. In Westberlin beheimatete Industriekonzerne verlegten ihre Hauptverwaltungen gleichfalls nach Westdeutschland. *Siemens* wählte München und schrumpfte

seine Westberliner Produktion bis auf marginale Reste ein. Die *AEG* zog es nach Frankfurt/Main. Vor Längerem wurde sie von *Daimler-Benz* übernommen. Etliche ihrer Sparten wurden in den Auto-, Luftfahrt- und Waffenkonzern voll integriert; was nicht ins Fertigungsprogramm der Konzernmutter paßte, wurde abgestoßen oder stillgelegt. Die *VIAG* drängte es in die bayerische Biermetropole. Die *VEBA* reorganisierte sich von Düsseldorf aus, wohin auch *Rheinmetall-Borsig* seine Konzernverwaltung und Produktion verlagerte. Die *Agfa* kroch bei *Bayer* in Leverkusen unter.

Fortan hatten in Westberlin das Agentenunwesen und die institutionalisierte antikommunistische Propaganda Hochkonjunktur. Die Propaganda wurde durch eine aus Bonn hoch subventionierte Kulturszene gestützt. Billige Mieten und der politische Sonderstatus Westberlins motivierten zahlreiche Studenten und Wehrunwillige, sich in Westberlin niederzulassen. Während die Agenten der verschiedensten Geheimdienste Stoffe für Thriller lieferten, lockten die bis zum Überquellen gefüllten Geldsäcke der Kulturinstitutionen Künstler und Kulturnassauer aus aller Welt an. Künstler und Studenten formierten sich 1968 zur Außerparlamentarischen Opposition, aus der wiederum die Studentenbewegung hervorging. Schon nach wenigen heißen „Kampfjahren“ fielen die meisten Krieger der APO und Studentenbewegung und ihrer einander bekämpfenden politischen Splittergruppen Mitte der 70er Jahre der Verkleinbürgerlichung anheim und strebten Karrieren an. Beim „Marsch durch die Institutionen“ verloren sie die ihnen ohnehin nur von Ferne wahrgenommenen Werkstätten und ihre politischen Ziele aus den Augen, aber sie landeten weich auf Professorenstühlen oder Funktionärssesseln des Westberliner Parteienkartells.

Vereinigung = radikale Deindustrialisierung

Nach der unparitätischen Vereinigung Ost- und Westdeutschlands 1990 wurde die Deindustrialisierung, die sich in Westberlin über Jahrzehnte erstreckt hatte, in Ostberlin im äußersten Eiltempo nachgeholt - wie in allen Neuen Bundesländern. Was zunächst der unmittelbaren Stilllegung, der Liquidation der Konkurrenz der westdeutschen Industrie, entgangen war und von der Treuhand entweder an Uralteigentümer oder an neue Investoren - die vielfach nur an den wertvollen Immobilien, nicht aber an der auf ihnen stattfindenden Fabrikation interessiert waren - zu Dumpingpreisen übereignet wurde, das wird seitdem *peu à peu* zur Strecke gebracht. Fast täglich berichten *junge Welt*, *ND*, *Tagesspiegel*, ja selbst die *Berliner Zeitung* von Protesten und Streiks der arg zusammengeschmolzenen Belegschaften, sei es bei *Alcatel* oder bei der *Daimler-Chrysler-Tochter adtranz*.

Eben jetzt soll das Berliner adtranz-Werk mit Hilfe eines *joint ventures* mit der mittelgroßen schweizer Firma *Stadler* gerettet werden. *Bombardier*, die aus einem kleinen snowmobile-Fabrikanten zum Weltkonzern im Flugzeug- und Waggonbau aufgestiegene kanadische Mutter der *Deutschen Waggonbau AG (DWA)*, will bei *Talbot* in Aachen und bei den *DWA*-Werken in Berlin, Halle, Bautzen und Görlitz einige Tausend Arbeitsplätze vernichten und den Betrieb in Niesky ganz

schließen. Welche Überlebenschancen wird dann die *DWA-Zentrale* in Berlin haben? Was wird aus der Berliner *VEAG*-Hauptverwaltung, wenn die ostdeutsche Stromversorgung unter den miteinander fusionierenden *VEAG*-Anteilseignern *VEBA* und *VIAG* respektive *RWE* und *VEW* neu aufgeteilt wird? Sollte die *DWA*-Hauptverwaltung geschlossen oder ins Ausland verlagert werden, wird es in Berlin nur noch einen international operierenden Großkonzern geben: die *Schering AG*. Deren Sparte Agrochemie wird bereits unter dem Namen *AgrEvo* als *joint venture* mit dem deutsch-französischen *life sciences-Konzern Aventis* (vormals *Hoechst*) betrieben. Infolge der Fusion von *Hoechst* mit *Rhone-Poulenc* zu *Aventis* werden 45 der bisher 95 Forschungs- und Produktionsstätten verkauft oder geschlossen. Etwa zur Hälfte liegen die zu liquidierenden Standorte in Europa. Seit über die Pharma- ebenso wie über die Agrochemiebranche eine gigantische Fusionswelle hinwegrollt, wird an der Börse darüber spekuliert, ob und wie lange die *Schering AG*, die nicht zu den Großen der Branche zählt, trotz exzellenter Produkte und Forschung sich ihre Selbständigkeit bewahren kann. Falls sie von einem der transnationalen Mammutkonzerne geschluckt werden sollte, riskiert Berlin, sein letztes international aktives Großunternehmen zu verlieren.

Die in zwei Phasen vollzogene und noch nicht abgeschlossene Deindustrialisierung hat in Berlin eine *tabula rasa* hinterlassen. Am 29. September 1999 berichtete das *ND* über die ökonomischen Daten des ersten Halbjahrs 1999: „Berlin bleibt das Schlußlicht: Wirtschaftswachstum von minus 0,8 Prozent.“ Während alle anderen alten und neuen Bundesländer ein unterschiedlich schwaches Wirtschaftswachstum aufweisen, verzeichnet die Berliner Wirtschaft sogar einen Rückgang. Ein Beispiel für diesen Abwärtstrend sind die Aktivitäten auf dem neuen Containerbahnhof der *Deutschen Bahn AG* bei Wustermark am Güteraußenring. Dort kommen pro Tag lediglich zwischen zwei und fünfundzwanzig Container an, während normalerweise auf Containerbahnhöfen etliche hundert oder tausend Container umgeschlagen werden. All dies sind böse Omen für Berlins ökonomische Zukunft. Als winziges Positivum sind die Berliner *High tech*-Initiativen zu vermerken. Ehemalige *AdW-Mitarbeiter* und andere junge Wissenschaftler und Ingenieure gründen vermittelt Ersparnissen und Kleinkrediten Minifirmen in den Bereichen Mikroelektronik, Informationstechnologien oder Gentechnologie, in denen sie sich selbst ausbeuten, bis es ihnen gelingt, Produkte auszubrüten und zu produzieren, für die es einen potentiellen Markt gibt. Stoßen ihre Erfindungen auf das begehrliche Interesse von Großkonzernen, oder gelingt es ihnen, ihre Firma an die Börse, auf den „Neuen Markt“, zu bringen, ist vorauszusehen, daß sie – wie's in den USA fortwährend geschieht - von einem Konzern aufgekauft werden. Der erspart sich damit eigene Entwicklungskosten und optimiert seine Produktpalette. Wird eine solche Minifirma von einem Hai geschluckt, wird sie dann in Berlin bleiben dürfen oder gezwungen werden, sich in die Kontrollsphäre des Aufkäufers zu verlagern?

Als der Regierungsumzug von Bonn nach Berlin geplant wurde, verhiessen die Propagandisten, das große Finanz- und Industriekapital werde der Regierung auf dem Fuße folgen. Kein Finanz- oder Industriekonzern hat es auch nur im Scherz erwogen, von Frankfurt, Stuttgart, München, Düsseldorf oder Essen an die Spree zu ziehen. Schon das Fehlen einer international relevanten Börse, die

logistisch miserable Lage und Ausstattung Berlins und die zu Sparsamkeit anhaltende *shareholders value* verbieten einen Umzug an den Rand des EU-Markts und ins Abseits der globalen Kapitalströme. Ähnlich illusorisch ist die von Berliner Politikern beschworene Fiktion, Berlin werde zur „Drehscheibe für den Osthandel“ werden. Der Osthandel läuft hervorragend mit steigender Tendenz, aber er rauscht auf den Autobahnen und Eisenbahnstrecken im Süden und Norden an Berlin vorbei. Wenn er eine „Drehscheibe“ hat, dann ist es das ebenso virtuelle wie dezentrale globale Telekommunikationsnetz.

Ein erheblicher Teil des Osthandels findet zudem lediglich in Gestalt von Kapitaltransfers statt. Investitionskapitalien werden gen Osten transferiert, die damit erwirtschafteten Profite gen Westen repatriert. Längst haben die westdeutschen, französischen, spanischen, britischen, US-amerikanischen, japanischen und südkoreanischen Produzenten von Massengütern, zum Teil auch von Investitionsgütern, Produktionsbasen in den ehemaligen Ostblockstaaten aufgebaut bzw. dortige Staatsbetriebe übernommen, *VW* beispielsweise in Tschechien, *Opel/General Motors* in Polen. Der Trend der Konsumgüterproduzenten in die Zentren ihrer Märkte war in den USA schon in den 80er Jahren zu beobachten. Damals siedelten die Autokonzerne von Detroit im Norden in die Mitte der USA über: nach Kentucky und Tennessee. Das hatte zwei Gründe. Zum Einen hatten sie dort in einem 800 Meilen-Radius viele Millionen potentieller Kunden, was den Vertrieb erleichterte und verbilligte und zur Ansiedelung von Hunderten Firmen führte, die nach dem *just-in-time*-Prinzip Komponenten zulieferten. Zum Anderen waren Kentucky und Tennessee - wie der gesamte Süden und Südwesten der USA - *Right-to-Work-States*, in denen es die Gesetze den Gewerkschaften fast unmöglich machen, Belegschaften zu organisieren und die Werksangehörigen mit Betriebsräten für den unverzichtbaren Arbeitskampf auszurüsten. Auch in Polen oder Tschechien haben *Opel* oder *VW* kaum Ärger mit Gewerkschaften; sie profitieren von niedrigen Löhnen und sparen Transportkosten.

Auf begriffliche und theoretische Novitäten versessene Soziologen, Ökonomen und Politiker haben die kaum begriffene Automation und Rationalisierung der Produktionssphäre als Vorwand benutzt, die Industriegesellschaften in Dienstleistungsgesellschaften umzuetikettieren und damit zugleich die reale Klassenlage zu verschleiern. Indem sie eine Vielzahl industrieller Arbeitsprozesse - wie z.B. das Transportwesen - zu Dienstleistungen deklarieren, versuchen sie den Eindruck zu erwecken, der Dienstleistungssektor wachse unaufhörlich weiter an, während der Produktionssektor schrumpfe. Zieht man indessen die realiter der Produktionssphäre angehörenden handwerklichen, *High tech*-, Medien-, Transportfunktionen aus dieser amorphen Masse vorgeblicher Dienstleister ab, bleiben drei Dienstleistungsbereiche übrig. Erstens die persönlichen dienstbaren Geister in Haushalten, Hotels, Restaurants, Vergnügungsetablissemments, Reisebüros, die Fahrradrikschas und Schuhputzer. Zweitens die sogenannten unternehmensorientierten Dienstleistungen: Anwaltskanzleien, Beratungsfirmen, Werbe- und PR-Agenturen, die sich dem Finanz- und Industriekapital, wohltätigen Organisationen, Lobbies und Behörden andienen. Drittens die große Zahl der Verwaltungs- oder Büroarbeiterinnen in den Zentralen und Dependancen des Finanz-, Industrie- und Handelskapitals, in den kommunalen,

Kreis-, Landes- und Bundesämtern.

Wenn es in diesem Sektor personelle Zuwächse gibt, dann vor allem bei jenen persönlichen Dienstleistungen, die die Befriedigung der Luxusbedürfnisse der einkommensstarken Schichten besorgen. Dazu zählt auch das horizontale Gewerbe. Geringe Zuwächse mag es in den unternehmensorientierten Dienstleistungen geben. Diese sind für Berlin mangels dienstbedürftiger Unternehmen von sehr untergeordneter Bedeutung, da sie sich stets in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Konzernzentralen und politischen Entscheidungszentren etablieren. In der EU haben sich die wichtigen Entscheidungszentralen in der Europäischen Kommission in Brüssel ausgebildet. Deshalb konzentrieren sich unternehmensorientierte Dienstleister, etwa international agierende Anwaltskanzleien und PR-Agenturen, zusehends in Brüssel.

Zwar sind einige Lobby-Organisationen der Regierung nach Berlin gefolgt, so der *DGB*. Die Interessenvertretungen des Großkapitals, die bisher am Rheinufer residierten, *DIHT*, *BDI*, *BDA*, haben sich gemeinsam einen imposanten Palast am Spreeufer geleistet. Bemerkenswerterweise hat dieses Gebäude ein wesentlich geringeres Volumen als deren alte Einzelresidenzen in Köln. Auch die Dimensionen der Neu- und Umbauten jener Ministerien, die von Bonn nach Berlin verpflanzt worden sind, sind geschrumpft, sieht man vom Bundeskanzleramt und vom Reichstag ab. Die Massenmedien haben in Berlin lediglich Hauptstadtstudios eingerichtet. Die TV-Produktion bleibt in Köln, Hamburg und München konzentriert.

Die Auswirkungen der neuen Technologien

Mit der Entwicklung und Vermarktung hochkapazitärer Computer- und Telekommunikationssysteme um 1980 griff zuerst in New York City, bald auch anderswo, eine Funktionsteilung in den Konzernverwaltungen um sich: eine physische und geographische Trennung zwischen *Front* und *Back Office*. Das *Front Office* blieb den *dealmakers* vorbehalten, der Konzernleitung mit ihrem Stab und jenen Abteilungen, die im globalen Finanzgeschäft agieren. Das *Front Office* bezog imagebildende Paläste in Manhattan. Das *Back Office*, in dem die unterstützenden Sekundärfunktionen und die Großcomputer mit ihrem Bedienungspersonal zusammengedrängt wurden, wurde dorthin ausgelagert, wo der Grund und Boden billig war: nach New Jersey oder Long Island, zum Teil bis in den Mittelwesten oder in ein Billiglohnland in der unterentwickelten Welt. Die Vernetzung zwischen *Front* und *Back Office* ermöglichte deren räumliche Separierung.

In Mainhattan, der Finanzmetropole der BRD, in Paris oder London ist die Trennung zwischen *Front* und *Back Office* längst kopiert worden, und auch die Industriekonzerne sind dem Beispiel gefolgt. Sie betreiben zudem ihre Forschungsabteilungen mit Vorliebe in Regionen, in denen sich gut ausgebildetes und einfallreiches Forschungs- und Entwicklungspersonal tummelt: im Silicon Valley, in den Großräumen Boston und Pittsburgh oder auch in Forschungszentren in Großbritannien, Frankreich oder der Schweiz. Es ist bemerkenswert, daß sich die Trennung in *Front* und *Back Office*

auch beim Umzug von Regierung und Lobbyisten nach Berlin durchgesetzt hat. Im Regelfall haben sie lediglich ihre *Front Offices* mit hohen Kosten im märkischen Sand verankert, ihre *Back Offices* in ihren angestammten rheinischen Quartieren belassen.

Dieselben Technologien, die die Spaltung der Verwaltungen bewirkt haben, üben seitdem einen ähnlich starken Rationalisierungsdruck in der Bürosphäre aus wie zuvor in der Produktionssphäre. Jeder Computer verdrängt etliche menschliche Arbeitskräfte, und die inzwischen erfolgte innerbetriebliche, konzernweite und globale Vernetzung der Systeme potenziert die Arbeitsplatzvernichtung in den Büros. Das ist schon von außen sichtbar an den seit etwa 1980 errichteten „intelligenten“ Bürogebäuden, Konzernresidenzen, die mit einer kompletten *High tech*-Infrastruktur nach dem jeweils letzten Stand der Technik ausgestattet sind. „Intelligente“ Büropaläste benötigen ein wesentlich geringeres umbautes Volumen als ihre Vorgänger. Weil die Immobilienspekulanten diese Prozesse anscheinend nicht bedenken, hat die vor allem in Berlin, Frankfurt/Main, Dresden oder Leipzig grassierende Inflationierung an Büroimmobilien immense Leerstände produziert. Die Spekulanten haben ihre Profite mit Steuerabschreibungen eingefahren. Die kleinen Mächtigenkapitalisten, die ihre Ersparnisse in Immobilienfonds angelegt haben, gehen meist leer aus, wenn sie nicht verlieren, was sie zu besitzen glauben.

Die kraft Internet, Breitband- bzw. Glasfaserverkabelung, Satelliten und in Mikrocomputer umgewandelten Mobiltelefonen horrend ausgeweitete und vervielfältigte Vernetzung hat eine neue Etappe der Rationalisierung der Verwaltungsdienstleistungen zur Folge. Um ein typisches Beispiel zu nennen: im Sommer 1999 hat *Citibank* in Duisburg ein *Internet Banking Service Center* eröffnet, in dem 700 Frauen und Männer Daten eingeben, die korrekte Datenverarbeitung überwachen und im Notfall mit Bankkunden via Telefon oder Internet kommunizieren. Gleichzeitig hat *Citibank* in den auf elektronische Dateneingabe umfunktionierten oder ganz geschlossenen Filialen in Nordrhein-Westfalen 2500 Schalterbeamtinnen und -beamte entlassen. Für jeden neugeschaffenen Arbeitsplatz hat *Citibank* 2 ½ alte Arbeitsplätze vernichtet. Alle anderen Großbanken ziehen nach.

Besonders massiv wirken sich Firmenaufkäufe und Konzernfusionen als Rationalisierungsvorgaben aus. Fusionen machen indessen nicht bloß miserabel entlohnte Werk tätige in den Produktions- und Verwaltungssphären überflüssig, sondern in verstärktem Maß relativ gut bezahlte, wenn nicht gar üppig honorierte Arbeitskräfte im mittleren Management und im Forschungs- und Entwicklungsbereich. Das gilt für Finanzinstitute ebenso wie für Industriekonzerne. Als die *Deutsche Bank* den *New Yorker Bankers Trust* übernahm, wurden Tausende entlassen; hoch qualifizierte Börsenjobber liefen freiwillig zur Konkurrenz über. Wenn Pharmakonzerne miteinander fusionieren, stehen jedes mal bis zu 10.000 Jobs im Forschungs- und Entwicklungsbereich zur Disposition. Dieses Schicksal könnte viele hoch bezahlte Berliner treffen, wenn die *Schering AG* aufgekauft oder in eine Fusion getrieben würde.

Alternative Entwicklungsszenarien

Berlin hätte günstigere Entwicklungsperspektiven gehabt, wenn die Abstimmung über den Regierungssitz eine Mehrheit für Bonn erbracht hätte. Doch wenn Parlament und Regierung schon partout nach Berlin umsiedeln mußten, um sich im zerlumpten und aufs Schlimmste diskreditierten Glanz der Wilhelminischen, Weimarer und Nazi-Reichshauptstadt zu sonnen, dann hätten sie sich selber und Berlin viel Gutes getan, ihre Bannmeilenenklave irgendwo im Weichbild der Stadt, vielleicht am Flughafen Schönefeld, anzulegen, um ihrer Reiselust bequemer frönen zu können. Dort draußen hätten sie perfekte *security* installieren können und wären vor spontanen Demos weitgehend sicher gewesen. Dort draußen gibt's auch reichlich Bauland für die von Staatsdienern bevorzugten Einfamilienhäuschen im Grünen.

Mit der Besetzung der Berliner Mitte durch Parlament, Ministerien und regierungsnahe Institutionen ist zwischen dem Lehrter Regierungsbahnhof und dem Potsdamer Platz ein breiter Sperrriegel zwischen Tiergarten und Spree entstanden. Er zerschneidet Berlin wie einstmals die Mauer und trennt Ost- von Westberlin wie eine unüberwindliche Verteidigungsanlage. Das Regierungsviertel im Weichbild hätte gewiß keiner Fusion Berlins mit Brandenburg bedurft, aber es wäre notwendig gewesen, eine politisch effiziente Regionalplanung zu konstituieren, die das gesamte Berliner Umland einbezöge.

Eine koordinierte Stadt- und Regionalplanung hätte verhindern können, daß sich rings um Berlin an sämtlichen Ausfallstraßen regionale *shopping malls*, Bau-, Möbel-, Teppich- und Automärkte und was dergleichen mehr ist niederlassen. Sie potenzieren den Individualverkehr und lassen die Einkaufsstraßen in den Dörfern, Städtchen und äußeren Stadtvierteln Berlins veröden. Innerhalb Berlins wäre es geboten gewesen, *city* oder *railroad station malls* mit Gleisanschluß wie am Potsdamer Platz, Zoo, Gesundbrunnen oder im künftigen Lehrter Bahnhof zu unterbinden. Auf die Nahversorgung durch den kleinen Einzelhandel in der Nachbarschaft wirken sie sich absolut destruktiv aus, siehe die Leerstände und Notvermietungen auf der Badstraße im Wedding seit Eröffnung der *shopping mall* am Bahnhof Gesundbrunnen. Am Lehrter und am geplanten Südbahnhof sollen Pendler, die in die Stadt zum Einkaufen reisen, abgefangen werden, ehe sie Berliner Boden betreten. Nach Entleerung ihrer Portemonnaies transportieren die Züge sie mitsamt ihren vollen Einkaufstaschen stracks wieder nach Hause.

Die vom Berliner Senat seit der „Wende“ provozierte Immobilienspekulation bedeutet - wie's Peter Marcuse schon ausgeführt hat - eine großflächige Privatisierung öffentlicher Räume. Das impliziert Einschränkung politischer Aktionen in der Öffentlichkeit. Die Privatsheriffs der Immobilieneigentümer haben - wie am Potsdamer Platz zu observieren - die Pflicht, jeden fernzuhalten, der die Konsumenten in ihren Konsumrausch stören könnte. Solche Störenfriede mögen Verkäufer von Arbeitslosenzeitungen sein oder Mitglieder von Gewerkschaften und politischen Gruppen, die Handzettel verteilen, mit denen zum Streik aufgerufen oder auf öffentliche Mißstände aufmerksam gemacht wird.

Senator Peter Strieders *Planwerk Innenstadt*, das nach einem Beschluß des Berliner Senats zur verbindlichen Grundlage für den weiteren Stadtumbau erhoben und geweiht worden ist, hat radikale *gentrification* der Innenstadtbezirke im Auge und im Sinn. Die Reorganisation und Zusammenlegung der Berliner Bezirke (oder Gemeinden) wird sich, so hofft man, auf die Realisation des *Planwerks* positiv auswirken. *Gentrification* bezweckt soziale Entmischung mittels Verdrängung der Einkommensschwachen aus der City. Instrumente der *gentrification* sind Luxussanierung der Altbauten und Neubau von Luxusdomizilen wie vor mehr als hundert Jahren im Berliner Westen, nun im postmodernen Gewand. Produktionsstätten sieht das *Planwerk* nicht vor.

Wenn Strieders *Planwerk* sich trotz aller Propaganda nicht planmäßig umsetzen lassen will, dann hängt das zu einem erheblichen Teil mit der Ebbe in den kommunalen Kassen innig zusammen. Berlin ist pleite. Kommunale Pretiosen werden bedenkenlos verscherbelt, aber der Ausverkauf reicht weder aus, die Neuverschuldung abzubremsen noch die Haushaltslöcher zu stopfen. Die Veräußerungen haben wiederum negative Auswirkungen auf die noch nicht verschleuderten städtischen Betriebe und natürlich auf die Bürgerinnen und Bürger. Solange die *BEWAG* städtisches Eigentum war, konnte man mit ihren Überschüssen die Defizite der *BVG* verringern. Seit dem Verkauf der *BEWAG* belasten die *BVG*-Defizite den Berliner Etat voll und ganz. Die permanenten Fahrpreiserhöhungen helfen aus dem Dilemma nicht heraus. Dringende Neubauvorhaben werden ad acta gelegt.

Mit dem Neoliberalismus in der ersten „Wende“ um 1980, dem Beginn der Ära Thatcher-Reagan-Kohl, haben Staaten mehr und mehr politökonomische Steuerungsbefugnisse per Deregulierung der Willkür des globalen Kapitals überantwortet. Der Staat hat sich sozusagen partiell privatisiert. Wäre es den Frondeuren des Kapitals gelungen, das *Multinational Agreement on Investments (MAI)* gegen den Willen der uninformierten Parlamente durchzusetzen, hätten Regierungen einen Großteil der ihnen noch verbliebenen sozialpolitischen und politökonomischen Instrumente preisgegeben. Staatliches oder kommunales Eigentum in Gestalt von Aktiengesellschaften wäre dem Zugriff irgendwelcher Kapitalgruppen schutzlos ausgeliefert. Streiks wären verboten worden, weil sie die Profitmaximierung behindert hätten. Aus denselben Gründen hätte die Obrigkeit gegen politische Demonstrationen einschreiten müssen.

Auf der politischen Agenda aller sozial denkenden und agierenden Menschen und Gruppen steht folglich als Punkt Eins, die progressive Privatisierung des Staats zu stoppen und ihn auf seine öffentlichen Pflichten zurückzulenken und der Dominanz des Kapitals die ihm konzedierte rechtliche und politische Basis wieder zu entziehen. Wo immer das Kapital Profite maximiert, muß es wieder unter die Kontrolle des Staats gebracht werden, seine Gewinne versteuern und gezwungen werden, seine verfassungsmäßigen Pflichten gegenüber der Gesellschaft zu erfüllen. Eine Deregulierung staatlicher Leistungen für Bürgerinnen und Bürger darf nicht länger geduldet werden. Der Kampf gegen eine progressive Deregulierung schließt auch die Redefinierung und Reorganisation der Rechte der Brüsseler EU-Kommissionen ein.

Nur wenn der Kampf zur sozialen und politökonomischen Selbstbestimmung geführt und gewonnen wird, hat Berlin eine Chance, sich eine neue industrielle Basis zu schaffen, der es dringend bedarf. Die neue, moderne industrielle Basis wird wenig Ähnlichkeiten mit Berlins historischem Industrie panorama aufweisen, aber sie muß von ihren noch funktionierenden Überresten ausgehen. Die Geburtswehen werden kaum weniger schmerzlich sein als im Vormärz. Um diese moderne Basis zu schaffen, gilt es - wie schon im Vormärz - den permanenten Veränderungsprozeß zu nutzen, dem alle Industrien durch den technischen Fortschritt unterworfen werden.

Dank Automation, *just-in-time* und dem Bedürfnis nach Marktnähe ob des rasend schnellen Produkt- und Modewandels ist es z.B. für die Konfektion und für etliche *High tech*-Produktlinien nicht mehr rentabel, in Billiglohnländern zu produzieren und Fertigwaren oder Komponenten von dort zu importieren. Deshalb gibt es mehr oder minder große Spielräume für Konfektionsartikel, Komponenten und Nischenprodukte aller Art aus hiesiger Produktion. Mit ein wenig Förderung durch die öffentlichen Hände und lokalen Kreditinstitute können Initiativen ausgelöst werden, kleine Produktionsstätten mit Wachstumspotential zu gründen. Sie konstituieren Berlins künftige ökonomische Basis und Steuerzahler. Freilich muß verhindert werden, daß sie nach einigem Erfolg abwandern.

Es wandern viele qualifizierte Wissenschaftler, Ingenieure, Techniker und Künstler aus den ehemaligen Ostblockstaaten nach Berlin ein. Anstatt sie als lästige Immigranten zu traktieren, wird es sich lohnen, sie in die neu zu entwickelnde ökonomische Basis Berlins zu integrieren. Vor allem ist es für Berlin unerlässlich, sein Erziehungswesen - von den Schulen über die Fachhochschulen bis zu den Universitäten - auszubauen und auf den Stand der Zeit zu bringen, anstatt, wie's bislang der Fall, Lehrkräfte zu entlassen und frei gewordene Lehrstühle unbesetzt zu lassen. Und endlich gibt es vielfältige soziale und urbane Aufgaben, die die Kommune erfüllen muß und auch könnte, unterließe sie es, ihre kargen Mittel sinnlos an spekulative Großbauvorhaben in Form von unter Wert veräußerten Immobilien, Baukostenzuschüssen und Steuernachlässen zu verschleudern. Berlin ist keine austauschbare *global city* mit einer an Frankfurt oder Manhattan erinnernden *skyline*. Berlin ist eine an Einwohnern schrumpfende Metropole am östlichen Rand Deutschlands, die sich als Wissens- und Industriestandort reorganisieren muß.

Transformation und Peripherisierung – Die alte und neue Ökonomie Berlins

Berlin ist sicherlich in mehrfacher Hinsicht eine europäische Metropole – beispielsweise bezogen auf die Bevölkerungszahl oder seit neuestem als Sitz politischer und administrativer Entscheidungszentren. Aber ist sie es auch in ökonomischer Hinsicht? Lässt sich in absehbaren Zeiträumen zumindest ein Zustand relativer ökonomischer Konkurrenzfähigkeit mit anderen europäischen Metropolen erreichen?

In diesem Zusammenhang liegt die Bedeutung des tertiären Sektors für die ökonomische Verfassung eines urbanen Raums und dessen jeweilige Stellung in einem vernetzten, auf einem bestimmten Niveau sogar globalisierten System konkurrierender Wirtschaftsstandorte klar auf der Hand. Saskia Sassen hat in ihrem Beitrag exemplarisch auf die seit Mitte der 70er Jahre qualitativ veränderten Rahmenbedingungen postfordistischer Stadtentwicklung und die überragende prinzipielle Bedeutung verwiesen, die strategische Kontroll-, Steuerungs- und Managementkapazitäten des Dienstleistungssektors für urbane Metropolen gewonnen haben. Diesem Sektor der Berliner Ökonomie gilt daher die besondere Aufmerksamkeit im folgenden Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung Berlins vor und nach 1990.

Die geteilte Stadt

Berlin war über 40 Jahre der "Normalität" kapitalistischer Stadtentwicklung entzogen. Sowohl Ostberlin, das in der Funktion als Hauptstadt der DDR hoch subventioniert wurde, als auch die "besondere politische Einheit" Westberlin nahmen für den jeweiligen deutschen Staat spezifische politische "Schaufensterfunktionen" ein und erhielten jeweils überproportionale staatliche Transferleistungen.¹ Dies hatte erhebliche Auswirkungen auf die jeweiligen wirtschaftlichen Strukturen der beiden Stadthälften.

Insbesondere der Beitrag des Bundes zum Landeshaushalt Westberlins war außerordentlich hoch: 1989 deckten die Subventionen im letzten Westberliner Haushalt mit ca. 13 Milliarden DM mehr als die Hälfte der gesamten Einnahmen. Hinzu kamen eine Reihe von spezifischen Umsatzvergünstigungen, Steuererleichterungen und einkommensfördernden Sondermaßnahmen.² Im Rahmen des Berlinförderungsgesetzes wurden bspw. 1989 12,5 Mrd. DM ausgeschüttet, zwei Drittel davon gingen an Westberliner Unternehmen, über 3 Mrd. DM wurden als "Arbeitnehmerzulage" an Beschäftigte ausgezahlt.³ Mit dieser Hilfe wurde versucht, die mangelnde Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Westberlin gegenüber anderen westdeutschen Ballungsräumen auszugleichen. Ungeachtet dieser stabilisierenden Unterstützung waren die strukturellen Auswirkungen der Teilung für Westberlin sehr schwerwiegend. Historisch kam es mit der Verfestigung der Spaltung der Stadt, beginnend mit der Währungsreform und der Berlin-Blockade 1948 bis hin zum Bau der Mauer 1961, zu mehreren umfangreichen "Auslagerungswellen" von Unternehmen. In den 30er Jahren hatten z.B. über zwei Drittel (!) der großen deutschen Banken ihren Hauptsitz in Berlin, nach 1955 keine einzige. Zahllose Firmenverwaltungen, Unternehmenszentralen, Forschungseinrichtungen und Entwicklungsabteilungen verließen die isolierte Stadt.⁴ Die Hauptstadtfunktionen fielen an Bonn. Die gewachsenen ökonomischen Verflechtungsbeziehungen und Austauschverhältnisse mit dem regionalen Berliner Umland wurden völlig zerstört. Die zentralen Versorgungsfunktionen für das regionale Umland, insbesondere im Dienstleistungssektor, gingen verloren. Die Westberliner Wirtschaft wurde von den expandierenden Absatzmärkten im Westen weitgehend isoliert. Schließlich entfiel die Funktion als zentraler Verkehrsknotenpunkt und maßgeblicher deutscher Teil der europäischen Ost-West-Achse.

Diese allgemeine Entwicklung führte neben der gezielten staatlichen Subventionspolitik⁵ dazu, dass sich in der ökonomischen Struktur Westberlins eine Reihe von schwer wiegenden, grundlegenden Defiziten und Schwächen gegenüber anderen kapitalistischen urbanen Wirtschaftsräumen herausbildeten und konservierten. Einen wesentlichen Beitrag leistete hierzu die spezifische Ausgestaltung und die konkrete Wirkungsweise der westdeutschen Berlinförderung. Subventioniert

¹ Hartmut Häußermann/Walter Siebel: Neue Urbanität, Frankfurt/Main 1987, S. 121.

² DGB Landesbezirk Berlin: Leben und Arbeiten in Berlin. DGB-Regionalanalyse Berlin, Berlin 1984, S. 63f.

³ Subventionsbericht des Berliner Senats 1991, S. 18.

⁴ Burkhard Hofmeister: Bundesrepublik Deutschland und Berlin, Bd.1, Darmstadt 1975, S. 57.

⁵ Hans Heuer: Wirtschaftsstandort Berlin, in: Senatsverwaltung für Wirtschaft und Technologie (Hg.): Auf dem Weg zur Dienstleistungsmetropole Berlin. Empfehlungen der strukturpolitischen Expertenkommission, Berlin 1992, S. 44f.

wurde vor allem die standardisierte, wertschöpfungsarme und kapitalintensive industrielle Massenproduktion von einfachen Konsumgütern, bspw. aus dem Bereich Nahrung und Genussmittel.⁶ Diese Produkte waren vor allem für den Fernabsatz bestimmt. Die tendenzielle ökonomische Reduktion Westberlins auf die Funktion einer "verlängerten Werkbank" für westdeutsche Industrieunternehmen führte zum Fehlen von Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in der Industriestruktur der Stadt. Entsprechend schlecht war auch das Qualifikationsniveau der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe, das im Vergleich mit westdeutschen Großstädten durch einen wesentlich niedrigeren Anteil von FacharbeiterInnen und Angestellten gegenüber ungelerten Arbeitskräften gekennzeichnet war.⁷ So lag der Pro-Kopf-Verdienst in Berlin 1960 mit 1.450 DM um 35% unter dem Niveau Hamburgs.⁸

Besonders sichtbar wird die reduzierte wirtschaftliche Funktionsfähigkeit Westberlins im Dienstleistungssektor der Stadt. Bezeichnend ist, dass von den 100 umsatzstärksten westdeutschen Wirtschaftsunternehmen lediglich ein einziges, Schering, seinen Firmensitz in Berlin behielt. Im Vergleich dazu gab es 1989 in Hamburg 14, in Frankfurt 10 und in München 9 deutsche Unternehmenszentralen.⁹ Insgesamt führte die weit gehende Abkoppelung Westberlins von den allgemeinen postfordistischen Strukturveränderungen in den nationalen und internationalen Großstädten dazu, dass sich die zunehmende Tertiärisierung der großstädtischen Ökonomie in Westberlin nicht durchsetzen konnte. Der Anteil der Beschäftigten im wichtigsten städtischen Wachstumssektor, den produktionsorientierten Dienstleistungen, lag in Berlin 1983 mit 29% wesentlich niedriger als in Hamburg mit 37% und München mit 40%. In der „Global City“ London waren 1986 zum Vergleich insgesamt 82% der Beschäftigten im tertiären Sektor tätig.¹⁰ Dem gegenüber lag in Westberlin der Anteil der Beschäftigten an der Industrieproduktion mit 30% überdurchschnittlich hoch. Im Dienstleistungssektor fehlten strukturell insbesondere die Unternehmenszentralen von international agierenden Banken, Versicherungen, Handels- und Verkehrsunternehmen sowie ein entsprechendes Dienstleistungsumfeld. In Westberlin entfielen 1985 auf jede/n EinwohnerIn 3qm Bruttogeschossfläche Büronutzung, verglichen mit 7qm in Hamburg und 12qm in Frankfurt. Schließlich machte sich die Isolation vom Umland auch darin bemerkbar, dass eine kapitalistische Stadt von der Größe Westberlins eigentlich, auf Grund von überregionalen Versorgungsfunktionen, über mehr als 200.000 zusätzliche, überwiegend hochwertige Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor hätte verfügen müssen.¹¹ Dass die Defizite Westberlins im Dienstleistungssektor nicht noch größer ausfielen, ist allein auf den großen Anteil der öffentlichen Dienstleistungen zurückzuführen. Der Anteil von Bundesbeschäftigten war in Westberlin auf Grund der bevorzugten Ansiedlung von Bundesbehörden in der Stadt doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt.¹²

Zusammenfassend zeigt sich, dass der Westteil Berlins nach dem Ende des 2. Weltkriegs die traditionelle Rolle der Stadt als europäische Metropole im deutschen Städtenetzwerk vollständig verlor und die klassischen metropolitenen Funktionen an andere nationale Großstädte, insbesondere Hamburg und Frankfurt, abgab. Die Isolation der Stadt führte zur Herausbildung einer stark defizitären, nicht konkurrenzfähigen Wirtschaftsstruktur, die von den sich verändernden nationalen und internationalen metropolitenen Netzen weitgehend abgeschnitten war. Die industrielle Basis Westberlins war einseitig auf wertschöpfungsarme Massenproduktion ausgerichtet und entsprechend krisenanfällig. Die Produktivität der Beschäftigten und das Lohnniveau lagen deutlich unter dem Niveau in anderen westdeutschen Großstädten. Die Tertiärisierung der urbanen Ökonomie und die allgemeinen Modernisierungsprozesse entwickelten in Westberlin zu keinem Zeitpunkt die Dynamik, die den wirtschaftlichen Umbau seit Mitte der 70er Jahre in anderen nationalen und internationalen Großstädten der kapitalistischen Kernländer kennzeichnete.

In Ostberlin vollzog sich nach dem Ende des Nazi-Faschismus und der Etablierung der deutschen Teilung ein vollständig anderer wirtschaftlicher Entwicklungsprozess als in Westberlin. Allerdings hatte auch Ostberlin besondere repräsentative Aufgaben im Rahmen der deutsch-deutschen Systemauseinandersetzung und sollte als Hauptstadt der DDR ein besonders attraktives realsozialistisches Zentrum sein. Die Stadt erhielt daher entsprechende Transferleistungen aus dem

⁶ Die Anteile lagen 1980 in Westberlin mit 12,3% fast doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt mit 6,6%.

⁷ Karl Brenke/Kurt Geppert: Die Wirtschaft im Raum Berlin, in: Hubertus Moser (Hg.): Berlin-Report. Eine Wirtschaftsregion im Aufschwung, Wiesbaden 1993, S. 72.

⁸ ebd., S. 76.

⁹ Hans Heuer, a.a.O., S. 46.

¹⁰ ebd., S. 74.

¹¹ Stefan Krätke: Strukturwandel der Städte in der postfordistischen Ära, Frankfurt/Main 1994, S.81.

¹² Benke/Geppert, a.a.O., S. 71.

gesamten Umland. Ostberlin konzentrierte als Hauptstadt und herausragendes ökonomisches Zentrum der DDR in besonderem Maße politische und wirtschaftliche Leitungs-, Management-, und Koordinationsfunktionen.¹³ Als Regierungssitz waren hier alle Ministerien und die Hauptleitungen der "gesellschaftlichen Organe", inklusive der umfangreichen Parteiorganisationen, angesiedelt. Der Beschäftigungsanteil der Staatsbediensteten lag in Ostberlin mit ca. 800.000 Gesamtbeschäftigten schätzungsweise bei 40%.¹⁴ Die zentralen wirtschaftlichen Managementfunktionen der Stadt für die DDR-Ökonomie wurden insbesondere durch die Zentralen von achtzehn Kombinat in Ostberlin repräsentiert. Die überwiegende Zahl der Kombinate an anderen Standorten der DDR hatte Außenstellen mit Dienstleistungsfunktionen (bspw. Vertrieb) in Ostberlin. Fast der gesamte Außenhandelsapparat für den Wirtschaftsaustausch mit dem RGW und dem kapitalistischen Westeuropa befand sich hier. Die produktionsorientierten Dienstleistungen lassen sich unter den planwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Ökonomie Ostberlins nicht ganz exakt vom öffentlichen Sektor abgrenzen, es ist aber von mindestens 120.000 Beschäftigten auszugehen.¹⁵ Die Stadt übte umfangreiche überregionale Versorgungsaufgaben in den Bereichen Ausbildung, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung aus. Es wurden erhebliche Konzentrationsgrade erreicht. In den 80er Jahren waren in Ostberliner Forschungseinrichtungen z.B. mehr als 50% des gesamten wissenschaftlichen Personals der DDR konzentriert¹⁶. Über 30% aller StudentInnen in der DDR absolvierten ihre universitäre Ausbildung in Ostberlin. Die Versorgungsdichte mit ÄrztInnen und Kliniken war in Ostberlin doppelt so hoch wie im Rest der DDR und in absoluten Zahlen höher als in Westberlin. Die meisten Kultureinrichtungen und Theater der DDR waren in Ostberlin konzentriert. Im Einzelhandel, in dem über 90.000 Menschen auf 450.000 qm arbeiteten, zeigte sich ebenfalls die überregionale Versorgungsfunktion der Ostberliner Wirtschaft. Allerdings war die Verkaufsfläche nur etwa halb so groß wie in Westberlin. Insgesamt wirkten sich die übergeordneten wirtschaftlichen Funktionen u.a. in einem deutlichen Einkommensvorsprung aus. Das Durchschnittseinkommen in Ostberlin lag um 30% über dem DDR-Durchschnitt.¹⁷ Die Beschäftigungsstruktur der Ostberliner Wirtschaft wurde wesentlich, wie auch in Westberlin, vom produzierenden Gewerbe bestimmt, auch wenn der Anteil mit 25% an der Gesamtbeschäftigung deutlich unter dem DDR-Durchschnitt mit 35% lag und andere Regionen der DDR für die Industrieproduktion bedeutsamer waren. Die Produktivität der DDR-Wirtschaft lag allgemein auf Grund des technologischen Rückstands deutlich unter den westlichen Niveaus. Insgesamt 258.000 Menschen arbeiteten 1982 im produzierenden Sektor Ostberlins. Ein besonderer struktureller Schwerpunkt lag im Maschinenbau und vor allem bei der elektrotechnischen Industrie. Im verarbeitenden Gewerbe waren insgesamt 191.000 Menschen tätig. Ostberlin gelang es nicht, ungeachtet aller Anstrengungen der DDR-Führung, in den Rang einer internationalen Metropole aufzusteigen. Das ökonomische Gesamtpotenzial der Teilstadt war zu gering, um in kapitalistisch dominierten urbanen Netzwerken eine nennenswerte Rolle zu spielen. Die Stadt erfüllte aber für die DDR-Ökonomie herausragende monozentrische Hauptstadtfunktionen. Der Anteil des öffentlichen Sektors lag auf Grund der planwirtschaftlichen Gesamtstruktur und der besonderen gesellschaftlichen Bedeutung von Partei- und Gewerkschaftsorganisationen eher noch höher als in vergleichbaren westlichen Hauptstädten. Ostberlin stand auch in anderen Bereichen unstrittig im Zentrum der DDR-Ökonomie. Die Stadt war außerdem umfassend in das osteuropäische RGW-Wirtschaftsnetz eingebunden. Ostberlin konzentrierte schließlich im besonderen Maße überregionale Dienstleistungs- und Versorgungsfunktionen für die Bevölkerung der DDR. Dies erweist sich als zentraler und für die weitere ökonomische Entwicklung der Stadt nach 1989 bedeutsamer strukturpolitischer Unterschied zu Westberlin.

Die kurze Phase der Euphorie

Nach der deutschen Wiedervereinigung konzentrierten sich die politischen Erwartungen und Hoffnungen für Berlin bekanntermaßen auf eine zu entwickelnde strategische Funktion als herausragende "Wirtschaftsdrehscheibe Ost-West".

¹³ ebd., S. 92f.

¹⁴ Dietrich Henckel/Heinrich Mäding: Berlin im deutschen Städtesystem, in: Süß (Hg.): Hauptstadt Berlin, Bd.2, a.a.O., S. 292.

¹⁵ ebd., S. 282.

¹⁶ Robert Thiem: Wissenschaft und Forschung, in: Berlin Handbuch - Das Lexikon der Bundeshauptstadt, Berlin 1992, S. 1424.

¹⁷ Henckel/Mäding, a.a.O., S. 292.

Der Berliner Senat stand allerdings mit seiner zentralen strategischen Perspektive, Berlin in absehbarer Zeit zu einer „boomenden Metropole“¹⁸ zu entwickeln und der These, die Stadt „sei neben Shanghai einer der interessantesten Standorte der Zukunft“,¹⁹ keineswegs allein. Vielmehr wurde diese Annahme durch die außerordentlich positiven Prognosen von Wirtschaftsforschungsinstituten, Wirtschaftsverbänden und weiten Teilen der wissenschaftlichen Politikberatung in den Jahren 1990/91 gestützt. Deren Annahmen für die weitere Entwicklung Berlins legten fast ausnahmslos eine rasche Entwicklung der Stadt zur kontinentalen Metropole oder sogar zur „Global City“ nahe. Diese Einschätzungen wurden durch die Entscheidung des Bundestages für Berlin als Hauptstadt, Regierungs- und Parlamentssitz am 21. Juni 1991 und die Bewerbung für die Olympiade 2000 zusätzlich gestützt. Zu Grundlagen der meisten Prognosen wurden daher nach der Wende vor allem historische Berlin-Bilder, die die Stadt „nicht nur als politisches und wirtschaftliches Zentrum Deutschlands, sondern als Weltstadt, als Kulturmetropole, als europäisches Verkehrskreuz etc.“²⁰ sahen. Die Annahme der zukünftigen Rolle Berlins als wirtschaftliche „Ost-West-Drehscheibe“ signalisierte darüber hinaus ein von der Konkurrenz zu anderen Großstädten relativ unabhängiges endogenes Entwicklungspotenzial der Stadt. Im Mainstream des Prognosetrends 1990/91 reihte sich vor diesem Hintergrund ein Superlativ an den nächsten²¹: Nach einem Gutachten des Instituts für Stadtforschung und Strukturpolitik (IfS) sollte der Großraum Berlin im Jahr 2010 über ca. 1,2 bis 1,4 Millionen zusätzliche EinwohnerInnen verfügen, einen Bedarf von etwa 800.000 neuen Wohnungen aufweisen und den Zugewinn von ca. 700.000 neuen Arbeitsplätzen verbuchen. Prognostiziert wurde ferner eine Erhöhung des Berliner PKW-Bestandes um 1,8 Millionen Fahrzeuge und ein Bedarf an neu zu bauenden 22,5 Millionen Quadratmetern Geschossfläche für Dienstleistungen, Handel und Industrie im Großraum Berlin.²² Andere Forschungsinstitute kamen zu ähnlichen Schlussfolgerungen. Es lässt sich daher feststellen, dass die zentrale Direktive der Metropolenpolitik der großen Koalition, eine rasche Entwicklung Berlins zur konkurrenzfähigen Dienstleistungsmetropole und Hauptstadt zu erreichen, 1990/91 von den meisten politikberatenden Institutionen gestützt wurde. Selbst viele KritikerInnen einer solchen Entwicklung teilten die Grundannahmen, auf denen die prognostizierte Stadtentwicklung Berlins beruhte. So warnte Stefan Krätke vor den sozialen und räumlichen Folgen einer raschen Entwicklung Berlins zur „Global City“, und Hans G. Helms thematisierte die negativen Konsequenzen der Herausbildung „der im Entstehen begriffenen Mega-Agglomeration Großberlin-Märkisches Umland“.²³

Eine ganze Reihe von Faktoren führte dazu, dass dieser außerordentliche Optimismus über die zukünftige Stadtentwicklung in Berlin im Verlauf des Jahres 1992 anhielt und pessimistischere Prognosen sowie alternative Stadtentwicklungsszenarien weitgehend ungehört verhallten. Einen besonders großen Anteil hieran hatte der spektakuläre Boom auf dem Berliner Immobilienmarkt. Die politische Ausrichtung der Metropolenpolitik des Senats, die euphorische öffentliche Grundstimmung und die Investitionsanreize der Bundesregierung führten dazu, dass in Berlin quasi über Nacht ein beispielloser „Run“ auf die verfügbaren Grundflächen und Immobilien einsetzte. Innerhalb kürzester Zeit wurde Berlin nach dem Mauerfall so „zu einem der (weltweit, C.W.) attraktivsten Standorte für international agierende Immobilien-Unternehmen sowie Großunternehmen und Banken.“²⁴ Angeheizt wurde die Spekulation insbesondere durch den prognostizierten Neubedarf an Büroflächen im Zuge der Entwicklung der Stadt zur Dienstleistungsmetropole und dem Ausbau Berlins zur Bundeshauptstadt. Auch die Aussicht auf eine Ausrichtung der Olympiade 2000 versprach einen erheblichen Imagegewinn für die Stadt und umfangreiche öffentliche Investitionen.

Berlin in der Krise

¹⁸ Wirtschaftssenator Norbert Meißner (SPD) im Interview mit der „taz“ vom 29.06.1991.

¹⁹ Eberhard Dieppen auf der Pressekonferenz nach seiner Wahl zum Regierenden Bürgermeister; vgl. „taz“, 8.2.1991, S. 21.

²⁰ Vgl. Kurt Geppert, *Wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven Berlins*. Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin 1996, S. 5.

²¹ Vgl. Michael Mönninger: *Das neue Berlin*. Baugeschichte und Stadtplanung der deutschen Hauptstadt, Frankfurt/Main 1991, S. 15.

²² Kurt Geppert, a.a.O., S.5; Zahlen aus: Eberhard v. Einem, IfS (Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik): *Berlin - Szenario 2010, Flächen und Standorte*, in: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz (Hg.): *Metropole Berlin - mehr als Markt*, Berlin 1992, S. 81.

²³ Stefan Krätke: *Berlin: Umbau zur neuen Metropole*, in: Ursula Petz/Klaus Schmals (Hg.): *Metropole, Weltstadt, Global City. Neue Formen der Urbanisierung (=Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Bd. 60)*, o.J., S.343-352; Hans G. Helms: *Der Gabentisch*, in: ders. (Hg.): *Die Stadt als Gabentisch*, Leipzig 1992, S. 36.

²⁴ Karin Lenhardt: *„Bubble-politics“ in Berlin*. Das Beispiel Koordinierungsausschuss für innerstädtische Investitionen: eine „black box“ als Macht- und Entscheidungszentrale, in: *PROKLA 110* (März 1998), S. 48.

Mit dem Ende des vereinigungsbedingten Booms und dem vollen Durchbruch der Wirtschaftskrise in Deutschland 1993 endete dieser spekulative Optimismus nachhaltig.

Dramatisch entwickelte sich insbesondere der Deindustrialisierungsprozess im Ostteil der Stadt. Einige wenige Zahlen verdeutlichen den Umfang der Entwicklung: 1989 verfügte das produzierende Gewerbe in Ostberlin noch über 258.000 Beschäftigte. Bis 1991 reduzierte sich diese Zahl um mehr als die Hälfte auf 123.000.²⁵ Noch dramatischer nahmen sich die Veränderungen im industriellen Sektor Ostberlins aus. Dort waren im Jahr 1989 117.000 Menschen tätig, 1993 waren es nur noch knapp 34.000 Erwerbstätige,²⁶ dies entspricht einem Rückgang um 75%. Dieser dramatische Abbau führte dazu, dass in der industriellen Produktion Ostberlins 1994 nur noch jede/r fünfzehnte Beschäftigte arbeitete. In vergleichbaren westdeutschen Großstädten waren es dem gegenüber 20 bis 30% der Beschäftigten. Hinter diesen Zahlen verbirgt sich der fast vollständige Zusammenbruch der industriellen Basis im östlichen Teil Berlins.

In Westberlin begann sich Anfang 1993 die Wirtschaftskrise auszuwirken. Allein im Zeitraum 1992-1994 sank die Industriebeschäftigung in Westberlin von 172.500 auf 136.000 Beschäftigte.²⁷ Bereits Ende 1992 sank die Bruttowertschöpfung Westberlins auf -1,8%. 1993 waren es +0,2%; 1994, als der tiefste Punkt der Wirtschaftskrise in Deutschland bereits durchschritten war, -0,1%. Die einseitige Ausrichtung der Industriestruktur Westberlins verstärkte die negativen Auswirkungen der Krise erheblich. Die Dominanz der kapitalintensiven, wertschöpfungsarmen Industrieproduktion in der Westberliner Wirtschaft basierte insbesondere auf den spezifischen Subventionsmechanismen der Berlinförderung. Diese wurde nach 1992 in erheblichem Umfang abgebaut. Sie sank bis 1994 auf 5,4 Mrd. DM. Die Folge dieser Entwicklung war die Schließung oder Verlagerung eines erheblichen Teils der Westberliner Industriebetriebe in die ostdeutschen Länder, die zu hoch subventionierten Standorten (u.a. Zielgebiet 1 der EU-Förderung) geworden waren, oder in die osteuropäischen „Niedriglohnstandorte“ Polen und Tschechische Republik. Dies sind Entwicklungen, die in erheblichem Maße für den Anstieg der Arbeitslosenquote in Berlin verantwortlich sind. Berlin erreichte hier 1994 mit 13,2% die sechsthöchste regionale Arbeitslosenquote; über 210.000 Menschen waren erwerbslos gemeldet. Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen reduzierte sich entgegen den ursprünglichen Prognosen kontinuierlich und erreichte 1994 mit 1,557 Millionen einen vorläufigen Tiefstand.²⁸ Sämtliche Indikatoren zeigten im Zeitraum 1993/1994 eine massive und dauerhafte Umstrukturierung der gesamten industriellen Basis der Stadt an. In weiten Teilen hatte diese die Form eines offenen Zusammenbruchs angenommen. Die umfassende Wiederherstellung kapitalistischer Rahmenbedingungen in Gesamtberlin führte daher bereits bis 1994 zu einer Demontage großer Teile der industriellen Produktionsanlagen in Westberlin und der ebenfalls nicht konkurrenzfähigen Industriebetriebe im östlichen Teil der Stadt. Die jahrzehntelange Abschottung bzw. Isolation der geteilten Stadt von den spezifischen ökonomischen Veränderungsprozessen in anderen nationalen und internationalen Großstädten ist für die besondere Qualität und den Umfang dieser Entwicklung verantwortlich. Durch die lang andauernde, mehr oder weniger starke Abkoppelung der beiden Berliner Stadthälften von den sich verändernden Rahmenbedingungen entwickelter kapitalistischer Ökonomien wirkten sich die Kräfte, die diese Entwicklung in anderen Städten ausgelöst hatten, nun um so schwerwiegender aus.

Sekundäre Gründe für die dramatische Entwicklung der Berliner Industrie liegen in einem Prozess der Suburbanisierung und Regionalisierung, d.h. in der Auslagerung von Produktionsanlagen in das erweiterte Umland der Stadt. Dies ist, u.a. auf Grund der unterschiedlichen Bodenpreise, typisch für Großstädte.²⁹ Schließlich kam es unter den Bedingungen einer allgemeinen Rezession nur in sehr geringem Umfang zum Neuaufbau von innovativen, konkurrenzfähigen industriellen Strukturen im Großraum Berlin. Allgemein konzentrierten sich die Investitionen von westdeutschen und internationalen Unternehmen in Berlin äußerst selektiv auf Industriebetriebe mit regionalen Versorgungsfunktionen, während die hochwertigen Produktionseinrichtungen fast ausnahmslos in Westdeutschland und anderen Ländern verblieben sind.

²⁵ Brenke/Geppert, a.a.O., S. 80.

²⁶ Vgl. die Wirtschaftsberichte des Berliner Senats 1993 und 1994.

²⁷ Roland Berger: Hauptstadt Berlin, in: Süß (Hg.): Hauptstadt Berlin, Bd.3, a.a.O., S. 67. Nach 1994 setzte sich der Arbeitsplatzabbau im Industriesektor Westberlins mit einem Rückgang von jährlich ca. 10% fort, so dass Mitte 1997 in Gesamtberlin nur noch 123.500 Beschäftigte in diesem Sektor tätig waren.

²⁸ Bis 1996 sank die Zahl der Erwerbstätigen in Berlin auf 1,484 Millionen. Vgl. Senatsverwaltung für Finanzen: Bericht über die Finanzplanung von Berlin 1997 bis 2001, Berliner Abgeordnetenhaus, Drucksache Nr. 13/2062, Berlin 1997, S. 15.

²⁹ Im Umland von Berlin sind seit der Wende ca. 240.000 Wohneinheiten neu ausgewiesen worden. Die Bodenpreise im frei finanzierten Wohnungsbau für Einfamilienhausgrundstücke liegen im Umland zwischen 60 und 280 DM pro qm. (Tagesspiegel v. 19.4.1997).

Der Dienstleistungssektor der Stadt

Auf die grundlegend veränderten Rahmenbedingungen der Entwicklung des tertiären Sektors der Berliner Ökonomie durch die deutsche Wiedervereinigung 1990 habe ich bereits hingewiesen. Für Wachstumspotenziale sorgte in diesem Bereich insbesondere die Wiederherstellung der regionalen Versorgungsfunktionen für das Berliner Umland. Hier hatte Berlin den größten Nachholbedarf gegenüber anderen Großstädten. Die Aufhebung der wirtschaftlichen Abkoppelung Berlins von den strukturellen Entwicklungen in anderen urbanen Zentren führte dazu, dass der Dienstleistungssektor in Berlin seit 1990 kontinuierlich anwuchs. Im Zeitraum 1989 bis 1993 erhöhte sich der Anteil der Beschäftigten im tertiären Sektor der Stadt auf 69%.³⁰ Dieser Prozess vollzog sich ungeachtet der erheblichen Entlassungen im öffentlichen Dienst Ost- und Westberlins. In absoluten Zahlen erhöhte sich die Beschäftigung im Dienstleistungssektor von 516.000 Beschäftigten 1990 auf 604.000 Menschen 1993; ein Zuwachs von 17%. Im Bundesgebiet wurden dem gegenüber durchschnittlich 7,5% jährliches Wachstum im tertiären Sektors erreicht. Eindrucksvoll gestaltete sich auf den ersten Blick auch die Entwicklung in einzelnen Sparten des Dienstleistungssektors. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wuchs zwischen 1989 und 1992 im Berliner Großhandel um 29,4%, bei den Versicherungen um 39,1%, in der Sparte der Wirtschaftsberatung um 71,9%, bei den Ingenieurdienstleistungen um 70,9%, im Werbebereich um 29,5% und in der Filmbranche um 21,5%.³¹ Relativiert werden diese Zuwächse allerdings dadurch, dass das hohe Wachstum von einem außerordentlich niedrigen Niveau aus erfolgte. Dies zeigt ein Vergleich der Beschäftigungszahlen einzelner Dienstleistungszweige Berlins mit denjenigen westdeutscher Metropolen. Am deutlichsten wird der Abstand dort, wo München, Frankfurt und Hamburg ihre jeweiligen funktionalen ökonomischen Schwerpunkte haben: Je 1.000 EinwohnerInnen arbeiteten 1993 im Berliner Großhandel 66% weniger Beschäftigte als in Hamburg, bei Banken und Kreditinstituten arbeiteten in Frankfurt 137% mehr Beschäftigte als in Berlin, und in der Sparte der Ingenieurdienstleistungen wies München immerhin 25 Beschäftigte pro 1.000 EinwohnerInnen auf; in Berlin waren es nur 8 Erwerbstätige.³² Gleichgezogen mit den jeweiligen westdeutschen Niveaus war Berlin bis 1994 lediglich bei den konsumnahen Dienstleistungszweigen. Das Wachstum des Einzelhandels, von Gaststätten und Hotels, des Gesundheitsbereichs u.a. war strukturell besonders eng an die regionalen Versorgungsfunktionen Berlins für das Umland der Stadt gebunden. Hier kommt die Bevölkerungsdichte des Großraums Berlin voll zur Wirkung, auch wenn die Bevölkerungsentwicklung der Stadt weit hinter den Prognosen des Berliner Senats zurückblieb und nach 1995 sogar rückläufig war.

In den anderen Sparten des Dienstleistungssektors zeigte sich dem gegenüber, ungeachtet des hohen Wachstums in einzelnen Bereichen, dass Berlin auf Grund des außerordentlich großen Rückstandes gegenüber anderen Großstädten voraussichtlich frühestens im Jahr 2010 ein allgemeines Dienstleistungsniveau erreichen wird, das sich in Hamburg, München und Frankfurt bereits bis 1994 herausgebildet hatte.³³

Als gravierendstes Problem der Entwicklung des tertiären Sektors Berlins erweist sich, dass die Stadt unverändert ein schwer wiegendes Ausstattungsdefizit bei den überregionalen Dienstleistungsfunktionen hat. Nationale und internationale Unternehmen, Banken und Versicherungen sowie andere Dienstleistungsunternehmen verlegten seit 1990 ihre Zentralen nur in äußerst geringem Umfang nach Berlin. Zu den wenigen Neuen zählen die Europa-Zentrale des Sony Konzerns, das Finanzdienstleistungsunternehmen debis, die Deutschland-Zentrale von ABB sowie die Regionalzentrale Ostdeutschland der Allianz-Versicherung. Bei den produktionsorientierten Dienstleistungen konnte Berlin die Entwicklungsabteilungen einiger führender Bahnhersteller gewinnen, die in geringerem Umfang Dienstleistungsfunktionen mitbrachten; ansonsten ist dieser Sektor besonders stark durch den Niedergang der industriellen Basis der Stadt belastet. Im Bankbereich verfügt Berlin unverändert über den Hauptsitz eines einzigen größeren Instituts: die Landesbank Berlin. Lediglich 55 ausländische Banken hatten bis 1998 eine Filiale in Berlin etabliert.

³⁰ Alle Zahlen aus: Berger, in: Süß (Hg.), Hauptstadt Berlin, Bd. 3, a.a.O., S. 72.

³¹ Hubertus Moser: Auf dem Weg zu einer neuen Dienstleistungsmetropole, in: Süß (Hg.): Hauptstadt Berlin, Bd.2, a.a.O., S. 83.

³² ebd., S. 84.

³³ Geppert, a.a.O., S.18. Bei Banken und Versicherungen lag Berlin 1994, gemessen an Umsatz und Beschäftigung, um das Dreifache unter den Ausstattungsniveaus Münchens und Hamburgs. Zwar ergaben sich auch hier spektakuläre Wachstumswahlen, weil insbesondere Ostberlin mit Finanzdienstleistungen unterversorgt war; da dieser Bereich aber auch in anderen Städten boomte, verringerte sich der Abstand insgesamt nur unwesentlich.

Die Wertpapierbörse Berlins konnte ihren Umsatz nicht qualitativ erhöhen und blieb im internationalen Maßstab weitgehend irrelevant.³⁴ Empirisch zeigt sich vor diesem Hintergrund, dass sich die bestehende Arbeitsteilung zwischen den europäischen und deutschen Großstädten, ungeachtet der aufgehobenen Berliner Isolation und der ökonomischen Reintegration der Stadt in das urbane Netzwerk, als außerordentlich stabil erweist. Diejenigen übergeordneten Kontroll-, Management-, und Steuerungsfunktionen im Dienstleistungssektor, die von Hamburg, München und Frankfurt ausgeübt werden, verblieben, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, in diesen Städten. Für die Verlagerung von Steuerungsfunktionen aus anderen europäischen Metropolen oder Global Cities nach Berlin gibt es keinerlei Anzeichen. Dies bestätigt eine aktuelle empirische Untersuchung von Stefan Krätke und Renate Borst, in der die ökonomische Entwicklung Berlins mit anderen nationalen und europäischen Metropolen verglichen wird.³⁵ Krätke/Borst kommen gleichfalls zu dem Schluss, dass sich der strukturelle Abstand zwischen Berlin und anderen Metropolen nicht verringert, sondern eher vergrößert hat. Insbesondere der funktionale Aufbau der Berliner Ökonomie, der Mangel an strategischen Steuerungs- und Kontrollfunktionen sowie die negative Kontrollbilanz Berliner Unternehmen begründen demnach die schwierige wirtschaftliche Lage der Stadt. Krätke und Borst betonen zu Recht, dass es sich vor diesem Hintergrund nicht um eine „Übergangsperiode“ der ökonomischen Entwicklung Berlins und eine Phase der aufholenden Entwicklung handelt, sondern um eine dauerhafte und strukturelle ökonomischer Peripherisierung.

Die Hauptursache für diese problematische Situation liegt darin, dass die ökonomische Entwicklung Berlins auf Grund der geoökonomischen Lage der Stadt besonders eng mit dem wirtschaftlichen Entwicklungsprozess in den fünf neuen Bundesländern und den osteuropäischen Nachbarstaaten verbunden ist. Erst ein entsprechender Wirtschaftsaufschwung in diesen Regionen und Ländern würde eine massivere Konzentration von Steuerungs- und Dienstleistungsfunktionen in Berlin (oder einer anderen Stadt) als sinnvoll und notwendig erscheinen lassen.

Nach dem Zusammenbruch des realsozialistischen Wirtschaftssystems hatten sämtliche Volkswirtschaften der mittel- und osteuropäischen (MOE) Nationen gravierende Einbrüche ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu verzeichnen³⁶. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Russlands sank 1991 um 11%, 1992 um 19 % und 1994 um 15%. Polen hatte seit 1991 ebenfalls jährlich einen zweistelligen Rückgang des BIP zu verzeichnen. Erst 1995 stabilisierte sich die dortige wirtschaftliche Entwicklung. 1994 lag die ökonomische Leistungsfähigkeit Polens bei ca. 90% des Niveaus von 1989. Damit befindet sich Polen, zusammen mit der Tschechischen Republik, bereits an der Spitze der MOE-Länder. Das Lohnniveau beträgt hier aktuell 20% des deutschen Niveaus, die Produktivität liegt bei ca. 30%.

Die gravierenden ökonomischen Probleme der MOE-Länder spiegeln sich in der Außenhandelsbilanz Berlins. Der Anteil der MOE-Länder am Außenhandel Berlins lag 1994 zwar mit 12,8% relativ hoch (Bundesdurchschnitt: 8%), gemessen am Maßstab eines potenziellen Ost-West-Handelszentrums war dieser Anteil aber viel zu gering. Polen lag hier 1994 bei jährlich 2,6% (300 Mio. DM), die Tschechische Republik bei 1,5% (185 Mio. DM) und der gesamte Anteil der UdSSR-Nachfolgestaaten betrug nur 6,8%. Die aktuelle Außenhandelsbilanz Berlins bestätigt diese Probleme. Mit Polen belief sie sich 1999 per Saldo lediglich auf 329 Mio. DM. Hierzu trug insbesondere der Einbruch im Export-Bereich mit einem Minus zum Vorjahr in Höhe von 10% bei. Der Außenhandel mit Tschechien stagnierte. Der Anteil Russlands an der Außenhandelsbilanz Berlins verringerte sich auf 122 Mio. DM. Die fortgesetzte, tiefe Wirtschaftskrise Russlands bewirkte hier insbesondere einen Rückgang der Exporte Berlins gegenüber 1998 um 46,2%. Das Gesamtvolumen der Berliner Exporte an Waren und Dienstleistungen sank insgesamt um 2,3% auf lediglich 14 Mrd. DM.³⁷ Angesichts der Tatsache, dass sich diese makroökonomischen Rahmenbedingungen seit Mitte der 90er Jahre nicht qualitativ verändert haben, erweist sich das Ziel einer mittelfristigen Entwicklung Berlins zur europäischen Dienstleistungsmetropole als nicht realistisch.

Berliner Perspektiven

Ist mit der Schlussfolgerung, Berlin werde wohl bestenfalls, wie die Strukturkommission des Berliner Senats 1995 feststellte, zu einer „Hauptstadt mit großstädtischer Wirtschaftsstruktur“, alles

³⁴ Wolfgang Quast/Wolfgang Schröder: Der Finanzplatz Berlin, in: Moser (Hg.), a.a.O., S. 141.

³⁵ Stefan Krätke/Renate Borst: Berlin: Metropole zwischen Boom und Krise, Opladen 2000.

³⁶ Die folgenden Zahlen aus: Ute Kathmeyer/Gabriele Lange/Wolfgang Quast: Berlin als Brücke zwischen Ost- und Westeuropa, in: Süß (Hg.): Hauptstadt Berlin, Bd. 2, a.a.O., S. 120.

³⁷ Aktuelle Zahlen aus: Berliner Morgenpost vom 10.05.2000.

Wesentliche gesagt und genügt es der wirtschaftswissenschaftlichen Berlin-Forschung, dem periodisch wiederkehrenden Größenwahn a la „New Berlin“, „deutsches Silicon Valley“, „Kapitale des nächsten Jahrhunderts“ etc. beharrlich entgegenzutreten?

In diesem Kontext erweist sich die jahrzehntelange Isolation Berlins und die weit gehende Abschottung von urbanen Netzwerken als erkenntnisfördernder Vorteil, den hier vollziehen sich nun im Rahmen einer nachholenden Normalisierung der Berliner Entwicklung die grundlegenden Transformationsprozesse, die in anderen urbanen Zentren Jahrzehnte beanspruchten, besonders anschaulich und mit exemplarischer Intensität. Ich denke hierbei insbesondere an die Vehemenz, mit der sich in Berlin Deindustrialisierungsprozesse vollziehen, an die Dynamik und die Auswirkungen der Suburbanisierung, die Schwierigkeiten einer Reindustrialisierung auf neuem Niveau und vor allem an das, was sich aus dem inneren Aufbau und der Neustrukturierung des Berliner Dienstleistungssektors exemplarisch lernen lässt. Dies gilt m.E. vor allem für den strukturellen Zusammenhang zwischen Tertiärisierungsprozessen und zunehmender sozioökonomischer Polarisierung der Stadtbevölkerung. Auch wenn es nicht zur Global City oder kontinentalen Dienstleistungsmetropole reicht, vollzieht sich zurzeit in Berlin eine intensive Herausbildung subalternen Dienstleistungsnetzwerke wie etwa Sicherheitsdiensten, back-offices, Call-Centern und Putzkolonnen. Die Arbeitsbedingungen in diesen Bereichen des Dienstleistungssektors, der Grad an Deregulierung, der niedrige Ausbildungsstand der Beschäftigten und ihre geringen Verdienstmöglichkeiten und Aufstiegschancen verschärfen die soziale Spaltung der postfordistischen städtischen Gesellschaft und bilden die gern vernachlässigte Schattenseite der Tertiärisierungsprozesse, die von Manchen als Allheilmittel für die Beseitigung der postindustriellen Erwerbslosigkeit angesehen werden.

Bezogen auf die Frage, was mit Blick auf die Berliner Ökonomie zu tun ist, erscheinen mir drei Punkte unter den gegebenen Rahmenbedingungen besonders bedeutsam. Erstens ist ein aufgeklärter Realismus über die ökonomischen Entwicklungspotenziale der Stadt und die systematische Entmystifizierung des öffentlichen Berlin-Bildes sowie eine entsprechende Stadtentwicklungsplanung vonnöten. Zweitens ist eine nachhaltige Verwendung der äußerst bescheidenen finanziellen Ressourcen der Stadt, insbesondere der Verzicht auf die weitere öffentliche Subventionierung privater Großprojekte, erforderlich; statt dessen sollte der finanzielle Erhalt der wenigen Standortvorteile, die Berlin besitzt, bspw. die bereits schwer beschädigte Universitäts- und Forschungsstruktur, im Mittelpunkt stehen. Drittens schließlich müssten tragfähige wirtschaftspolitische Verbindungen mit den osteuropäischen Nachbarländern und eine regionale West-Ost-Wirtschaftsförderung, die diesen Namen tatsächlich verdient, aufgebaut werden.

Stadtidee Dienstleistungen

Zum Zusammenhang von Stadtentwicklungsdiskurs und Dienstleistungsentwicklung in Berlin seit 1990

Für die Entwicklung Berlins seit der Maueröffnung im November 1989 sind viele Begriffe geprägt worden: größte europäische Baustelle, Werkstatt der Einheit, Hauptstadt im Werden, Metropole im Wartestand, europäische Stadt des 21. Jahrhunderts. Zwischen Boomerwartung und Wachstumseuphorie auf der einen Seite, Warnung vor Peripherisierung sowie räumlicher und sozialer Spaltung andererseits schwanken die Prognosen für die Zukunft der Stadt.

Bekanntlich haben sich die WachstumsoptimistInnen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zunächst durchgesetzt, obwohl die Risiken der Wachstumsoption und auch alternative Strategievorschläge von Anfang an debattiert wurden. Noch im Frühjahr 1990 legte die Planungsgruppe Potsdam des Provisorischen Regionalausschusses Berlin – Brandenburg¹ mit dem „Stern-Modell“ ein behutsames Entwicklungsleitbild für die Stadtregion vor. Bauflächenzuwachs entlang der S-Bahn-Achsen und Freihalten großer Grünzüge, Schaffung eines Grüngürtels entlang der Stadtgrenze und ökologischer Stadtumbau - das waren die wesentlichen Planungsziele. Das Stern-Modell und auch der Provisorische Regionalausschuss waren mit dem Wechsel von Rot-Grün zur großen Koalition in Berlin Ende 1990 vom Tisch.

Ein Jahr später waren unter der ersten großen Koalition die Weichen für eine andere Entwicklung gestellt. Die Treuhand verkaufte seit 1990 im großen Stil Grundstücke in allen Stadtgebieten, besonders jedoch in der östlichen Innenstadt, im Paket. Ein verwaltungsinterner Koordinierungsausschuss, in dem außerdem Senats- und Bezirksvertreter saßen, verteilte blockweise Filetstücke aus diesem heiß begehrten Kuchen. Es wurden derart hohe Preise gefordert und gezahlt, dass es zu hoher Bebauungsdichte und hochwertigen Nutzungen im Prinzip keine Alternative gab. Der Ehrgeiz der Stadtplanung beschränkte sich auf Zuweisung von Standorten und Festlegung städtebaulicher Kriterien wie Blockrandbebauung, Traufhöhe, Staffelgeschosse, Fassadengestaltung. Die bereits damals erhobene Forderung nach kleinteiliger Bebauung auf der Grundlage der historischen Parzellenstruktur hatte sich angesichts der blockweisen Grundstücksverkäufe schnell erübrigt.

Ende 1991 legte der Senat ein erstes räumliches Strukturkonzept für Berlin vor. Hier wurden jene Grundzüge der Entwicklung vorgezeichnet, die dann im Flächennutzungsplan 1994 förmlich festgelegt worden sind: Verdichtung der Innenstadt, Entwicklung der Hauptstadtstandorte, Schaffung von Stadterweiterungsgebieten (vor allem im Nordosten der Stadt), Konzeption von Teilzentren entlang des S-Bahn-Ringes zur Entlastung der Innenstadt, Ausweisung großer Teilflächen als Entwicklungsgebiete. All diese Maßnahmen dienten der Umsetzung des favorisierten Wachstumsprogramms, das durch den Hauptstadtdeschluss vom Juni 1991 beflügelt wurde. Bis 1994 wurden alle wesentlichen städtebaulichen Wettbewerbe (Potsdamer/Leipziger Platz, Spreebogen, Spreeinsel, Alexanderplatz) abgeschlossen, die städtebaulichen Entwicklungsgebiete waren förmlich festgelegt. Das Hauptstadtkleid war im Modell fertig, Berlin brauchte nur noch hineinzuwachsen.

Mit den seit Ende 1996 betriebenen Planungen für die Innenstadtentwicklung soll Feinsteuerung, nicht Richtungswechsel betrieben werden. Der emotionalisierte Streit um die Zukunft bedeutender Orte und verschwundener Bauwerke des alten Berliner Zentrums bindet (fast) alle prognostischen Aktivitäten des Senates und der Stadtöffentlichkeit.

Zwischen-Ergebnisse der Wachstumspolitik können inzwischen überall besichtigt werden; strukturelle Veränderungen in der Stadt sind nachweisbar. Die Metropolisierung setzte zuerst im Westteil der Stadt ein, obwohl die Planungen vor allem den Osten im Blick hatten. Im Westen waren jedoch die Verhältnisse klar, Geldgeber und Bauträger nutzten schnell die neuen Chancen. Im Ostteil begann der Bauboom ab 1992. Die gebauten Zeugnisse der „nachholenden Modernisierung“ hinterlassen zwiespältige Eindrücke. Zahlreiche Brachflächen und Baulücken sind neu bebaut worden, Altbauten erstrahlen in teurem Glanz, der Verfall der Bausubstanz im Ostteil Berlins konnte an vielen Stellen gestoppt werden, die Stadterneuerung ist in Gang gekommen, Wohnumfeldverbesserung und Modernisierungsmaßnahmen sind in den Großsiedlungen

¹ Der „Provisorische Regionalausschuss Berlin-Brandenburg“ war ein von Senat (Berlin-West), Magistrat (Berlin-Ost), den Bezirksverwaltungen Potsdam, Frankfurt/Oder und der Landesregierung Brandenburg 1989 beauftragtes informelles Kooperationsgremium.

unübersehbar, das Einzelhandelsangebot ist enorm gewachsen. Die neuen Vorstädte füllen sich langsam mit neuen BewohnerInnen, große Industrieareale werden für neue Nutzungen vorbereitet.

Auch die andere Seite der gleichen Medaille ist offenkundig. Mit dem politisch forcierten Ausbau Berlins als Dienstleistungsmetropole und Regierungssitz vollzieht sich in kürzester Zeit eine radikale Neudefinition ganzer Stadtgebiete. Die Errungenschaften (West-)Berlins in Sachen Planungsdemokratie und alternative Konzepte wurden leichtfertig dem neuen Wachstumstaukel geopfert. Großprojekte und maximale Verdichtung statt behutsamer Stadterneuerung, elitäre Debattierclubs statt offener, nutzerorientierter Planung, Verkehrspolitik weitgehend als Automobilpolitik, Bauplanung ohne abgestimmte Verkehrsplanung, Sanierung ohne Milieuschutz, Cityentwicklung ohne wirksamen Denkmalschutz - so stellt sich die herrschende Politik zehn Jahre nach der Wende dar. Die unzureichende soziale Flankierung der Stadterneuerung führt zu einer sozialen und räumlichen Spaltung der Altbaugebiete. Die Abschreibungs-Architektur der neuen Bürobauten prägt weite Teile der Innenstadt und folgt in vielen Stadtteilen, vor allem in Mitte, dem ehemaligen Mauerverlauf. Dem Glanz der neuen Büropaläste wurden und werden (aus Investorensicht) weniger attraktive Altbauten ohne Skrupel geopfert, zugleich erlebt das historisierende Bauen eine neue Blüte. Die großen Einkaufszentren bedrohen die kleinteilige Handelsstruktur in den Stadtteilen. Der Exodus der Industrie hinterlässt eine Vielzahl wirtschaftlich überflüssiger StadtbewohnerInnen und Stadtgebiete. Berlin ist in Bewegung geraten: 1998 stehen ca. 40.000 Personen, die ins Umland ziehen, 450.000 Umzüge innerhalb der Stadt gegenüber.

Der Traum von der Dienstleistungsmetropole

Berlin war bis 1945 die größte Industriestadt Deutschlands. Der industrielle Aufstieg Deutschlands und seiner Hauptstadt ist die wesentliche Ursache der kurzen Blütezeit der europäischen Metropole Berlin zwischen 1860 und 1933. Die Zeit des Faschismus, die Niederlage Nazideutschlands im zweiten Weltkrieg und die weit gehende Zerstörung Berlins, die Teilung Deutschlands und Berlins nach 1945 bedeuteten für beide Stadthälften einen erheblichen Bedeutungsverlust in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Die marginalisierte Existenz wurde mit um so größerer Symbolik und überdurchschnittlichen staatlichen Zuwendungen kompensiert: hier Aushängeschild des Sozialismus und dort Schaufenster und Frontstadt des Westens.

Im Ostteil entwickelte sich die Hauptstadt der DDR, in der zahlreiche Institutionen der wirtschaftlichen und politischen Steuerung konzentriert wurden. Im Zuge der Abwicklung von DDR-Institutionen nach 1990 wurde mit gewisser Verwunderung konstatiert, dass die Staats- und Wirtschaftsbürokratie der DDR personell und strukturell bei weitem nicht so aufgebläht war, wie im Westen vermutet wurden. Die Privatisierung der Volkswirtschaft der DDR führte zu massenhaftem Verlust von Arbeitsplätzen in allen Wirtschaftsbereichen. Im Ostteil Berlins waren der Industriesektor, Forschung und Entwicklung sowie zentralstaatliche Verwaltungseinrichtungen am Stärksten betroffen. Während 1990 in Ostberlin noch insgesamt 762.000 Arbeitsplätze vorhanden waren, existieren Ende 1998 hier 466.400, also noch reichlich 60%.

Beschäftigungsentwicklung 1990-1998 (in Tausend Personen)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Berlin-Ost	762	628	533	520	503	495	476	455	466
Berlin-West	956	1.038	1.066	1.061	1.054	1.038	1009	985	954
Berlin	1.718	1.667	1.598	1.581	1.557	1.533	1.485	1.440	1421

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin

Der Westteil Berlins verlor nach 1945 wesentliche Eckpfeiler seiner wirtschaftlichen Bedeutung. Konzernzentralen wanderten bis auf wenige Ausnahmen ab², die industrielle Produktion beschränkte sich mehr und mehr auf subventionierte Zulieferfunktionen, auf „verlängerte Werkbänke“. Der öffentliche Dienst wurde im Sinne einer politisch forcierten Beschäftigungsinitiative personell erheblich ausgebaut. Nach 1990 erlebte der Westteil Berlins einen kurzen Aufschwung in der Erwerbstätigkeit, infolge der bundesdeutschen Extra-Konjunktur, die durch die Einverleibung des Binnenmarktes DDR verursacht

² Gegenwärtig haben von den 200 führenden Unternehmen Deutschlands lediglich 7 ihren Hauptsitz in Berlin. Vgl. DGB (Kreis Berlin): Berlin – Metropole im Wandel? Für eine sozial-ökologische Stadtpolitik, 1999.

worden war. Seit 1992 schlägt der Strukturwandel als Anpassungskrise auch hier voll durch, die Beschäftigtenzahlen gehen kontinuierlich zurück und haben 1998 wieder das Niveau von 1990 erreicht. Insgesamt ist in Berlin seit 1990 mit fast 300.000 knapp ein Fünftel aller Arbeitsplätze verloren gegangen. Einzig im Dienstleistungssektor sind die Beschäftigtenzahlen gestiegen, allerdings nicht in dem Umfang, um die riesigen Verluste in den anderen Wirtschaftsbereichen auch nur annähernd zu kompensieren (von 1991 bis 1998 von 375.000 auf 464.000 Personen). Auch muss vor großem Optimismus gewarnt werden, weil ein Großteil der hier neu entstandenen Arbeitsplätze von geringer Qualifikation und niedrigen Einkommen gekennzeichnet ist.

Suche nach neuen Leitbildern

Unmittelbar nach der Maueröffnung im November 1989 begann die Suche nach neuen Zukunftskonzepten für die Stadt. Allen war sofort klar, dass Berlin neue Leitbilder brauchen und vor großen Veränderungen stehen würde. Wulf Eichstädt hat die Motivation der herrschenden Stadtpolitik für ihre Richtungsentscheidung und die darin liegenden Risiken so beschrieben:

„Die Berliner Stadtpolitik weiß, dass die komplizierten Anpassungsprozesse, die Stadt und Gesellschaft durchmachen müssen, im Kern ökonomischer Natur sind und nur mit Hilfe von unternehmerischem Engagement von Innen und Außen gelöst werden können. Als globales Konzept versucht sie darum, Berlin zu einer internationalen Dienstleistungsmetropole auszubauen, um damit die Substanzverluste im industriellen und öffentlichen Sektor des östlichen Teils der Stadt aufzufangen. (...) Das staatspolitische Konzept, Ausbau der Dienstleistungsmetropole Berlin mit internationalen Großinvestoren, ist bisher einseitig auf äußere Beiträge hin ausgerichtet und darum voller Risiken. (...) Eine nur auf äußere Beiträge und Großprojekte setzende Stadtpolitik kann nicht ausschließen, dass durch falsche Ressourcenbindung und chaotische Systemreaktionen den vorhandenen destabilisierenden Prozessen nicht ausreichend Einhalt geboten wird, dass vielmehr die bereits heute sichtbaren Strukturprobleme weiter bestehen bleiben...“³

Diese Worte aus dem Jahre 1991 sind auch heute von ungebrochener Aktualität, mit Ausnahme einer schon damals getroffenen Fehleinschätzung: Es ging und geht nicht nur um den Ausgleich von Substanzverlusten im Ostteil Berlins. In der Stadt insgesamt hatte sich seit 1945 eine Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur herausgebildet, die den Umbrüchen seit 1990 nicht Stand halten konnte.

In der Anfang der 90er Jahre vorherrschenden, durch nichts zu bremsenden Euphorie galt die Metropolisierung Berlins als alternativlos. Die Mehrheit in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft war überzeugt, damit auch die Folgen des wirtschaftlichen Strukturwandels auffangen zu können. Deshalb hat der Berliner Senat keine ernsthaften Versuche unternommen, auf die Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt korrigierenden Einfluss auszuüben. Ob der Verlust der im DDR-Vergleich hoch entwickelten und mit umfangreichen Forschungs- und Entwicklungspotenzialen ausgestatteten Industrielandschaft Ostberlins durch anderes stadtpolitisches Handeln zu verhindern gewesen wäre, muss dahin gestellt bleiben. Es ist aber zu konstatieren, dass die einseitige Ausrichtung der Stadtpolitik auf das Metropolenkonzept bis heute eine ernsthafte Debatte mit Konsequenzen für politische Entscheidungen über alternative Entwicklungspfade unmöglich gemacht hat.

Der Verlust der industriellen Basis ist bis heute das zentrale wirtschaftsstrukturelle Problem Berlins. Angesichts der Tatsache, dass der überregionale Bedeutungszuwachs Berlins nicht in dem erwarteten Ausmaß erfolgt, ist eine forcierte Dienstleistungsentwicklung nur auf der Basis einer hochwertigen und wissensbasierten Industrie möglich. Deutsche Großstadregionen und Dienstleistungszentren wie Hamburg, München, Frankfurt/Main, Stuttgart und Köln verfügen über einen weitaus höheren Industriebeschäftigtenanteil als Berlin. Und der Rückstand zu den anderen wichtigen tertiären Wirtschaftszentren Deutschlands und Europas verringert sich nicht, denn auch dort ist die Zeit nicht stehen geblieben, was aus Berliner Perspektive gern übersehen wird.

Natürlich gab und gibt es seitens des Senates, namentlich der Wirtschaftsverwaltung, Aktivitäten für Ansiedlungen und Bestandspflege im Industriesektor. Jährlich werden dreistellige Millionenbeträge aus Landes-, Bundes- und EU-Mitteln für Wirtschaftsförderung eingesetzt. Erinnert sei auch an das Gewerbeflächensicherungskonzept von 1993, mit dem 21 großflächige Gewerbebereiche außerhalb der Innenstadt Industrienutzungen vorbehalten und Bodenwertsteigerung sowie Umnutzungsdruck entzogen werden sollten. Auch die Ergebnisse der strukturpolitischen Expertenkommission beim Wirtschaftssenator von 1992 sind in diesem Zusammenhang zu nennen. Bereits 1992 kam dieses Gremium zu dem Ergebnis,

³ Wulf Eichstädt: Die Metropolisierung Großberlins. Konfliktlinien der Stadtentwicklung im zusammenwachsenden Berlin; in: Hans G. Helms (Hg.): Die Stadt als Gabentisch, Leipzig 1992.

dass das Leitbild für Berlin als europäische Dienstleistungsmetropole zugunsten einer „bescheideneren“ Vision von einer „Hauptstadt mit großstädtischer Wirtschaftsstruktur“ korrigiert werden sollte.⁴ Allerdings haben die hier gegebenen Empfehlungen kaum Niederschlag in der Politik gefunden.

Im Zuge der baulichen Entwicklungsplanung sind großflächige Gewerbeareale einem Veränderungsdruck unterworfen worden (Entwicklungsgebiete Wasserstadt Spandauer See, Rummelsburger Bucht/Stralauer Halbinsel, Alter Schlachthof), in dessen Folge (noch) ansässige Industrie verdrängt worden ist. Das Gewerbeflächensicherungskonzept wird durch abweichende Einzelentscheidungen mehr und mehr aufgeweicht, angesichts ausbleibender Ansiedlungserfolge mittlerweile in Frage gestellt.

Die unstrittige Bedeutung der Hauptstadtfunktion für einen Zuwachs an Zentralität für Berlin reicht nicht aus, um bedeutende Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung zu geben. Allein der Zuzug von Regierungsbediensteten (von den 11.400 in Berlin angesiedelten Arbeitsplätzen von Bundesregierung, Bundestag, Bundesrat und Bundespräsidialamt werden etwa 7.500 von Zuziehenden besetzt; zugleich werden aber auch 4350 Arbeitsplätze von Berlin nach Bonn verlagert, woraus etwa 1900 Fortzüge resultieren), Botschaftspersonal (in Bonn gab es 150 ausländische Missionen mit insgesamt 17.000 registrierten Personen) und MitarbeiterInnen von 800 Interessen- und Fachverbänden⁵ schafft nicht die notwendige kritische Masse für eine deutliche Ausweitung des Dienstleistungssektors in Berlin.

Im günstigen Fall ist mit einem Arbeitsplatzzuwachs infolge des Hauptstadtzuges in einer Größenordnung von 20.000 bis 30.000 Beschäftigten zu rechnen. Zum Vergleich: 1998 wurden im Berliner Dienstleistungssektor 464.000 Beschäftigte gezählt, etwa 20.000 Personen mehr als im Vorjahr und 90.000 mehr als 1991. Interessant an dieser Entwicklung ist die Tatsache, dass rund zwei Drittel des Beschäftigungszuwachses im Dienstleistungssektor *bis* 1995 erfolgte; danach schwächte sich die Dynamik bis 1997 deutlich ab. In diesem Zeitraum hatte sich das Wirtschaftswachstum Berlins deutlich verlangsamt, weil die Wachstumsraten im Ostteil Berlins drastisch zurückgegangen waren. 1998 gab es erstmals seit 1991 in der gesamten Stadt einen Rückgang des Bruttoinlandproduktes; das Land Berlin war damit in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung das Schlusslicht der sechzehn Bundesländer.

Ungeachtet der schlechten Wirtschaftsdaten, die ein deutlicher Beleg dafür sind, dass dem Leitbild der europäischen Dienstleistungsmetropole die realistische Grundlage fehlt, hält der Senat an seiner Strategie unverändert fest. Notwendig ist aber eine Neuorientierung der Stadtpolitik, bei der die drei Felder der Dienstleistungsentwicklung – Industrie (produktionsorientierte Dienstleistungen), öffentlicher Sektor (soziale und technische Infrastruktur) und sonstige Privatwirtschaft (verbrauchsorientierte Dienstleistungen) – politisch gleichrangig behandelt werden. Die ausschließliche Orientierung auf Elitenförderung und externe Impulse hat Berlin bei der Bewältigung der Strukturkrise nicht geholfen, im Gegenteil. Die Lasten für den öffentlichen Haushalt und die BewohnerInnen der Stadt sowie die Verschlechterung der Lebensqualität haben ein Maß erreicht, das ein politisches Umsteuern dringend erforderlich macht.

Stadtentwicklungspolitik = Baupolitik

Die Stadtentwicklungspolitik ist seit Beginn der Großen Koalition „Dienstleister“ bei der Verwirklichung des Metropolenkonzeptes. Während das „Sternmodell“ von 1990 noch die steuernde, bändigende und auf Ressourcenschutz ausgerichtete Funktion der räumlichen Planung in den Vordergrund stellte, hat sich die Stadtplanung bis heute der Angebotserweiterung verschrieben. Der nachfolgend dokumentierte Auszug aus den Grundsätzen der Flächennutzungsplanung von 1992 belegt das:

„Das Planungskonzept muss von der vielgestaltigen Gliederung des vorhandenen Stadtgrundrisses ausgehen. Die charakteristischen Züge und Qualitäten der Stadt und ihrer unterschiedlichen Teilbereiche sollen bei allen zu erwartenden Veränderungen erhalten und weiter entwickelt werden. (...) Abriss oder Rückbau kommen lediglich in Einzelfällen in Frage. Die Stadterneuerung als Stadtentwicklung im Bestand darf gerade angesichts der dynamischen Wachstumserwartungen für Berlin nicht in den Hintergrund treten. (...) Als wieder geeinte Stadt, deutsche Hauptstadt, Regierungssitz und europäische Metropole hat Berlin neue Aufgaben zu erfüllen. Diese bieten die Chance, bisher untergenutzte oder brach gefallene Flächen und Stadtbereiche aufzuwerten und zur Verbesserung der Lebensqualität und der Leistungsfähigkeit der Stadt zu nutzen. Darin besteht zugleich die Chance für eine Wiederherstellung funktionsfähiger, urbaner städtischer Strukturen und für einen zukunftsweisenden Städtebau. (...) Berlin kann an seine Tradition als Industriestadt und Dienstleistungszentrum anknüpfen, wobei sich das Gewicht zugunsten des Dienstleistungssektors verschieben wird. Die Stärkung der Wirtschaftskraft ist durch ausreichende Flächenvorsorge zu unterstützen. (...) Vorhandene großräumige Ungleichgewichte in der Zuordnung von Wohnen und Arbeiten sind durch

⁴ Empfehlungen der strukturpolitischen Expertenkommission Berlin: Auf dem Weg zur Wirtschaftsmetropole Berlin, Oktober 1992.

⁵ alle Zahlenangaben aus: Bericht des Beauftragten der Bundesregierung vom 1. September 1999: Bilanz der Maßnahmen zum Umzug der Bundesregierung nach Berlin und der Ausgleichsleistungen für die Region Bonn.

Ausweisung zusätzlicher gewerblicher Flächen zu verringern. (...) Für private und öffentliche Dienstleistungen sind in ausreichendem Umfang geeignete Flächen auszuweisen. Neue Schwerpunkte für Büronutzungen, insbesondere am S-Bahnring und seinen Knotenpunkten, aber auch im Außenraum der Stadt, sollen die Innenstadt entlasten und die polyzentrale Struktur Berlins stärken.“⁶

Natürlich ist zu berücksichtigen, dass die Steuerungskräfte der Flächennutzungsplanung nicht umfassend sind und sich lediglich auf die räumliche Verteilung sowie Art und Intensität von Nutzungen sowie Erschließungs- und Versorgungssystemen erstrecken. Deutlich wird in diesen Grundsatzaussagen jedoch die bestimmende Philosophie der Stadtplanung, die sich seitdem inhaltlich nicht verändert hat: Die wirtschaftliche und strukturelle Stärkung Berlins ist ein Selbstläufer und eine Frage der Zeit; die Stadtplanung stellt die Entwicklungsräume für den unvermeidlichen Wachstumsprozess bereit. Ein Primat der Stadterneuerung und Innenentwicklung vor Stadtumbau und Stadterweiterung ist ausdrücklich nicht definiert worden.

Und ein zweites Phänomen wird an diesen Planungsthesen deutlich. Verbal wird der Anspruch aufrecht erhalten, die Potenziale der Stadt zu stärken, Historisches zu Bewahren, den Vorrang der Stadterneuerung beizubehalten, der in Westberlin in den 80er Jahren in harten politischen Auseinandersetzungen erstritten worden ist. Im gleichen Atemzug werden dem entgegen stehende Ziele aufgestellt, die im künftigen Entwicklungsprozess deutlich dominieren. Das Bekenntnis zum Stadtumbau, und zwar strukturell und nicht nur städtebaulich, bestimmt das Handeln von Politik und Planung. In der Konsequenz wird die Entwicklung Berlins zu einer dreifach - ökonomisch, sozial und kulturell - geteilten Stadt vorangetrieben.

Auch die Beschränkung auf Flächenvorsorge im Bereich der wirtschaftsräumlichen Planung zeigt die Grenzen des ersten Gesamtberliner Flächennutzungsplanes (FNP). Eine fundierte Analyse der wirtschaftsstrukturellen Grundlagen hätte bereits damals offen gelegt, dass eine solche Planungsstrategie völlig unzureichend ist. Das Fehlen einer sektoralen Stadtentwicklungsplanung erwies sich insbesondere im Bereich Gewerbe und Wirtschaft als großer Nachteil. Den wenigen (sämtlich nach Verabschiedung des FNP vorgelegten) vorhandenen Stadtentwicklungsplänen mangelt es zudem an finanzieller Untersetzung und Verbindlichkeit.

Im Zuge der Aufstellung des Flächennutzungsplanes 1993/1994 hat die seit 1990 praktizierte Form der „neuen“ Öffentlichkeit die bislang praktizierten Beteiligungsverfahren abgelöst. Michael Stein beschreibt die Veränderungen im Konzept der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz so:

„Ein permanentes Stadtforum wird den schon auf Eis gelegten Flächennutzungsplan ganz neu, ganz demokratisch, ganz wunderbar dynamisch auf ein ganz neues Leitbild Stadt hin durchstylen und dem Bürger endlich all jene Erlebnisräume bescheren, die ihm so lange gefehlt haben. Noch vor Jahresfrist haben wir den Verlust demokratischer Erörterungskultur beklagt und die Strategien einer vorgezogenen Planverfestigung bei den citybezogenen Innenentwicklungskonzepten moniert. Die neue Parole heißt heute konsequenterweise: nicht ausblenden und vertuschen, sondern aufblenden und täuschen.“⁷

Die frühzeitige und vielfältige Kritik an der herrschenden Planungskultur hatte so gut wie keine Auswirkungen auf das politische Handeln der großen Koalition. Die Verabschiedung des FNPs im Sommer 1994 und die nunmehr auch formelle Festlegung der Stadtpolitik auf die Wachstumslogik beendete die fast 20-jährige Phase des „demokratischen Aufbruchs“ in der Stadtplanung. Die Vielfalt und auch die Durchsetzungskraft von Bürgerinitiativen sind seitdem stark zurückgegangen. Kritische Stimmen in Wissenschaft und Medien sind seltener geworden und werden kaum zur Kenntnis genommen. Gestützt auf den politisch legitimierten FNP lässt sich in Berlin fast jedes Bauprojekt ohne lästige demokratische Diskussion und Verzögerung realisieren. Die Verwirklichung des Stadtumbaus ist von der politischen auf die Verwaltungsebene übergegangen.

Dabei hat der Stadtentwicklungsdiskurs seit 1996 eine Änderung erfahren. Mit der Übernahme des Ressorts durch den selbsternannten Zukunftssenator Peter Strieder (SPD) sollte die gesellschaftliche Dimension der strategischen Stadtplanung stärker herausgehoben werden. Die Ergänzung um den Bereich Technologiepolitik sollte dazu dienen, die Zukunftsfähigkeit Berlins stärker mittels lokaler Wissenschafts- und Forschungspotenziale zu fördern. Das Stadtforum wurde vom Debattierklub der Planer zur gesellschaftspolitischen Weiterbildungsveranstaltung für die Stadtöffentlichkeit umfunktioniert. Allerdings wurde schnell klar, dass der gesellschaftspolitische Anspruch nicht eingelöst werden konnte. Strieder wurde zum „Überbau“-Senator mit Deutungsmacht und symbolischer Politik, die Infrastruktur- und Baupolitik der Stadt wurde auf der Realisierungsebene vom CDU-Bausenator Klemann unverändert fortgesetzt.

⁶ Senat von Berlin: Flächennutzungsplanung, erstmals veröffentlicht Dezember 1992.

⁷ In: Jahrbuch Stadterneuerung 1990/91 (Hg. TU Berlin, Institut für Stadt und Regionalplanung), 1992.

Sicher auch als Reaktion auf die weit gehende Ohnmacht wurde der Stadtentwicklungsdiskurs in eine neue Richtung gelenkt. Eine geänderte Gesellschaftsphilosophie sollte vermittelt werden. Die gewachsene Verantwortung des Einzelnen, die Orientierung auf die Leistungsträger der Gesellschaft auch in der Stadtplanung als Adressaten und Akteure, die daraus abgeleitete Notwendigkeit zum Umbau der östlichen Innenstadt rückten in den Mittelpunkt. Seit Ende 1996 war das so genannte „Planwerk Innenstadt“ das alles dominierende Projekt der Stadtplanung. Wegen der offenkundig ausbleibenden Erfolge der Metropolisierung sollten neue Impulse und Anreize durch die Orientierung auf den Umbau der Zentrumsareale aus der Nachkriegszeit geschaffen werden. Wieder wurde ein enormes Bauvolumen offeriert, um neue Wachstumskräfte zu mobilisieren.

Diese Mischung aus Fortsetzung der alten Strategie auf neuen Feldern und Verknüpfung mit städtebaulichem Revanchismus, der intellektuell als Kritik der Moderne aufbereitet worden ist, hat zu scharfen kritischen Reaktionen geführt. Die kritische Stadtöffentlichkeit überwand ihre Lethargie. In den betroffenen Stadtteilen formierten sich neue Bewohnergremien, um den Planungszielen besser entgegenzutreten zu können. Auf bezirklicher Ebene, vor allem in Mitte, entfaltete sich ein umfassender öffentlicher Dialog über die weitere städtebauliche Entwicklung.⁸ Nach zweieinhalbjähriger Diskussion ist das Planwerk Innenstadt im Mai 1999 in stark veränderter Form und mit erheblich reduzierten Baupotenzialen dennoch politisch beschlossen worden. Ob und wie viele Planungsziele tatsächlich realisiert werden, wird in erster Linie von den wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen abhängen, aber auch davon, ob der Widerstand der BewohnerInnen und der parlamentarischen Opposition anhält.

Seit Ende 1997 wird der Stadtentwicklungsdiskurs von einem weiteren Themenfeld bestimmt, ohne dass jedoch die grundsätzliche Leitbildorientierung durch die Koalition korrigiert worden wäre. Der im Zwei-Jahresrhythmus aufgestellte Sozialstrukturatlas hat die zunehmende soziale Spaltung und die Herausbildung eines „Armutsgürtels“ rings um die neue Mitte in unmissverständlichen Daten nachgewiesen. Daraufhin veranlasste der Senat vertiefende Untersuchungen. Im März 1998 wurde das Gutachten „Sozial orientierte Stadtentwicklung“ veröffentlicht, in dem die Aussagen des Sozialstrukturatlas bestätigt und lokal differenziert worden sind. Zahlreiche Maßnahmenvorschläge für eine soziale Ausrichtung der Stadtpolitik sind in diesem Gutachten gemacht worden, von denen der Senat aber nur einen geringen Teil in seine Politik aufgenommen hat. Mit der Einführung eines „Quartiermanagements“ in 15 benachteiligten Stadtgebieten und mit wohnungspolitischen Maßnahmen im Sozialwohnungsbestand West und in den Großsiedlungen Ost (Wegfall bzw. Senkung von Fehlbelegungsabgabe und Belegungsbindungen, Mietestopp, verstärkte Förderung von Wohnumfeldmaßnahmen) hat der Senat nach eigenem Bekunden die notwendigen Schritte zu einer sozialen Stadtentwicklung eingeleitet. Beabsichtigt ist die bevorzugte Verwendung von Fördergeldern des Bundes und der EU in den ausgewählten Stadtgebieten. Nach Auffassung des Senats müssen diese Maßnahmen ergänzend als „Kiezpolitik“ verstanden werden; an den übergeordneten Zielen der Stadtentwicklung werden keine Abstriche gemacht.

Darin liegt auch die entscheidende Schwäche der Senatspolitik. Die Grundzüge des eigenen Handelns werden trotz der finanziellen Auszehrung der Bezirke, der schlechten wirtschaftlichen Situation und der zunehmenden sozialen Probleme in der Stadt nicht in Frage gestellt. Das kurze Aufbegehren der schwachen SPD nach verlorener Wahl ist in kurzer Zeit einem stoischen „Weiter so“ gewichen. Die Chance, mit der Übernahme des Stadtentwicklungsressorts tatsächlich neue Leitlinien der Stadtpolitik zu formulieren, zur Diskussion zu stellen und in die Politik aufzunehmen, ist nicht genutzt worden.

In der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses vor der Wahl am 10. Oktober 1999 hat die Koalition aus CDU und SPD den Bebauungsplan für den Alexanderplatz beschlossen und damit grünes Licht für einen weit gehenden Abriss der vorhandenen Bebauung und die Errichtung von zehn Hochhaustürmen gegeben. Dieser Beschluss unterstreicht nochmals, dass die herrschende Politik weder bereit noch in der Lage ist, die Illusion aufzugeben, dass eine positive Zukunft für Berlin nur durch extremen Bauflächenzuwachs und städtebauliche Aufwertung zu erreichen sei.

Mögliche Alternativen

Die Politik des Senates in den vergangenen zehn Jahren lässt sich zusammengefasst als Angebotspolitik für externe Kapitalströme und Eliten charakterisieren. Daneben wurden öffentliche Mittel in großem Umfang in die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung von Infrastruktur und Bausubstanz investiert, ohne jedoch damit die endogenen Potenziale der Stadt zielgerichtet zu stärken. Strategievorschläge, die insbesondere die

⁸ In einem zweijährigen Diskussionsprozess, in dem 8 Stadtteilkonferenzen veranstaltet und viele der von den BürgerInnen und Stadtteilgremien gegebenen Anregungen in die Planung aufgenommen worden sind, ist die Bereichsentwicklungsplanung (BEP) des Bezirkes Mitte fertiggestellt worden. Im Oktober 1999 hat die Bezirksverordnetenversammlung die BEP beschlossen.

lokalen und regionalen Bedingungen und Gegebenheiten in den Mittelpunkt rückten⁹, sind vom Senat verworfen worden.

Im Zuge der verstärkten internationalen Diskussion um die Nachhaltigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung (1. UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992, Klimagipfel in Berlin 1997) wuchs auch in Berlin die Notwendigkeit einer ernsthaften Debatte über alternative Entwicklungspfade. Die starke Präsenz und die konzeptionellen Vorleistungen umwelt- und entwicklungspolitischer Initiativen und Gremien in Berlin leisten hierzu einen wichtigen Beitrag. 1998 hat das Abgeordnetenhaus von Berlin die Enquetekommission „Zukunftsfähiges Berlin“ eingerichtet, die im Sommer 1999 ihren ersten Bericht vorlegte. Die eineinhalbjährige Tätigkeit der Enquetekommission fand allerdings nicht die erforderliche öffentliche Aufmerksamkeit. Die Ergebnisse und Empfehlungen ihres Berichts werden in der Politik nur Niederschlag finden, wenn dafür ausreichend großer gesellschaftlicher Druck entsteht.

Neben dem vorliegenden Bericht der Enquetekommission entsteht gegenwärtig im Auftrag der Europäischen Kommission mit der „BerlinStudie“ ein weitere Untersuchung, die sich der künftigen Entwicklung der Stadtregion Berlin widmet.¹⁰ Die EU-Kommission beabsichtigt, die Ergebnisse für die Begutachtung von Förderanträgen in der neuen Periode 2000 bis 2006 zu Grunde zu legen. Für die Konzipierung der künftigen Stadtpolitik ist es daher sinnvoll, die Ergebnisse dieser beiden Berichte heranzuziehen. Grundlage der Politikbestimmung müssen die vorhandenen Potenziale der Stadt sein. Diese sollen im Folgenden kurz skizziert werden.

a) Wissenschaft und Forschung: Berlin verfügt über eine Vielzahl von Universitäten, Hoch- und Fachschulen sowie Forschungseinrichtungen. Die Sicherung und der Ausbau der hochwertigen Wissenschafts- und Forschungslandschaft sind auch Voraussetzung für die Herausbildung einer wissensbasierten Industrie. Anstatt der bisher vorherrschenden Millionen schweren Investitionen in Beton bei gleichzeitiger finanzieller Auszehrung der Universitäten und Hochschulen müssen die Existenzbedingungen der Berliner Wissenschaftseinrichtungen dauerhaft gesichert und die Vernetzung mit Technologieentwicklung und Produktion verbessert werden.

b) Jugend: Der hohe Anteil junger BewohnerInnen hängt mit dem Ausbildungsangebot direkt zusammen. Die Attraktivität Berlins für junge Leute muss sich aber auch in den Bereichen Beschäftigungsentwicklung, Existenzgründung und Lebensqualität niederschlagen.

c) Umwelt: Ein Drittel des Berliner Stadtgebietes sind Grünflächen, Parks, Wälder, Seen, Flüsse und Kanäle. Die Stadt und auch ihr Umland bieten hervorragende natürliche Voraussetzungen für eine hohe Lebensqualität. Die weitere städtebauliche Entwicklung muss darauf ausgerichtet sein, diese Qualität nicht zu zerstören. Aber auch in einem anderen Sinn ist Berlin eine grüne Metropole: Das Geflecht von Umweltforschung, -wirtschaft und –politik ist stark ausgeprägt, das städtische Milieu für dessen weitere Entwicklung außerordentlich gut.

d) Nahverkehrsangebot und Verkehrstechnik: Berlin verfügt über ein immer noch sehr gutes öffentliches Verkehrsangebot. Dessen Weiterentwicklung und Modernisierung, vor allem die Sicherung der sozial verträglichen Benutzbarkeit für alle BewohnerInnen, sind wesentliche Handlungsfelder städtischer Infrastruktur- und Wirtschaftspolitik. Unter Nutzung der in Stadt und Region vorhandenen Potenziale der Verkehrstechnik und –forschung könnte Berlin zu einer Modellstadt des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ausgebaut werden. Auf diesem Feld besteht tatsächlich das Potenzial zu einer weltweiten Spitzenstellung.

e) Kulturelles und mediales Zentrum: Die Stellung Berlins als europäische Kulturstadt ist unbestritten. Dieser Ruf resultiert auch aus der Vielzahl von Freiräumen und Experimentiermöglichkeiten für junge KünstlerInnen. Die Balance zwischen Hochkultur, Stadtkultur und Off-Kultur zu finden und zu wahren, ist ein zentrales stadtpolitisches Thema. Die Medienwirtschaft hat in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Sie ist auf dem Wege, für Berlin auch unter dem Aspekt Arbeitsplätze ein wichtiger Wirtschaftszweig zu werden.

f) Einwanderung: Über 400.000 Menschen, 14% der BerlinerInnen, sind nichtdeutscher Herkunft (ohne AussiedlerInnen und Einbürgerungen). Diese Internationalität ist für den Charakter der Stadt von wachsender Bedeutung. Dem gegenüber sind die internationalen Erfahrungen und Kontakte/Netzwerke von EinwandererInnen bisher oft vernachlässigt worden. In ihrer verstärkten Nutzung liegen wesentliche Potenziale für die zukünftige Entwicklung.

⁹ vgl. Sternmodell des Provisorischen Regionalausschusses 1990 und Empfehlungen der Strukturpolitischen Expertenkommission beim Wirtschaftssenator 1992.

¹⁰ vgl. den Artikel von Klaus Brake.

g) Bundeshauptstadt: Trotz der eher geringen Beschäftigungsimpulse aus dem Hauptstadtumzug ist die neue Rolle für Berlin eine Chance. Die größere nationale und internationale Aufmerksamkeit verlangt auch eine Professionalisierung der Stadtpolitik und eine deutlichere Profilierung gegenüber der Bundespolitik. Dies ist auch notwendig, um den tatsächlichen und vermeintlichen Zwängen der Repräsentanz und der Globalisierung zu begegnen. Aus dem Hauptstadtumzug und dem gewachsenen internationalen Gewicht Berlins resultieren auch neue Chancen für die Stadt in der europäischen Integration. Nachdem dieses Feld bisher vernachlässigt worden ist und im internationalen Vergleich eher Städte wie Wien, Prag, Budapest und Warschau Zentren des innereuropäischen Austausches sind, kann und muss Berlin hier größere Aktivitäten entfalten.

h) Sozialpolitik: Berlin ist die größte deutsche Stadt, mit einer sehr differenzierten inneren sozialen Struktur. Die soziale Spaltung der Stadt ist bei weitem nicht so weit fortgeschritten wie in anderen europäischen und deutschen Großstädten. In der sozialen Mischung und in einer Politik der sozialen Stabilisierung liegen große Möglichkeiten für die Ausprägung einer hohen Lebensqualität. Denn in erster Linie ist und bleibt die Stadt Lebensort für dreieinhalb Millionen Menschen.

Wenn diese real vorhandenen Qualitäten und Potenziale in den Mittelpunkt der Stadtpolitik gerückt werden, bestehen auch Chancen für eine soziale und wirtschaftliche Stabilisierung.

Stadtentwicklungspolitische Handlungserfordernisse

Die wirtschaftliche Entwicklung Berlins ist ausgesprochen problematisch. Seit Jahren ist das Land Schlusslicht bei der Wirtschaftsentwicklung in Deutschland. Die Zahl der Erwerbstätigen hat sich seit 1990 um fast 300.000 Personen verringert. Im verarbeitenden Gewerbe sind noch 115.000 Beschäftigte tätig, 1991 waren es mit 273.000 Personen mehr als doppelt so viele. Leichte Beschäftigungszuwächse im Dienstleistungssektor und im Handwerk können den Rückgang in allen anderen Wirtschaftsbereichen bei Weitem nicht kompensieren. Deshalb sind 1998 270.000 BerlinerInnen arbeitslos; das sind doppelt so viele wie noch 1991. Etwa 275.000 BerlinerInnen beziehen Sozialhilfe; ihre Anzahl hat sich seit 1991 sogar mehr als verdreifacht.

Die Stadt hat heute außerdem 20.000 EinwohnerInnen weniger als 1989. Hinter der scheinbaren Stagnation verbirgt sich eine Wellenbewegung. Gegenüber dem Höchstwert 1994 ist die Einwohnerzahl um 80.000 zurückgegangen. 1998 haben 40.000 BerlinerInnen die Stadt in Richtung Umland verlassen, und dieser Trend setzt sich ungebrochen fort.

Berlin ist heute mit knapp 5 Mrd. DM das mit Abstand größte Nehmerland im Länderfinanzausgleich. Vom Landeshaushalt mit einem Umfang von reichlich 40 Mrd. DM sind nur 40% durch Steuereinnahmen gedeckt. Die Steuereinnahmen werden zu 90% für die Finanzierung des öffentlichen Dienstes aufgewendet. Der Schuldenstand des Landes hat 65 Mrd. DM erreicht. Jährlich werden 3,8 Mrd. DM Zinszahlung fällig, das sind über 10 Mio. DM täglich. Hinzu kommen jährliche Zahlungen für Schuldendiensthilfen in Höhe von 2,6 Mrd. DM aus der Wohnungsbauförderung.

Angesichts dieser Ausgangslage sind die stadtpolitischen Handlungsspielräume begrenzt. Allerdings ist auch offensichtlich, dass die geringen öffentlichen Ressourcen auf zwei Hauptziele ausgerichtet werden sollten: die soziale Stabilisierung und die selbsttragende wirtschaftliche Restrukturierung. Das neue Leitbild Berlins muss das einer sozialen und grünen Metropole sein.

Bei einer solchen Zielsetzung braucht auch die Stadtentwicklungspolitik eine andere Orientierung. Es wird zukünftig nicht primär darum gehen, neue Entwicklungsräume für externe oder interne Investoren bereitzustellen. Die Entfaltungsbedingungen international agierender Kapitalgesellschaften können nicht Projektionsebene der Stadtplanung sein. Es wird vielmehr darum gehen, eine Stadtentwicklung im Bestand konzeptionell vorzubereiten und praktisch zu ermöglichen, die den genannten Hauptzielen entspricht.

Um die soziale Stabilisierung zu fördern, muss das Primat der Stadterneuerung vor Stadtbau und Stadterweiterung konsequent durchgesetzt werden. Die öffentlichen Mittel der Wohnungs- und Städtebauförderung sollten ausschließlich in bestehende Stadtgebiete gelenkt werden. Die bauliche Erneuerung muss auf die soziale und technische Infrastruktur der Stadt ausgedehnt werden. Die für die bauliche Unterhaltung verantwortlichen Bezirke müssen entweder durch Fördermittel oder Erhöhung der Globalzuweisungen in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben auf diesem Gebiet erfüllen zu können.

Die sozialen Ziele der Stadterneuerung müssen dabei im Bereich der Mietbegrenzung auch auf den gewerblichen Sektor ausgeweitet werden. Eines der größten Hemmnisse der wirtschaftlichen Entwicklung ist der Mangel an preiswerten Gewerberäumen und Büroflächen in der Stadt. Auch sollte die Stadterneuerung in stärkerem Maße als bisher mit der Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung verbunden und die Vergabe öffentlicher Mittel an entsprechende Auflagen gebunden werden.

Um ökologische Belange bei der Stadterneuerung stärker zur Geltung zu bringen und zugleich einen Zuwachs an Lebensqualität zu verwirklichen, müssen vor allem neue Verkehrskonzepte verwirklicht werden. Öffentliche Straßen und Plätze als Lebensräume zu begreifen heißt, den Autoverkehr zurückzudrängen und zu entschleunigen, FußgängerInnen, RadfahrerInnen und ÖPNV-NutzerInnen in den Mittelpunkt der städtischen Verkehrsentwicklung zu stellen. Ein weiteres zentrales Anliegen der ökologischen Stadterneuerung muss die Stärkung regionaler Zusammenhänge und Wirtschaftskreisläufe sein. Dies beinhaltet die Verbesserung der Verknüpfung zwischen Stadt und Umland; nicht ruinöse Konkurrenz, sondern Kooperation muss endlich die Beziehungen zwischen Berlin und Brandenburg bestimmen.

In die Praxis gesetzt würden diese konzeptionellen Überlegungen ein weites Spektrum öffentlicher und privater Leistungen ermöglichen, die sowohl der wirtschaftlichen Stärkung Berlins als auch der Erhöhung der Lebensqualität dienen. Deshalb ist der soziale und ökologische Umbau der Stadt *das* zukunftsweisende Handlungsfeld für Berlin.

Ute Lehrer

Zitadelle Innenstadt: Bilderproduktion und Potsdamer Platz

„Berlin vereinigt die Nachteile einer amerikanischen Großstadt mit denen einer deutschen Kleinstadt.“
(Kurt Tucholsky)

Zitadelle und Getto

Es ist eine zunehmende Polarisierung innerhalb von globalisierenden Städten zu beobachten. Diese Spaltung ist nicht nur sozial-ökonomisch, sondern auch räumlich zu verstehen. Bereits in den frühen 80er Jahren wurde diese Polarisierung von Friedmann und Wolff beschrieben, die in ihrer bedeutenden Arbeit über Weltstadt-Formationen auf die dialektische Beziehung zwischen Städten und dem globalen Produktions- und Kapitalsystem hingewiesen haben. Die Begriffe, die sie für die Charakterisierung dieser neuen räumlich-sozialen Tendenzen verwendet haben, sind Zitadelle und Getto:

„Die Zitadelle dient den spezifischen Bedürfnissen der transnationalen Eliten und ihrer unmittelbaren Gefolgschaften, welche das ökonomische Leben der Stadt beherrschen, während sich das Getto an die Umstände der permanenten Unterklasse adaptiert hat.“¹

Das Konzept von Zitadelle und Getto wäre hier weiter nicht von Bedeutung, wenn es nur innerhalb der akademischen Gemeinde als theoretisches Konzept Furore gemacht hätte. Doch in der Zwischenzeit sind diese Extrembilder der lokal-globalen Prozesse vielerorts nicht nur Wirklichkeit geworden², sondern werden auch vermehrt von PolitikerInnen und StadtmanagerInnen als Leitbilder herangezogen. Dabei ist natürlich das Augenmerk auf die Zitadelle gerichtet, im infamen Glauben, dass der Reichtum, der durch die Zitadelle repräsentiert wird, sich, ähnlich einem lauwarmen Sommerregen, auch real auf den Rest der Stadt niederlassen würde. Die negative Seite der verstärkten Polarisierung hingegen, das Getto also, wird dabei entweder vergessen oder bewusst ignoriert, ganz unter dem Motto: „So was passiert in unserer Stadt nicht, wir haben alles unter Kontrolle.“

Die Zitadelle wird dabei, mehr als das Getto, als baulich manifestierte Realität gesehen. Großprojekte wie der Potsdamer Platz in Berlin spielen dabei eine besondere Rolle, weil sie nicht nur durch ihre Größe einem Ort ihren Stempel aufdrücken, sondern auch, weil sie sich als Objekte der Bilderproduktion eignen.

¹ John Friedmann/Goetz Wolff: World City Formation: An Agenda for Research and Action, in: International Journal of Urban and Regional Research, 6 (1982), S. 325-344 (S. 325).

² Es muss natürlich darauf hingewiesen werden, dass die Gleichzeitigkeit von Reichtum und Armut in der Stadt nicht erst mit der zunehmenden Globalisierung Existenz angenommen hat, sondern schon immer Teil des kapitalistischen Weltsystems war.

Die Bilderproduktion, oder eben das Image einer Stadt, ist von großem Interesse für Stadtregierungen, die sowohl Investoren als auch StadttouristInnen anlocken wollen. Die Bilderproduzenten legen ihr Augenmerk ganz besonders auf die Stärkung der Zitadelle, und tragen damit möglicherweise zur Verstärkung der Polarisierung bei.

Die Rolle der Bilderproduktion und ihre dialektische Beziehung zur real existierenden Umwelt soll Gegenstand dieses Beitrages sein. Im ersten Teil wird theoretisch auf das Bild der Stadt und die Bilderproduktion eingegangen. Im zweiten Teil wird dann das Thema anhand von Berlin und insbesondere des Bauprozesses am Potsdamer Platz erläutert.

Bilderproduktion

Die heutigen Städte stehen neuen Herausforderungen gegenüber: Die städtische Landschaft wird kulturell, politisch, sozial und ökonomisch redefiniert, und ganze Regionen unterziehen sich größeren Transformationsprozessen.³ Während eine konstante Redefinition von Städten und ihren urbanen Landschaften stattfindet und die Imperative und Widersprüche der kapitalistischen Ökonomie in die gebaute Umwelt eingeschrieben sind,⁴ haben die Restrukturierungen, die seit den 70er Jahren zu beobachten sind, nicht nur die gebaute Umwelt verändert, sondern auch die Lebensstile, die in einzelnen Städten praktiziert werden, sowie die Beziehungen, die zwischen Städten bestehen.⁵

Die gebaute Umwelt ist ein hervorragender Ort, um sozial-räumliche Veränderungen zu analysieren. Sie überbrückt und verbindet Raum und Zeit; sie ist Vermittlerin sowie Produkt von sozialen Beziehungen. Die gebaute Umwelt offenbart die Beziehungen zwischen sozialen und räumlichen Dimensionen der Urbanisierung; sie widerspiegelt die Imperative von ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Kräften zu spezifischen Zeitpunkten; sie interpretiert den ideologischen Inhalt von sozial geformtem Raum; und sie offenbart die Konflikte, Spannungen und Widersprüche der Stadtentwicklung.⁶ Die Transformation der gebauten Umwelt steht in Beziehung sowohl zu strukturellen Veränderungen der Ökonomie und der Gesellschaft also auch zum Verhalten von AkteurInnen. Diese AkteurInnen können Individuen, Gruppen oder Institutionen sein.

Seit bald drei Dekaden hat sich die Stadttheorie mit den Effekten der globalen Restrukturierung beschäftigt. Zum größeren Teil wurde dabei die Stadt als ein „Container“ gelesen, der durch soziale und ökonomische Kräfte sowie durch politische Kämpfe über Raum geformt wird, als auch als Akteur.

³ Ein gutes Beispiel für die Transformation einer Region ist das Ruhrgebiet, welches innerhalb der letzten zwei Dekaden seine Basis als Industrieregion größtenteils aufgeben musste.

⁴ David Harvey: *Consciousness and the urban experience: studies in the history and theory of capitalist urbanization*. Baltimore 1985.

⁵ Deyan Sudjic: *The 100 mile city*. London 1992; Paul L. Knox (Hg.): *The Restless Urban Landscape*. Englewood Cliffs 1993; Sharon Zukin: *The Cultures of Cities*. Cambridge/MA & Oxford/UK 1995.

⁶ Knox (Hg.), a.a.O., S. 3.

Mehrere Studien über spezifische Aspekte der globalisierten Urbanisierung beschäftigten sich mit der Rolle der Bodenfrage (*real estate industry*), mit dem Einfluss, den die Technologie auf die Form der Stadt hat, mit neuen Lebensstilen, mit der Rolle der gebauten Umwelt. Was dabei weniger Beachtung fand, ist der Prozess, der zur räumlich-sozialen Transformation von Städten führt.

Das Konzept des Stadtbildungsprozesses, welches ich von Robert Beauregard leihen möchte,⁷ hilft uns, die Stadt in ein theoretisches Gerüst zu bringen, bei welchem der Prozess als solcher das Hauptaugenmerk ist. Der Vorteil dieses Konzeptes ist, dass es die Stadt nicht auf physische und statische Einheiten reduziert, sondern den Blick öffnet für ein integratives Konzept. Der Stadtbildungsprozess ist ein dynamisches Konzept; es ist spezifisch historisch; die Akteure und Kräfte sind relativ einfach zu identifizieren; Stadtbildungsprozesse sind wichtig für soziales Wohlfühl und öffentliches Leben; Stadtbildung ist auch Ziel für großflächige Kapitalinvestition sowie Ort von Deinvestitionen.

Der Ausgangspunkt und die dominierende Größe dieses Konzeptes der Stadtbildungsprozesse ist die gebaute Umwelt; doch darüber hinaus bringt dieses Konzept zwei verschiedene Ansätze zusammen: einerseits den Ansatz, der auf physischen und ästhetischen Analysen basiert, und andererseits jenen, der auf sozialen, ökonomischen und politischen Analysen gründet.⁸

Dadurch, dass das Augenmerk auf Prozesse gelegt wird, ist auch die Bilderproduktion, die mit Stadtbildung einhergeht, von zentraler Bedeutung. Es besteht eine deutliche Wechselbeziehung zwischen dem Bild einer Stadt und dem Konstruktionsprozess von Großprojekten. Das Bild ist hier nicht nur als real-physisches zu verstehen, sondern auch als Leitbild und gelebte Erfahrung (Henri Lefebvre).

Bilderproduktion steht hier für jene Bilder, die im Zeitalter der Globalisierung in und von Städten produziert werden. Diese Bilder haben drei, miteinander überlappende und kommunizierende Ebenen von visuellen, symbolischen und metaphorischen Produkten und Prozessen. Die erste Ebene ist jene, die von Kevin Lynch als „Bild der Stadt“ beschrieben worden ist.⁹ Die zweite ist jene, in der Bilder durch und mit der gebauten Umwelt produziert werden; das Bild ist also nicht nur physisch-real sondern auch imaginär. Die dritte Ebene schließlich ist jene der umkämpften und diskursiven Bilder des Alltags.¹⁰

Im Zentrum dieses Verständnisses steht die Annahme, dass die Bilderproduktion als ein Prozess zu verstehen ist, durch den die Mitglieder einer Gesellschaft Sinn für ihre individuellen Welten sowie für die jeweiligen diskursiven und visuellen Beiträge anderer zum generellen Prozess der Kommunikation in der

⁷ Robert Beauregard: Bringing the City Back In, in: Journal of the American Planning Association, Vol. 56 (1990), S. 210-215.

⁸ Der erste Ansatz wird vor allem in Architektur und Stadtbaukunst angewendet, während der zweite vor allem in Soziologie, Politischen Wissenschaften, Ökonomie und Geografie praktiziert wird.

⁹ Kevin Lynch: The image of the city. Cambridge/MA 1970.

¹⁰ Henri Lefebvre: The production of space, Oxford/UK, & Cambridge/MA 1991; Rosalyn Deutsche: Evictions: art and spatial politics, Cambridge/MA & London 1996.

Gesellschaft machen.¹¹ Bilder werden verstanden als die „Materialität des Städtischen,“¹² als substantielle Elemente der drei Arten von Raum, denen Menschen in den Städten begegnen (dem konstruierten, dem wahrgenommenen und dem gelebten Raum¹³), und nicht als bloße Nebenschwaden, die die „reale“ Wirklichkeit verdecken.

Die Rolle des symbolischen Wertes der gebauten Umwelt innerhalb der Dienstleistungsgesellschaft wurde bereits Mitte der 80er Jahre intensiv diskutiert (so z.B. von Frederic Jameson, David Harvey und Sharon Zukin). Zurückgehend auf Bourdieus Konzept des symbolischen Kapitals und Debords Konzept des Spektakels hat David Harvey argumentiert, dass unter dem neuen Regime der flexiblen Akkumulation „ganze gebaute Landschaften zum Mittelpunkt von städtischem Spektakel und Zurschaustellung“ werden und dass der kommerzielle Erfolg dieser Projekte Teil wäre von „städtischen Strategien zur Eroberung von Konsumenten-Dollars,“ die damit die Deindustrialisierung kompensieren würden.¹⁴ Dieses Argument lässt sich noch einen Schritt weiter verfolgen: Weil sich gebaute Landschaften zur Darstellung eignen, können Städte damit werben und daher ihr Bild als Ort des Erfolgs stärken. Da Bilder von Zuversicht und Vertrauen äußerst wichtig sind für die Beteiligten des globalen Weltmarktes, scheint es, als ob das Spektakel zu einer der meistpraktizierten Strategien zur Anlockung von Investitionen geworden ist. Daher geht es bei dieser Strategie nicht nur um die Eroberung des Konsumenten-, sondern auch um jene des Investoren-Dollars.

Doch es ist nicht nur das Spektakel, welches als Strategie zur Bilderproduktion herbeigezogen wird. Auch der symbolische Wert von Größe und Form scheint Ausschlag gebend zu sein. Gigantismus und Spektakel in der Architektur haben symbolische Funktionen in der Selbstdefinition von Städten und deren Wettbewerb untereinander. So argumentiert zum Beispiel Anthony King, dass in Asien die spektakuläre Architektur von Nationen, Städten, Unternehmen und Individuen dazu gebraucht wird, um ökonomische und geistige Potenz sowie politische und kulturelle Macht zu demonstrieren.¹⁵ Der Hochhausboom in Asien wird, gemäß King, als symbolische Aufholjagd mit dem Westen verstanden. Dabei wird die Höhe des Gebäudes mit der ökonomischen Potenz gleichgesetzt. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, dass derzeit der Wettbewerb um das höchste Gebäude der Welt in Asien stattfindet.¹⁶ Kings Argument hilft, die Vermarktungsstrategien des Potsdamer Platz Projektes zu demaskieren; doch davon erst weiter unten.

¹¹ Jürgen Habermas: *Communication and the evolution of society*, Boston 1979; Iris Marion Young: *Justice and the politics of difference*, Princeton 1990.

¹² Walter Prigge: *Die Materialität des Städtischen*, Frankfurt/New York 1988.

¹³ Lefebvre, a.a.O.

¹⁴ David Harvey: *The Condition of Postmodernity: An Enquiry into the Origins of Cultural Change*. Cambridge/MA 1989, S. 273, 271.

¹⁵ Anthony King (Hg.): *Re-presenting the city: Ethnicity, capital and culture in the 21st-century metropolis*, New York 1996, S. 100.

¹⁶ Die Twin Towers in Kuala Lumpur sind zur Zeit die höchsten Gebäude der Welt. Bezeichnet ist, dass das Finale des letzten James-Bond-Films in eben jenen Türmen stattfindet.

Spektakuläre Projekte wirken als Bilderproduzenten nicht nur für sich selbst, sondern auch für die ganze Stadt, und falls klug ausgeführt, kreieren sie ein positives Umfeld zur Attraktion von weiteren Investitionen in diese Stadt. Diese Erscheinung ist nichts Neues und wurde bereits früher beschrieben.¹⁷ Doch was neu ist, so will ich hier argumentieren, ist die Geschwindigkeit, mit welcher diese Bilder kreiert werden. Lange bevor die physische Manifestation der Gebäude in Beton gegossen wird, arbeiten die Pressestellen der Investoren fieberhaft an der Schaffung von Bildern, die dazu dienen sollen, ein Milieu der Stabilität und des Fortschritts zu erzeugen.

Die Bilderproduktion, die die individuellen Investoren vornehmen, sind auch für Stadtregierungen von Interesse. Raum in der Stadt ist, wo sowohl Örtlichkeit als auch Bild zählen, eine Ware. Da Immobilien *per definitionem* spekulativ ist - das Erstellen von Gebäuden erzeugt im Normalfall nicht unmittelbaren Profit für den Anleger - und da es oftmals mehr auf Gefühl denn auf Erfahrung zu basieren scheint,¹⁸ ist es um so wichtiger, ein Bild einer sicheren und soliden Geldanlage zu konstruieren. Daher ist es folgerichtig, dass Stadtregierungen ein Interesse nicht nur an der gebauten Umwelt zeigen, sondern auch aktiv an dem Bild mitarbeiten, das davon entworfen wird.

Regierungen in globalisierten Städten sind daher an der Bilderproduktion verstärkt beteiligt. Anne Haila nennt dieses erwachte Interesse „die Politik der globalen Stadt.“¹⁹ Der Wettbewerb zwischen Stadtregierungen, Weltstadt-Status zu erreichen, hat die Rolle von Immobilienanlagen und den Einfluss von Investoren auf die lokale Politik verstärkt. Während das Interesse der Regierungen für Immobilienanlagen schon seit geraumer Zeit besteht, ist diese neue Art von Politik insofern verschieden, als dass sie sich auf Bilderproduktion einlässt. Diese Bilder werden durch den Prozess des Planens und Bauens aktiv produziert²⁰ und von den Pressestellen und Medien weltweit „verkauft“. Ein Beispiel hierfür ist das Bild, das für den Potsdamer Platz schon zu einem Zeitpunkt entworfen wurde, als noch kaum etwas von den Bautätigkeiten zu sehen war: „die größte Baustelle Europas.“

Bilderproduktion in Berlin

„Mit ihren Türmen aus Glas und Stahl und ihren fantastischen Einkaufszentren ist die Zitadelle das verletzlichste Symbol der Stadt. Ihre polierten Fassaden suggerieren die glatte Unpersönlichkeit monetärer Macht. Ihre Innenräume sind weit, elegant und vornehm.“²¹

¹⁷ Z.B. in Sharon Zukins Buch: *Landscapes of power: from Detroit to Disney World*, Berkeley 1991; oder bei Susan S. Fainstein: *The City Builders: Property, Politics, & Planning in London and New York*, Cambridge/MA 1994.

¹⁸ Fainstein, a.a.O., S. 63f.

¹⁹ Anne Haila: *The Neglected Builder of Global Cities*. O. Källtorp, *Cities in Transformation - Transformation in Cities*, Avebury 1997.

²⁰ Eine zentrale Rolle spielen dabei die Pressestellen sowohl von Investoren als auch von Stadtregierungen. Berlin z.B. hat kurz nach der Wiedervereinigung „Partner für Berlin“ ins Leben gerufen, eine Organisation, deren Zweck darin besteht, das „Bild Berlin“ weltweit zu vermarkten, um damit potenzielle Investoren anzulocken (s.u.).

Mit der Wiedervereinigung mussten in Berlin Stadtbildungsprozesse neu verhandelt werden. Dies war nicht nur auf Grund von zwei verschiedenen Planungstraditionen vonnöten, die sich in den beiden Stadthälften durch die Zeit der Teilung entwickelt hatten, sondern auch und vor allem auf Grund eines extrem großen Investitionsdrucks im Immobilienmarkt kurz nach dem Mauerfall. Ausländische Investitionen in Berlin waren vor 1989 so gut wie unbekannt. Berlin (West) hing durch die direkten und indirekten Subventionen am Bonner Tropf. Und Berlin (Ost), als Hauptstadt der DDR, war zwar Vorzeigeobjekt dieses sozialistischen Staates und damit Fokus von baulichen Repräsentationen; aber da das ökonomische System nicht auf dem Kapitalismus basierte, war die Bodenfrage - und damit auch die Planungspraxis - eine ganz andere. Mit der Wiedervereinigung änderte sich diese Situation, und die gesamte Stadt wurde Teil des kapitalistischen Weltsystems. Dies hatte zur Folge, dass insbesondere der Immobilienmarkt im Zentrum von Berlins Transformation stand.²²

Im wiedervereinigten Berlin erlebt die Bilderproduktion durch Architektur eine neue Blüte. Als ob sich dadurch die beiden Hälften wieder zusammenkleistern und „problematische“ Stellen übertünchen ließen, werden wie wild Bilder produziert, Bilder, die meist geplant, manchmal auch gebaut werden. Die Bilderproduktion ist symptomatisch für Städte, die beim Wettbewerb um die Standortgunst für das Großkapital mitspielen möchten. Berlin ist also keine Ausnahme. Die Bilderproduktion in Berlin unterscheidet sich jedoch mindestens auf zwei Ebenen von den meisten anderen Städten (insbesondere von jenen Städten, wo sich Großinvestoren in den letzten Jahren baulich ausgetobt haben, so z.B. London, Los Angeles und Toronto): Erstens spielt die Architektur eine ernst zu nehmende Rolle, und zweitens geht es bei der Bilderproduktion in Berlin nicht ausschließlich um das Resultat, sondern auch um den Bauprozess selbst.²³

Wenn ich hier mein Augenmerk auf Berlins Bilderproduktion als Dienstleistungsmetropole und Hauptstadt werfe, so sehe ich dies als die lokale Version, die Stadt in den globalen Wettbewerb zwischen Städten einzuklinken.²⁴ Der Fokus ist hier auf die gebaute Umwelt gelegt, die ein Ausdruck für jene

²¹ Friedmann/Wolff: a.a.O., 1982, S. 325.

²² Auch wenn letztlich doch nicht so viele Immobilien von ausländischen Großinvestoren aufgekauft wurden, wie ursprünglich angenommen, so war die Meinung bei internationalen Investoren weit verbreitet, dass eine Immobilienanlage in Berlin - als Drehscheibe zwischen Ost und West - möglicherweise eine Goldgrube sein könnte. Einer der Gründe, wieso internationale Investoren das Interesse an Berlin über die Zeit etwas verloren, hatte mit lokal-spezifischen Konventionen und Regulationen zu tun, die für Außenstehende schwer nachvollziehbar waren. Während internationale Investoren normalerweise daran gewöhnt sind umworben zu werden, war es im Falle von Berlin so, dass sie bis zur Schaffung von gewissen institutionellen Instrumentarien für ihre Verhältnisse relativ schlecht behandelt wurden. (Insbesondere durch KOAI; vgl. Karin Lenhardt: "Bubble-politics" in Berlin. Das Beispiel Koordinierungsausschuss für innerstädtische Investitionen: eine "black box" als Macht- und Entscheidungszentrale, in: PROKLA 110 (März 1998), S. 48.

²³ Anders wäre es schwer erklärbar, wieso in den Sommermonaten Juli und August die Baustellen einer ganzen Stadt zu einer einzigen Touristenattraktion werden können.

²⁴ Dieser Wettbewerb zwischen Städten hat mit der Globalisierung zugenommen. Vgl. u.a. Saskia Sassen: *The global city: New York, London, Tokyo*, Princeton 1991; dies.: *Cities in a world economy*, Thousand Oaks/CA 1994; John Friedmann: *The World City Hypothesis*, in: *Development and Change*, 17 (1986), S. 69-83; ders.: *Where We Stand*:

Bildersprache ist, die Berlin helfen soll, (wieder) Weltstatus zu erreichen. Der Potsdamer Platz, wo ein Großprojekt dazu dient, die Identität einer Stadt in der globalen Ökonomie zu redefinieren, ist ein beispielhafter Fall dieser neuen Prozesse. Der Potsdamer Platz ist dem zu Folge als das Paradestück der Bilderproduktion in Berlins Periode der Identitätssuche nach dem Fall der Mauer zu verstehen. Er ist auch das Nadelöhr in Berlins jüngster räumlicher und politischer Transformation.

Als ein Ort, der in der geografischen Mitte Berlins liegt und der noch bis vor weniger als zehn Jahren in der Wahrnehmung der Meisten als öde und verlassen galt, ist der Potsdamer Platz heute mit neuen Bürogebäuden, Einkaufs- und Unterhaltungsmöglichkeiten sowie einigen Luxuswohnungen zu einem glänzenden Zentrum, zu einer Zitadelle erstrahlt.

Der Potsdamer Platz war das erste und das größte Bauprojekt im neu erwachten Bautrubel Berlins. Doch bei der Planung um den Potsdamer Platz ging es nicht nur um die Errichtung eines Büro- und Unterhaltungszentrums, sondern auch um ein Vorzeigeobjekt für die gesamte Stadt, eine Art Visitenkarte für das Berlin nach dem Mauerfall. Der Potsdamer Platz wurde dabei, so postuliere ich, als Vehikel benützt, um Berlin symbolisch wieder zu einem Platz auf der Landkarte der ökonomisch wichtigen Städte zu verhelfen. Was den Ort, neben so bedeutenden Großprojekten wie z.B. Battery Park City in New York, die Docklands in London oder La Défense in Paris, fast einzigartig zu machen scheint, ist der historische Kontext, in welchem dieses Projekt steht, die Rolle der Architektursprache und die orchestrierte Bilderproduktion, die nicht nur um das Objekt, sondern auch um den Prozess selbst stattfand.

Mit dem Mauerbau von 1961 wurde der Potsdamer Platz im Herzen Berlins in zwei Hälften geteilt. Im wiedervereinigten Berlin ist dieses „Niemandland“ nun zu einem der bevorzugten Immobilienobjekte für multinationale Großinvestoren und damit gleichzeitig auch zum Symbol für Berlins Suche nach einer urbanen Identität geworden.

Das Land Berlin hat das Grundstück in den Jahren zwischen 1990 und 1992 an drei Großkonzerne verkauft: an Daimler-Benz, Sony und Asea Brown Bovery.²⁵ Eine Kontroverse über den Verkauf des Grundstücks (insbesondere zu einem Preis, der vor allem bei Daimler-Benz wesentlich unter dem gängigen Marktwert lag) entbrannte gleich von Anfang an.²⁶ Doch der Konflikt war sehr viel tiefer als nur monetärer Natur: Die Rolle von Daimler-Benz während der Nazizeit sowie auch als Waffenlieferant wurde heftig kritisiert, die vorgesehene Nutzung dieses Areals als Dienstleistungszentrum erschien vielen

A Decade of World City Research, in: P. Knox/P. Taylor (Hg.): World cities in a world-system. Cambridge 1995; Friedmann/Wolff: a.a.O., 1982; A.D. King: Architecture, Capital and the Globalization of Culture. in: Theory, Culture & Society, 7/3 (1990).

²⁵ Asea Brown Bovery hat zusammen mit Roland Ernst, der seinerseits noch weitere Investoren mit in den Deal gebracht hat, die Immobiliengesellschaft „A+T“ für das Grundstück am Potsdamer Platz gegründet.

²⁶ Hilde Schramm (AL) spielte eine zentrale Rolle in dieser Kontroverse. Von Anfang an, also seit April 1990, als über den möglichen Verkauf des Gebietes an Daimler-Benz spekuliert wurde, hat sie sofort angefangen, weiträumig Opposition zu organisieren. Unzählige Briefe, Telefonnotizen und offizielle Vorstöße, die mir Hilde Schramm freundlicherweise zur Einsicht zur Verfügung gestellt hat, legen davon Zeugen ab.

kritischen Stimmen als zu monströs, monofunktional und damit stadtzerstörerisch, und es entbrannte ein Kampf um die „richtige“ Architektursprache.

Wie nicht anders zu erwarten wurden die ersten Jahre der Planung eine Plattform für Machtkämpfe zwischen den Partikularinteressen aller Beteiligten. In dieser Zeit sind nicht nur zwei Architekturwettbewerbe mit sehr viel Mühen über die Bühne gebracht worden, sondern es wurden auch die Positionen zur Berliner Zukunft artikuliert. Was wir heute als Berlins Stadtbildungsprozess identifizieren, hat vor zehn Jahren begonnen.

Nachfolgend möchte ich auf den historischen Kontext und die Bilderproduktion, die mit Hilfe der Architektursprache sowie der Spektakularisierung des Bauprozesses erfolgte, näher eingehen. Die Planungen um den Potsdamer Platz sind dabei immer im Kontext der gesamten Stadt Berlin zu lesen.

Wessen Geschichte?

Ich möchte bei dem Gedanken anschließen, den Peter Marcuse in seinem Beitrag formuliert hat: die Global-City-Sucht einerseits und Alternativen zu dieser Sucht andererseits. Die Alternative zur Global-City-Sucht hat Marcuse mit „localization“ umschrieben. Bei dieser „Ver-Ortung“ oder „Ortsschaffung“ soll das Augenmerk auf die sozialen Verhältnisse gelegt und auf die lokale Geschichte Bezug genommen werden; dies ist der Punkt, über den ich mich etwas näher auslassen möchte. Welche Geschichte ist die lokale Geschichte? Dies, so möchte ich postulieren, ist im Falle von Berlin wiederum ein klarer Ausdruck von Machtverhältnissen.

Seit dem Mauerfall sucht Berlin nach einer neuen Identität. In dieser Identitätssuche wird nach dem klassisch postmodernen Rezept „Zurück-zur-Zukunft“ Geschichtsschreibung betrieben, die an das Goldene Zeitalter Berlins anschließen soll. Das Goldene Zeitalter wird je nach Sichtweise in verschiedene Zeitabschnitte gelegt. Wenn es um Lebensstil und Lebensgefühl geht, ist das Goldene Zeitalter die 20er Jahre, die Zeit der Weimarer Republik. Wenn es um Architektur und Städtebau geht, dann, so scheint es, hat sich in Berlin die Zeit der Preußen, der barocken Stadtgrundrisse und der steinernen Fassaden durchgesetzt.

Doch wo ist die Geschichte Berlins als geteilte Stadt? Wo ist die Geschichte von „Berlin, Hauptstadt der DDR“?²⁷ Wo jene der behutsamen Stadterneuerung und des Häuserkampfes?

²⁷ Vgl. hierzu Bruno Flierl: Berlin baut um - Wessen Stadt wird die Stadt? Kritische Reflektionen 1990-1997. Berlin 1998. Ute Lehrer: 'Image politics': the debate on the new Berlin, in: Society and Space, Vol. 17 (1999), S. 651-654; dies.: Case+Study=Case Study? A Methodological Inquiry into Image Production at Potsdamer Platz, Berlin, in: Critical Planning (Spring 1999). - Die gegensätzliche Präsentation von Ost und West hat natürlich Tradition: Martin Mosebach beschreibt das Bild, welches in seinem (West-) Schulbuch aus den 60er Jahren von Berlin präsentiert wurde, als polar insofern, dass Westberlin als lebendige Stadt mit einem Farbbild porträtiert wurde, während Ostberlin lediglich in Schwarz und Weiß dargestellt wurde und noch dazu nahezu ohne Straßenleben. Vgl. Martin

Es ist nicht nur die selektive Wahl von lokaler Geschichte, die fragwürdig ist, sondern auch die Geschichtsschreibung der unmittelbaren Vergangenheit. Als Beispiel möchte ich hier an den Grundstücksverkauf zwischen dem Land Berlin und dem Investor Daimler-Benz erinnern. Sowohl über die Gründe für Daimler-Benz am Potsdamer Platz zu investieren als auch über den Zeitpunkt, an welchem über den Kaufvertrag verhandelt wurde, bestehen verschiedene Interpretationen.

Die offizielle Geschichte von Daimler-Benz sieht folgendermaßen aus: Als Ende der 80er Jahre die Geschäftsleitung von Daimler-Benz darüber nachdachte, eine Tochtergesellschaft für den Dienstleistungsbereich ins Leben zu rufen, sollte der Hauptsitz dieses neuen Unternehmens - die „Daimler-Benz Inter Services AG“ (kurz: „debis“) - in Berlin sein. Die Entscheidung für Berlin als Standort hatte eine ganze Reihe Vorteile. Für ein Unternehmen, das auf Grund seines Arbeitsbereiches nicht unbedingt in der Nähe der Muttergesellschaft angesiedelt sein muss (also die Stuttgarter Gegend), war ein Ort, der mit staatlichen Geldern direkt und indirekt hoch subventioniert war, finanziell äußerst attraktiv. Außerdem hatte sich das geopolitische Klima zwischen Ost und West Ende der 80er Jahre grundsätzlich verändert. Es war davon auszugehen, dass der Osten sich dem kapitalistischen Markt des Westens mehr und mehr öffnen würde. Ein Standbein in einer Stadt wie Berlin zu haben, die als Drehscheibe für den erhofften Ost-Westhandel galt, konnte also nur Vorteile bringen.²⁸

Es wird von verschiedenen Quellen bestätigt, dass im Jahre 1989 mit dem Land Berlin erste Vorgespräche stattfanden.²⁹ Dabei standen für den Stuttgarter Großkonzern vier verschiedene Grundstücke zur Auswahl; der Potsdamer Platz war eines davon. Über den Gehalt dieser Gespräche hingegen gibt es verschiedene Versionen. Daimler-Benz hält daran fest, dass die Verhandlungen schon vor dem Mauerfall zu konkreten Abkommen bezüglich des Grundstückspreises geführt hätten, während andere Stimmen einen solchen Vorgang bezweifeln. In jedem Fall liegen derzeit keine offiziell bekannten Dokumente aus der Zeit vor dem Mauerfall vor, die ein konkretes Kaufangebot mit entsprechenden Verhandlungen dokumentieren würden.

Nur wenige Monate nach dem Mauerfall hingegen schienen sich die Verhandlungen zu konkretisieren. Ab März 1990 befasste sich der Berliner Senat mehrfach mit dem Gebiet im Bereich Potsdamer/Leipziger Platz und dessen zukünftiger Gestaltung.³⁰ Auch eine mögliche Ansiedlung von Daimler-Benz wurde,

Mosebach: A Walk Through the New Berlin, in: Deutschland: Magazin on Politics, Culture, Business and Science, Oktober/November 1999, S. 50.

²⁸ Edzard Reuter hatte 1990 selbst auf die Standortvorteile Berlins hingewiesen: “Die Entscheidung ist Ausdruck der Entschlossenheit, zukünftig das Engagement des Konzerns in Berlin zu verstärken. Sie trägt der sich abzeichnenden Entwicklung Berlins zu einem Wirtschaftszentrum von europäischem Rang vor dem Hintergrund des politischen Wandels in Mittel- und Osteuropa, verbunden mit der Öffnung des gemeinsamen Europäischen Marktes ab 1993, ebenso Rechnung wie der notwendigen Stärkung der Dienstleistungskraft Berlins, dessen Wirtschaftsstruktur bisher überdurchschnittlich von der produzierenden Wirtschaft geprägt ist.” (Reuters in Stegers 1990, erster Teil).

²⁹ Interviews mit Werner Breitschwerdt, Walter Momper, Wolfgang Nagel.

³⁰ Senatsbeschluss Nr. 911/90, 13. März 1990.

wenn auch kritisch, thematisiert.³¹ Am 3. April 1990 präsentierte die Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen in der Person von Wolfgang Nagel dem Senat eine Vorlage zur Abstimmung über einen „städtebaulichen Wettbewerb Potsdamer/Leipziger Platz unter besonderer Berücksichtigung des Ansiedlungsvorhabens der Fa. Daimler-Benz“. Obwohl diese Vorlage sofort eine heftige Kontroverse auslöste,³² wurde im Juli 1990 ein Kaufvertrag zwischen dem Land Berlin und Daimler-Benz unterzeichnet.

Der Zeitpunkt und die Konkretheit der Kaufverhandlungen ist deshalb von Relevanz, weil der Kaufvertrag zwischen Daimler-Benz und dem Land Berlin einen Quadratmeterpreis von lediglich 1.505 DM festlegte. Der Gesamtpreis für das 68.000 Quadratmeter große Areal, 92 Mio. DM, war auf den ersten Blicke eine stattliche Summe. Doch zur selben Zeit war an anderen Orten der Stadt das Drei- bis Fünffache üblich; selbst der Gutachterausschuss des Landes Berlin war der Meinung, dass der Verkehrswert des Areals doppelt so hoch sei. Schließlich schaltete sich auch die Wirtschaftskommission der Europäischen Gemeinschaft ein. Sie sah in dem Verkaufspreis unlauteren Wettbewerb und verlangte eine Nachzahlung von debis an das Land Berlin in Höhe von 33,8 Millionen DM.³³

Über die Zeitperiode der letzten zehn Jahre - also jene zwischen dem ersten Interesse von Daimler-Benz ab der Erstellung eines Bürohauses für die neue Tochtergesellschaft debis und der Fertigstellung der Großüberbauung am Potsdamer Platz - ist es beeindruckend zu sehen, wie die Geschichte über Daimler-Benz' Interesse stetig und behutsam verändert wurde. Als ich meine ersten Interviews mit Repräsentanten von Daimler-Benz im Jahre 1995 führte, wurde der ursprüngliche Kaufpreis von 1.505 DM zwar damals schon als total gerechtfertigt dargestellt und die von der Europäischen Kommission aufgetragene Nachzahlung als unfair bezeichnet (man habe ja schließlich in ein desolates Grundstück investiert und habe erhebliche Nebenkosten). Doch was damals durchaus noch Teil der Geschichte war - nämlich Stellung zu beziehen, wieso dieser Kaufpreis gerechtfertigt war³⁴ - hatte sich zur Zeit der Einweihung des Debis-Hauses am Potsdamer Platz dermaßen verändert, dass debis mit großer Selbstverständlichkeit den Kaufvorgang auf die Zeit vor dem Mauerfall festsetzte. Obwohl dies nicht den historischen Ereignissen entspricht, hat sich dennoch diese Version der Geschichte durchgesetzt. Sie hilft, die Investition von

³¹ So reichte der Abgeordnete Michael Michaelis (AL) am 22. März 1990 eine mündliche Anfrage an den Berliner Senat ein: „Ich frage den Senat: 1. In welcher Form sind die Pläne zur Ansiedlung von Mercedes am Potsdamer Platz mit der DDR abgestimmt und in ein Konzept für den zentralen Bereich eingepasst? Wird der Senat seinen Einfluss geltend machen, dass das Haus Potsdamer Straße 5 (sozialer Wohnungsbau) nicht an Mercedes verkauft wird?“ (Mündliche Anfrage Nr. 7; Abgeordnetenhaus von Berlin, 11. Wahlperiode, 27. Sitzung vom 22. März 1990; nicht behandelte mündliche Anfrage aus der 26. Sitzung, S. 1461.)

³² Die Gegnerschaft eines Verkaufs an Daimler-Benz wurde von Hilde Schramm (AL) angeführt (vgl. FN 26). Ebenso war die Stadtentwicklungssenatorin Michaela Schreyer gegen den Verkauf; sie bezeichnete den Vertrag als einen „Kniefall vor dem Großkapital.“

³³ Eva Schweitzer, Großbaustelle Berlin: Wie die Hauptstadt verplant wird, Nicolai 1996, S. 99f.

³⁴ So z.B. mit der Begründung, dass Daimler-Benz bereits vor dem Mauerfall das Risiko auf sich nehmen wollte, in Berlin zu investieren; zu einem Zeitpunkt also, als kaum jemand anderes für Berlin Interesse zeigte.

Daimler-Benz als eine noble Gabe an die Stadt Berlin zu interpretieren, anstatt ihren wirklichen Gehalt als auskalkulierte Spekulation eines multinationalen Konzerns aufzuzeigen.

Es würde natürlich zu kurz greifen, wenn das Augenmerk einzig auf den Investor gelegt werden würde. Der Landverkauf an Daimler-Benz traf auch auf das Interesse jener PolitikerInnen, die sich von dem Verkauf eine Symbolwirkung erhofften. Der Deal zwischen dem Land Berlin und dem Großkonzern traf daher auf großes Interesse der PolitikerInnen, die darin eine Chance sahen, Berlin wieder auf die Landkarte der wichtigen Weltstädte zurückzubringen und die Zukunft Berlins in einer starken Rolle als Dienstleistungsmetropole und als Schnittstelle für den Ost-West-Handel sahen.

Was schließlich auch im Zusammenhang mit den Stadtbildungsprozessen erwähnt werden muss ist, dass der Vorgang am Potsdamer Platz, einschließlich des Landverkaufs und der Beschlussfassung zu einem zweistufigen Wettbewerb, von Westberlin aus bestimmt wurde. Dies war das erste, aber leider nicht das letzte Mal,³⁵ dass der Osten Berlins in der Planung des zukünftigen Berlins relativ wenig Mitsprache hatte. Hilde Schramm (AL) hatte diese Ignoranz der westlichen Stadthälfte gegenüber dem Magistrat von Berlin und dessen Partizipation in Stadtbildungsprozessen in einem Schreiben vom 8. April 1990 an die SenatorInnen, Staatssekretäre und die SPD-Mitglieder des Abgeordnetenhauses artikuliert:

„Der Zeitplan verstößt gegen jegliche Gleichberechtigung der beiden Stadthälften und ihrer politischen Vertretungen. Diese Gleichberechtigung aber hat Rot-Grün versprochen. (...) Die Planung dieser Nahtstelle zwischen Ost und West ist ein Testfall für die Einlösung der berlinpolitischen Versprechungen. Wir stehen erst am Anfang des Prozesses des Zusammenwachsens, und schon werden die Weichen falsch gestellt.“

Bilderproduktion am Potsdamer Platz: Die Rolle der Architektur

Eine der offensichtlichsten Praktiken, um Bilder zu produzieren, ist die Wahl der jeweiligen Architektursprache für ein Bauprojekt. Ich möchte nur kurz auf die Auseinandersetzung über das Architekturbild am Potsdamer Platz eingehen, da sich Simone Hain in ihrem Beitrag ausführlich dazu äußert.

Interessant ist festzuhalten, dass das Architekturbild selbst für Laien eine klare Semiotik besitzt. Hochhäuser und glatte Fassaden stehen für Fortschritt und Weltstadt, während die kleinteilige Parzellenstruktur die Rückwärtsgewandtheit (wenn es negativ konnotiert werden soll) oder die Heimeligkeit

³⁵ Dass Stadtbildungsprozesse in Berlin vom Westen aus dominiert werden, wird ganz deutlich im „Planwerk Innenstadt“, in welchem nicht mal der Versuch unternommen wird, so zu tun, als ob die ExpertInnen des Ostens herangezogen wurden: Keiner der vier Experten, die den Masterplan für die fünf Innenstadtbezirke entworfen haben, kommt aus dem Osten. Vgl. den Beitrag von Simone Hain.

(als positive Konnotation) der Stadt darstellen. Eine andere Leseart ist jene, dass Hochhäuser die amerikanische Stadt, die kleinteilige Parzellenstruktur hingegen die europäische Stadt repräsentieren.³⁶

Ein Pauschalurteil über die Bilderproduktion am Potsdamer Platz greift natürlich nicht weit genug. Dennoch kann festgehalten werden, dass die Verantwortlichen der Stadt (insbesondere Hans Stimmann) dazu tendierten sicher zu stellen, dass am Potsdamer Platz keine amerikanische, sondern eine europäische Stadt entstehen würde. Die Investoren hingegen wollten eher etwas, dass mehr vorwärtsgerichtet war, dass die Unternehmen architektonisch repräsentieren und gleichzeitig eine maximale Ausnützung des Bodens sicher stellen würde. Nach zwei Wettbewerben und einigen weiteren Eskapaden ist nun das Resultat, dass am Potsdamer Platz eine hybride Form entstanden ist: weder europäisch (dafür ist die Blockstruktur zu groß) noch amerikanisch (dafür sind die Baumassen zu gedrungen und die Ausnutzungsziffer im Verhältnis zur Höhe der Gebäude zu groß).

Spektakularisierung des Bauprozesses

Der Potsdamer Platz steht bildhaft für die Besonderheit einer neuen Art von Vermarktungsstrategie. Im Gegensatz zu herkömmlichen Vorgehensweisen, bei welchen das Endresultat - also die umbaute Hülle mit ihren spezifischen Funktionen - im Zentrum des Marketing steht, wird bei dieser neuen Strategie auch der Prozess, der darauf hinzielt, vermarktet. Die Baustelle, mit allem was dazu gehört, wird zum Spektakel.³⁷ Während dieser Spektakularisierung wird jegliche Debatte über den Inhalt in eine Debatte über die Form umgewandelt.

Im Falle des Potsdamer Platzes wurde der Bauprozess anhand einer konzertierten Bilderproduktion in ein mehrschichtiges Spektakel eingehüllt. Geschickt wurde dabei die Aufmerksamkeit des allgemeinen Publikums sowohl auf die Vergangenheit als auch auf die strahlende Zukunft Berlins gezogen. Kritische Stimmen, die vor allem aus der links-alternativen, der ökologischen und der stadtplanerischen Ecke kamen, wurden durch die Übermacht dieser Bilderproduktion mundtot gemacht.³⁸

Es kann argumentiert werden, dass eine Bilderproduktion am Potsdamer Platz vonnöten war, um das Gelände nicht nur im kollektiven Gedächtnis und in der gelebten Realität der Stadt, sondern auch im

³⁶ Der Parzellenstreit, der sich über den Potsdamer Platz entzündet hatte, hat letztlich großen Einfluss auf die hegemonialen Stadtbildungsprozesse in Berlin gehabt und kulminierte im Entwurf für das "Planwerk Innenstadt" (Interview mit Dieter Hoffmann-Axthelm).

³⁷ Über die Faszination von Baustellen siehe Gernot Kotte: Streitfakt, Studienobjekt und 'Freizeitpark'. Die Baustelle im Wandel der Zeit, in: Franz Profener (Hg.): Zeitzeichen Baustelle: Realität, Inszenierung und Metaphorik eines abseitigen Ortes, Frankfurt/New York 1998. Zur Rolle des Spektakels siehe: Guy Debord: Society of the Spectacle, Detroit 1983.

³⁸ Dass dann einige der KritikerInnen später selbst an der Bilderproduktion Berlins maßgeblich beteiligt waren (zu denken ist hier vor allem an das „Planwerk Innenstadt“, welches trotz - oder gerade wegen - der Ungleichheit zwischen Bild und Text ja im Grunde genommen nichts anderes macht, als Bilder zu kreieren), ist der tragische Teil der Geschichte.

Portfolio multinationaler Investoren neu zu repräsentieren. Der Potsdamer Platz als Ort besaß zwar auch nach der großflächigen Zerstörung Ende des Zweiten Weltkriegs eine Relevanz: als „Schwarzmarkt“ zwischen den Sektoren; als Bild zwischen Mensch und Panzer, das 1957 um die Welt ging; als Ort einer der „Aussichtstürme“ auf die Mauer; als Lebensbereich für eine Röllheimersiedlung; als Szene-Einstellung in Wim Wenders Film „Der Himmel über Berlin“; als Fluchtort von Westen nach Osten für BesetzerInnen des Kubatdreiecks im Jahre 1988. Doch dies war nicht die Art von Bildern, die internationales Kapital nach Berlin, und insbesondere nicht an den Potsdamer Platz, locken würde. Damit der Potsdamer Platz ein Ort in der Zitadellenökonomie der globalisierten Städte werden könnte, musste er erst wieder angeeignet werden. Diese Aneignung erfolgte durch Bilderproduktion und Spektakularisierung des Bauprozesses.

Die Bilderproduktion am Potsdamer Platz erfolgte sowohl materiell als auch immateriell. Manche der Bilder waren nur für eine beschränkte Zeitperiode gedacht (die Info-Box etwa); andere werden noch auf Generationen hinaus das Stadtbild prägen: der Stadtgrundriss am Potsdamer Platz, die Bauvolumen und die damit einhergehende Spannung zwischen europäischem und amerikanischem Bild von Stadt.

Die Bilderproduktion rund um den Bauprozess, wie sie von den PR-Unternehmen, Pressestellen und Medien forciert wurde, lässt sich unter verschiedenen Gesichtspunkten diskutieren. Nachfolgend möchte ich drei herausgreifen: 1. Umschreibung der Geschichte; 2. Bildersetzung; und 3. Mach-Mit-Strategie.

Umschreibung der Geschichte

Nicht nur wegen seiner Größe, sondern auch weil der Potsdamer Platz seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs - und ganz besonders seit dem Mauerbau - sowohl geografisch als auch mental in eine Randlage gedrängt war, musste er mit dem Fall der Mauer wieder angeeignet werden. Diese Aneignung erfolgte auch durch eine Umschreibung der Geschichte, in der der Potsdamer Platz als das Zentrum Berlins schlechthin dargestellt wird.

Es geht hier nicht darum, die Wichtigkeit des Potsdamer Platzes als ehemals urbanes Zentrum zu bezweifeln. Ja, bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs gab es zwei Bahnhöfe in nächster Nachbarschaft. Ja, der Potsdamer Platz war ein Verkehrsknotenpunkt und der Ort der ersten Verkehrsampel in Europa (und zwar 1925, drei Jahre, nachdem die erste Ampel in New York installiert worden war). Ja, die Gegend war des Nachts in ein Neonlichtermeer eingetaucht. Ja, Kaffeehaus Josti, Haus Vaterland und wie die Lokale alle hießen, lockten das ausgehüllige Publikum an (selbst meine 91jährige Großmutter schwärmt heute noch davon).

Doch es geht hier vielmehr um die Art und Weise, wie mit der Bewertung von Geschichte umgegangen wird. Lediglich jener Teil der Geschichte, der in die Strategie der Bilderproduzenten passt, wird herangezogen - also Licht, Bewegung, Unterhaltung. Jene Geschichte, die an die düsteren Zeiten

anschließt (die Zeit der Nazis, die Zeit des Todesstreifens), aber auch jene, die Hoffnung auf ein anderes Umgehen mit Stadt und Hegemonie versprach (alternative Lebensformen und Ökologie), sind dabei ausgeblendet.

Bilder setzen

Die sicherlich gelungenste Bilderproduktion am Potsdamer Platz ist ein übergroßer, leuchtend roter Container, der, aufgestellt, drei Etagen mit Ausstellungsflächen und Dachterrasse beinhaltet.³⁹ Die so genannte Info-Box ist sowohl ein Bild als auch ein Behälter für Bilder. Dieser Container wird „als erstes Haus“ am Leipziger/Potsdamer Platz angepriesen und lässt die BesucherInnen „heute die Stadt von morgen sehen“.⁴⁰ Sie steht inmitten des alten Leipziger Platzes, mit Sicht auf die Bautätigkeiten rund um den Potsdamer Platz, und beinhaltet seit Oktober 1995 eine Ausstellung über die derzeitige Transformation Berlins und insbesondere des Potsdamer Platzes.

Die Ausstellungsfläche ist aufgeteilt gemäß der finanziellen Beteiligung der einzelnen Sponsoren.⁴¹ Obwohl in der Info-Box suggeriert wird, dass hier eine „objektive“ Ausstellung über die Zukunft Berlins stattfinden würde, ist sie nichts weiter als eine Selbstdarstellung der beteiligten Investoren. Die BesucherInnen werden dabei mit multimedialen und Computer-generierten Bildern vollgepumpt, während die Wirklichkeit der räumlichen Transformation außerhalb dieses roten Containers stattfindet. Die Ausstellung selbst wäre es wert, kritisch analysiert zu werden.⁴²

Innerhalb kürzester Zeit avancierte die Info-Box zur Touristenattraktion Nummer Eins in Berlin: Nach nur neun Monaten konnte bereits der millionste Besucher begrüßt werden und damit hatte, wie gleich von den PR-BetreiberInnen der Info-Box herausgestrichen wurde, die Info-Box mehr BesucherInnen als alle anderen Museen in Berlin.⁴³ Dieses medial inszenierte Ereignis ist bezeichnend für die orchestrierte Bilderproduktion, die es rund um den Potsdamer Platz gab. Nicht nur wurde eine Riesentorte in der Form der Info-Box von den Investoren am Potsdamer Platz gesponsort (also ein direktes Abbild des roten Containers), sondern dieser Anlass wurde auch gleich dazu benützt, um auf eine weitere Bilderproduktion hinzuweisen:

³⁹ Die Gestaltung der Info-Box ist Resultat eines eingeladenen Architekturwettbewerbs, welcher von Schneider + Schumacher aus Frankfurt a.M. gewonnen wurde.

⁴⁰ Für eine Selbstdarstellung der Betreiber der Info-Box vgl.: Info-Box: Der Katalog.

⁴¹ A+T (ABB + Terreno/Roland Ernst), Bewag, Daimler-Benz, Deutsche Bahn AG, Deutsche Telekom AG, Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen und Verkehr, Sony mit Tishman Speyer and Kajima.

⁴² Eine besonders interessante Auseinandersetzung verspreche ich mir von dem Ausstellungsteil, der das Projekt von A+T zeigt: Während die Büsten der Architekten (alles Männer) in grauem Japanpapier der Besucherin entgegenblicken, steht eine lebensgroße, in rotem Japanpapier gestaltete, unbekleidete Frauenstatue am Fenster, ihr Blick schweift hinaus in Richtung Baugrube.

⁴³ Gemäß Pressemitteilung vom 3. Juli 1996, hgg. von der Arge Info-Box, war das Pergamon-Museum mit 720.000 BesucherInnen im Jahre 1992 das am meisten frequentierte Museum Berlins.

„Die Erfahrung mit der INFO-BOX ermutigt den Senat von Berlin, die Bauarbeiten in der Stadt über die jetzt angelaufene „Schaustelle“ hinaus als einen Pluspunkt für Berlin bereits vor der Fertigstellung der Neubauten offensiv herauszustellen.“⁴⁴

Mach-Mit-Baustellen

Seit 1996 werden jeden Sommer Berlins Baustellen für zwei Monate in ein Spektakel transformiert. Die Inszenierung der baulich-räumlichen Transformation nennt sich „Schaustelle Berlin“ und wirbt unter dem Motto: Betreten ist erbeten. Die Baustelle wird damit zur Schaustelle. Im Gegensatz zur normalen Baustelle, die mit Betreten-Verboten-Tafeln die Grenzen zwischen StadtbewohnerInnen und Baustelle klar zieht, dürfen hier die BesucherInnen für eine beschränkte Zeit auch hinter die Kulissen (d.h. den Bretterzaun) sehen. Es wird dabei die Illusion gefördert, mit dabei gewesen zu sein, ja sogar selbst Hand angelegt zu haben bei der großen Transformation Berlins. Hier wird nicht nur das Lob der Hochtechnologie gesungen („Besser, schneller, größer, effizienter“), sondern es werden auch Primärbedürfnisse der deutschen Häuslebauermentalität befriedigt („Ich war im Rohbau des Gebäudes und habe die nackten Wände gesehen, lange bevor sie verkleidet wurden“).

Bereits im ersten Jahr warb das Programmheft mit 200 verschiedenen Terminen für Besichtigung von Baustellen und Bauten, 250 Rundfahrten und Führungen, 800 Stunden Musik, Akrobatik, Pantomime auf neun Open-Air-Bühnen. So fand z.B. während dreier Sommerabende im August im Arata-Isozaki-Rohbau auf dem Daimler-Benz-Areal kostenlose Vorführungen der 30-köpfigen israelischen Batsheva Dance Company aus Tel Aviv statt. Versprochen wurde dabei „ein an alle menschlichen Sinne anrührendes Tanzspektakel“ mit starken Rhythmen und farbigen Lichteffekten, die den „vitalen Tanz über Erinnerungen, Wünsche, Fantasien und Freuden“ treiben würden.

Lanciert und verpackt wurde die Schaustelle von der Marketing-Gesellschaft „Partner für Berlin“ und der Senatsbauverwaltung sowie einzelnen Bauträgern, etwa Daimler-Benz.⁴⁵ Stadtvermarktung ist hier also eine *Public-Private-Partnership* mit „Partner für Berlin“ als Kopf und Ideen-Promotor. Diese „Gesellschaft für Hauptstadt-Marketing mbH“ wurde 1994 ins Leben gerufen und ist die Rechtsnachfolgerin der „Berlin 2000 Marketing-Gesellschaft“, die als PR-Unternehmen hinter Berlins Olympiabewerbung stand.⁴⁶ Seit dem 1. März 1996 amtiert der ehemalige Senator Volker Hassemer als

⁴⁴ Pressemitteilung vom 3. Juli 1996, hgg. von der Arge Info-Box.

⁴⁵ Daimler-Benz hatte gleich von Anfang an eine starke PR-Abteilung speziell für das Bauprojekt am Potsdamer Platz eingesetzt. Diese PR-Abteilung hat mit ihren innovativen Ideen, wie etwa Konzerte auf der Baustelle, eine gewisse Vorreiterrolle in der Bilderproduktion Berlins gespielt.

⁴⁶ Die Macht des Bildes wurde nicht nur von den Mitmischern der hegemonialen Struktur verwendet, sondern auch von den KritikerInnen. Ein ganz besonders gelungenes Beispiel ist der Kampf gegen Berlins Olympiakandidatur (die Daimler-Benz bekanntlicherweise unterstützte): eine äußerst effektiv und grafisch ansprechende Broschüre wurde nur wenige Tage vor der Abstimmung sämtlichen IOC-Mitgliedern zugestellt. Darin werden Bilder von Straßenschlachten zwischen Polizei und DemonstrantInnen gezeigt, eingeschlagene Schaufenster, brennende Autos,

Geschäftsführer dieser Bilderproduzenten-Gesellschaft, die sich selbst folgendermaßen beschreibt: „Die Gesellschaft trägt ... die Hauptverantwortung für die Imagewerbung Berlins. Dabei wird sie von namhaften deutschen Unternehmen ... sowie den Berliner Kammern und Wirtschaftsverbänden unterstützt.“ Inzwischen würden sich dabei „über 100 Partner aus der privaten Wirtschaft, Dienstleister und Medienunternehmen aus dem nationalen und internationalen Raum“ engagieren. Und weiter: „Gemeinsames Interesse der beteiligten Unternehmen, der Verbände und dem Berliner Senat“ sei es, „Berlin als Hauptstadt und Wirtschaftsstandort zu fördern.“ Die Gesellschaft sei „mit der Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen des Hauptstadt- und Standortmarketings“ vom Senat, welcher weder als Gesellschafter noch im Aufsichtsrat vertreten sei, beauftragt worden. „Diese Organisationsform ist einmalig im Standortmarketing in Deutschland und ein ungewöhnliches Angebot der Stadt an die private Wirtschaft, wichtige öffentliche Dinge mitzubestimmen.“⁴⁷

Aus dieser Selbstdarstellung wird ersichtlich, dass Partner für Berlin seine Hauptfunktion in der Bilderproduktion für die Zitadellenökonomie sieht. Die Baugrube am Potsdamer Platz war dabei Mittel zum Zweck. Hand in Hand mit den Großinvestoren und der Stadtregierung wurde für eine Diversifizierung der Bilderproduktion gearbeitet. Denn das Bild (und nicht so sehr das Abbild), so war allen Produzenten klar, ist was die eine Stadt von der anderen unterscheidet. Im Zeitalter der globalen kompetitiven Standorte ist die Brot-und-Spiele-Mentalität, die in Berlin meisterhaft entwickelt wurde, nicht nur dazu da, die Massen anzulocken und zu befrieden, sondern auch dazu, den Grund und Boden für potenzielle Investoren zu pflügen.

Zitadelle Potsdamer Platz

Städte sind sozial-räumliche Manifestationen von ökonomischen, sozialen und kulturellen Transformationsprozessen und gleichzeitig auch deren Akteure. Mit ihren glitzernden Fassaden und imposanten Höhen dienen Gebäude vielerorts dazu, ein Bild einer prosperierenden Kommune vorzuspiegeln. Dieses Bild scheint im globalen Wettbewerb um Standortfaktoren eine neue Dimension gewonnen zu haben. Die neuen Fassaden sind aber nicht nur Potemkin'sche Dörfer, sondern sie sind auch Produktionsstädten in der globalen Ökonomie.

Das Bild einer Stadt spielt eine zunehmend wichtige Rolle im globalen Wettbewerb um Standortattraktivität.⁴⁸ An dieser Bilderproduktion sind nicht nur die wohlbekannten MacherInnen, wie

mit Farbbeuteln beworfene Offizielle („Berlin 2000 NOlympic City“, o.O., o.J.). Außerdem wurde auch ein Video mit einem ähnlichen Inhalt produziert, in dem eine verummte, mit einem Stein bewaffnete Person sagt: „We are waiting for you.“ Sydney bekam den Zuschlag der Delegierten.

⁴⁷ Alle Zitate sind aus folgender Webseite genommen:

www.berlin.de/Land/Bundeshauptstadt/Partner/deutsch/wir/ueber_uns.html.

⁴⁸ Die Bilderproduktion durch gebaute Umwelt ist durchaus nichts grundsätzlich Neues. Spätestens mit dem ausgehenden 19. Jahrhundert wurden Weltausstellungen mit ihren oft imposanten Gebäuden dazu benutzt, um die

etwa Bauunternehmer und ArchitektInnen, sondern auch die VertreterInnen der lokalen Politik aktiv beteiligt. Nirgendwo sonst wird die Verbindung zwischen lokaler Politik und globalem Markt so deutlich wie im Wettbewerb um potenzielle Investoren und die Ansiedlung von Dienstleistungsunternehmen.

Was lässt sich nun bezüglich der Bautätigkeit in Berlin und insbesondere des Potsdamer Platzes sagen? Berlins Interesse für die Produktion von Bildern ist global gesehen keine Ausnahme (z.B. Kuala Lumpur: Twin Towers; Los Angeles: Getty Center, New York: Times Square). Doch was einzigartig ist, ist die Vehemenz, mit welcher die entsprechenden Bilder produziert werden. Die Bilderproduktion findet zum frühestmöglichen Zeitpunkt statt, lange bevor die Gebäude fertiggestellt sind. Die Bilder werden nicht nur durch Architekturentwürfe kreiert, sondern auch durch die Spektakularisierung des Bauprozesses. Was auch einzigartig für Berlin zu sein scheint, ist die besondere Rolle der Architektur in Stadtbildungsprozessen. Gegenkulturelle Bewegungen und deren Bilder sowie jene Bilder, die von dem Ostteil der Stadt unterstützt werden, sind jedoch seit dem Mauerfall mehr und mehr marginalisiert worden.

Aufmerksamkeit der industrialisierten Welt auf sich zu ziehen. Was hingegen neu ist, ist die Geschwindigkeit, mit welcher diese Bilder sowohl real als auch imaginär produziert werden.

Danksagung: Dieser Artikel wäre nicht ohne das großzügige editorische Verständnis von Albert Scharenberg möglich gewesen, der es wie kein anderer verstand, mich zwischen meinen realen Welten von Buffalo und Toronto immer wieder einzufangen und mich mental auf Berlin hinzuziehen. Dafür, und für die Einladung an diesem Projekt mitzuarbeiten, möchte ich ihm herzlichst danken. Der Artikel ist den PlanungsstudentInnen der State University of New York at Buffalo gewidmet. Thanks also goes to Macy Gray and Al Green.

Simone Hain

Urbanistik und Architektur beim neoliberalen Ausbau der Zitadelle Berlin. Ein Fall revanchistischer Stadtentwicklungspolitik

Grenzprobleme - Geopolitischer Prolog

Der Fall der Berliner Mauer hat in seiner Folge nicht allein die politische Landkarte Europas verändert, sondern auch - selbst bei der so genannten politischen Klasse - konkrete Ängste wach gerufen. Spätestens seit dem Zerfall der Sowjetunion schärfte sich das Bewusstsein dafür, dass sich das nur 60 Kilometer von der Oder entfernte Berlin geopolitisch an einer Bruchzone befinden könnte. „Direkt an der deutschen Ostgrenze beginnt eine große Erdbebenzone, die bis nach Wladiwostok reicht.“¹ Vor der Folie eines destabilisierten Hinterlandes entstanden Bedrohungsszenarien von „unkontrollierter Zuwanderung“ durch Millionen Wirtschafts- und Bürgerkriegsflüchtlinge. Angesichts eines Restrisikos des Scheiterns des Prozesses der europäischen Einigung müsse sich das Land alternierend auf die eigenen Interessen besinnen; „die Wahrung der eigenen Interessen“ sei, so der scheidende Außenminister Genscher, „nicht Machtpolitik, sondern Politik der Verantwortung.“² Jedenfalls setzte sich binnen Kurzem in den Diskursen von Peter Glotz bis Rainer Zitelmann eine Tendenz durch, das Subsidiaritätsprinzip der Europäischen Union primär nationalstaatlich oder völkisch zu interpretieren, zumal die „Multikulturalisierung von Gesellschaften“ nicht als „universell gültiges Gebot“ interpretiert wurde.³

Neben die Sorge ob der drohenden Zuwanderung trat gleichgewichtig die so genannte Standortdebatte. Vor der „Tigerkrise“ von 1998 schien vor allem die „technologisch-elektronische Herausforderung Japans und anderer asiatischer Staaten“ das alte Prosperitätsideal und Wohlstandsdenken mindestens genau so stark zu erschüttern wie die drohenden Flüchtlingsströme vom Balkan oder auch das „Polonisierungsszenario“ eines Berliner Demografen.⁴ Zwar hat sich nach der gigantischen Geldvernichtung an den asiatischen Börsen das deutsche Selbstwertgefühl zwischenzeitlich stabilisiert, doch genügt noch immer ein Engpass am Arbeitsmarkt, um etwa an den Ruf nach indischen Fachkräften bedrohliche Ängste vor asiatischen Invasionen zu knüpfen. Allemal wirkt hier die vom Verschwinden des eisernen Vorhangs ausgelöste Befürchtung nach, die Bundesrepublik könnte für die halbe Welt den selben Reiz haben wie für die früheren DDR-Bürgerinnen und -Bürger. Es ist dieser Hintergrund, der zu Reaktionen führte, die man am besten als Reterritorialisierung der Politik bezeichnen könnte.⁵ Parallel zu Karl Schlögel, der 1995 von der „Wiederkehr des Raumes“⁶ als „deutschem Sonderproblem“ sprach, spiegelte sich bis hinunter auf die Ebene des architektonischen Entwerfens das klare Bewusstsein von der strategischen Bedeutung der Räume für den Ausgang der neuen Verteilungskämpfe. Die in Berlin schließlich 1996 mit dem „Planwerk Innenstadt“ programmatisch vorgetragene Forderung nach konkreter sozial-räumlicher „Mittenbildung“ und Baulandgewinnung für ein besitzbürgerliches Klientel hat genau die Überlegung zur Voraussetzung, dass die bürgerliche Gesellschaft nur unter einer Bedingung „zivil“ bleiben kann – nämlich der, dass es ihr gelingt, sich an zentralen Orten zu re-etablieren und gegen den Druck der Ränder lokal zu verteidigen. Im Folgenden wird es darum gehen, welche Gestalt und Form diese Landnahmen, kulturellen Markierungen und Kämpfe um Klassifikation im zurückliegenden

1 Jochen Thies: Perspektiven deutscher Außenpolitik, in: Rainer Zitelmann/Karlheinz Weissmann/Michael Grossheim (Hg.): Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland, Frankfurt/M & Berlin 1993.

2 Hans-Dietrich Genscher, zit. nach: Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, 90. Sitzung am 6. Mai 1992, S. 7376.

3 Tilmann Mayer: Fragmente zur Bestimmung der deutschen Nationalstaatlichkeit, in: Zitelmann u.a., a.a.O., S. 508.

4 Eberhard von Einem hat zu Beginn der 90er Jahre den horrenden Wachstumsszenarien mit dem Hinweis widersprochen, in der austarierten deutschen Städtekonkurrenz könne Berlin im Höchsthfall Zuwanderer von jenseits der Oder gewinnen.

5 Vgl. Arnulf Baring, Deutschland was nun? Ein Gespräch mit Dirk Rumberg und Wolf Jobst Siedler, Berlin 1991. Hier werden die 1990 eingemeindeten „deutschsprachigen Polen“ aus dem Osten des Landes als für die Bundesrepublik kaum verkräftbare Bürde geschildert. Ihre Eingliederung stelle einen einmaligen humanitären Akt dar, der im eigenen Interesse der Deutschen keine Fortführung finden könne. Das Boot sei mit den 16 Millionen zuwendungsabhängigen DDR-Bürgern mehr als gefüllt.

6 Vgl. Karl Schlögel: Deutschland: Land der Mitte, Land ohne Mitte, in: Zitelmann u.a., a.a.O., S. 444.

Jahrzehnt in Berlin angenommen haben. Es geht um einen analytischen Blick hinter die Fassaden des „Neuen Berlin“.

Restitution – ein hochspekulativer Kaltstart

Bis zum Fall der Mauer stand Berlin gewissermaßen unter Quarantäne. Nach vollkommener Zerstörung, kontradiktorischem Neuaufbau in beiden Stadthälften und anhaltender wirtschaftlicher Marginalisierung im Westen war es 40 Jahre lang in seiner Sonderrolle als Frontstadt des Kalten Krieges und Schaufenster der Systemkonkurrenz gefangen gewesen. Auch hatte in beiden Stadthälften eine jeweils systemtypische Sozialisierung zur weit gehenden Ablösung von Marktzwängen geführt.

Dann kam als freudiger Schock der 9. November 1989. Noch bevor in beiden Stadthälften ein gemeinsames Planungsrecht entstehen konnte, gingen auf einem plötzlich entstandenen Markt riesige städtische Ländereien über den Tisch. Immobilienmakler pumpeten sich schon vor dem 3. Oktober 1990 mit Optionen auf Liegenschaften inner- und außerhalb der Stadtgrenzen voll. Restitutionsansprüche in der Innenstadt wurden zusammengekauft, Berliner Immobilien wurden von der Treuhand weltweit angeboten. Gerade weil noch jede Vorstellung fehlte, welche Rendite man erwarten könne, d.h. wie hoch sich später die Bauwerke würden türmen lassen, schlug die Stunde der futuristischen Wachstumsszenarien: Ost-West-Drehscheibe, Wissenschaftsmetropole, Olympiade, dann schließlich der Hauptstadtdeschluss - alles wurde exponenziell auf die realen Defizite an Hotel-, Gewerbe- und Wohnbauflächen draufgesattelt. Die spekulativ kalkulierten numerischen Zuwächse erzeugten einen Druck⁷, unter dem das in West und Ost breit präferierte Leitbild „Behutsamkeit und Stadtreparatur“ umgehend zusammenbrach. Darauf aufbauende Flächennutzungspläne waren alsbald nur noch Makulatur. Die rot-grüne Regierung agierte „quer zur ökonomischen Entwicklung“ (Stimmann) und wurde alsbald als anachronistisches „Bündnis von Bürokratie und Biotop“ (Kollhoff) verspottet. Ihre im Laufe der 80er Jahren kultivierte Zurückhaltung gegenüber städtebaulichen Großoffensiven äußerte sich in dem Bemühen, den Kapitalstrom zunächst auf die Mauerbrachen und in den sozialen Wohnungsbau zu lenken sowie weiterhin Grün- und Freiräume zu sichern. Diese bald als „Posemuckel-Attitüde“ attackierte Reserviertheit trug maßgeblich zur folgenden Wahlniederlage der Koalition bei.

Die folgende große Koalition gab alle sozialen und ökologischen Schutzrhetoriken auf. Ausdrücklich war davon die Rede, dass die „global players“ in der Stadt, „mit der sie etwas machen wollen“, herzlich willkommen seien. Der damalige Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz, Volker Hassemer (CDU), formulierte dieses Anliegen so: „Haben wir darauf nicht 40 Jahre gehofft? ... Wir dürfen den Tiger nicht zähmen, wir müssen ihn reiten. Wir wollen die Kräfte nicht bändigen, wir wollen sie ausschöpfen“.⁸ Der Senatsbeauftragte für die Betreuung der Investoren, Hanno Klein, wünschte sich gar eine neue „Gründerzeit mit Markanz und Brutalität“. Am 12.6.1991 fiel er einem Briefbombenattentat zum Opfer, das bis heute unaufgeklärt blieb.

Strategie Nr. 1: Nachholende Modernisierung - „neue Gründerzeit mit Markanz und Brutalität“

Während Berlins rot-grüne Regierung noch heftig bemüht war, den plötzlichen Investitionsdruck zu verkraften, hatten im Oktober 1990 einige am kommenden Baugeschäft interessierte Architekten werbewirksam in die Tasten gegriffen. „Berlin morgen. Ideen für das Herz einer Großstadt“ hieß eine Ausstellung am Deutschen Architektur-Museum in Frankfurt am Main, die die angeblich verschlafene Stadtplanung Berlins blamieren sollte. Die unter Freunden kostenlos produzierte Ausstellung bot gewissermaßen einen Katalog möglicher Formen, in denen sich Berlins unaufhaltsamer Aufstieg in die Reihe der mächtigen Stützpunkte der Weltwirtschaft vollziehen könnte. Gewaltige Skylines, flippige Dekonstruktionen, großfigurige städtebauliche Monumente, wahlweise malerische oder rationale Rasterfassaden, rasende Beschleunigungsszenarien, populistische Motive und High-Tech-Modernismen wurden hier als die Insignien eines neuen Berlin dargestellt.

⁷ Vgl. den als Sonderdruck der "Bauwelt" herausgegebenen Zwischenbericht "Berlin 1991", vor allem unter der Rubrik "Die Herren mit der weißen Weste am Förderband Berlin Mitte 'bitten um beschleunigte Genehmigung'. 66 Projekte für die Hauptstadt." (Bauwelt 39, 18.10.1991).

⁸ So Hassemer am 4.10.1991 in einer Rede vor dem von ihm als Beratungs- und Legitimationsgremium gegründeten "Stadtforum".

Der improvisierten Frankfurter Ausstellung folgte bald eine in Berlin selbst konzipierte Schau unter dem Titel „Berlin heute“, in der sich die Hochhausszenarien projektbezogen konkretisierten. Heute ist jedem Beobachter klar, welche aphrodisierende Wirkung die Bilder der Architekten damals auf Wirtschaft, Politik und öffentliche Meinung hatten. Die Preiserwartungen bei Treuhandliegenschaftsverwaltung und Zwischenerwerbem waren nun durch Nichts mehr zu dämpfen. Der Staat spekulierte mit den Immobiliengesellschaften um die Wette. Die heute trotz eingetretener Rezession immer noch exorbitanten Bodenpreise der Innenstadt (um 7.000 DM/m² und mehr) wurden damals durch die Architekturvisionen emporgetrieben. Virtuelle Bilder steigerten die Renditeerwartungen (bei Spitzenpreisen für spekulative Wiederverkaufsobjekte von 40.000 DM/m²) und schädigten in der Fixiertheit auf Großakteure nachhaltig die Marktchancen lokaler Bauherren.

Niemand unter den an der Macht beteiligten Beamten und Akteuren hat sich dem Sog zu entziehen vermocht. Berauscht und überdies in überschwänglichem Sendungsbewusstsein schwamm alles auf der allgemeinen Welle der Wachstumseuphorie, die sich vor allem als „nachholende Modernisierung des Ostens“ zum Leitbild verfestigte. So schrieb der damalige Senatsbaudirektor, Hans Stimmann:

„Bezogen auf die westdeutsche Entwicklung gibt es einen Nachholebedarf von vielleicht 25 Jahren ... Es fehlen ... Einkaufszentren. Kein Mensch kauft mehr in Einkaufseinrichtungen, die weniger als 500 Quadratmeter Fläche haben... Es gibt den Normalbesatz an Infrastruktur für unser wichtigstes Verkehrsmittel, das Auto nicht. ... Wie hoch ist der Nachholebedarf an Bruttogeschäftsflächen für den Dienstleistungssektor, wenn das Niveau von Hamburg, also nicht das höhere Niveau von Frankfurt erreicht werden soll? Dann werden Zahlen von 10 und 15 Millionen Quadratmeter Bruttogeschossfläche für Büros genannt, also eine Größenordnung, die man sich kaum vorstellen oder begreifen kann... Ganze Städte von Bürocentern sind in Berlin ... erforderlich. Das sind Bauaufgaben von historischer Dimension.“

Als wenn man mit sich selber auf Jahrzehnte hinaus nicht genug zu tun hätte, träumten Beamte in Berlin von einer exemplarischen Baukultur mit internationaler Ausstrahlung. Nach der alten Vorstellung von der Heilkraft des deutschen Wesens sah man sich z.T. schon, wie Stimmann, als Kulturträger für die anstehende Revitalisierung der östlich vom Alexanderplatz gelegenen „Not leidenden Länder“ bis hinter dem Ural:

„Der Berufsstand der Architekten existiert in der DDR und in den Ostblockländern nur noch in kaum wahrnehmbaren Resten. Mit der ganzen bürgerlichen Klasse ist auch das abhanden gekommen, was Herr Peichl vom Bauherren erwartet. Das Verständnis, ein Bauherr zu sein, setzt ja voraus, dass sich jemand kulturell überhaupt artikulieren kann, sich über Farben, Formen, Raumgrößen, über Beleuchtung, Ausstattung, Möbel und vieles andere differenzierend Gedanken macht... Das heißt, die ganze Bourgeoisie, die bürgerliche Klasse ... ist in diesen Ländern ausgestorben. Das Bildungsbürgertum mit seinen entwickelten Vorstellungen von Esskultur, Bekleidung, des Konsums etc. ist eben weg... [So] ist ein baukultureller Kahlschlag entstanden, der erst einmal wieder aufgeforstet werden muss.“⁹

Dieser klassentheoretische Aufforstungsgedanke sollte als besonders origineller Beitrag zum Nachhaltigkeitsdiskurs in der zweiten Phase der Berliner Stadtentwicklung unter dem neuen Leitbild nun der „nachhaltigen“ statt der nachholenden Modernisierung wieder auftauchen. Zu dem Zeitpunkt, etwa ab 1996, war allerdings der kontextuelle Zusammenhang der Stimmannschen Denkfigur mit den sozialdarwinistischen Thesen des Historikers Arnulf Baring vom biologischen Aussterben der untüchtigen „deutschsprachigen Polen“ im Ostteil der Republik schon wieder in Vergessenheit geraten.

Der Potsdamer Platz : Das Manhattan-Projekt in „preußischem Aspik“

Zunächst kam es jedoch zu einer problematischen Wende, die sich Ende 1991 in der breiten Berliner Abwehrallianz gegen das von Richard Rogers unterbreitete Investorenmodell des Potsdamer Platzes manifestierte. Das politisch ebenso verfehlt wie herausfordernde Megaprojekt wurde allgemein als Nagelprobe für die Zukunft von Stadt und Gemeinwesen betrachtet:

⁹ Zitate Hans Stimmanns in : Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen (Hg.): Pro Bauakademie. Argumente für eine Neugründung. Dokumentation der Diskussion auf der Constructa '92 am 8.2. 1992 in Hannover, S. 27-34.

„Es geht hier um den Typus von Stadt, der in Zukunft gebraucht wird. Die ruhigen Jahre, in denen die Städte vor sich hin wachsen konnten, sind vorbei, der Horizont verdüstert sich weltweit. Was jetzt für den Potsdamer Platz zur Auswahl steht, betrifft alle reichen Industriestädte.“¹⁰

Der britische Architekt hatte im Auftrag der Bauherren im Wesentlichen auf privatkapitalistischer Freiheit und wirtschaftlicher Vernunft, empiristischen Grundüberzeugungen und zeitlicher Flexibilität basierende Vorstellungen dafür unterbreitet, wie man die gewaltigen Baumassen in eine von ihrem Inhalt sprechende Form bringen und zugleich urban verorten könne. Dahinter verbarg sich die massive Kritik, die von Daimler Benz, Sony, ABB, Hertie und ‚Haus Vaterland‘ als angehenden Investoren an den stringenten Ordnungsvorgaben der lokalen Akteure geübt wurde:

„Die Baumassen erscheinen in der vorgestellten Massierung zu gewaltig. Es ist zu befürchten, dass dies durch eine Reduzierung der Nutzung verbessert werden soll. Die Schaffung eines urbanen Platzes ist durch die zu enge und undefinierte Ansammlung unterschiedlich hoher Gebäude in Frage gestellt. Die strengen Form- und Höhenangaben erlauben nicht die Schaffung individueller und unverwechselbarer Identität für die einzelnen Unternehmer. ... Aus dieser Betrachtung ergibt sich die Forderung nach zeitlicher Flexibilität. Bebauungspläne, Straßenanordnung und Blockstruktur dürfen nicht als unveränderbare Determination für Bebauungsplanverfahren und Architektenwettbewerb betrachtet werden, sondern müssen diskutierbar und veränderbar sein.“¹¹

Rogers planungsmethodische Forderung nach einem „flexiblen Rahmenwerk“ war keineswegs allein, wie umgehend von der Kritik skandiert, ein Niederschlag rein ausnutzungsorientierter Investorenwillkür oder ein Anschlag auf die Selbstbestimmung der Stadt – denn die hatte sie mit dem en-bloc-Verkauf der Flächen bereits weit gehend abgegeben. Sein Entwurf entsprach lediglich den tatsächlichen Kräfte- resp. Besitzverhältnissen am Platz. Stand mit dem in Blöcke aufgelösten Strukturplan der Wettbewerbspreisträger Hilmer & Sattler die pure Fiktion von urbaner Mannigfaltigkeit auf scheinbar unabhängigen Parzellen im Vordergrund, so lief Rogers Konzept darauf hinaus, die drei nun einmal vorhandenen Großakteure in ein austariertes Verhältnis zueinander und zu den berechtigten übergeordneten Interessen der Stadt zu bringen. Diese Anerkennung der wirtschaftlichen Tatsachen entsprach der pragmatischen angelsächsischen Tradition und der liberalistischen Kultur des fairen Aushandelns und Kooperierens zum gegenseitigen Vorteil.

Während man sich in Berlin also ziemlich fundamentalistisch an die Aura des alten Potsdamer Platzes und Metaphysisches klammerte, ging darüber die Chance verloren, dem neuen Platz durch die Evidenz der realen gesellschaftlichen Verhältnisse Authentizität und Identität zu verleihen. Statt dessen zeigt sich im ausgeführten Projekt die städtebauliche Rache an den alt- und großberliner Fiktionen in funktional ebenso sinnlosen wie gestalterisch unbewältigten Gässchen. Auch werden die Bürohäuser ihr Geldfabrikenimage nicht dadurch los, dass sie hier Stadt spielen und mediterrane Farbigekeit zu entfalten versuchen. Was früher die Fabriken der Industriegesellschaft, sind heute die globalen Geldverwertungscenter und Dienstleistungslobbies – Zweckbauten suis generis. Rogers Projekt hätte diese globalisierten Wirtschaftskörper zur prägnanten Anschauung gebracht.

Allein, auf das Stichwort der Investoren hin kam es in der Stadt zu einem ideologischen Schulterschluss gegen das „fremde“, englische Prinzip der Empirie und des freien Spiels der Kapitale. Das Projekt der Investoren wurde als Überrumpelung des Gemeinwohls durch das Kapital dargestellt, zumal der „vertrauliche Schlussbericht“ von RRP an die Investoren dann tatsächlich maximale Geschossflächenentwicklungen jenseits der Traufhöhe und Wohlanständigkeit auswies.¹² Die öffentliche wie die Fachmeinung reagierten auf das intelligente und integrale Projekt von Rogers, das neben einem integrierten Verkehrskonzept auch ökologische Forderungen nach einer von Bürgerinitiativen verfochtenen Grüntangente ausformulierte und zum Kulturforum mit Staatsbibliothek einen Respektabstand hielt, prompt mit Restriktion und Xenophobie. Die ortsansässigen Kollegen verstiegen

10 Dieter Hoffmann-Axthelm, Die Kapitulation vor der realen Stadt, in: FAZ vom 1.11.1991, S. 35f.

11 Werner Breitschwerdt (ehem. Vorstandsvorsitzender und Aufsichtsratsmitglied der Daimler Benz AG): Das Beste für Berlin, in: Bauwelt 41, 1.11.1991 (Potsdamer Platz), S. 2230.

12 Vgl. Robert Franks Beitrag zum Potsdamer Platz in: Berlinische Galerie und Museumspädagogischer Dienst Berlin (Hg.): Platz und Monument, Berlin 1992, S. 147-157.

sich dazu, ein „Stadtverbot“ (Jürgen Sawade) für den „Michelangelo von London“ (Dieter Hoffmann-Axthelm) zu fordern. Rogers, der mit großer Sensibilität immer auf den konkreten urbanen Einzelfall hin argumentiert und diesen von anderen Situationen sorgfältig unterscheidet, sah sich einem Berliner Block abstrakt vorgehender Universalisten¹³ gegenüber, die außerdem noch kartellartig ihre Marktanteile verteidigten:

„Wir waren im Gästehaus des Berliner Senats. Alle waren da. Es war eine der schrecklichsten Erfahrungen meines Lebens! ... Wir sind kaum dazu gekommen, unseren Entwurf darzustellen. Man mag mich für einen schlechten Architekten halten; aber es waren zwanzig deutsche Architekten da: Wir haben nicht eine einzige Stimme bekommen. Sie verhielten sich wie eine richtige Gewerkschaft. Ein Club. Eine Art Schulterchluss aus politischen Gründen - das hat mir wirklich Angst gemacht.“¹⁴

Diese Abwehrfront stellte zugleich die Weichen für Leitlinien und quasi-körperschaftliche Allianzen der Berliner Planungskultur und Baupolitik der Folgejahre. Mit wachsender zeitlicher Distanz wird darüber hinaus deutlich, dass es sich zugleich auch um eine konservative Wende hin zu einem Prinzip von „Ortung und Ordnung“ handelte, das soziale Qualitäten gewissermaßen geometrisierte. Kultur, Bürgerschaftlichkeit und zivilgesellschaftliches Verhalten wurden überzeitlich an ausgewählte räumlich-architektonische Merkmale eines bestimmten Territoriums gebunden, dessen „genius loci“ je nach ästhetischer Gestalt kulturbildend wirke oder eben im Gegenteil zerstörend¹⁵. Stein *war* selbst Geschichte, Glas dagegen konnte nicht sichtbar altern und war daher nicht in der Lage, Persistenz - nicht etwa nur nicht auszudrücken, sondern - zu *sein*. Die normative Beschwörung einer auf Tugenden wie Idealismus, Ordnung und Affektbeherrschung basierenden „Berlinischen Architektur“ als verbindliche Semantik erscheint somit wie eine architekturtheoretische Entsprechung des „deutschen Sonderweges“.¹⁶ Man sei, so wurde die „Erfindung einer Tradition“ (Eric Hobsbawm) begründet, an diesem Ort aus einer existenziellen Kontinuität der Geschichte heraus zu einem festgelegten gestalterischen Verhalten gezwungen. Die Identität Berlins wurde überzeitlich an die preußische Erfahrung gebunden. Reguliert durch die Genehmigungspraxis der Bauverwaltung verwandelte sich der Plan der Stadt konträr zur in der Nachkriegszeit auf beiden Seiten aufgelockert bebauten Stadt in ein quasi militärisches Exerzierfeld aus in Flucht und Block angetretenen Formationen. Die Architektur erschien als Uniform von regelmäßig und lakonisch aufgereihten Elementen geringer Variationsbreite. Bereits im stadium nascendi war die neue Architekturdoktrin als Semantik radikal entdifferenziert und exklusiv. Doch noch bezog sich der unifizierte Kode des „Berlinischen“ nur auf einzelne Bauvorhaben.

Der ästhetische Arm der Politik und die „vermüllten Räume“

Um im Hochgeschwindigkeitsrausch „den Tiger reiten“ zu können, hatte sich CDU-Senator Hassemer zur Legitimitätsbeschaffung ein Gremium geschaffen, das die forcierten Entwicklungen zumindest breit erörterte und Empfehlungen für die Politik gab. In seiner Amtszeit war das „Stadtforum“ ein Kollegium, das unter Bedingungen einer gewollten Deregulierung immerhin kooperative Planspiele zelebrierte und eine interessierte Fachöffentlichkeit auf dem Laufenden hielt. Senatsbaudirektor Hans Stimmanns regelmäßige „Architekturgespräche“ hatten dagegen eher den Charakter von Präsentationen einzelner ausgewählter Architekten. Von dieser einseitig gerichteten Kommunikationspraxis, in der mit klar verteilten Rollen von einem erhöhten Podium herab dem Auditorium Gestaltungskonzepte verkündet werden, ist er bis heute nicht abgegangen. Aber immerhin erreichte Stimmann, gestützt auf das in der Abwehr des englischen Empirismus zusammengewachsene Kartell, dass die Neubauten zumindest nicht

13 Vgl. Kaye Geipel: Der Trend zum Universalismus. Zur Abstraktion des Blocks am Potsdamer und am Alexanderplatz. In: „Arch +“, Nr. 122 (Von Berlin nach Neuteutonia), Juni 1994, S. 39.

14 Das Tor zum Osten. Richard Rogers im Gespräch mit Nikolaus Kuhnert, in: Lettre International, Frühjahr 1993, S.77.

15 Vgl. die Argumentation von Kay Junge: Staatlichkeit und Territorialität. Soziologische Überlegungen zum Verhältnis von Ordnung und Ortung. In: berliner Debatte INITIAL, 4/5 (1995), S.155ff.

16 Unter diesen Aspekt fällt auch Karl Schlögels Argumentation gegen die strukturalistische Politologie und Gesellschaftsgeschichte. Vgl. ders.: Der heiße Punkt. Geschichte ist nicht abstrakt, Geschichte hat einen Ort: Die Wiederkehr des Raumes ist ein deutsches Sonderproblem, in: Der Tagesspiegel, 21.7.1995.

beliebig in den Himmel wuchsen und die Struktur der Stadt gänzlich zerschlugen. Jedoch wühlten sie sich statt dessen mehrgeschossig in die Erde ein oder verdrängten zartere Nachbarschaft. Bestenfalls wirkte das berlinische Regelwerk als Schaumbremser gegen allzu „amerikanisch-asiatischen Wildwuchs“: Traufhöhenregeln, Gestaltungssatzungen und Regelwerke für Fassaden. Aperspektivisches und uneindeutiges Gestalten - und damit *die* Ästhetik der aufgeklärten Postmoderne - war ebenso verpönt wie situationistische und „grüne“ Konzeptionen. Stimmann, der sich als „ästhetischer Arm des politischen Senators“ verstand, verfügte als Senatsbaudirektor zur Durchsetzung seiner Gestaltungsdoktrin über einen Stab von 60 MitarbeiterInnen:

„Ich bin ein Anhänger der körperhaften Architektur, des steinernen Berlin ... Meine Architektur muss sich in die Traditionslinie von Gilly, Schinkel, Messel, Mies van der Rohe, Taut bis Kleihues einordnen lassen ... Die erste Bedingung heißt: Bauen im Block ... Wo immer ich Architektur beeinflussen kann, verstehe ich das unter der Überschrift: diszipliniert, preußisch, zurückhaltend in der Farbigkeit, steinern, eher gerade als geschwungen.“¹⁷

Diese strikte Verordnung einer metaphysisch begründeten „Uniform“ musste in Berlin, das sich andererseits gern als Stadt der vielen Orte verstand, an dem „jeder nach seiner Fassung seelig“ werden könne, negativ aufgenommen werden.

In der Folge gab es schon 1992 eine medienwirksam inszenierte Debatte, die als „Berliner Architekturstreit“ voraussichtlich in die Baugeschichte eingehen wird. Im Prinzip wiederholte sich das, was 1929 schon ein Mal als „Berliner Dächerkrieg“ und 1951 im Osten als „Formalismusdebatte“ oder auch „Realismusstreit“ ausgetragen worden war: die Auseinandersetzung um eine ästhetische Strategie, der technisierten Welt zu einem authentischen Ausdruck zu verhelfen und damit auf der Höhe der Zeit zu entwerfen. Kritiker nannten die das Architekturgeschehen bald dominierenden Vorgaben aus der Bauverwaltung konservativ, reaktionär, und die daraus resultierenden Bauformen faschistoid. Nachweisbar sind zumindest weit gehende Komplexitätsreduktion, Ausschlussprozeduren, Oberflächenfixiertheit und eine aus dem frühen 19. Jahrhundert überlieferte Ästhetik „edler Einfachheit, stiller Größe“. Von Anfang an herrschte der Geist der Orthodoxie, der sich in eine besondere Berliner Form des neoliberalen Revanchismus kleidete: Rache für die „gemordete Stadt“¹⁸.

Strategie Nr. 2: Nachhaltige Modernisierung – „Die Mitte aneignen und Bauland erobern“

Das „Manhattan-Projekt“, Berlins große Ehrgeiznummer, ist zuletzt in der tiefen Haushaltskrise der Stadt, in horrendem Büroleerstand, ewigen Baustellen und verzögerter Hauptstadtwerdung abgestürzt. 1a-Lagen verwandelten sich, wie am Alexanderplatz, in 2b-Lagen. Und insbesondere die gesellschaftlich wie wirtschaftlich degradierten „Ossis“, so stellte sich in der neuen Friedrichstraße heraus, „wollten nicht so recht flanieren“. Ergebnis der großen Spekulation waren überdimensionierte Bau-Lose, Superprojekte aus einem Guss, die an verschiedenen Orten der Stadt nun wie gestrandete Ozeanriesen daliegen. Weil die umgebenden Baufelder eben nicht automatisch „voll liefen“, trugen diese „Investorenkühlschränke“ in ihrem Inseldasein zur innerstädtischen Peripherisierung bei.

Vermutlich hat die aufkommende Angst vor der drohenden politischen oder weltwirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit Berlins spätestens in der Niedergangphase den einflussreichsten Vertreter der postmodernen Spurensuche, Dieter Hoffmann-Axthelm, vollends an die Seite des Machtkartells getrieben. Weil seine bisherigen bodenrechtlichen Interventionen marginal geblieben waren, ging der ehemalige Anhänger der Stadtreparatur und strikte Kritiker der Neubaufraktion zur Wahrung der Berliner Würde mit einem radikalen Umbau- und Reprivatisierungsprojekt aufs Ganze, das von der Gruner+Jahr-Presse sogleich als Einleitung einer „epochalen Wende“ (Klaus Hartung) angefeuert wurde. Hoffmann-Axthelm unterbreitete einen Plan dafür, wie die Westberliner, die daran 40 Jahre gehindert gewesen seien, sich nun

¹⁷ Hans Stimmann in einem Interview im „Baumeister“, Heft 7/1993.

¹⁸ So der Titel eines enorm erfolgreichen Buches von Wolf Jobst Siedler u.a. von 1963, in dem dieser den modernen Nachkriegsstädtebau der eigentlichen Stadtzerstörung angeklagt hatte. Seither ist es in Berlin unmöglich, auf den vorhergegangenen sozialen Zivilisationsbruch und seine militärischen Konsequenzen hinzuweisen. Die Ursachen für den Verfall der traditionellen sozialen Form der Stadt werden ausschließlich und allein als der Stadtplanung und den politischen Regimen geschuldet, niemals jedoch als aus der Substanz der bürgerlichen Gesellschaft selbst erklärbar verstanden.

„innerhalb eines engen politischen Zeitfensters“ bis zur Ankunft der Bonner die historische Mitte aneignen könnten. Diese neue Eigentümerschicht sollte mit der „Aufforstung der Stadtglätzen“ (Michael Mönninger), der „gestaltlosen und vermüllten Räume“ (Klaus Hartung) und weiteren Kulturarbeiten die „Ankunft von 80 Millionen Bundesbürgern in ihrer neuen Hauptstadt“ vorbereiten. Der Plan forderte als überfällige Entscheidung das politische „Primat der Mitte“ ein, weil inzwischen klar geworden sei, dass im Herz der Stadt „Stadttradition und Stadtdemokratie zusammengehören, dass die Verwahrlosung der einen die Verwahrlosung der anderen mit sich zieht.“¹⁹

Gelten die neuen Stadtbürger als Pioniere der zivilen Gesellschaft, so werden die bisherigen Bewohner der Mitte schlicht als „staatssozialistische Implantate“, als die „Leute mit den roten Parteibüchern“ (Hoffmann-Axthelm) diskreditiert. Im kollektiven Gedächtnis der Stadt ist durch die Ostberliner aber auch eine andere Erfahrung von Stadt überliefert, in der Äußerlichkeiten keine entscheidende Rolle spielen und wo statt Konkurrenz nach wie vor gerade Kooperation als Wert gilt. Die unterschiedlichen kulturellen Praktiken und das widerstrebende Interesse zweier ökonomisch ungleich handlungsfähiger Gesellschaften im gleichen Raum macht die jeden postmodernen Stadtumbau begleitenden Konflikte im Berliner Fall zu einem Politikum von weit reichender Bedeutung.

Wie sieht ein städtebaulicher Plan aus, der mit willkürlich gezogenen Linien in der Stadtlandschaft und dazu gestellten Bildern, aus dem Nichts heraus den politischen Willen zu einer epochalen Wende transportiert? Was ist neu daran, um als Alternative wahrgenommen zu werden? Mit wenigen Worten gesagt, bemächtigt sich der zwischen Frühjahr und Herbst 1996 erstellte Plan erstmals der gesamten Innenstadt im Bereich des so genannten „Hundekopfes“, wie der Bereich des inneren S-Bahn-Rings von Planern genannt wird. Während die Stadt und der Bund in den vorangegangenen Jahren mit den symbolischen Großprojekten der Metropolisierung und Hauptstadtwerdung vollauf beschäftigt gewesen waren, verknüpfte der neue Plan die insulären Standorte (orange Farbe) nun mit einem den Bestand (grau) verbindenden Netz rot eingetragener Blockstrukturen als Neubauvorhaben. Allein durch den Maßstab (1:20.000) werden die (auch für die Berliner Planungsgeschichte seltene) Raum greifende Ambition wie auch die Problematik des Unterfangens deutlich. Denn der avisierte Stadtumbau erfasst Gebiete, die jenseits der konkreten Milieuerfahrung jedes einzelnen, noch so bewanderten Stadtbewohners oder Planers liegen, und will doch als Ganzes Zustimmung - und mehr noch: Identifikation - erwirken. Auffällig ist sodann, dass die roten Interventionen in der historischen Mitte, dem vom DDR-Städtebau dominierten Gebiet, am kompaktesten und detailliertesten sind, während sie in der City-West eher streuen und weiträumiger ausgreifen. Im Gegensatz dazu erscheint das betroffene Gebiet im Osten als so konzentriert für Neubauvorhaben ausgewiesen, dass der Eindruck entsteht, es sei bislang kaum bebaut und bevölkert gewesen. Hier wurde offensichtlich die größte Energie aufgebracht, was eine parzellenscharfe Teilung im zweiten Blick sogleich bestätigt. Mit der Reparzellierung von überwiegend Gemeindeland wird die privatwirtschaftliche Auffüllung der Freiflächen vorbereitet. Zur Überbauung sind breite Straßenzüge und in erster Linie die bislang grün festgeschriebenen Erholungs- und Spielflächen sowie stadtklimatisch bedeutsame Kaltluftschneisen vorgesehen. Einige Kindereinrichtungen werden annulliert. Die vorgegebene Verdichtung zehrt nahezu alle unbebauten Flächen (z.B. um den Fernsehturm herum) auf. Die modernen Strukturen des Nachkriegsstädtebaus werden mit aus dem 19. Jahrhundert entlehnten Raumtypologien konterkariert, ästhetisch durch extrem Gegensätzliches attackiert sowie funktional durch Verschattung, Ausstattungsreduktion und neuerliche Verkehrsbelastung schwer beeinträchtigt.

Die „schwarze Architektur der Durchkreuzung“: eine gebaute Schlussstrichdebatte

Neu an dem Verfahren ist vor allem der Maßstab und das voll regionalisierte Programm des Rückbaus von so genannten Brachen, wo sich in Form von Straßen oder Gärten zumeist zweckbegründete Stadtanlagen befinden. Die Muster der Planung, nämlich Umlegung von Grundstücken, Straßenneubau und Blockbildung, setzen das schon beim Potsdamer Platz vorgedachte und am Alexanderplatz entwickelte Masterplanverfahren²⁰ unter „Erfindung einer Tradition“ lediglich im feinkörnigeren sozialräumlichen

¹⁹ Klaus Hartung: Der Hauptstadt-Plan: Operation am offenen Herzen, in: Die Zeit vom 29.11.1996, S. 9ff.

²⁰ Im Zusammenhang der ersten großen Wettbewerbe war in einer Diskussionsreihe der Zeitschrift „arch+“ bereits nachdrücklich die Aufgabe von Masterplankonzepten zu Gunsten flexibler, dezentraler Planungsansätze gefordert worden. Vgl. Nikolaus Kuhnert/Philipp Oswald/Peter Baumgärtner/Heinrich Suhr: Berlin - Masterplan oder offene Planung? Exposé zur Veranstaltung in der Galerie Aedes am 15.3.1991 (im Archiv der Autorin).

Grundmuster der Einzelparzelle fort. Auch die Ästhetik bleibt beim bekannten Vokabular der „kritischen Rekonstruktion“; die erkenntnistheoretische Grundhaltung erweist sich weiterhin als antiempirisch-orthodox. Hier geht es nicht um das konkrete Problem eines einzelnen Ortes, sondern um die Durchsetzung eines durchgreifenden Prinzips, mit dem im Namen des „steinernen Berlin“ 80 Jahre Berliner Stadtentwicklung nach dem Imperativ „Licht, Luft, Sonne“ als vollständig verfehlt ausgeschaltet werden sollen. Gegen den modernen sozialistischen Städtebau mit seinen monumental gedachten und zentralperspektivisch komponierten weiten Panoramen wird nun, so Hoffmann-Axthelm, eine „schwarze Architektur der Durchkreuzung“²¹ eingeführt. Hoffmann-Axthelm wünscht sich eine „dichte, sehr dichte Stadt“: „ein klares Übergewicht der Menschen über die freien Räume.“ Hinzu tritt der Wunsch nach einem „aus der Zerstörung zurückgeholten Stadtzentrum, eines, das also die Leiden dieses Jahrhunderts sichtbar hinter sich hat.“

Mit Dieter Hoffmann-Axthelm trat nunmehr ein Akteur in den Vordergrund, der sich durch eine Reihe von Büchern als „Berlins bedeutendster Stadtdenker“ (Gerwin Zohlen) empfohlen hatte. Insbesondere mit Titeln wie „Die dritte Stadt“ (Frankfurt/M. 1993) und „Anleitung zum Stadtumbau“ (Frankfurt/New York 1996) als überdurchschnittlich informiert und engagiert eingeführt, hätten sich mit dem Namen des Autors eigentlich Hoffnungen auf eine intellektuelle Läuterung der Berliner Stadtentwicklungsdebatte verknüpfen sollen. Aber Hoffmann-Axthelms breit angelegtes Theoriegebilde läuft auf eine einzelne apodiktische Grundannahme hinaus, nämlich die ausschließliche Gewähr von „Ortsidentität“ durch eigentumsrechtliche Verankerung im Grundbesitz. Nach seiner dezidiert antietatistischen Auffassung könnten, mittels der Wiedereinführung des kleinteiligen Parzellensystems als grundlegendes vertragliches Regelwerk und verfahrensrechtliches Instrument, alle heutigen städtischen Probleme in Richtung wünschbarer Mischung, Komplexität, Restitution von Öffentlichkeit, Dezentralisierung und lokaler Ökonomie erfolgreich bearbeitet werden. Gegen die implizite Entmündigung moderner staatlicher Fürsorgemacht, gegen die Anonymität gesellschaftlicher Großstrukturen unterbreitet er ein radikales „Emanzipationsprogramm“ auf der Basis wirtschaftlich autonomer Individualität. Er programmiert - vollkommen unbeeindruckt vom weit fortgeschrittenen kapitalen Konzentrationsprozess der globalen Ökonomie - eine neue privatwirtschaftliche Gründerzeit auf den „Brachen“ der modernen Stadt. Eine solche Engführung der Theorie hat allerdings die Annahme zur kaum ausgesprochenen Voraussetzung, dass die Stadtentwicklung des 20. Jahrhunderts überwiegend einer gesellschaftstheoretischen Konstruktion – metaphysischen Planungsideen, Phantasien und Imaginationen - nicht aber objektiven ökonomischen Bedingungen gefolgt sei und dass man die totalitäre moderne Planungsideologie nur dekonstruieren müsse, um wieder zu Prinzipien der Liberalität zurückfinden zu können. In dem sozioökonomischen Zirkelschluss, man brauche, wie ein guter Gärtner, nur „die niedergewalzten kleinbürgerlichen Lebensinteressen“²² wieder aufpflanzen und begießen, in dem zentralen Denkfehler einer an „Wille und Vorstellung“ geknüpften Machbarkeit des Guten erweist sich Hoffmann-Axthelm als ebenso reduktionistische wie doktrinaire Berliner Antwort auf ganze Schulen der Stadtheorie.

„Landnahme nach Gutsherrenart“ oder „dialogischer Stadtumbau“?

Das „Planwerk Innenstadt“ oder auch der „Hauptstadtplan“, von dem senatsseitig paradoxerweise als Berlins Weg aus der inneren Spaltung gesprochen wird, war bereits vor seiner offiziellen Vorstellung ein Politikum ersten Ranges. Bereits im Juni 1996 hatten bei seiner ersten internen Ankündigung die Baustadträte der betroffenen Bezirke einstimmig jedwede ihren eigenen Bereichsentwicklungsplanungen zuwider laufende Parallelplanung seitens der Stadtentwicklungsverwaltung abgelehnt. Ging es hier noch um die Behauptung der kommunalen Planungshoheit und formales Planungsrecht, wurde in den folgenden Monaten von Seiten engagierter Bürger vor allem um die Rechte am öffentlichen Raum und den Unterschied von Eigentum und Besitz gestritten. Während sich nach Bekanntwerden des Planes selbst der CDU-Vorgänger im Stadtentwicklungsressort, Volker Hassemer, in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 12.2.1997 mit der Äußerung „Landnahme nach Gutsherrenart“ zitieren ließ, forcierten die Befürworter des

21 Dieter Hoffmann-Axthelm, Offene Mitte und leerer Kopf. Manuskript zu einem Mitte-Heft der Bauwelt (im Archiv der Autorin.)

22 Dieter Hoffmann-Axthelm: Anleitung zum Stadtumbau, Frankfurt/M. & New York 1996, S. 88.

Planwerkes dagegen eine Propaganda, in der von einer „Operation am offenen Herzen“²³ die Rede war, die politisch längst überfälliger Entscheidungen bedürfe. Angesichts einer Verdichtungsreserve von 2,5 Millionen Quadratmetern Bruttogeschossfläche ginge es nun darum, die „Würde des Stadtbürgers“ gegen die „Rechthaberei der Basis“, jenes berüchtigte Berliner Feuchtbiotop des Protestes aus grüner Alternativkultur, sozialdemokratischer Betroffenheitslyrik und Ostallergie, durchzusetzen. „Wer Bauland will, muss es politisch erobern“, unterstrich der für das Planwerk verantwortliche Chefplaner Hoffmann-Axthelm gleich mehrfach und ergänzte in einem unbedachten Moment gegenüber Journalisten, es gehe letztlich um ein Aufmischen des „Ossi-Zoos“, denn „die können sich doch dort (in der Mitte- S.H.) nicht auf ewig festsetzen“²⁴.

Ursprünglich zur Beschlussvorlage innerhalb von wenigen Wochen gedacht, erzwang der Protest einen zweieinhalbjährigen Diskussionsmarathon innerhalb der Strukturen des offiziellen „Stadtforums“, des alternativen „Stadtforums von unten“, an Hochschulen und in Planungswerkstätten. Während dieser Sitzungen wurde auch von zahlreichen Experten verschiedenster Disziplinen substanzielle Kritik am Verfahren²⁵, an wichtigen Prämissen und an der Zielrichtung laut. Während jedoch zustimmende Beiträge von den Veranstaltern in senatseigenen Periodika und der „Berliner Zeitung“ verbreitet wurden, wurden die Gegenpositionen regelmäßig nicht berücksichtigt. So wurde, um hier nur eine wichtige Expertise zu nennen, die ausführliche Stellungnahme, zu der der Landesdenkmalrat nach mehreren Sitzungen zum Thema „Planwerk“ gelangte, von der Rat einholenden Senatsverwaltung nie veröffentlicht und blieb, ebenso wie die Verlautbarung des Beirates für Städtebau, ohne Resonanz. In dieser Stellungnahme der Denkmalfachleute wurde vor allem ein Begriff des Geschichtlichen angemahnt, der die Vielfalt der Schichten und Leistungen der Stadtbaugeschichte bis in die jüngere Vergangenheit berücksichtigt und sie in ihrer Eigenart in wechselseitige Beziehungen setzt:

„Im Rahmen der vorgeschlagenen historischen Rekonstruktion sollte die aktuell vorhandene Grundrissfigur als historisches Dokument gelesen und präzise in ihrem Schichtenaufbau analysiert werden. Eine besondere Bedeutung kommt bei diesem Verfahren der einzigartigen Topographie der Teilung zu. In der spannungsvollen stadtstrukturellen und semantischen Ost-West-Polarität veranschaulicht sich für heutige Besucher der Stadt und künftige Generationen Berlins historische Bedeutung während des weltumfassenden Systemkonfliktes in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Das in Grund- und Aufriss noch überlieferte Merkmal einer kontradiktorischen Doppelstadt gehört zu den wichtigsten Erinnerungswerten. Überdies soll der eigenständigen Kulturepoche des modernen Wiederaufbaus nach dem zweiten Weltkrieg ein besonderes Augenmerk gelten... Der Ostteil der Berliner Innenstadt ist weitgehend vom sozialistischen Städtebau geprägt worden. Hier sind auf der Grundlage eines anderen Bodenrechtes und im Zuge einer darauf aufbauenden städtebaulich-symbolischen Ordnung in die Tiefe komponierte Stadtanlagen und große Ensembles überliefert, die in ihrer aufwändigen hauptstädtisch-repräsentativen Gestaltung in jeder Beziehung als authentische Denkmale der Stadtbaukunst und Landschaftsgestaltung jener abgeschlossenen Epoche gelten können... Es erscheint überdies wenig überzeugend, das konsensfähige Ziel eines ‚dialogischen Stadtumbaus‘ durch konfrontative Überlagerungen verschiedener Grammatiken an ein und dem selben Ort umzusetzen. Vielmehr sollten gestaltete Ensembles verschiedener Bauperioden und Dezennien in ihrem sinnlich erfahrbaren Ausdruckswert und als Symbol differenter kultureller Erfahrungen gleichberechtigt nebeneinander existieren und durch städtebauliche Weiterentwicklung wirkungsvoll in Bezug zu einander gesetzt werden.“²⁶

Im Gegensatz zu der sachlichen Argumentation des vom Senator für Stadtentwicklung persönlich berufenen, professionell hervorragend ausgewiesenen Gremiums ging es in der öffentlichen Debatte dagegen weit weniger gemessen zu. In der Tat ist es so, dass sich in den seit dem Fall der Mauer zurückliegenden zehn Jahren die wechselseitigen Ressentiments bis hin zu tief liegenden Friktionen

23 Stellvertretend siehe Klaus Hartung: Der Hauptstadtplan. Operation am offenen Herzen. Die Zeit, 29.11.1996, Dossier, Seiten 9-13.

24 Der Spiegel, 49/1996; letztere Äußerung Hoffmann-Axthelms wird durch Berlins Stadtbaudirektorin, Barbara Jakubeit, als Antwort auf deren erstaunte Frage – „Aber ich dachte immer, sie seien ein Linker!“ – verbürgt.

25 Namentlich u.a. Hans Adrian, Werner Durth, Georg Mörsch, Hartmut Häußermann.

26 Stellungnahme des Landesdenkmalrates zum Planwerk Innenstadt. In: Der Architekt, Heft 12 (November 1997), S. 721.

verfestigt haben.²⁷ Nur geringen Erfolg hatten Versuche, eine breite Öffentlichkeit über die durchaus wechselvolle Baugeschichte des Ostteils der Stadt sachlich zu informieren, zu der nicht nur der Abriss der Schlossruine, sondern zeitgleich der Wiederaufbau der Staatsoper und des gesamten Forum Fridericianum, nicht nur eine Stalinallee, sondern in Jahrfünftschritten auch neue Volkspark, der Alexanderplatz, das Nikolaiviertel und der Gendarmenmarkt gehörten.²⁸ Viele Ostberliner äußern Stolz auf den in 40 Jahren geleisteten Wiederaufbau der Stadt, der nicht Walter Ulbricht, sondern ihrer eigenen Leistung, auch ihrem Vermögen anzurechnen sei. Man kann noch heute in Ostberliner Kneipen Bauarbeiter davon reden hören, wie abenteuerlich und riskant etwa der Wiederaufbau des Zeughauses, des Domes oder der Synagoge gewesen seien. Diese Erzählungen haben aber Kraft einer Übermacht gegenteiliger Überzeugungen im öffentlichen Diskurs keine Relevanz. Bereits als Senatsbaudirektor hatte sich Hans Stimmann überzeugt gezeigt, mit den Ostberlinern kontrovers und vormundschaftlich kommunizieren zu müssen. So verstärkten sich im Zuge der Planungsdebatte bei Laien wie bei Experten die auf Grund ihrer objektiven sozialen Stellung differenten Wahrnehmungen der östlichen Innenstadt.

Wem gehört die Stadt? Die Gegenbehauptung der Citoyenität

Letzten Endes sind Ostberliner Experten und Bürger, in Verbund mit einer Westberliner Minderheit, anlässlich des Planwerks Innenstadt stadtpolitisch ausgesprochen aktiv geworden. Sie haben Gegenpläne erstellt, Bürgergutachten erarbeitet, umfängliche Analysen und Pamphlete geschrieben und sich mit hunderten Briefen und Eingaben an den Senator für Stadtentwicklung gewandt. Im Gegensatz zu den bezahlten Akteuren beschäftigte das Planwerk zahlreiche Bewohner oder Nutzer der Stadt. Sie bevölkerten zumindest die zahlreichen Foren und Werkstätten, sie beschrieben, analysierten und beurteilten die Entwicklungen, schrieben oder schritten zu ungewöhnlichen Maßnahmen im öffentlichen Raum wie Happenings, „Innenstadtwochen“ oder besonderen Ausstellungen. Was diese Gruppen zusammengeführt hat, ist zuerst die große Sorge gewesen, dass sich mit dem Planwerksdiskurs und der demonstrativen privatistischen Landnahme eine Form des gesellschaftlichen Umgangs ein-„bürgern“ könnte, die den sozialen Frieden gefährdet. Auch stand die Befürchtung im Raum, dass mit dem politischen Zynismus etwas allzu gut Bekanntes wiederkehren könnte, nämlich die obrigkeitstaatliche Entmündigung, die man in Ostberlin eben erst abgeschüttelt hatte. So behaupteten zahlreiche Bürger - gleich ob aus Überzeugung, Erfahrung, Sachkenntnis oder Prinzip - eine Position zu Gunsten des Bestandes an Freiräumen, an Wohnbevölkerung und an geschichtlichen Zeugnissen. Sie besetzten - soweit sie sich nicht selbst bereits als Besitzer verstanden - damit das, was ideell eben annulliert werden sollte, nämlich den offenen „geschichtlichen Erholungsraum“ (Klaus Schlesinger) in der Mitte der Stadt mit ideellen Bedeutungen und Wert. So ist jenseits der bildmächtigen besitzbürgerlichen Verheißungen in der kontroversen Debatte um das „Planwerk Innenstadt“ ein besonderer sozialer Raum des gesellschaftlichen Engagements gerade dadurch entstanden, dass sich gegensätzliche soziale Selbstdeutungen gegenübertraten, Stadträume ganz unterschiedlich in Anspruch genommen und hegemonial behauptete Deutungskompetenzen wie -muster in Frage gestellt wurden. Es stellte sich heraus, dass der Raum der städtebaulichen Intervention anders besetzt war als die „Planwerker“ ursprünglich angenommen hatten: Die vermutete und mit vielen Worten herbeigeredete „Wüste“ oder „asiatische Leere“ (Michael Mönninger) war in Wirklichkeit sehr belebt. Dass diese arbeitende Reflektions- und Gegenöffentlichkeit²⁹ gegen die etablierten Medien überhaupt entstand, verdankt sie dem entscheidenden

27 Diese Friktionen sind inzwischen messbar. In Ermangelung einer neueren Untersuchung möchte ich auf die im Auftrag der „Süddeutschen Zeitung“ bereits 1995 durchgeführte Infratest-Repräsentativumfrage verweisen. Während noch im Jahr 1990 51% der ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger das politische System der Bundesrepublik akzeptierten, war diese Zahl fünf Jahre später auf nur 33% gesunken. In Westdeutschland waren dies zum Vergleich damals 86%. Während jeder dritte Ostdeutsche äußerte, keines der beiden Systeme könne sie noch überzeugen, hatte sich die prozentuale Zahl der DDR-Befürworter von anfangs 11 auf immerhin 22% verdoppelt.

28 Einen Versuch der Aufklärung über Werte und Bedeutung der östlichen Innenstadt stellt folgende Aufsatzsammlung der Autorin dar: Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung/IRS (Hg.), Archäologie und Aneignung. Ideen, Pläne und Stadtfigurationen. Aufsätze zur Ostberliner Stadtentwicklung nach 1945, Erkner 1996.

29 Ausgehend von der kleinen Innenstadtzeitung „scheinschlag“ spann sich ein auf Zuruf wie Verabredung begründetes Netzwerk, das von etwa einem Dutzend stark engagierter Einzelpersonen getragen wurde und in

Formfehler der politischen Betreiber des Planwerkes, nämlich dem evidenten Ausschluss ostberliner Kompetenzen. Der Osten der Stadt war grundsätzlich und in einer so demonstrativem Weise übergangen und zugleich planerisch überrollt worden, dass dieses Vorgehen - selten für deutsche Verhältnisse - zu einer prinzipiellen und übersubstanziellen Solidarität mit den eigentlich betroffenen Anwohnern führen musste.

Besonders deutlich geworden war die ignorante und demagogische Attitüde der „Planwerker“ mit der Rede Karl Schlögels zur Eröffnung des Planwerksverfahrens.³⁰ Wunderbarerweise schloss sich mit dem Auftritt dieses Osteuropaspezialisten, der angesichts eines in den Gegenden um Lwow bereits früh beobachtbaren „Kampfes aller gegen alle“ als erster offen die Reterritorialisierung der Politik eingefordert und Städtebau in Bürgerkriegskategorien beschrieben hatte, nunmehr der Kreis zwischen den geopolitischen und lokalen Interessen der zur Macht gelangten Handlungseliten des Neuen Berlin. Wer Geschichte machen will muss sich der zentralen Räume bemächtigen; diese bezeichnen als „heiße Punkte“ auf der Weltkarte die Orte künftiger Verteilungskämpfe. Nur wer rechtzeitig die Zentralen besetzt kann, darf sich noch Hoffnung machen, dass die kommende Gewalt peripher bleiben wird. Gerade das gemeinsame Auftreten Karl Schlögels mit Dieter Hoffmann-Axthelm und Hans Stimmann in der Angelegenheit eines Zukunftskonzeptes für die Berliner Innenstadt muss als Kulminationspunkt der zuvor eher unterschwelligem ideologischen Aufrüstungsphase verstanden werden. Hier, an diesem Tag im Staatsratsgebäude, kreuzten sich die wichtigsten neoliberal-wertkonservativen Diskurse und kollektiven Aversionen der 90er Jahre, die einerseits intellektuell in der „Kommune“ und im Siedler-Verlag und andererseits populistisch in Abgeordnetenhausreden entwickelt worden waren. Plötzlich stand ein notwendig vages Gedankengebäude als fertiger Plan im Raum: die Berliner Innenstadt als von aktivistischen Parvenues eroberte Zitadelle der Kleinbürgerinteressen. Deren Anspruch auf Schönheit und Würde für die „vermüllten Räume“ kam wesentlich graziler daher als die brutal offenen „Ratten-Reden“ eines Klaus Landowsky von der CDU. Dennoch unterscheiden sie sich kaum voneinander. Die gemeinsame Wahrnehmung ist eben die, in einer Grenzstadt am Rande der Zivilisation, zumindest aber eines riesigen politischen „Erdbebengebietes“ zu leben und Berlin städtebaulich auf den Einfall der Barbaren vorbereiten zu müssen – es, wie Schlögel schrieb, zivilgesellschaftlich „gegen den Druck der Ränder“ zu verteidigen. In dem an der Jahreswende 1992 für Rainer Zitelmann geschriebenen Text³¹ klingt „Zivilgesellschaft“ ziemlich eindeutig nach „Bürgerwehr“, vor dem Berliner Publikum übte sich Schlögel dagegen in euphemistischen Lobpreisungen des angeblichen Wiedereintritts „der aus der Zeit gefallenen osteuropäischen Städte in die Gegenwart“, des „Endes der Stadt als staatlicher Veranstaltung und der Geburt der Bürgerstadt“. Dort, wo in den Reformländern eine demokratische Öffentlichkeit ihre Versammlungen unter offenem Himmel gehalten hätte, sei „der Stadtraum gleichsam neu kodiert, neu definiert, mit neuer Bedeutung aufgeladen worden“. Nunmehr eigne sich diese „im Schoß der Nachkriegsordnung nachgewachsene und reif gewordenen Stadtgesellschaft“ überall in Osteuropa selbstbestimmt und umgangssicher die marginalisierten Innenstädte an. Was als neoliberale Adaption des Bürgerrechtsdiskurses und der Protestkulturen gemeint war, jene ideologische Inthronisation des aus den friedlichen mittelosteuropäischen Revolutionen abgeleiteten Zivilgesellschaftskonzeptes, erwies sich bereits im Augenblick der blumenreichen Rede und ohne den Umweg der empirischen Überprüfung vor Ort – etwa in Odessa oder Nishnij – als hemmungsloser Betrugsversuch. Der Hinweis auf die Gestaltungsfähigkeit der mündig gewordenen postsozialistischen Gesellschaften verkehrte sich vor dem vorwiegend anwesenden, gerade durch das unterbreitete Planwerk augenfällig entmündigte Ostberliner Publikum in das völlige Gegenteil. Vollkommen ahnungslos über die Bedeutung, die seine Worte in der ehemaligen Hauptstadt der DDR hinterlassen mussten, hatte Schlögel geschlossen:

„Wir haben schon ein Mal, am Ausgang des kalten Krieges, die Reife der östlichen Gesellschaften unterschätzt, es könnte auch jetzt so sein, dass wir die dort an den Tag gelegte Sicherheit in der Bewältigung von Krisen, die

verschiedenene Gruppen und Institutionen hineinreichte. Dazu gehören Freundeskreise, Bürgerinitiativen, die Neue Gesellschaft für Bildende Kunst, Studiengänge an Hochschulen, unabhängige Beiräte, Parteigruppen - vor allem von Bündnis 90/Grüne und PDS -, sowie die Berliner Mietergemeinschaft mit jeweils eigenen Publikationsmöglichkeiten.

30 Vgl. Karl Schlögel: Operation Mitte. Die Wiederbelebung osteuropäischer Stadtzentren, in: Stadtforum, Nr. 24 (Februar 1997).

³¹ S. Anm. 6 und Anm. 1.

erstaunliche Chaoskompetenz gering schätzen. Gerade aber von der können wir lernen in einer Zeit, da die Abwicklung des alten Zustandes, die im Osten begann, nun auch im Westen erreicht ist.“³²

Das „Planwerk Innenstadt“ als nun auch im Westen fällige Abwicklung des alten (zentralstaatlichen) Zustandes, als Fortsetzung der Lichterketten um zerfallende Altstädte, Hausbesetzungen, Volksbaukonferenzen und Selbsthilfeinitiativen? Konkret war es doch eindeutig als Putsch von Oben, als Pionieraktion eines Staatssekretärs gegen die „Rechthaberei der Basis und der Bezirke“ und die „erdrückende Massivität der kollektiven Wünsche“ entstanden. Welche Funktion hatte Schlögels alles von den Füßen auf den Kopf stellende, anfeuernde Ansprache an ein substanzielles „Wir“? Was er am Beispiel der osteuropäischen Gesellschaften bildreich schilderte, war weit von politischen Reifeprozessen entfernt schlicht der brutale Einzug des Kapitals in jene Gefilde: Aus dem früheren Kulturhaus ist wieder die Börse geworden, aus dem Kinderheim ein Kasino, usw. Schlögel zeigte sich weit von der Eingebung entfernt, dass sich die anwesenden Domestiken eigene Gedanken machen könnten. Denn er hatte mit solcher Rede die nachrevolutionäre Ostberliner Stadtgesellschaft in dem ihr seither verweigerten Anspruch getroffen, mehr als nur anwesend zu sein, sondern aktiv reflektierend ihre Stadt lebenswert gestalten zu wollen und dies mindestens ebenso gut zu können wie die saturierte westliche Gesellschaft. Daran waren sie durch Institutionentransfer, Abwicklung, Elitenwechsel, berufliche und soziale Dequalifikation, einseitige Wettbewerbsentscheidungen und ausschließliche Auftragsvergabe in den Westen sechs Nachwendejahre lang gehindert worden.

Was die Diskussion um das „Planwerk“ so extrem polarisiert hat, ist die Frage danach, wem die Stadt an ihren exklusivsten Lagen und bedeutungsvollsten Orten gehören soll: Allen und damit keinem Einzelnen oder vielen Verschiedenen und damit der Mehrheit nicht länger. Gerade im Osten, aber nicht allein da, trifft die neoliberale Kündigung der Sozialverpflichtung und die versuchte Reetablierung des Wohltätigkeitsprinzips und der Armenpflege des 19. Jahrhundert (Ludovica Scarpa) durch forcierte Eigentumbildung auf entschiedene Gegnerschaft. Dies hat m.E. zweierlei Ursachen. Eine negative liegt in den wechselseitigen Beschuldigungen zwischen Ost und West; im Westen vermutet man, die Ostler wollten im Hinblick auf die historische Mitte nur ihr „Erstgeborenenrecht“ (Hoffmann-Axthelm) verteidigen und seien fremdenfeindlich. Auf der Ost-Seite wird der Konflikt mit der Gewissheit begründet, selbst nicht mitbieten zu können beim Verkauf des öffentlichen Bodens und auch sonst nicht bedarfsgerecht versorgt zu sein. Eine zweite, positive Ursache der strikten Gegnerschaft zum Planwerk rührt aus der anderen Sozialisation und Mentalität im Osten. Nicht allein, dass man bei der Umverteilung nicht mitbieten *kann*, man *will* dies oft auch unter keinen Umständen. Freiheit von Haus- und Wohneigentum (bzw. kollektiver Besitz) gilt hier als hohes Gut, insofern sie nicht automatisch Armut bedeutet. Es wäre daher ausgesprochen reizvoll, wenn man gerade in Berlins Innenstadt weiter auch privatbesitzfreie öffentliche Räume sichern würde. Sie würden dann mit den anderen, privatisierten Plätzen in Wettbewerb um die kulturell und politisch besser verfasste Stadt treten können.

Ausblick

Im Juni 1999 wurde das „Planwerk Innenstadt“ vom Berliner Abgeordnetenhaus verabschiedet. Die auf die Wahlen folgende Neubildung der Regierung führte zur Etablierung einer nahezu uneingeschränkten Supervverwaltung für Stadtentwicklung, die nun unverzüglich mit der Umsetzung des Planwerks beginnen wird. Als Erstes sollen der Friedrichswerder und der Molkenmarkt reparazelliert und zu subventionierten Preisen an Eigentümer veräußert werden. Inzwischen wurde zur Kapitalisierung des Vorhabens die „Aktiengesellschaft Bürgerstadt“ gegründet. An sie werden die Grundstücke unterhalb des Verkehrswertes abgegeben, um Wohnnutzungen überhaupt finanzierbar zu halten. Hans Stimmann bezeichnet diese Art der Subventionierung der privatwirtschaftlichen Auffüllung der Innenstadt als Fortsetzung des sozialen Wohnungsbaus. Was bei Hans-Dietrich Genscher geopolitisch verstanden werden musste, nämlich die legitimatorische Behauptung, dass „die Wahrung der eigenen Interessen nicht Machtpolitik, sondern Politik der Verantwortung“ sei, taucht hier in der überraschend bornierten Variante des „Bereichert Euch!“ wieder auf. Es ist der klassische Ruf spießbürgerlicher Marodeure im Gefolge einer niedergeschlagenen Revolution. Die einzige Emanzipation, die sie kennen, ist die von Skrupeln und Resten eines Über-Ichs. Die Theologie der Stunde lautet: Rache am Fürsorgestaat und seinen

³² Schlögel, Operation Mitte, a.a.O.

Alimentierten. Wir holen die uns abgepressten Steuergelder nun zurück. Wer nicht zugreift, den bestraft das Leben. Meine Interessen zuerst – nach innen wie nach außen.

Der einsame Parlamentsentscheid am Ende einer alles in allem hochgradig engagierten Debatte hinterlässt einen großen innenpolitischen Flurschaden. Erstens treibt er trotz verringerten Flächenanspruchs ein Privatisierungskonzept voran, das die ohnehin sehr gewaltsamen Umverteilungskämpfe in der Innenstadt nun – ohne nennenswerte Nachfrage nach teuren Privatwohnungen - auf die öffentlichen Liegenschaften ausweitet. Zweitens basiert der Plan nach wie vor auf einem Historizitätskonzept, das die Nachkriegsgeschichte als anormal, ahistorisch und letztlich zerstörerisch betrachtet und damit symbolisch die 40 Jahre der städtischen Doppexistenz – von immerhin hoher weltgeschichtlicher Relevanz – ignoriert. Drittens ist das Motiv eines „Wiederaufbaus der historischen Mitte für eine neue Mitte“ eine berlinische Variante revanchistischer Stadtplanung³³. Sie ordnet sich in internationale Tendenzen ein, akute sozial-räumliche Probleme in zentralen Lagen den dort ansässigen subbürgerlichen Milieus oder dem sie begünstigenden fordistisch-industriegesellschaftlichen, i.e. sozialstaatlichen Städtebau zuzuschreiben. Als Ausweg wird überall in der westlichen Welt nunmehr eine neoliberalistische Vermarktung und damit einhergehende Aufwertung (Gentrifizierung) deklariert. In Berlin heißt dieser Weg euphemistisch „Bauland erobern“; mit einem kritischen Begriff könnte man auch von politisch sanktioniertem Ausverkauf von Gemeingütern sprechen. Viertens geht es bei der „Operation am offenen Herzen“ zu Gunsten einer angeblichen „mentalen Wiedervereinigung“ der Stadt nicht zuletzt um eine symbolische Politik, bei der – wie in einer erregten Wortmeldung Hoffmann-Axthelms geäußert – klar gestellt werden soll, wer denn nun den Kalten Krieg gewonnen hat: „Ihr oder wir?“

Allein diese Frage zeigt die militante Denkweise der für das Planwerk Verantwortlichen. Hier soll ein letztes Gefecht geführt und die Geschichte des 20. Jahrhunderts zu einem heilsamen Ende gebracht werden. Wetten, dass es anders kommt?

³³ Vgl. Neil Smith: *New urban frontier. Gentrification and the Revanchist City*, Routledge&Kegan 1996. „Es ist ein Wandel der politischen Kultur, eine politische Antwort ... auf die massiven gesellschaftlichen Umstrukturierungen seit den 70er Jahren. Es hat eine Weile gedauert, bis sich diese Form der revanchistischen Reaktion herausbilden konnte. Vor allem zielt die Reaktion darauf, sich die Stadt und das ganze Land wieder anzueignen ... die Städte zurückzuerobern. Das ist ihre Sprache. Das ist ihre zutiefst anti-demokratische, bösartige und gefährliche Politik.“ (In einem Interview zum Buch.)

Uwe Rada

Der barbarische Osten

Von wegen „Neues Berlin“: Auch zehn Jahre nach der Vereinigung ist Berlin eine „Grenzstadt“

I.

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat ein Gespür für Bilder. Wenn er aus dem Fenster seines provisorischen Amtssitzes im Staatsratsgebäude schaue, ließ der Kanzler unlängst wissen, dann habe er den „monströsen“ und „hässlichen“ Palast der Republik vor Augen. Aus Sorge darum, dass ein Kanzler im Brioni-Anzug am Berliner Schlossplatz nicht en vogue sein könnte, plädierte Schröder in einem Zeit-Interview schließlich für den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses, „und zwar einfach, weil es schön ist“.

Bilder, nur eben keine schönen, waren auch Thema eines Berlin-Kongresses im Februar 1998 an der Harvard-Universität. „Wo ist der Berliner Platz in Europa?“ fragte gleich zu Beginn des Kongresses einer der Veranstalter die in Cambridge/Massachusetts versammelten Akteure der Berliner Hauptstadtplanung. John Czaplicka, der Fragesteller, wollte die Antwort gar nicht erst abwarten. Das nach der Wende immer wieder bemühte Bild als Ost-West-Drehscheibe treffe für Berlin nur insofern zu, als die ehemals geteilte Stadt nun zum Fluchtpunkt für osteuropäische MigrantInnen geworden sei. „Berlin ist eine Grenzstadt und zeigt es auch“, sagte Czaplicka. „Die Frage ist nur, inwieweit Berlin die Realität als Einwandererstadt akzeptiert.“¹

Wo ist der Berliner Platz in Europa? Was haben das „Neue Berlin“ des Hackeschen Marktes und Schröders Sinn für schöne Bilder mit der sachlichen Ästhetik des Palastes der Republik und seiner ehemaligen Nutzung zu tun? Akzeptiert Berlin tatsächlich, wie es John Czaplicka an der renommierten Harvard-Universität gefordert hat, seine Realität als Grenzstadt?

II.

„Berlin: offene Stadt“ lautete der sympathische Titel einer Ausstellung, die die Marketing-Gesellschaft „Partner für Berlin“ im vergangenen Jahr über den Berliner Stadtraum verteilt hat. Der Wandel der Stadt, ihr Zusammenwachsen und ihre Erneuerung waren die Visitenkarten, mit denen das „Neue Berlin“ seine Aufwartung machte.

In einem gleichzeitig erschienenen Essay-Band suchte man freilich vergeblich nach einer Erklärung für den offenen Charakter Berlins.² In den einzelnen Beiträgen ist viel mehr von der „Rückkehr in die Hauptstadt“ (Michael Mönninger) oder den „neuen Handelswelten“ (Gerwin Zohlen) die Rede. Offen, so scheint es, sind die Berliner Blicke nur in Richtung Westen oder in die Vergangenheit. Die Zukunft der Stadt liegt aber im wilden, im barbarischen Osten.

Reisende ins entfernte Kasachstan oder ins noch weiter östlich gelegene Vietnam wissen schon heute zu berichten, dass die Kenntnis der Automärkte im Berliner Umland oder die neuesten Informationen aus der Rhinstraße in Marzahn seit geraumer Zeit zum Alltagsgebrauch derer gehört, die auf dem Sprung sind. Berlin hat also tatsächlich eine Weltbedeutung, nur eine andere, als nach dem Fall der Mauer angestrebt. Aus der „westlichsten Stadt des Ostens und der östlichsten Stadt des Westens“ ist keine Metropole der Hoffnungsträger geworden, sondern der von der Hoffnung Getragenen, ein umkämpfter Raum im Spannungsfeld der sich in ihren Wohlstandsinseln einbunkernden „Zivilgesellschaft“ und der zum Aufbruch entschlossenen „fröhlichen Barbarei“ (Matthias Greffrath). Berlin ist wieder Zonenrandgebiet, nur diesmal in europäischem Maßstab, und die Grenze verläuft mitten über den Schlossplatz - zwischen dem Palast der Republik, dieser Symbol gewordenen „Hässlichkeit des Ostens“, und dem Staatsratsgebäude, der - zumindest provisorischen - Machtzentrale der „schönen, neuen Mitte“.

Dieser Beitrag wird zeitgleich veröffentlicht in: Architektenkammer Berlin (Hg.): Architektur in Berlin. Jahrbuch 2000.

¹ taz vom 14.2.1998.

² Architektenkammer (Hg.): Berlin: offene Stadt.

III.

„Die zweite Entdeckung des Ostens beginnt, wenn das Bild, das wir von ihm hatten, erloschen ist“, schreibt der Osteuropa-Experte Karl Schlögel. „Sie beginnt, wenn wir anfangen, uns Gesichter einzuprägen, die neu sind, und auf einen Ton zu achten, auf den wir bisher nicht eingestellt waren - oder den wir vergessen hatten.“³

Als ehemaligem Westberliner gebürt Schlögel, der heute osteuropäische Geschichte an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder lehrt, das Verdienst, schon früh auf die geografische Lage Berlins hingewiesen zu haben. Der Westberliner Senat, schrieb Schlögel bereits im Mai 1989, habe immer wieder darauf hingewiesen, dass Berlin eine Stadt in der Mitte Europas sei. „Nun, da sich herausstellt, dass Berlin wirklich auf halbem Weg zwischen Bonn und Warschau liegt, ist man überrascht.“⁴

Den Ton, die neuen Sprachen, die in den U- und S-Bahnen der Stadt zu hören sind, ignoriert man aber auch heute noch, trotz Regierungsumzug und Ostverschiebung des politischen Zentrums. Zwar speist die Berliner Schickeria noch immer im noblen „Paris-Moskau“ zwischen Regierungsviertel und Moabiter Knast, doch beim Verlassen des Restaurants am Rande der urbanen Zivilisation wünscht sie sich am liebsten wieder fort. Je näher der Osten rückt, desto größer wird die Sehnsucht nach dem Westen.

IV.

Westen, das bedeutet nicht nur Schick und Glamour, Wohngemeinschaft und individuelle Selbstbestimmung. Westen bedeutet auch ein Gespür für die „feinen Unterschiede“ (Pierre Bourdieu). Bei Ludovica Scarpa, einer ehemals engagierten Kämpferin gegen die städtische Armut, firmieren diese „feinen Unterschiede“ mittlerweile als „Recht auf Ungleichheit“, als Abwehr gegen das Projekt der Moderne, deren so genannte „Gleichmacherei“ bei Scarpa geradewegs zum Faschismus führt.⁵

Was sich in dieser Sehnsucht nach dem Westen ausdrückt, ist aber nicht nur der Wunsch, mit den Schattenseiten von Schick und Glamour, Kultur und Kommerz nicht länger konfrontiert zu werden. Es ist auch der Wunsch, die feinen Unterschiede zu vergrößern, bis hin zur städtischen Verräumlichung der Differenz, einem Berlin der „Zitadellen“, das sich vom Berlin der „Gettos“ sichtbar hervorhebt. Wenn schon Segregation und Stadtflucht, Polarisierung und Amerikanisierung, dann bitte richtig, mit Videoüberwachung, Polizei und „Zero Tolerance“. Wer in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist, will schließlich seinen Platz haben, bevor es anfängt, richtig ungemütlich zu werden.

Was aber, wenn es schon ungemütlich ist? Wenn es gar nicht genügend BewohnerInnen gäbe, die Zitadellen zu verteidigen? Wenn selbst die Schnäppchenjäger den Potsdamer Platz erobern? Wenn in Charlottenburg ein Kiez nach dem andern zum „Problemquartier“ abkippt und sich der Hackesche Markt aus der Perspektive der Fischerinsel seltsam klein und wichtigtuerisch ausnimmt?

Hat die Zeit nicht längst die ersten Urteile gefällt? Nachdem schon vor Jahren der letzte Direktflug von Berlin nach New York mangels Nachfrage in der Business Class gestrichen wurde, führen die verbliebenen transkontinentalen Non-Stop-Verbindungen heute direktemang nach Pjöngjang oder Ulan-Bator. Der Berliner Ostbahnhof in Friedrichshain ist ebenso wie der im Umbau befindliche Bahnhof Lichtenberg zum Knotenpunkt des osteuropäischen Berlin geworden. Hier kommen die Züge aus Moskwa, Tomsk, Krak'ow oder Warszawa an. Berlin ist eben eine andere Boomtown als New York City oder Swinging London. Ein anderer Lehrstuhlinhaber an der Viadrina hat es den BerlinerInnen gerade erst wieder ins Stammbuch geschrieben: Von einer Dienstleistungsmetropole, schreibt der Geograf Stefan Krätke in seinem jüngsten Berlin-Buch, könne eigentlich keine Rede sein. Nicht die strategischen Branchen wie etwa Finanzdienstleistungen dominieren in der deutschen Hauptstadt, sondern die „Bad Jobs“. Berlin ist damit eher Dienstboten- als Dienstleistungsmetropole oder, wie es Krätke schreibt, die „Hauptstadt der Putzkolonnen“.⁶

Noch immer freilich gibt es genügend Politiker, die sich der Erkenntnis verweigern, dass Berlin keine Global City im Wartestand ist, sondern eine abgeräumte Industriestadt, eine Metropole allenfalls für

³ Karl Schlögel: Die zweite Entdeckung Osteuropas, in ders.: Go East oder Die zweite Entdeckung des Ostens, Berlin 1995.

⁴ Karl Schlögel: Polenmarkt, in ders.: Das Wunder von Nishnij, Frankfurt/Main 1991.

⁵ Berliner Zeitung, 6.3.1999.

⁶ Stefan Krätke/Renate Borst: Berlin. Metropole zwischen Boom und Krise, Opladen 2000.

neue Goldgräber und Abenteurer, mehr Saloon als Salon, eine wilde Mischung aus Detroit und Lodz, eben eine Grenzstadt zum Osten.

V.

Was haben der Große Stern im Tiergarten und die Raststätten auf den Landstraßen östlich der Oder gemeinsam? Hier wie dort, auf beiden Seiten der Grenze, bieten polnische Jugendliche ihre Dienste an, wischen Autoscheiben für ein paar Groschen, steigen ein in die unterste Stufe der Dienstleistungsökonomie. Weiter oben wischen die Gebäudereiniger die Scheiben in den neuen Bürotürmen, viele von ihnen auch aus Polen. Daneben stauben polnische Hausfrauen, illegal versteht sich, die Bücher derer ab, die tagsüber in den Zeitungsredaktionen oder der Politik von der Zukunft Berlins träumen.

Was bei Helmut Höge „Berliner Ökonomie“⁷ heißt, nennt Karl Schlögel den osteuropäischen „Ameisenhandel“⁸. Und Berlin, die deutsche Hauptstadt, ist eines der Zentren dieser Ökonomie des Überlebens, ebenso wie Warschau, Bukarest oder Istanbul. „Die Räume“, meint Schlögel, „bilden sich entlang der Linien des Bruchs und über die alte Trennlinie hinweg.“⁹ Einst fern liegende Orte seien in die nächste Nachbarschaft gerückt, und was einem vertraut gewesen sei, sei plötzlich nur noch schwer zu erreichen. Man kann es, Scarpa variierend, auch anders sagen: Die Ungleichen nehmen sich ihr Recht. Die Zeit der Gemütlichkeit ist tatsächlich vorbei.

Wenn einem Großteil der Menschen die Möglichkeit genommen wird, am Reichtum der Gesellschaft teilzuhaben, warnte schon vor geraumer Zeit der Soziologe Hartmut Häußermann, dann lebe man am Rande eines Bürgerkriegs.¹⁰ Dieser amerikanischen Erfahrung mit der Krise der Stadt setzt Karl Schlögel noch eine osteuropäische hinzu: „Das ganze östliche Europa hat etwas bewältigt, was dem Westen noch bevorsteht: sich auf die Risiken der Zwischenzeit einzulassen, in der ein alter Zustand unhaltbar geworden ist, ein neuer sich aber noch nicht verfestigt hat; im Provisorium leben zu können, ohne dass dies als Weltuntergang empfunden würde; nicht in Panik und Hysterie zu verfallen, wenn die Selbstverständlichkeiten einer Lebensform aufhören, selbstverständlich zu sein.“¹¹

VI.

Was ist selbstverständlich, was ist es nicht? Während Intellektuelle wie Karl Schlögel, trotz allen Bemühens um eine „Entdeckung des Ostens“, dortselbst eher auf eine Renaissance des Westens hoffen, auf die „Wiederkehr der Städte“, die „Rückkehr des Stadtbürgers“, während sie in jeder Form der Akkumulation von Kapital, und sei es in den Händen der Mafia, einen Hoffnungsschimmer erblicken, sind andere ehrlicher. Für sie ist die Geografie der Grenzstadt Berlin keine Chance, sondern eine Bedrohung.

Unbewusst oder bewusst die These Samuel Huntingtons vom „Clash of Civilizations“ antizipierend haben etwa Politiker, auch rot-grüne, nach der Wende versucht, den visafreien Reiseverkehr zwischen Polen und Berlin an den Nachweis von Devisen zu knüpfen. Flucht nach vorne, respektive in den Osten ist der eine Umgang mit der Berliner Krise, der andere besteht im Ausbau neuer Grenzen, nicht nur an der Oder, sondern auch in Berlin, „Invisible Frontiers“, wie es der Bremer Politologe Lothar Probst nennt.¹² Beiden Reaktionen ist gemeinsam, die negativen Seiten der Grenzstadtlage Berlins verdrängen zu wollen.

Zumindest das steht in einer alten, einer ganz alten Tradition. Als „Barbaren“ wurden bereits bei den alten Griechen jene ausgegrenzt, die, nur „barbar“ von sich gebend, der zivilisierten Sprache des Gastlandes nicht mächtig waren.¹³ Im Berlin des 21. Jahrhunderts hat sich daran wenig geändert. Wer noch immer auf Soljanka, Currywurst oder Döner steht, kann im Zeitalter von Parmaschinken und Ciabatta nichts anderes verkörpern als einen Angriff auf die guten Sitten. So gesehen wäre Berlin

⁷ Helmut Höge: Berliner Ökonomie. Pros und Contras, Berlin 1997.

⁸ Karl Schlögel: Berlin und das Städtchen im neuen Europa, in: Stefan Bollmann (Red.): Kursbuch Stadt. Stadtleben und Stadtkultur an der Jahrtausendwende, Stuttgart 1999.

⁹ ebd.

¹⁰ Hartmut Häußermann: Soziale Formationen in der Stadt, in: Die Stadt. Ort der Gegensätze, Bonn 1996.

¹¹ Karl Schlögel: Berlin und das Städtchen, a.a.O.

¹² Lothar Probst: Kampf um kulturelle Anerkennung, Signum einer neuen Epoche, taz, 1.6.1995.

¹³ Es sei an dieser Stelle auf die Absicht der Berliner Einbürgerungsämter hingewiesen, das Verständnis eines deutschen Zeitungsartikels zur Voraussetzung einer Einbürgerung zu machen.

freilich nichts anderes als die „Hauptstadt der Barbaren“ und der Hackesche Markt nur ein kleines, gallisches Dorf der Feinkost-Partisanen.

Was ist selbstverständlich, was nicht? Während Harvard-Intellektuelle wie John Czaplicka für Berlin die Parole „Survival statt Revival“ ausgeben¹⁴ oder Kritiker Huntingtons wie etwa Jean-Christoph Rufin im Theorem des Kampfes der Kulturen den Versuch sehen, einen neuen Limes zu errichten¹⁵, haben die neuen Barbaren Berlin längst erreicht. Sie definieren sich selbst als „Barbaren“ wie in einem Jugendclub in Schöneberg, nennen sich „Kanak Attak“ wie in Kreuzberg oder variieren den Begriff des „Barbaren aus dem Osten“ wie der russisch-jüdische Kolumnist Wladimir Kaminer.

Warum, so steht zu fragen, sollen nicht auch sie zum „Neuen Berlin“ gehören? Warum soll die deutsche Hauptstadt, Grenzstadt qua definitionem, nicht auch barbarisch sein dürfen? Worin besteht der Unterschied zwischen einem Peter Dussmann und seinen Geschäften in Osteuropa und einer polnischen Putzfrau, die hier auf der Suche nach Arbeit ist? Und wäre es wirklich der Untergang der „Berliner Republik“, wenn in das wieder aufgebaute Berliner Stadtschloss, für das sich der Bundeskanzler so überaus stark macht, am Ende ein schnöder Baumarkt einzieht?

¹⁴ taz vom 14.2.1998.

¹⁵ Jean-Christoph Rufin: Das Reich und die Neuen Barbaren, Berlin 1994.

Klaus Brake

Metropolenpolitik Berlin: Anregungen aus der BerlinStudie

Die – von der EU und dem Berliner Senat beauftragte – „BerlinStudie“¹ zu den Zukunftsaufgaben Berlins macht Aussagen zur Politik für Berlin mit einer Perspektive als Metropole. Vor ihrem Hintergrund kann thematisiert werden, was dabei handlungsorientiert zu beachten wäre. Die entsprechenden Ansätze und Ergebnisse der Studie sollen hier zusammenfassend vorgestellt werden.

Metropole Berlin?

Ausgangspunkt ist, dass sich Berlin im Prinzip weiterhin als eine Metropole entwickeln wird. Für den Begriff der Metropole werden dabei folgende Kriterien angelegt:

Eine Metropole ist zunächst eine (sehr) große Großstadt, d.h. eine Stadt, die sehr komplex ist, von der Auseinandersetzung mit Fremdem lebt und dementsprechend offen ist. Dies gilt für Berlin ohne großen Vorbehalt, muss allerdings auch deutlich kultiviert werden.

Eine Metropole ist zudem ein Ort von überregionaler Bedeutung, ein höher wertiger Knotenpunkt von Aktivitäten, Entscheidungen und Leistungsangeboten. In dieser Hinsicht verfügt Berlin über gute Voraussetzungen, und zwar unbedingt bei kulturell vermittelten Aktivitäten, aber auch bei politischen Entscheidungen. Für die wirtschaftliche Aktivitäten gilt dies nur mit Einschränkungen; eine überregionale Bedeutung wird Berlin jedoch erlangen können für eine mittel- und osteuropäische Region.

Eine Metropole ist schließlich ein Zentrum der (nationalen) Eliten: Dieser Aspekt ist in Berlin ganz offensichtlich nicht so ausgeprägt, und zwar zum einen gemessen an der Zeit vor 1933, zum anderen vor dem Hintergrund des seit 1945 noch profilierten Föderalismus in Deutschland. Allerdings wird dieser Faktor zukünftig, unter den Bedingungen der Globalisierung, ohnehin von geringerer Bedeutung sein.

Optionen der Stadtentwicklung

Mögliche Ansätze einer Politik für die Zukunft einer Stadt (als Metropole) sind keine Frage von Trends, die aus der zurückliegenden Entwicklung fortgeschrieben werden können. Das gilt insbesondere für Berlin, weil hier von einem prinzipiellen Bruch Jahrzehnte langer Entwicklungsbedingungen auszugehen ist und nicht nur von einem Übergang in eine neue Entwicklungsphase. Immerhin findet sich hier eine Stadt – in Ostteil wie Westteil – plötzlich in der Marktwirtschaft wieder und muss sich, so oder so, darin behaupten.

Optionen ergeben sich vielmehr aus der produktiven Auseinandersetzung mit den epochalen Entwicklungslinien, welche die mittlere Zukunft – hier vor allem räumlich/standörtlich – bestimmen. Die beiden zentralen Entwicklungslinien sind einerseits die vom laufenden Strukturwandel (Globalisierung/Deregulierung) determinierte, eher faktische Entwicklung und andererseits die normative Frage der Nachhaltigkeit. Wie für jede andere Stadt lautet die Schlüsselfrage der Stadtentwicklung: Wie kann sich Berlin in diesem Kontext positionieren?

Darüber hinaus muss eine Option im Sinne eines Leitbildes oder Ziels motivierend sein; sie muss dazu anspornen, das auszureizen (und über das hinaus zu orientieren), was soeben noch realisierbar erscheint. Andererseits jedoch darf eine Option an dieser Stelle keinesfalls überziehen, überfordernd wirken, in dem z.B. der Preis zu hoch wird, um dessen Willen ein Entwicklungsziel angegangen werden soll.

Dieser Zusammenhang wird hier besonders betont im Hinblick auf *eine* der vielfach diskutierten Optionen Berlins als Metropole, nämlich als eine der führenden „Global Cities“. Darin aber kann nicht die Zukunft Berlins gesehen werden, zumindest nicht, sofern Global Cities als die führenden Knotenpunkte der globalen Weltökonomie und damit Standorte ihrer wesentlichen Agenturen

¹ Arbeitsgruppe „Berlin – zivile Wege in das 21. Jahrhundert“: BerlinStudie. Stadt im Umbruch – Strategien für die Zukunft (Abschluss Frühjahr 2000).

verstanden werden; und insbesondere nicht, wenn die „Referenzprojekte“ für eine solche Perspektive die real existierenden Global Cities dieser Art sind. Eine solche Orientierung wäre zum einen überheblich: Gemessen an den Positionen, wie sie New York City, London oder Tokio bereits in diesem System besetzen, bedürfte es unkalkulierbarer Kraftanstrengungen, um sich darin ebenbürtig zu verankern. Und das auch noch um einen unangemessenen Preis, nämlich nicht zu beherrschender innerer Polarisierungen und standörtlicher Instabilitäten. Produktiver dagegen ist es, Berlin als Metropole einer Region in Europa entwickeln zu wollen mit dem Ziel, eine Stadt zu werden, die im Netz von – sehr wohl global bestimmten – Städten eine tragende Rolle auf kontinentaler Ebene spielt. Der Orientierungsrahmen könnte dann in zweifacher Hinsicht geprägt sein: räumlich im Hinblick auf eine mittel- und osteuropäische Region, für die Berlin auch gerne als Scharnier der Städtevernetzung gesehen wird, und qualitativ-strukturell in betont „europäischer“ Tradition, indem deren Integrations-Qualitäten verbunden werden mit den ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Lebens- und Arbeitsbedingungen einer weniger fordistisch bestimmten Stadt und den damit verbundenen Herausforderungen zunehmender Heterogenisierung. Ein solcher Ansatz hieße für eine konkrete Zukunfts- und Metropolen-Politik z.B., nicht primär den Schutz tradierter Strukturen zu postulieren, sondern deren zeitgemäße und zukunftsfähige Weiterentwicklung zu betreiben.

Berliner Potenziale

Die Potenziale für eine Politik der Entwicklung Berlins als Metropole sind zum einen *extern* bestimmt. Darunter ist zunächst die neue (gern „geopolitisch“ genannte) Lage Berlins zu verstehen. Berlin ist eine Stadt, die wieder ein „Hinterland“ hat und, was die Kommunikationsstrukturen angeht, wieder über ausgeprägte Zentralitätsvorteile verfügt. Damit verbunden ist Berlin „Ost und West zugleich“: In der Verknüpfung von Vergangenheit und Zukunft ist sie die westlichste Stadt im Osten und die östlichste Stadt im Westen. Diese Prägung kann besondere Erfahrungen vermitteln.

Zu den Potenzialen zählt darüber hinaus die neue Funktion als Hauptstadt Deutschlands, d.h. des nicht nur an Bevölkerung reichsten Landes Europas. In diesem Zusammenhang sind nicht die Regierungsinstanzen mit ihrer bloßen Anwesenheit entscheidend, sondern all die vielfältigen Kontakte und Austauschbeziehungen, die (darüber vermittelt) in Berlin ankommen, und die Personen, die sich deshalb hier aufhalten und Anregungen hinterlassen.

Diese externen Potenziale werden insbesondere im Rahmen der EU und im Zuge ihrer Erweiterung zum Tragen kommen können. Ein weiteres extern bestimmtes Potenzial ist ein eher allgemeines für Stadtentwicklung: Große Städte haben im aktuellen Strukturwandel Entwicklungschancen, indem sie Orte sind, an denen (inzwischen ubiquitäre) Informationen zu Wissen und insbesondere zu Wissensvorsprüngen verarbeitet werden. Berlin ist eine Stadt, die alle dazu hilfreichen Voraussetzungen aufweist.

Das beruht vor allem auf den eher *internen* Potenzialen dieser Stadt, die sie sozusagen selbst mitbringt. Die „Ausstattung“ Berlins ist z.T. hervorragend. Da sind die Menschen mit ihren (noch) aktivierbaren Qualifikationen und ihrer mobilisierbaren Aktivität sowie die Einrichtungen von Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur, Technologie und der Infrastruktur. Hinzu kommt die urbane Struktur der Stadt, verbunden mit den außergewöhnlichen kulturhistorischen Landschaftsräumen und einer ausgeprägten Polyzentralität des Gemeinwesens.

Dem gegenüber sind jedoch die Fähigkeiten, die mit einer solchen Ausstattung an sich möglichen Synergie-Effekte auch zu erzeugen, zu gering entwickelt. Da sich aber erst durch sie Arbeit und Wohlstand, Dynamik und Stetigkeit entwickeln können, muss Berlin hier noch Vieles reaktivieren. Anregungen dazu können von der Attraktivität im wahrsten Sinne des Wortes erwartet werden, die Berlin unübersehbar wieder ausübt auf Leute von außen, zumal auf junge Leute, auf talentierte und unternehmungslustige, experimentierfreudige und aufnahmebereite Menschen, die derzeit vor allem eines an Berlin fasziniert: die Umbruchsituation, die Aufbruch signalisiert, jedoch erheblich offen darin ist, „wohin die Reise geht“. Daran mitwirken zu können, neue Strukturen selbst ausgestalten zu können (statt sie, wie in München oder anderswo, saturiert vorzufinden) und neue Wege gehen zu müssen, weil eingefahrene fehlen: Darin liegt ein nicht zu unterschätzendes Entwicklungspotenzial Berlins. Die Atmosphäre, die dadurch geprägt ist, macht Berlin, z.B. im Bereich der von Saskia Sassen

erwähnten (und schlicht wirtschaftlich interessanten) „content industries“, zu einer der Außenbeobachtern zu Folge, „hippesten Städte der Welt“ derzeit.

Es ist dieses Zusammenwirken von Aufbruch und Offenheit, das Berlin zu Recht als ein „Labor“ erscheinen lässt. Das assoziiert durchaus Bedingungen, wie sie für zwei andere Entwicklungsschübe Berlins maßgeblich waren: für die neue Zukunft, die Berlin gegen 1900 als die schließlich größte Industriestadt Europas erlebte, und für die Ausprägung Berlins als Kulturzentrum Europas bzw. der davon bestimmten westlichen Welt in den 20er Jahren. Die Rahmenbedingungen einer solchen Offenheit gilt es zu verstetigen, jedoch nicht: als solche zu bewahren.

Entwicklungsszenarien und -profil

Was für eine Metropole also kann Berlin werden? Die räumliche Wirkungskulisse kann die bereits erwähnte mittel- und osteuropäische Region sein; Berlin könnte zu einem Leistungszentrum für ein solches Gebiet zwischen Ostseeraum und Balkan werden im Sinne von Regionen innerhalb der EU. Auch aus der Sicht der Länder dieser Region gibt es Vorstellungen dahin gehend, dass Berlin ihr „Trittsstein“ auf dem Weg ins Netzwerk global bestimmter Städte werden sollte. Dafür jedoch müsste Berlin deutlich mehr unternehmen als die bisherigen Lippenbekenntnissen etwa zur „Ost-West-Drehscheibe“.

„Leistungszentrum“ meint bereits, dass Berlin nicht primär als ein Zentrum von – zumal tradiert verstandener – Güterproduktion zu denken ist. Die Perspektive sehe auch ich bei den Dienstleistungen, allerdings in einem sehr umfassenden Sinne. Zunächst geht es um die haushaltsbezogenen, auch um die sozialen und unmittelbar produktionsorientierten Dienstleistungen für AbnehmerInnen „vor Ort“, d.h. zu deren Versorgung mit Bedarfen im Alltagsvollzug und im regionalen Raum. Das wird für Berlin, zumal als Solitärstadt in einem nur gering urbanisierten Umland, zunächst quantitativ eine Rolle spielen können. Zugleich können Umfang und Struktur eines solchen Dienstleistungssektors den „Humus“ bilden für die Herausbildung weiter reichender Dienstleistungsangebote.

Im Wesentlichen geht es jedoch um diejenigen Dienstleistungen, die betont unternehmensberatend sind und dabei für die AbnehmerInnen und ihren Verwendungszusammenhang von (eben nicht alltäglicher, sondern:) strategischer Bedeutung sind (Markt-/Produkt-Evaluierung und -Befähigung). Sie werden von den Anbietern in „Non-Routine“-Tätigkeiten erbracht und sind auf ein urbanes Milieu und „Face-to-Face“-Kommunikation angewiesen. In diesem Segment, das als solches eher klein, aber sehr dynamisch ist, hat Berlin in bestimmten Bereichen erhebliche Entwicklungschancen. Dies gilt weniger für die Finanzdienstleistungen (an deren Zentrum Frankfurt a.M. auch Berlin nicht wesentlich partizipieren können), als vielmehr für die Dienstleistungen der Exploration von Bedingungen des Bedarfs und Designs von Produkten und Prozessen („content industries“, d.h. von Marktforschung und Kultur über Medien und Kunst bis Werbung und Software). Die Eignung und Attraktivität Berlins hierfür ist in Ansätzen bereits höchst erfolgreich zu beobachten.

Darüber hinaus sind im Übergangsbereich von Entwicklung und Anwendung sowie in einem Verbund mit Wissenschaft und Forschung die „prototypischen Leistungsphasen“ interessant, und zwar sowohl von Diensten als auch von Fertigung. Hierfür ist Berlin prädestiniert, indem es Traditionen kultivieren kann. Damit werden zugleich auch jene Begabungen mobilisiert, die ein Hochqualifikations- und -kostenstandort, wie es Berlin bzw. Berlin/Brandenburg ist, vor allem aufgreifen kann. Jede Konkurrenz mit Niedrigqualifikations- und -kostenstandorten, wie mit Blick auf den „Standort Deutschland“ so gerne propagiert, kann nur tödlich sein. Höchst produktiv dagegen kann es sein, für diejenigen Tätigkeiten, die auf der Routinisierungs- und Rationalisierungs-„Rutschbahn“ – wie hier in Berlin historisch schon immer – „peripher“ werden, im großregionalen Maßstab die entsprechenden Standorte zu entwickeln und damit einen Verbund zu ermöglichen, der nicht nur als Arbeitsmarkt funktionstüchtig sein kann, sondern auch im Sinne regionaler Wirtschaftsstrukturen und -kreisläufe interessant ist (und die avisierte mittel- und osteuropäische Region materiell strukturieren könnte).

Weniger chancenreich sehe ich Berlin als Standort von „Headquarters“, d.h. den Firmenzentralen großer Unternehmen, auf denen (bzw. auf deren regionalen Wirkungsketten der Dienstleistungsnachfrage) so große Hoffnungen ruhen. Zunächst kommen für eine solche Standortwahl auch viele deutsche Unternehmen nicht in Frage, die in Berlin einmal saßen: Die Karten sind neu gemischt, und warum sollten sie – als inzwischen „Global Players“ – auch derart

nahräumliche Verlagerungen vornehmen? Darüber hinaus bezweifle ich auch, ob Zentralen dieser neuartigen Unternehmenstypen überhaupt noch derartige Regionaleffekte auslösen; lassen sie doch konkrete Wertschöpfung – sofern sie diese überhaupt noch (statt bloßer Finanzgeschäfte) betreiben – höchstens zufällig auch am Ort ihres Firmensitzes erbringen. Viel interessanter erscheint es mir für Städte dagegen, Standort derjenigen Unternehmen zu sein, die bei der derzeitigen Neusortierung als „Profit Centers“, als Ausgründungen etc. entstehen: Sie brauchen (wie z.B. Debis) Standorte, die z.T. bewusst nicht identisch sind mit denen ihrer „Mütter“, entfalten jedoch eigene neue Verflechtungen und identifizieren sich mit ihren Standorten. Ähnlich bedeutsam erscheinen mir die Regional- bzw. Kontinental-Direktionen großer ausländischer Firmen, die eng verbunden sind mit der Vermarktung sowie der Adaption ihrer Produkte an hiesige kulturelle wie auch technische Normen und die entsprechend Leistungsbedarfe auch vor Ort artikulieren. Diese Elemente könnten zur materiellen Basis der Metropolenentwicklung Berlins werden.

Strategische Leitlinien

Vor diesem Hintergrund sind die Potenziale Berlins von zentraler Bedeutung für die Stadtentwicklung. Von ihnen lebt Berlin. Sie sind bestenfalls auszubauen, gegebenenfalls zu qualifizieren und notfalls, sofern sie brachliegen, zu beleben. Insofern sind Potenziale sowohl Stärken als auch, wenn sie gefährdet oder suboptimal genutzt sind, mögliche Schwächen für die Zukunftsgestaltung.

Die Potenziale Berlins optimal zur Wirkung kommen und stabil sich entfalten zu lassen, ist ein wesentlicher Anspruch für eine Entwicklungsstrategie. Ohne alle Optionen durchzuspielen, wird davon ausgegangen, dass dafür vor allem die „endogenen“ Kräfte, Motive und Anreize mobilisiert werden müssen, zumal bedeutsamere „Gewinne“ für Berlin aus einer Standortkonkurrenz als Entwicklungspotenziale in dem Maße nicht mehr abgeschöpft werden können. Ein strategisches Leitmotiv wird damit die „Befähigung“ Berlins als Gemeinwesen und auch als Standort, d.h. seiner Strukturen und AkteurInnen im Umgang mit den Potenzialen. Das impliziert vor allem die Stärkung von Initiative und Verantwortung, Interesse an Neuem und Kooperation sowie Respekt vor Fremdem und der Geschichte. Noch jenseits aller konkreten Anknüpfungspunkte werden damit bereits zentrale Annahmen *zivilgesellschaftlicher und nachhaltiger Wege* einer aktiven Zukunftsfähigkeit reklamiert.

Ein nicht unerheblicher Bezugspunkt sind die schwach ausgebildeten Synergieeffekte in Berlin. Die Ursachen hierfür sind schnell benannt: zu gering entwickelte Kooperation und Kommunikation, und zwar politisch ebenso wie wirtschaftlich; eine kultivierte Innensicht und Selbstbespiegelung; eine Tendenz (oder: Sucht?), zukunftsweisende Vorhaben eher zu zerreden statt Wege zu eruiieren, Mut zu machen und Mehrheiten zu gewinnen; eine auffallende Unprofessionalität insbesondere in politischen (Aus-) Handlungsprozessen (das Flughafen-Desaster ist da nur die Spitze); Ressort-Blockaden noch über das Übliche hinaus; ein gering entwickeltes Niveau des Aktiv-Werdens bzw. der Verantwortung Einzelner und jenseits des Staats. Darin kommt eine (historisch erklärable) Subventions-Mentalität, -Wirtschaft und -Politik zum Ausdruck. *Berlin muss sich von einer eher lethargischen „Versorgungs-Stadt“ zu einer „Initiativstadt“ entwickeln*, die betont auf bürgerschaftlicher Verantwortung beruht. Die großen sozialpolitischen Strategien und Vorhaben, mit denen Berlin immer wieder eine wegweisende Praxis vorgeführt hat (behutsame Stadterneuerung, ökologischer Stadtbau, Modellvorhaben Arbeitsmarkt, Jugendhilfe, Bildung etc.), scheinen so ohne Weiteres nicht anschlussfähig zu sein an die historisch nun gebotenen Bemühungen um eine - umfassend zu verstehende - Wettbewerbsfähigkeit. Dazu jedoch gibt es objektiv keine Alternative.

Die Chancen, welche die allgemeine Umbruchphase für einen Modernisierungs-Aufbruch bietet, muss Berlin zur Förderung und Befähigung seiner eigenen Potenziale nutzen: Strategisch ist *Berlin als eine „Stadt der Chancen“* zu denken. Was heißt das? Berlin ist zunächst eine Stadt mit großen Chancen, eine zukunftsfähige Metropole im 21. Jahrhundert zu werden; solche Chancen zu verpassen, darf nicht fortgesetzt werden. Um seine Optionen jedoch zu nutzen, muss Berlin darüber hinaus ein Ort sein, der Initiativen auch optimale Chancen *eröffnet*. Wesentliche Qualitätsvorgabe für Berlin und implizite Entwicklungsstrategie ist es daher, alle AkteurInnen (einzelne Menschen, Institutionen, Betriebe etc.) vor allem für den Umgang mit Risiken zu befähigen, die eingegangen werden müssen, will man auch individuell aktive Verantwortung übernehmen für Bausteine der Zukunft Berlins. Das bedeutet nicht einfach nur, zu Risiken bereit sein zu müssen (wie das eine hemmungslose Deregulierung suggeriert);

es bedeutet vielmehr, auch individuell und gesellschaftlich darauf vorbereitet zu sein, qualifiziert und atmosphärisch ermuntert, durch entsprechende Förderung unterstützt und – gerade auch im Falle von Misserfolgen – prinzipiell akzeptiert zu werden. Klima und Mentalität (in) der Stadt und die sozial-kulturellen Kohäsionskräfte einer Gesellschaft, die mit Wettbewerb aktiv umgehen will und die produktiven Elemente zunehmender Individualisierung nutzt, sind damit angesprochen.

Der „Umbruch“ und „Aufbruch“ stellt im Kern eine Revitalisierung der Stadt dar. Eine Stadt neu zu beleben, und das unter den Rahmenbedingungen der Ost-West-Integration, offener Marktwirtschaft und des aktuellen Strukturwandels („Heterogenisierung“), programmiert erst recht Konfliktprozesse. Insbesondere ist auszutrieren, inwieweit vor dem Hintergrund kultureller Werte wie z.B. „Gleichwertigkeit“ nun Tendenzen zu stärkerer Differenzierung in ein Integrationsverständnis auf neuem Niveau transformiert und als Entwicklungsressourcen verstanden und genutzt werden können. Ein Revitalisierungsprozess dieser Dimensionen bedarf eines „dynamischen Diskurses“, der auf Partizipation beruht. Den Chancen Berlins für eine zukunftsfähige Entwicklung muss ein Handlungskonzept entsprechen, das sich vor allem durch eine Agenda-Struktur auszeichnen wird - weniger durch eine klassische Themen-Struktur von Aussagen.

Handlungsansätze: Herausforderungen

Die Handlungsvorschläge der BerlinStudie reflektieren zunächst wesentliche Handlungsbedarfe Berlins ebenso wie zentrale Herausforderungen an die Entwicklung großer Städte überhaupt; diese sind, wie für jede Stadt, so auch für Berlin spezifisch zu interpretieren. In ihnen wirken sich die Umbrüche in besonderer Weise aus, welche die Entwicklung im 21. Jahrhundert noch deutlicher prägen werden als sich das in den Jahrzehnten des ausgehenden 20. Jahrhunderts bereits ankündigte.

Große Städte gelten einerseits als besondere Brennpunkte der Bevölkerungsentwicklung (Zuwanderung bzw. weitere Verstädterung der Welt). Andererseits scheint ihre Rolle als Zentren und Motoren wirtschaftlicher Entwicklung nicht bruchlos zu sein: Insbesondere für die Stadt „europäischen Typs“ kann nicht eindeutig gesagt werden, inwieweit sie sich mit ihrer Funktion, Struktur und Erscheinungsart wird fortsetzen können.

Gemeint ist ein Stadttyp, der auf der historischen Entwicklungsbasis von Markt-Funktionen (Max Weber) industriell neu bestimmt wurde. Wesentliche Merkmale sind der ausgeprägte Grad differenzierter Integration, der aktive Umgang mit Fremdem, der öffentliche Raum, die kompakte Besiedlung und damit verbunden ein relativ haushälterischer Umgang mit Ressourcen. Dieses wird – so eine vielfach geäußerte Meinung – in Frage gestellt, indem es zu einer Fragmentierung sozialer Gruppen, einer Individualisierung auch des Raumes, einer „Verinselung“ der Besiedlung und einem Verschleiß an Ressourcen kommt. Dieser Prozess bezeichne die „Auflösung der Städte“, die deshalb zu Stande komme, weil diese auch nicht mehr gebraucht würden. Hintergrund dafür sind Kräfte der Heterogenisierung einer weniger bzw. in grundlegend anderer Weise industriell geprägten Gesellschaft. Deren Herausbildung wird forciert durch einen erheblichen Globalisierungs-Schub auf der Basis neuer digitalisierter Produktions- und vor allem Kommunikations-Technologien.

Ein derartiger Strukturwandel ist durchaus zu beobachten. Auch ist es mehr als plausibel, dass er von durchgreifenden Veränderungen der Wirtschafts-, Sozial- und Raumstrukturen in Richtung einer Heterogenisierung begleitet sein wird. Jedoch gilt dies weder unisono noch unoloco. Und für die BerlinStudie besteht keinerlei Anlass, einem solchen „Stadt pessimismus“ zu folgen.

Die Erfahrung zeigt wieder einmal, wie schon bei ähnlich zu bewertenden Entwicklungsschüben etwa mit der Durchsetzung der Eisenbahn und dann des Telefons, dass, während routinisierbare Tätigkeiten jeweils beschleunigt die hoch qualifizierten und entsprechend „teuren“ Städte verlassen, sich dort um so mehr die Non-Routine-Tätigkeiten und die strategischen, d.h. entscheidungserheblichen Tätigkeiten konzentrieren, die auf Face-to-Face-Kommunikation angewiesen sind. So auch diesmal: Wenn aus bereits abgespeicherten und zunehmend ubiquitären Informationen Wissen generiert und Wissensvorsprünge organisiert werden sollen (und sie werden zur Beherrschung globalisierten Agierens noch viel wichtiger), sind dafür vor allem Orte geeignet, die ein entsprechend kreatives Milieu bieten, wo Vielfalt, Offenheit und Nähe gegeben sind, unweigerlich verbunden mit einer „kritischen“ Größe des Ortes und seiner guten Erreichbarkeit. Nicht anders sind empirische Befunde

neuer städtischer Dynamik ausgerechnet zu Zeiten weltweiter telekommunikativer Vernetzung zu erklären.

In dieser Logik (aber auch nur darin) haben Städte eine Zukunft, zumal wenn sie über diese strukturellen Qualitäten vom Typ „europäischer Städte“ verfügen. Als Knotenpunkte der Wissensgesellschaft interpretieren sie „Markt“ neu, und zwar als Austausch von Leistungen und Ideen. Ähnlich werden auch die anderen Stadt-Kriterien neu interpretiert. Und es mag der hohe Grad an Rationalität der TrägerInnen und AkteurInnen dieser Städte sein, der erklärt, warum dort sogar das Kriterium des haushälterischen Umgangs mit Ressourcen durchaus ernsthaft behandelt wird.

In diesem Zusammenhang stehen alle europäischen Metropolen – und damit auch Berlin(-Brandenburg) – vor zentralen Herausforderungen. Der Gestaltungsrahmen von Stadtentwicklung, den sie bilden, resultiert aus einer Reihe unterschiedlicher und auch konkreterer Herausforderungen. Ohne sie vollständig darzustellen, soll dennoch skizziert werden, inwieweit das für Berlin von Bedeutung ist.

Die zentrale Aufgabe ist es, Arbeit für mehr Menschen zu schaffen. Der auslösende Kontext des aktuellen Strukturwandels kommt sowohl darin zum Ausdruck, dass dies das drängendste Problem für Berlin ist, als auch darin, dass darauf nicht mit „mehr Arbeitsplätzen“ reagiert, sondern auf eine ganz neuartige Verständigung über die „Arbeitsgesellschaft“ orientiert wird. Für Berlin hat diese Herausforderung noch viel größeres Gewicht, ist die Stadt (-Region) doch einem außergewöhnlich drastischen Abbau industrieller Wirtschaft ausgesetzt; neue Arten von Arbeit und Wirtschaft zu entwickeln, ist also besonders akut – und das auch angesichts von Tendenzen kultureller Entwertung bzw. sozialer Desintegration von Menschen ohne gesellschaftlich akzeptierte Teilhabe an Arbeit.

Um neue Aufgaben angehen bzw. der Abwärtsspirale zur Dauerarbeitslosigkeit begegnen zu können, ist Qualifikation von besonderer Bedeutung. Städte müssen sich als Standorte von Wissensgenerierung verstehen. Berlin steht hier weniger vor der Herausforderung, Wissenspotenziale zu entwickeln als vielmehr, diese zu erschließen und zu mobilisieren.

Um die erwünschten Effekte gerade auch für eine dynamische soziale, kulturelle und politische Entwicklung zu erzielen, ist die Fähigkeit zu Kooperation und Austausch aufzugreifen: Von der Auseinandersetzung mit Fremdem leben Städte. Um entsprechende Offenheit und Förderung des Anderen, zumal von Menschen anderer Kulturen, zu pflegen, wird es gerade für Berlin zur Kardinalfrage werden, Traditionen zu kultivieren und damit neue Qualitäten zu erzeugen.

Leitbildvorstellungen

Vor diesem Hintergrund orientiert die BerlinStudie ihre Handlungsvorschläge zunächst an den für eine Zukunftsstrategie erforderlichen Leitbildvorstellungen. Dafür werden sechs Leitbildelemente als Orientierungsrahmen vorgeschlagen. Das verspricht größere Erfolgsaussichten als die Propagierung eines einzigen, Einheitlichkeit suggerierenden Leitbildes. Dazu hat es in der Vergangenheit an Versuchen nicht gefehlt: „Ost-West-Drehscheibe“, „Europäische Dienstleistungsmetropole“, „Hauptstadt mit großstädtischer Wirtschaftsstruktur“, „Zukunft aus eigener Kraft“ oder „Kompetenzzentrum“. Letztlich hat sich aber keiner dieser Leitbildentwürfe durchsetzen, d.h. Verbindlichkeit entfalten können im Sinne eines breit geteilten Konsenses über die Richtung der weiteren Entwicklung. Dennoch knüpft die BerlinStudie an Vorarbeiten an;² auch wurden Perspektivdiskussionen anderer Metropolen, insbesondere Londons und Wiens, berücksichtigt.

Die sechs Leitbild-Elemente sollen auf die aktuellen Herausforderungen antworten; ihr innerer Zusammenhang erschließt sich am ehesten unter dem Gesichtspunkt nachhaltiger Entwicklung. Dabei markieren die Leitbild-Elemente

- Berlin: wettbewerbsfähig aus eigener Kraft
 - Berlin: offen und sozial gerecht
 - Berlin: ökologisch attraktiv und verantwortungsvoll
- die allgemeine *Richtung* der intendierten Entwicklung, während

² Dies gilt insbesondere für die Arbeiten der AG Standortmarketing (1993) und des Wissenschaftszentrums Berlin (1995), verbunden mit aktuelleren Debatten, wie etwa im Zusammenhang der Bayerisch-Sächsischen Zukunftskommission, der Friedrich Ebert -Stiftung oder des „Forums Zukunft Brandenburg“.

- Berlin: Stadt des Wissens
- Berlin: Ost und West zugleich

wesentliche *Ressourcen* bezeichnen für die Verfolgung der einzuschlagenden Richtung und schließlich

- Berlin: zivilgesellschaftlich verfasst
- den *Weg* kennzeichnet, mit dem die Entwicklung angegangen werden soll.

Handlungskonzept

Die Entwicklungsvorstellungen für den Aufbruch Berlins zielen auf bestimmte Qualitäten, die hier vor Ort zu entfalten sind. Diese lassen sich vor dem Hintergrund der Rahmenbedingungen und Leitbildelemente und im Hinblick auf deren Umsetzung folgendermaßen beschreiben:

Berlin generiert Arbeit und Wohlfahrt in der Stadt und für die Stadt nur, indem es sich als Standort für Produkte und Leistungen bewährt. Die dafür erforderliche *Wettbewerbsfähigkeit* ist stabil, wenn sie, statt in Subventionen, in der motivierten und verantwortungsvollen Teilnahme aller gründet. Eine entsprechend breite soziokulturelle Qualifizierung und eine gesellschaftlich respektierte Teilhabe an Arbeit gehören zusammen.

Angebotsort für Produkte und Leistungen zu sein heißt: vor Ort die überzeugenderen Ideen zu generieren. Die Anregungen dazu ergeben sich aus Interaktionen, die hier stattfinden und die damit für Berlin interpretiert und in Berlin umgesetzt werden. Die Offenheit des *Austauschs* von Informationen, Erfahrungen und Wissen, die erst eine ungeahnte Produktivität zulässt, wird gewährleistet durch die aktive Integration aller in den „Treffpunkt“, den Berlin insbesondere für Ost und West darstellt.

Zukunftsblick und Zukunftsverantwortung zu praktizieren, setzt hohe Risikobereitschaft voraus. Die allgemein zunehmende Individualisierung kann, in der produktiven Funktion von Egoismus, enorme Antriebskräfte freisetzen. Der Wettbewerb wird für das Gemeinwesen optimiert, kein Beitrag und kein AkteurIn wird außer Acht gelassen, und unfruchtbare Polarisierungen und deren Reibungsverluste werden minimiert, indem die auf Motivierung und Respektierung beruhenden Leistungen *sozialer Kohäsion* gestärkt werden.

Jede einzelne (und erst recht neue) Aktivität in Berlin ist umso tragfähiger, je intensiver sie in qualifizierte endogene Potenziale eingebettet ist, d.h. in auch historisch spezifische Infrastruktur- und Umweltqualitäten. Diese werden weiter entwickelt nach dem Grundsatz, Mannigfaltigkeit und Unterschiede zu kultivieren bei ausgeglichener Bilanz insgesamt; für die soziokulturellen, ökonomischen und ökologischen Ressourcen und ihre Qualitäten wird Vorsorge getroffen. Ein Metropolenraum, der sich dergestalt im Gleichgewicht befindet, ist die unerlässliche Basis auch für wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit.

Dementsprechend stellt die BerlinStudie *vier Handlungsfelder* in den Mittelpunkt ihrer Bearbeitung von Vorschlägen: 1. Wettbewerbsfähigkeit und Arbeit; 2. Austauschbeziehungen; 3. Soziale Kohäsion; und 4. Metropolenraum im Gleichgewicht. Diese Handlungsfelder bündeln die für Berlin zentralen Aufgaben und Zielorientierungen und dienen der Strukturierung der BerlinStudie in ihrer Absicht, differenzierte Handlungsvorschläge zu formulieren: Sie beschreiben die „Korridore“, in denen mit Maßnahmen anzusetzen ist. Die einzelnen und sehr konkreten Handlungs-Vorschläge sind in den folgenden programmatischen *Maßnahmenbereichen* angesiedelt³: Wirtschaft mit Kompetenz, Förderpolitik, Zukunft bezahlter Arbeit, Beschäftigungsbrücken, Wissensvorsprünge, Kulturstrategien, Soziale Aktivierung, Perspektiven für die Jugend, Sichere Stadt, Einwanderungsstadt Berlin, Kooperative Stadt, Umweltvorsorge, Mobilitätsbedürfnisse und Verkehr.

Umsetzung

Für die Zukunftsgestaltung Berlins notwendige Maßnahmen vorzuschlagen, ist die eine Sache: auch die BerlinStudie ist zunächst nur eine Auftragsarbeit und könnte daher „in der Schublade“ verbleiben. Die Ideen einer solchen Studie jedoch der Umsetzung zuzuführen, ist eine andere Sache. Was ist dafür unmittelbar zu beachten? Welche Vorstellungen gibt es darüber hinaus, wie Entwicklungsideen für und in Berlin generell auf den Weg gebracht werden sollen?

³ Die BerlinStudie wird im Juni 2000 publiziert.

Die Maßnahmen-Vorschläge der BerlinStudie geben im Einzelnen Auskunft darüber, wo und wie anzusetzen ist, und insbesondere, wer da (mit wem?) tätig werden sollte. Wie der Kreis der AkteurInnen definiert und rekrutiert wird, hängt eng mit den Zielorientierungen der BerlinStudie zusammen: An wen werden die Empfehlungen adressiert? Im Prinzip an den Kreis derer, die Berlin tatsächlich „entwickeln“. Das sind weniger die BearbeiterInnen selbst und auch nicht so zentral die InitiatorInnen dieser Studie aus der Politik einschließlich der damit verbundenen Verwaltungen. Das sind vielmehr (frei nach Brecht und der Stadt Theben) vor allem diejenigen, die tatsächlich Ideen umsetzen, und dazu zählen, recht unterschiedlich positioniert, ebenso diejenigen, die sich artikulieren, indem sie sich betroffen fühlen und von daher Initiativen starten, wie auch diejenigen, die, indem sie „Geld in die Hand nehmen“, etwas unternehmen. Mit ihnen zusammen bereits die Inhalte der BerlinStudie zu entwickeln, soll einen „gleitenden Übergang“ der Studie in ihre beabsichtigten Effekte verwirklichen helfen.

Dem dienen insbesondere die einzelnen Strategieworkshops, die während der Bearbeitung der BerlinStudie stattfanden. Sie entsprechen der generellen Entwicklungs-„Philosophie“, welche die BerlinStudie für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung impliziert und propagiert: die AdressatInnen bzw. AkteurInnen nicht da zu reklamieren, wo das „zuständig“ wäre, sondern da zu suchen und „abzuholen“, wo sie mit ihren Interessen und Initiativen stehen, heißt z.B., nicht darauf zu warten, dass die Gesellschaft oder gar „der Staat“ tätig wird, sondern unmittelbar aktiv zu werden, sich die Kompetenz zum Handeln selbst anzueignen und zuzumuten – mit dem möglichen Effekt, dass dann auch Politik und Staat sich zum Handeln aufgerufen fühlen: Das bezeichnet den Kern der Umsetzung. Was die eigenen Maßnahmen-Vorschläge anbelangt, so empfiehlt die BerlinStudie daher zunächst, die Entwicklungsideen selbst und aktiv zu popularisieren, d.h. kommunizierbar darzustellen und gezielt zu verbreiten, und für einzelne Maßnahmen-Bündel spezifisch ausgerichtete „Umsetzungs-Workshops“ zu initiieren, d.h. eine Gelegenheit zu schaffen, wo am Ergebnis, Prozess bzw. Einsatz Interessierte ausloten können, wie die jeweilige Entwicklungsidee, was ihre Effekte und Rahmenbedingungen anbelangt, realisiert werden könnte. Beides sollen Elemente eines „dynamischen Diskurses“ sein und zur Erhöhung der Kultur der Handlungsfähigkeit Berlins beitragen.

Vorschläge dieser Art illustrieren ferner zugleich, inwiefern ein „Sichtwechsel“ dafür notwendig ist, Stadtpolitik, zumal in und für Berlin, zu entfalten. Dafür gibt es zwei Zugänge, die besonders ernst zu nehmen sind. Erstens orientiert die BerlinStudie, wie gesagt, auf die Mobilisierung der externen und endogenen Potenziale, auf Befähigung, die Förderung von Initiativen und einen neuen Stellenwert individueller und zugleich gesellschaftlicher Verantwortung. Sie setzt also auf eine Verknüpfung von Individualisierung und von Eigeninteresse geleitetem Handeln mit haushälterischem Ressourcenumgang, interpretiert ihrerseits das Verhältnis von aktivem/r BürgerIn und Rahmen setzendem Staat (bzw. ein bestimmtes Verständnis von „Modernisierung“) neu und illustriert damit den Anspruch auf einen „zivilgesellschaftlichen“ Weg. Eine entsprechend neue Gewichtung von Staat und Individuum stellt sich den Konfliktdimensionen des wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandels und reflektiert die notwendige Neustrukturierung von Aufgaben und AkteurInnen in der Gesellschaft.

Damit ist zugleich ein neues Verständnis davon zu entwickeln, was „des Staates ist“. Er stärkt in Zukunft die in Deutschland (und zumal in Berlin) wenig entwickelten intermediären AkteurInnen, indem er aufhört, stellvertretend für mündige BürgerInnen zu handeln. Er stellt sich der Verständigung darüber, welche neue Arbeitsteilung von AkteurInnen der Pluralisierung der Lebensformen und der Konfliktbewältigung angemessen ist, um ein Höchstmaß an Entwicklungspotenzialen freizusetzen.

Staatliches Handeln kann auf diese Weise entlastet werden von undiskutiert angewachsenen Aktivitäten. Es kann zudem vor Überlastungen bewahrt werden, die zum Kollaps führen können, und vor Überforderungen seiner Leistungsfähigkeit, wodurch ansonsten falsche Erwartungen genährt, Eigeninitiative gelähmt und Misserfolge provoziert werden.

Ein Staat, der nicht mehr allzuständig ist sondern dergestalt kooperiert, ist insofern ein aktivierender Staat, als er die private Initiative nicht ersetzt sondern ermuntert und unterstützt. Dabei sind alle politischen und administrativen Instanzen möglichst dezentral zu organisieren und in denjenigen Kompetenzen zu stärken, mit denen hoheitliche und Gewährleistungsfunktionen erfüllt werden müssen: die Rechtsordnung sichern, Schwächen des Marktes ausgleichen, die Umwelt schützen und

eine Mindestabsicherung gegen soziale und wirtschaftliche Risiken bereit halten. Auch im Zuge einer anders verstandenen Deregulierung, verstärkter subsidiärer Arbeitsteilung und eines wirksamen „Empowerments“ in allen wichtigen Bereichen bleiben Aufgaben des Staates erhalten, die im zivilgesellschaftlichen Sinne dazu beitragen, die Individualisierung der Gesellschaft mit ihren Auswirkungen und Gestaltungschancen sozial einzubetten.

Auf die Gebietskörperschaft und den Politikraum Berlin angewandt wird damit der andere Zugang zu dem „Sichtwechsel“ deutlich, der für Berlin gelingen muss: Berlin wird zunehmend mehr (bzw. nur noch) eine Kommune sein. Das ergibt sich zum einen daraus, dass hier jetzt die Regierung der Bundesrepublik agiert („Berlin“ steht nun für „Bonn“); Berlin hat mit seinem politischen Sonderstatus ja auch sein eigentümlich eigenes außenpolitisches Auftrittsfeld verloren. Das wird zum anderen noch klarer, wenn es zur (auch in der BerlinStudie reklamierten) Fusion der Länder Brandenburg und Berlin kommt. Berlin wird sich nicht nur als Kommune verstehen müssen, sondern muss auch entsprechend anders agieren können – sowohl nach außen wie vor allem nach innen. Diese weitere Kumulierung von Herausforderungen muss als Chance genutzt werden, insbesondere auch für entsprechend ganz andere Politikstrukturen in Berlin. Einen nicht unerheblichen Anlass dazu bietet die Verwaltungs- und Gebietsreform; allein die Maßstabsvergrößerung der Bezirke setzt die Erfordernisse einer Dezentralisierung wesentlicher Strukturen des Gemeinwesens auf die Tagesordnung – und das durchaus parallel zu den Rahmenbedingungen der Agenda 21 als einer zentralen und umfassenden Zukunftsaufgabe auch für Berlin.

Marginalien:

„Der Orientierungsrahmen der Berliner Stadtentwicklung könnte in zweifacher Hinsicht geprägt sein: räumlich im Hinblick auf eine mittel- und osteuropäische Region, für die Berlin auch gerne als Scharnier der Städtevernetzung gesehen wird, und qualitativ-strukturell in betont ‚europäischer‘ Tradition, indem deren Integrations-Qualitäten verbunden werden mit den ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Lebens- und Arbeitsbedingungen einer weniger fordistisch bestimmten Stadt und den damit verbundenen Herausforderungen zunehmender Heterogenisierung.“

„Im Wesentlichen geht es um diejenigen Dienstleistungen, die betont unternehmensberatend sind und dabei für die AbnehmerInnen und ihren Verwendungszusammenhang von strategischer Bedeutung sind. Sie werden von den Anbietern in ‚Non-Routine‘-Tätigkeiten erbracht und sind auf ein urbanes Milieu und ‚Face-to-Face‘-Kommunikation angewiesen. Besonders interessant sind hier für Berlin die Dienstleistungen der Exploration von Bedingungen des Bedarfs und Designs von Produkten und Prozessen (‚content industries‘, d.h. von Marktforschung und Kultur über Medien und Kunst bis Werbung und Software).“

„Jede Konkurrenz mit Niedrigqualifikations- und –kostenstandorten, wie mit Blick auf den ‚Standort Deutschland‘ so gerne propagiert, kann nur tödlich sein. Höchst produktiv dagegen kann es sein, für diejenigen Tätigkeiten, die auf der Routinisierungs- und Rationalisierungs-‚Rutschbahn‘ – wie hier in Berlin historisch schon immer – ‚peripher‘ werden, im großregionalen Maßstab die entsprechenden Standorte zu entwickeln und damit einen Verbund zu ermöglichen, der nicht nur als Arbeitsmarkt funktionstüchtig sein kann, sondern auch im Sinne regionaler Wirtschaftsstrukturen und -kreisläufe interessant ist (und die avisierte mittel- und osteuropäische Region materiell strukturieren könnte).“

Harald Wolf

Zur Kritik der Metropolenpolitik des Berliner Senats

5 Der Berliner Senat hat nach der Vereinigung der beiden Stadthälften seit 1990 das Konzept einer forcierten Entwicklung Berlins zur internationalen Dienstleistungsmetropole verfolgt. Dieses Leitbild war getragen von hohen illusorischen Erwartungen: Berlin sollte sich zur „Global City“ entwickeln und damit in den Rang von Städten wie London, Paris oder New York katapultiert werden. Dieses Anfang der 90er Jahre die Berliner Stadtentwicklungspolitik bestimmende Szenario war mit
10 euphorischen Wachstumserwartungen verbunden. Prognosen, wonach die Einwohnerzahl Berlins innerhalb von zehn Jahren von 3,5 auf 5 Millionen - unter Einschluss des unmittelbaren metropolitanen Verflechtungsraumes sogar auf bis zu 8 Millionen - EinwohnerInnen anwachsen sollte, galten damit als realistisch. Berlin wurde als Boomtown, als künftige kontinentaleuropäische Drehscheibe zwischen Ost und West gehandelt.

15 *Die Ausgangslage*

Wenn man dieses Wachstumsszenarium der realen Ausgangssituation 1990 gegenüberstellt, wird schnell deutlich, dass diese Konzeption illusionär und zum Scheitern verurteilt war. Ostberlin war
20 durch die Vereinigung seiner bisherigen ökonomischen Funktionen nahezu vollständig beraubt. Der Osten erlebte einen rapiden und umfassenden Prozess der Deindustrialisierung. Die Wirtschafts- und Währungsunion hatte die Wirkung einer ökonomischen Neutronenbombe: Die Gebäude sind zwar stehen geblieben, aber alle wirtschaftliche Tätigkeit ist quasi über Nacht vernichtet worden. Auf der anderen Seite stand Westberlin als hoch subventionierte Teilstadt, die ihre wesentlichen ökonomischen
25 Funktionen seit Ende des Zweiten Weltkriegs durch die Teilung verloren hatte. Die prekäre politische Lage der „Frontstadt“ hatte zur Abwanderung von Unternehmenszentralen und dem Verlust der politischen Headquarter-Funktionen geführt. Westberlin konnte nur durch die hohe, politisch motivierte Subventionierung aus Westdeutschland überleben. Konsequenz dieser Subventionswirtschaft war eine Wirtschaftsstruktur mit einer extrem niedrigen Wertschöpfungstiefe (so genannte „verlängerte Werkbänke“).

Der Abbau dieser Subventionierung nach der Herstellung der deutschen Einheit hatte zur Folge, dass mit der Subvention auch bald die subventionierten Wirtschaftszweige verschwanden. Sie waren ohne Staatszuschüsse nicht mehr konkurrenzfähig, zum Teil wanderten sie in so genannte
35 „Billiglohnländer“ ab. Der Zusammenbruch der bisherigen wirtschaftlichen Basis im Osten und das Ende der Subventionswirtschaft im Westen haben Anfang der 90er Jahre wirtschaftlich „Tabula Rasa“ geschaffen. Grundlagen für eine sich selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung waren, auch im mit Anpassungsproblemen belasteten Umland, nicht vorhanden.

Verstärkt wurden diese Strukturprobleme durch die Tatsache, dass das florierende Europa, dessen prosperierende Mitte Berlin darstellen sollte, sich als nicht existent erwiesen hat. Der wirtschaftliche
40 Zusammenbruch in der ehemaligen Sowjetunion und in großen Teilen Osteuropas haben hoch fliegende Pläne von Berlin als wirtschaftlicher Drehscheibe zwischen Ost und West sehr schnell auf den Boden der ökonomischen Tatsachen zurückgeholt. Zudem ist es in der Städtekonkurrenz anderen Metropolen, wie z.B. Hamburg oder Wien, wesentlich schneller gelungen, ihre Position gegenüber Osteuropa zu finden und auszubauen - unter anderem deshalb, weil diese Städte selbst und in ganz
45 anderem Maße eine tragende wirtschaftliche Funktion im europäischen Städtenetzwerk spielen.

Fehlgeleitete öffentliche Investitionspolitik

Diese unrealen Erwartungen prägten die Metropolenpolitik des Berliner Senates in der ersten Hälfte der
50 90er Jahre maßgeblich. Der Senat konzentrierte in seiner Stadtentwicklungspolitik alle Ressourcen auf die durch Wachstum zu forciierende Entwicklung zur internationalen Dienstleistungsmetropole. Die politische Strategie bestand im Wesentlichen darin, Großprojekte als Katalysatoren der projizierten Entwicklung zu nutzen. Dieser Ansatz war gleichzeitig eingeordnet in eine Politik der „Festivalisierung“ der Stadtpolitik, die darauf ausgerichtet war, über die Fokussierung auf ein

55 Großereignis internationale Aufmerksamkeit zu erzielen. In der Bewerbung für die Olympischen Spiele, die als einer der wesentlichen Katalysatoren der gewünschten Metropolenentwicklung gedacht waren, trafen diese beiden Elemente beispielhaft zusammen.

Die Olympiabewerbung war naturgemäß mit großen Investitionsprojekten verbunden. Der Ausbau dreier großer Olympiahallen zielte über die unmittelbare Olympianutzung hinaus auf ein ansprechendes Hallenangebot für künftig zu gewinnende, international beachtete Veranstaltungen. Die Erweiterung und Modernisierung des Messegeländes ordnete sich ebenfalls in das Konzept der Olympiabewerbung ein. Das Landesinvestitionsvolumen für den Neubau dreier Großveranstaltungshallen belief sich auf eine knappe Milliarde DM, das Investitionsvolumen für den Messeausbau auf 4 Mrd. DM. Beides erwies sich als Fehlinvestition: Seit ihrer Fertigstellung sind die drei Olympiahallen viel zu gering ausgelastet und belasten den Landeshaushalt jährlich mit zweistelligen Millionendefiziten. Auch die Strategie, Berlin zu einem der zentralen Messeplätze Deutschlands zu machen, ist gescheitert. Die große Hoffnung, dass Berlin bspw. strategische Messen wie die internationale Automobilausstellung aus Frankfurt abwerben könnte, haben sich zerschlagen. In der Konkurrenz mit anderen attraktiven Messestandorten wie Leipzig und Hannover, die noch ambitioniertere Flächenerweiterungsprogramme implementiert haben, konnte Berlin nicht bestehen. Im Ergebnis musste der Umfang der Programme vieler Messen z.T. erheblich reduziert werden.

60 70 Angesichts der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung innerhalb der Stadt ist die Sinnhaftigkeit einer derartigen investiven Prioritätensetzung – auch und gerade angesichts des geringen mit ihnen verbundenen ökonomischen Effekts - mehr als zweifelhaft. Sie hat wenig zur wirtschaftlichen Belebung, dafür aber um so mehr zur Verschärfung sozialer Polarisierung beigetragen. Der Kontrast zwischen den Investitionen in einige wenige Großveranstaltungsarenen auf der einen Seite und z.B. dem immensen, mittlerweile auf die Summe von 850 Millionen DM angewachsenen, dringenden und nicht aufschiebbaren Sanierungsbedarf in Schulen und Schulsportstätten auf der anderen Seite macht dies augenfällig.

75 80 Das zweite große Projekt, um Berlin in die 1. Liga der Weltmetropolen zu katapultieren, war die Wiedergewinnung der politischen Hauptstadt-Funktionen durch die Verlagerung von Parlament und Regierungssitz von Bonn nach Berlin. Der Umzug von Regierung und Parlament wurde durch die Entscheidung des Bundestages 1991 eingeleitet und 1999 zum großen Teil umgesetzt. Aber auch hier bleibt die wirtschaftliche Sogwirkung des Regierungsumzugs deutlich hinter den Anfang der 90er Jahre gehegten Erwartungen des Senats zurück.

85 Gleichzeitig war diese politische Prioritätensetzung zu Gunsten eines (illusionären) forcierten Wachstumskurses zur internationalen Dienstleistungsmetropole mit einem groß angelegten Wohnungsbauprogramm verbunden, das in Erwartung des prognostizierten raschen Bevölkerungswachstums eingeleitet wurde. Auch hier sind die Olympischen Spiele als einer der Katalysatoren genutzt worden. Sowohl das große, als Entwicklungsgebiet ausgewiesene Wohnungsbauprojekt in der Rummelsburger Bucht, als auch das Projekt am Schlachthof Eldener Straße waren Teil der Konzeption der Olympiabewerbung. Vorgesehen für „olympisches Wohnen“ (Olympiadorf) sollten hier Orte gehobenen Wohnens verbunden mit Dienstleistungsnutzungen entstehen.

90 95 Das Wohnungsbauprogramm wurde mit hohen öffentlichen Subventionen gefördert. In der ersten Hälfte der 90er Jahre ist der öffentlich geförderte Wohnungsbau im ersten und zweiten Förderweg vorangetrieben worden; in den Jahren 1991 bis 1995 wurde der Neubau von ca. 100.000 Wohnungen gefördert. Da Berlin als einziges Bundesland diese Neubauten über die Förderung von Aufwendungsdarlehen finanziert hat, wurden die zinsgleichen Belastungen des Landeshaushaltes während der Regierungszeit der großen Koalition in immense Höhen getrieben. Zurzeit betragen die Verpflichtungen aus der Wohnungsbauförderung in Form zinsgleicher Ausgaben jährlich 2,7 Milliarden DM. Es lässt sich unschwer vorstellen, was mit diesen Mitteln ansonsten hätte finanziert werden können.

100 105 Ein weiteres Schlüsselprojekt ist die Planung für den Großflughafen Berlin-Brandenburg. Zwar ist dieses Vorhaben gegenwärtig auf Grund von Unregelmäßigkeiten im Privatisierungsverfahren gestoppt, es nimmt aber im Konzept des Senats weiterhin eine strategische Rolle ein. Der neue Flughafen soll ein Umschlagplatz für interkontinentale Flugbewegungen werden und einen zentralen Platz in der internationalen Luftfahrt einnehmen. Ich bin ausgesprochen skeptisch, dass Berlin über eine ausreichende ökonomische Basis verfügt, um zu einem Knotenpunkt im interkontinentalen

110 Luftverkehr zu werden. Es ist schließlich kein Zufall, dass alle Fluglinien es derzeit ablehnen, auch
nur einen Direktflug Berlin-New York einzurichten.¹ Es gibt hierfür einfach keine genügende
Nachfrage, keinen Bedarf. Für ein internationales Drehkreuz sind die ökonomischen Potenzen in
dieser Region auf absehbare Zeit einfach nicht vorhanden. Trotzdem hält der Senat an dieser
115 Konzeption fest. Dadurch sind weitere Folgekosten für die öffentliche Hand vorgezeichnet, denn in
den ausgehandelten - wenn auch jetzt wieder auf Eis liegenden - Privatisierungsverträgen zum Bau
und Betrieb des Flughafens Berlin-Brandenburg International werden die Risiken, die sich in
Milliardenhöhe bewegen, wieder auf die öffentliche Hand, d.h. auf die drei Gesellschafter Berlin,
Brandenburg und den Bund, abgewälzt.

120 *Private Investitionsprojekte*

Neben diesen öffentlich geförderten Investitionsprojekten gab es die privaten Investitionsprojekte, die
im Gefolge des Mauerfalls und der Vereinigung der Stadt im großen Umfang getätigt worden sind.
Nicht nur die Politik hat illusionären Erwartungen nachgehungen, ähnliche spekulative und illusionäre
125 Erwartungen in eine „Boomtown Berlin“ hegten im Gefolge der Politik und Gutachten aus der
Wissenschaft die privaten Investoren vor allem in der Immobilienbranche. Anfang der 90er Jahre
schaukelten sich alle Akteure in ihren Prognosen gegenseitig hoch. Die Stadt war durch einen
spekulativen Immobilienboom gekennzeichnet, der einerseits durch die Politik der
Treuhandgesellschaft begünstigt wurde, wie auch andererseits durch die Tatsache, dass durch die
130 Teilung der Stadt viel Brachfläche in bester Innenstadtlage vorhanden war. Das herausragende
Beispiel dafür ist der Potsdamer Platz als ein groß angelegtes Immobilienprojekt im Innenstadtbereich.
Andere bekannte Beispiele sind das Investitionsprojekt Friedrichstraße und Bauprojekte wie die
Treptowers. Das jüngste Beispiel hierfür ist die Planung für den Alexanderplatz, deren Realisierung
allerdings zweifelhaft ist.

135 All diese Projekte und Planungen gingen und gehen davon aus, dass in Berlin ein großer
Nachholbedarf sowohl für Gewerbeflächen für Dienstleistungen als auch im Bereich gehobenen
Wohnens besteht. Die Erwartung des kommenden Booms brauchte ihre entsprechende Planung;
deshalb wurden sowohl die planerischen Ressourcen der Stadt als auch die infrastrukturellen
Vorleistungen auf diese großen Projekte der „Developer“ konzentriert. Exemplarisch steht hierfür
140 wieder der Potsdamer Platz, der ungeachtet des privaten Charakters der Investitionen umfangreiche
öffentliche Mittel absorbierte.

Die politischen Aktivitäten, Planungskapazitäten und finanziellen Ressourcen wurden also auf die
Wachstumsszenarien ausgerichtet, von denen wir heute wissen, dass sie sich nicht realisiert haben.
Diese Prioritätensetzung hat natürlich ihre Kehrseite, denn diese Ressourcen wurden zu Lasten anderer
145 Entwicklungsoptionen und mit teilweise erheblichen Folgekosten mobilisiert. Dass der Berliner Senat
selbst in den letzten Jahren die Diskussion über die wachsende soziale Polarisierung in der Stadt und
die Probleme der sozialen Stadtentwicklung von sich aus eröffnen musste, ist Folge dieser verfehlten
Prioritätensetzung. Die Konzentration der Ressourcen auf die Großprojekte, und zwar sowohl die
staatlich gewollten als auch die privat indizierten, führte zwangsläufig dazu, dass andere Bereiche
150 vernachlässigt wurden. Vorrangig betroffen hiervon waren und sind die Bereiche der öffentlichen
Infrastruktur in den Stadtquartieren (Stichwort: Schulsanierung), aber auch die Programme der
Stadtsanierung, die in Westberlin in den 80er Jahren im Rahmen der behutsamen Stadterneuerung
noch bestanden. Sie werden heute nur noch mit einem relativ geringen Aufwand an öffentlichen
Mitteln gefördert. Dem gegenüber ist der Anteil privater Investitionen in diesem Bereich gestiegen,
155 die damit verbundene Umstrukturierung der Quartiere führt zu wachsender sozialer Polarisierung.
Finanzpolitisch ist die Strategie, hohe öffentliche Vorleistungen in der Hoffnung auf einen damit
verbundenen künftigen ökonomischen Aufschwung zu tätigen, um die dazu notwendigen Kredite
später über erhöhte Steuereinnahmen refinanzieren zu können, vollständig gescheitert.

¹ Man kann, wie die Berliner Zeitung (24.03.2000) schrieb, zwar „ins Legoland, aber nicht nach New York“
fliegen. Die Berliner Morgenpost sieht angesichts der dortigen Inbetriebnahme einer Start- und Landebahn für
Großraumjets bereits „Berlins Großflughafen in Leipzig eröffnet“ (25.03.2000).

Faktisch wurde Anfang der 90er Jahre in Berlin eine extreme Form des Keynesianismus, des „deficit spending“, praktiziert. Dabei wurde allerdings, anders als in der keynesianistischen Theorie, nur das Defizit geschaffen; es kam nicht zum projizierten Defizitausgleich, weil die hierfür erforderliche prosperierende Phase bis heute ausgeblieben ist.

In der Folge hat Berlin innerhalb von zehn Jahren eine Verdreifachung der öffentlichen Verschuldung erlebt. Der Ausgangsstand der Gesamtverschuldung lag 1990 unter 20 Milliarden DM; heute beträgt sie mehr als 60 Milliarden DM. Dies ist alleine die Verschuldung am Kreditmarkt; bezieht man die zinsgleichen Ausgaben aus der Wohnungsbauförderung mit ein, nähert sich der Gesamtschuldenstand Berlins der 100-Milliarden-Grenze. Die jährlich zu erbringende Zinslast auf die Schulden am Kreditmarkt lag 1990 bei rund 1,1 Milliarden DM, heute beträgt sie 3,8 Milliarden DM. Die Zinsbelastung hat sich also nahezu vervierfacht. Folge dieses Zinsaufwuchses ist, dass wachsende Ressourcen innerhalb eines relativ konstanten (bzw. mittlerweile leicht absinkenden) Haushaltsvolumens für Zinszahlungen und damit auch für die Kosten der Investitionsprojekte der Vergangenheit aufgewendet werden müssen. Dadurch stehen immer weniger Mittel für die Finanzierung des sozialen Ausgleichs und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Infrastruktur zur Verfügung.

Mit dem Haushaltsjahr 1995 erreichte die Verschuldungspolitik des Berliner Senats ihren Höhepunkt. Das strukturelle Haushaltsdefizit erreichte in diesem Jahr den Spitzenwert von 12 Milliarden DM. Mit dem Jahr 1996 und dem Wechsel im Finanzressort von Elmar Pieroth zu Annette Fugmann-Heesing sah sich die Berliner Politik mit der Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung konfrontiert. Angesichts des riesigen strukturellen Defizits und der hohen Schulden- und Zinslast war dieser Wechsel in der Finanzpolitik mit einer groß angelegten Privatisierungswelle verbunden.

Die Privatisierung konzentrierte sich zunächst auf die kommunalen Versorgungsunternehmen, also Elektrizitäts- und Gasversorgung (BEWAG, GASAG) sowie die Berliner Wasserbetriebe, die 1999 teilprivatisiert wurden. Gegenwärtig verlagert sich der Schwerpunkt der Privatisierungspolitik auf die kommunalen Wohnungsunternehmen. Die Privatisierungen in der kommunalen Wohnungswirtschaft haben zwei Aspekte: Zum einen zielen sie über die Privatisierung von Wohnungsgesellschaften darauf, durch die Privatisierungserlöse kurzfristig Deckungslücken im Landeshaushalt zu schließen. Gleichzeitig sind wir seit Jahren mit der Privatisierung von Wohnungsbeständen der kommunalen Gesellschaften konfrontiert. Dabei handelt es sich zum einen um Privatisierungen nach dem Altschuldenhilfegesetz. Gleichzeitig sind aber die Wohnungsbaugesellschaften vor allem im Osten der Stadt aus Gründen der Liquiditätssicherung zur umfangreichen Veräußerung von Wohnungsbeständen gezwungen. Sie sind mit einem extrem hohen Sanierungsbedarf in ihren Wohnungsbeständen konfrontiert, die sie aus ihren laufenden Einnahmen und aus Rücklagen allein nicht finanzieren können. Ihnen bleibt nur, die Sicherung der notwendigen Liquidität über Privatisierungen zu realisieren. Durch die verfehlte Wohnungsbauförderung der Vergangenheit, mit ihrer hohen Belastung des Landeshaushaltes in der Gegenwart, kann die Stadt heute nicht mehr in ausreichendem Umfang Ressourcen für die Stadtsanierung mobilisieren. Auch hier gehen die Sünden der Vergangenheit zu Lasten der städtischen Instrumente und Fähigkeiten zur sozialen Steuerung von Stadtentwicklung.

Zusammengefasst: Es bestand also in Berlin nach der Wiedervereinigung eine Situation, in der die Stadt weitgehend von ökonomischen Funktionen entleert war. Die Politik verfolgte eine voluntaristische Strategie der schnellen, nachholenden Entwicklung zur Dienstleistungsmetropole, die auf hohen öffentlichen Vorleistungen in allen Bereichen basierte. Das Ende der Hochphase dieser Geldverschwendung - Ausläufer gibt es, wie das Projekt Großflughafen zeigt, bis heute - ist mit dem Scheitern der Olympiabewerbung anzusetzen. 1994/95 zeigten sich dann erste Ansätze der Ernüchterung, auch in der Politik, weil die Realitäten die Projektionen dementierten.

210 *„City For Sale“: Schlussverkauf*

1996 begann – wie schon angedeutet - eine neue Phase der Stadtpolitik. Den illusionären Erwartungen folgte eine Phase der Ernüchterung. Der Wechsel im Finanzressort von Pieroth zu Fugmann-Heesing und zu einer Politik der Haushaltskonsolidierung reflektierte diese Entwicklung. Eine wirkliche Neuorientierung und Änderung der Strategie war damit jedoch nicht verbunden. Die neue

215 „Sparpolitik“ beschränkte sich im Wesentlichen auf eine Verwaltung des nun offensichtlichen
Mangels und eine Privatisierungsoffensive, ohne ein neues Leitbild der Stadtentwicklung zu
formulieren. Die bereits begonnenen bzw. geplanten Projekte wurden fortgesetzt. Der politische Mut
zu einer wirklich radikalen Umorientierung fehlte. Diese hätte auch die Bereitschaft auf den Verzicht
bzw. Abbruch begonnener Vorhaben beinhalten müssen. So hat der Senat z.B. die städtebaulichen
220 Entwicklungsgebiete, die sich als völlige Fehlplanung erwiesen haben, bis heute und das
Wohnungsbauprogramm bis weit in die zweite Hälfte der 90er Jahre laufen lassen. Noch immer wird
an den überdimensionierten und städtebaulich umstrittenen Planungen wie auf dem Alexanderplatz
festgehalten. Auch in die Flughafenplanung ist bis heute kein Realismus eingezogen. Aber anders als
in den Jahren zuvor gibt es mittlerweile keine neuen fantastischen Planungen mehr. Die Politik
225 beschränkt sich im Wesentlichen auf die Bewältigung der „Altlasten“ und die Fertigstellung bereits
begonnener Projekte.

Durch die mit der Konsolidierungspolitik einhergehende Privatisierungswelle kam es auch zum
wachsenden Verlust der politischen Steuerungsfähigkeit durch den Ausverkauf der kommunalen
Unternehmen. So haben z.B. die Berliner Wasserbetriebe als größter Auftraggeber in der Region eine
230 erhebliche strukturpolitische Bedeutung. Nachdem so im Verlauf der zweiten Phase das „Tafelsilber“
(und damit auch ein wichtiger Teil der politischen Handlungsspielräume) veräußert wurde, tritt Berlin
gegenwärtig in die dritte Phase der Senatspolitik nach der Wiedervereinigung ein: den Schlussverkauf.
Im Mittelpunkt steht jetzt die Privatisierung der öffentlichen Wohnungsunternehmen und des
öffentlichen Wohnungsbestandes. Damit werden nunmehr auch noch wesentliche strategische
235 Instrumente für eine Steuerung sozialer Stadtentwicklung abgegeben. Nachdem der Senat die sozialen
Probleme in Berlin durch eine verfehlte Investitionspolitik forciert, also statt einer sozialen
Stadtentwicklung die soziale Polarisierung vorangetrieben hat, werden jetzt mit dem Argument der
Finanznot die letzten Steuerungsinstrumente der öffentlichen Hand für eine soziale Wohnungs- und
Stadtentwicklungspolitik aus der Hand gegeben. Diese Politik wird sich auch finanzpolitisch als
240 ausgesprochen kurzfristig erweisen: Der kurzfristigen Schließung einer Deckungslücke werden
dauerhafte Haushaltsbelastungen durch gestiegene soziale Folgekosten, z.B. durch erhöhte Wohngeld-
und Sozialhilfezahlungen, gegenüberstehen.

Der grundlegende strategische Fehler der Stadtentwicklungspolitik des Berliner Senats bestand darin,
vor allem auf externe Faktoren und Potenziale gesetzt zu haben. Die Zukunftsperspektive der Stadt
245 und ihrer BewohnerInnen wurde nahezu ausschließlich an einen Funktionszuwachs durch die
Verlegung von Parlaments- und Regierungssitz, eine im Ausgang ungewisse (und letztlich kläglich
gescheiterte) Olympiabewerbung und von außen kommende Großinvestoren gebunden. Die
endogenen Potenziale in der Stadt wurden so vernachlässigt. Der Senat ignorierte die Erkenntnis, dass
die soziale Stabilisierung innerhalb der Stadt auch ein wesentlicher Standortfaktor sein kann und m.E.
250 auch sein müsste. Die Senatsstrategie ging auch an der Tatsache vorbei, dass die Funktionen im
bundesdeutschen Städtesystem im Wesentlichen verteilt sind. Berlin konnte durch eine politische
Entscheidung die Regierungsfunktion bekommen. Es konnte aber nicht die erhofften ökonomischen
Funktionen in relevantem Umfang aus anderen Städten abwerben, z.B. die Funktion Frankfurts als
zentraler Finanzplatz oder die Funktion Münchens als Standort der Unternehmenszentralen diverser
255 Hightech-Unternehmen oder die Funktion Hamburgs als Pressezentrum. Diese Funktionen sind im
dezentralen bundesdeutschen Städtesystem besetzt und können nicht einfach nach Berlin umverteilt
werden. Das Beispiel Medien illustriert diesen Zusammenhang. Durch die Verlagerung der beiden
Hauptstadtstudios von ARD und ZDF nach Berlin wird die Stadt in ihrer Funktion als Medienstandort
natürlich gestärkt. Aber das führt nicht zum Umzug der anderswo ansässigen Zentralen dieser und
260 anderer Medien. Berlin sitzt auch in dieser Frage eindeutig nicht in der 1. Reihe.

Alternativen zur Misere

Alternativ zur nahezu ausschließlich auf exogene Faktoren setzenden Strategie hätte m.E. eine
265 Strategie gestanden, die sich auf die endogenen Potenziale der Stadt konzentriert und versucht, die
Stadt selbst zum Referenzprojekt zu machen. Angesichts des großen Modernisierungs- und
Instandsetzungsbedarfs in Berlin bestanden und bestehen hier immer noch historisch einmalige
Voraussetzungen. So zum Beispiel in der Verkehrspolitik: Berlin ist immer noch eine Stadt mit einem
erstaunlich niedrigen Motorisierungsgrad; weniger als 50% der privaten Haushalte verfügen über

270 einen PKW. Insofern bestünde in Berlin die Möglichkeit, die Stadt zu einer Modellregion für den
öffentlichen Personennahverkehr und die Bewältigung von Verkehrsproblemen in großstädtischen
resp. metropolitanen Räumen zu entwickeln. Hierfür gab und gibt es die entsprechenden Potenziale in
Berlin: erstens im Bereich des Anbieters von Nahverkehrsdienstleistungen, der BVG, die bundesweit
275 das größte Nahverkehrsunternehmen ist mit einem nach wie vor gut ausgebauten Streckennetz (das
zwar besser sein könnte, aber immer noch jedem bundesdeutschen Vergleich Stand hält); zweitens im
Bereich der Produktion, d.h. der in der Region immer noch ansässigen Hersteller von Nahverkehrs-
Technik; und drittens im Bereich der Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen. Aufgabe der
Politik wäre es, diese drei Faktoren miteinander zu verbinden und in eine Strategie zu überführen,
280 durch die über politische Vorgaben innovative Verkehrslösungen in der Stadt nicht nur entwickelt,
sondern auch produziert und zur Anwendung gebracht werden können. Damit könnten zwei Ziele
erreicht werden: erstens die Lebensqualität in der Stadt durch ein ökologisch und sozial effizientes
Nahverkehrssystem zu erhöhen und zweitens Ansatzpunkte für eine ökonomische Entwicklung zu
schaffen, die nicht nur auf den Berliner Absatzmarkt orientiert ist, sondern eine beispielhafte,
prototypische Modelllösung präsentiert und im Referenzprojekt Berlin erprobt. Damit würde
285 Exportfähigkeit in andere Regionen, bundesdeutsch wie international, geschaffen werden. Dies ist nur
ein Beispiel dafür, wie eine andere, selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung eingeleitet werden
kann.

Ähnliche Möglichkeiten gäbe es im Bereich der Stadtsanierung. Im Rahmen der Strategie behutsamer
Stadterneuerung war Westberlin in den 80er Jahren ja bereits dabei, zu einem Referenzprojekt für
290 diesen Bereich zu werden. Angesichts des immensen Sanierungsbedarfs wäre es auch heute noch
möglich, durch Investitionen in politisch gewollte, initiierte und gesteuerte Projekte eine soziale
Stabilisierung und ökologische Ausrichtung des Städtebaus einzuleiten.

Aber die Senatspolitik verfügt seit dem Scheitern der Olympiabewerbung über keine konzeptionellen,
strategischen Ideen mehr; es gibt kein wirklich funktionierendes Leitbild. Verbal besteht immer noch
295 das Leitbild der internationalen Dienstleistungsmetropole. Es ist jedoch mittlerweile völlig erodiert
und in sich zusammengebrochen. Das bedeutet, dass im Kern nur noch eine Verwaltung der Misere in
der Berliner Stadtpolitik stattfindet, und zwar unter Fortführung der begonnenen Projekte. Es gibt
keinen Mut zu einem wirklichen Neuanfang. Das liegt einerseits am generellen Unwillen von
PolitikerInnen, einmal begonnene Projekte abzubrechen und damit auch offiziell die Fehlerhaftigkeit
300 politischer Entscheidungen oder das Scheitern politischen Visionen einzugestehen. Andererseits ist es
darin begründet, dass hinter jedem Großprojekt massive lobbyistische Interessen stehen. Das Beispiel
der städtebaulichen Entwicklungsgebiete verdeutlicht dies: Jeder Versuch, diese Projekte abzubrechen
oder radikal umzuplanen, ist mit dem heftigen Widerstand einer großen Lobby aus der in Berlin
traditionell starken und mit der Politik verflochtenen Bauwirtschaft, Immobilienverwertern und
305 Banken konfrontiert. Diese Lobby hat auch dazu beigetragen, dass die Wohnungsbauförderung bis
Mitte der letzten Legislaturperiode (1997) auf hohem Niveau fortgesetzt wurde, obwohl bereits alle
Beteiligten wussten, dass diese Art der Förderung nicht mehr fortgeführt werden konnte.

Das vollständige Scheitern der Strategie der Dienstleistungsmetropole liegt wesentlich daran, dass eine
ausreichende ökonomische Grundlage für eine derartige Entwicklung in Berlin fehlt. Eine
310 Dienstleistungsökonomie lässt sich nicht im industriefreien Raum etablieren. Gerade hochwertige
Dienstleistungen siedeln sich nur da an, wo es auch eine gewisse räumliche Nähe zu Aktivitäten
materieller Produktion gibt. Industrielle Kerne aber sind in Berlin und im Umland kaum noch
vorhanden. Insofern besteht die strategische Aufgabe für die Stadtentwicklung in Berlin darin, die
ökonomische Basis für eine normalisierte großstädtische Entwicklung zu schaffen: Anknüpfung an
315 endogene Potenziale, Wiederherstellung regionaler Wirtschaftskreisläufe und damit auch
ökonomischer Aktivitäten innerhalb der Stadt – das erst könnte die Grundlage abgeben für die
Entwicklung einer zukunftssträchtigen Dienstleistungsökonomie. Davon aber ist Berlin gegenwärtig
weit entfernt, wie Stefan Krätke und Renate Borst in ihrer Untersuchung der Berliner
Dienstleistungsökonomie jüngst gezeigt haben. Ihr Resümee: „Im Bereich der unternehmensnahen
320 Dienstleistungen, die ja gern zum Hoffnungsträger einer metropolitanen Dienstleistungsökonomie
ernannt werden, zeigt sich Berlin heute als die ‚Hauptstadt der Putzkolonnen und Privat-Sheriffs.‘“²
Von einer florierenden Dienstleistungsmetropole in der Mitte Europas ist das weit entfernt.

² Stefan Krätke/Renate Borst: Berlin: Metropole zwischen Boom und Krise, Opladen 2000, S. 44.

Verzeichnis der AutorInnen

Klaus Brake, Professor für Stadt- und Regionalplanung an der Universität Oldenburg, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft „BerlinStudie“. Veröffentlichte zuletzt u.a.: „Global Cities – zwischen Faszinosum und nüchterner Realität“, in: Wolfram von Bülow u.a. (Hg.): Globalisierung und Wirtschaftspolitik, Marburg 1999.

Simone Hain, Dr. phil., freie Planungshistorikerin und Publizistin, Mitglied des Berliner Landesdenkmalrates seit 1992. Zahlreiche Buchpublikationen zur sozial(istisch)en Stadt und Architektur; zuletzt: „Warum zum Beispiel die Stalinallee? Beiträge zur Transformationsgeschichte des modernen Planens und Bauens“ (1999).

Hans G. Helms, Dr. rer. pol., Mitarbeiter bei Rundfunk, Fernsehen und Presse. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Stadtentwicklung, u.a. in der *jungen welt* und als Herausgeber: „Die Stadt als Gabentisch“, Leipzig 1992.

Roger Keil, Associate Professor am Institut für Umweltforschung der York University in Toronto, ist Gründungsmitglied des „International Network for Urban Research and Action“ (INURA). Autor u.a. von „Los Angeles: Globalization, Urbanization, and Social Struggles“, London 1998.

Ute Lehrer, Assistant Professor am Fachbereich Planung der State University of New York in Buffalo. Hat zu zahlreichen Themen der Stadtentwicklung publiziert; zuletzt u.a.: „Is there Still Room for Public Space? Globalizing Cities and the Privatization of the Public Realm“, in: INURA (ed.): Possible Urban Worlds, 1998.

Katrin Lompscher, Dipl. Ing. für Städtebau, wiss. Mitarbeiterin für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus.

Peter Marcuse, Professor für Stadtplanung an der Columbia University in New York City. Zahlreiche Veröffentlichungen, zuletzt (gemeinsam mit Ronald van Kempen) als Herausgeber: „Globalizing Cities: Is There a New Spatial Order?“ London 1999.

Uwe Rada, Redakteur für Stadtentwicklung bei der *taz* seit 1992. Autor u.a. von: „Hauptstadt der Verdrängung. Berliner Zukunft zwischen Kiez und Metropole“, Berlin 1997.

Saskia Sassen, Professorin für Soziologie an der University of Chicago. Zahlreiche Veröffentlichungen, u.a. „The Global City. New York, London, Tokyo“ (1991; überarb. Neuauflage im Erscheinen); auf deutsch u.a. erhältlich: „Metropolen des Weltmarkts“, Frankfurt/M. 1996; „Machtbeben. Wohin führt die Globalisierung?“ Stuttgart 2000.

Albert Scharenberg, Dr. phil. (Politik) und M.A. Geschichte. Post-Doc-Stipendiat am John F. Kennedy Institut für Nordamerikastudien der FU Berlin (Sektion Politik). Autor u.a. von „Schwarzer Nationalismus in den USA. Das Malcolm X-Revival“, Münster 1998.

Carl Wechselberg, Dipl. Politik, wiss. Mitarbeiter für Haushalts- und Finanzpolitik der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus.

Harald Wolf, Dipl. Politik, seit 1991 MdA Berlin, seit 1995 Vorsitzender der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus.